

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2009

I

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Peter Birke</i> : Wilde Streiks in „goldenen Zeiten“. Arbeitskämpfe in der dänischen Industrie der 1960er-Jahre	5
<i>Arno Gräf</i> : Die Freie Deutsche Jugend in Schottland 1942 bis 1946	30
<i>Ottokar Luban</i> : Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes	53
<i>Benjamin Franz</i> : Zur Diskussion in der KPD 1918/1919 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution	79

Dokumentarisches

<i>Erwin Lewin</i> : Dokumente zum antifaschistischen Widerstand in Kosova: Die Konferenz von Bujan (31.12.1943-2.1.1944)	96
<i>Christa Hinckel</i> : Nadežda Konstantinovna Krupskaja (1869-1939): Briefe aus den Jahren 1923 bis 1938	129

Regionales

- Manfred Lachmann*: Disziplinierung auf dem Schlachtfeld.
Eine fast vergessene Episode aus dem Revolutionsjahr 1848/49
im Königreich Sachsen 146

Berichte

- Günter Benser*: 1968 aus globaler Perspektive.
44. Konferenz der ITH 157

- Rainer Holzg*: Traditionen des Linksozialismus in der Arbeiterbewe-
gung. Kolloquium 164

- Rainer Holzg*: Für bürgerliche und/oder sozialistische Demokratie?
Tagung zur Novemberrevolution 1918/1919 167

Informationen

- Peter Giersich*: Die Vogtländer und Max Hoelz 171

- Heiner Jestrabek*: Wer war Susanne Leonhard? 175

Buchbesprechungen

- Marx-Engels-Jahrbuch 2007 (*Martin Hundt*) 179

- Dagmar Kift/Hanneliese Palm (Hrsg.): Arbeit – Kultur – Identität.
Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur
(*Evemarie Badstübner*) 181

- Philip Yale Nicholson: Geschichte der Arbeiterbewegung in den
USA (*Peter Schäfer*) 183

- Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert – Daniela Münkkel
(Hrsg.): „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Die Programm-
geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
(*Herbert Mayer*) 186

Judit Pákh: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949 (<i>Annelies Laschitzka</i>) 191
Mario Keßler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenkler (<i>Andreas Diers</i>) 192
Klaus Meschkat/Michael Buckmiller (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (<i>Florian Wilde</i>) 194
Ryszard Nazarewicz: Komintern a lewica polska (Die Komintern und die polnische Linke) (<i>Gerd Kaiser</i>) 196
Eike Stiller: Karl Bühren. Arbeitersportler und Sportfunktionär (<i>Wladislaw Hedeler</i>) 199
Anika Walke: Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion (<i>Vera Dost</i>) 201
Uran Butka: Lufta Civile në Shqipëri 1943-1945 (Der Bürgerkrieg in Albanien) (<i>Erwin Levin</i>) 202
Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterraat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971) (<i>Heinz Niemann</i>) 204
Rainer Karlsch: Uran für Moskau. Die Wismut (<i>Joachim Eichler</i>) 208
Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989 (<i>Günter Benser</i>) 210
Boris Spornol: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit (<i>Herbert Mayer</i>) 212

Patrizia Chwalisz: Die Transformation des polnischen Arbeitsrechts
und die Gewerkschaften (*Peter Hübner*) 213

Autorenverzeichnis 216

Impressum 217

Wilde Streiks in „goldenen Zeiten“. Arbeitskämpfe in der dänischen Industrie der 1960er-Jahre

Peter Birke

Die folgende Analyse¹ steht im Kontext einer umfassenden vergleichenden Arbeit zur Geschichte der Streikbewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark von den 1950er- bis zu den 1970er-Jahren.² Sie zeigt, dass in dieser Periode eine Kontinuität im Muster der dänischen „wilden“ (also nicht von den Gewerkschaften organisierten und nach dem Arbeitsrecht illegalen) Streiks existierte. Dabei wird die auch in der dänischen Forschung gängige Setzung in Frage gestellt, dass die 1950er- und 1960er-Jahre „sozialfriedliche“ Zeiten waren. Im Gegenteil, die lokalen Streiks dieser Periode bildeten die Voraussetzung für die Zunahme der offenen und zugespitzten Arbeitskämpfe um 1968.

1. Voraussetzungen

In den 1950er- und 1960er-Jahren galt Dänemark als Musterland einer am sozialen Konsens zwischen den Arbeitsmarktparteien orientierten Arbeitspolitik.³ Doch um 1970 stiegen Zahl und Umfang der offenen sozialen Konflikte im Betrieb wie der überbetrieblichen Streikbewegungen stark an. Heute, fast vierzig Jahre später, zählt Dänemarks Statistik im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich viele Arbeitskämpfe.⁴ Wie kam es zu dieser bemerkenswerten Entwicklung? Im Folgenden wird gezeigt, dass die Grundlagen für das quantitative Wachstum und ebenso für die Formen und Forderungen der Arbeitskämpfe bereits in den „langen“ 1960er-Jahren gelegt wurden. Hier steht die Analyse der lokalen Arbeitskämpfe, die diese Neuzusammensetzung vergleichsweise früh darstellten, im Mittelpunkt. Die meisten dieser Arbeitskämpfe waren wilde bzw. (im Sinne eines Verstoßes gegen die Friedenspflicht während der Laufzeit der

1 Der vorliegende Text ist auch in dänischer Sprache erschienen: Siehe Peter Birke: *Sponstane strejker i gyldne tider. Arbejdskampe i den danske industri i 1960'erne* [Wilde Streiks in „goldenen Zeiten“: Arbeitskämpfe in der dänischen Industrie der 1960er-Jahre], in: *Arbejderhistorie* (Kopenhagen), 2007, Nr. 3, S.64-80.

2 Siehe Peter Birke: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt/Main-New York, 2007.

3 Siehe z. B. Walter Galenson: *The Danish System of Industrial Relations*, Cambridge (Mass.) 1952.

4 Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Dänemark seit 1970 siehe auch: Peter Birke: *The Persistence of Labour Unrest: Strikes in Denmark, 1970–2005*, in: Sjaak van der Velden u.a. (Hrsg.): *Strikes Around the World. Case-studies of 15 countries*, Amsterdam 2007, S.222-242.

Tarifverträge) „tarifwidrige“ Streiks.⁵ Solche in der Öffentlichkeit meist nur als verstreut und zufällig wahrgenommenen Aktionen akzentuierten die Verbindung zwischen Arbeitsalltag, alltäglichen Formen der Resistenz und offenen, lokalen Kämpfen. Wilde Streiks fungieren insofern wie eine Art Scharnier zwischen verschiedenen Formen des betrieblichen Konflikts, von der „passiven“ Resistenz – Rauchpausen und andauernde Toilettenbesuche, der Nachlässigkeit bei der Ausführung von Arbeitsaufträgen, „Arbeiten nach Vorschrift“ – über verdeckte Formen des Streiks – Go-slows, Kurzstreiks, (Dauer-)Betriebsversammlungen – bis zu offenen Arbeitskämpfen. Die Streikforschung vernachlässigt solche Kontinuitäten in aller Regel. Hingegen wird in Forschungen über den Arbeits- oder Arbeiteralltag lokalen Konflikten zwar ein Rang eingeräumt, diese aber selten als „eigene Geschichte“ zur Geltung gebracht.⁶ Dies ist damit verbunden, dass Differenzen und Widersprüche innerhalb des „umkämpften Raumes“, wie Pierre Bourdieu die sich wandelnden Klassenverhältnisse bezeichnet hat, in der Linken und ihrem wissenschaftlichen Umfeld meist nicht als „geschichtsbildend“ begriffen werden. Streiks sind immer auch Artikulationsformen einer umstrittenen Neuzusammensetzung der Klassenverhältnisse und gerade für die hier diskutierte Periode ist es entscheidend, dass die Arbeitskämpfe von den traditionellen Sektoren wie dem Bergbau und der Stahlindustrie in der Bundesrepublik oder den Werften in Dänemark in neue Bereiche wanderten: von der Massenfertigung in der Elektronikindustrie bis in den Dienstleistungssektor. Mit diesem „Wandern“ veränderten sich auch, um in Bourdieus Bild zu bleiben, die Koordinaten des Raumes, in dem die gesellschaftliche Bedeutung der Streiks definiert wurde. Dass sich das Gesicht der Streiks wandelte, dass die Arbeitskämpfe in der Tendenz „weiblicher“, „ungelernter“, „hoch qualifizierter“ oder „migrantischer“ wurden, war für die Forschung, aber auch für viele Linke, die auf die „Einheit der Arbei-

5 Im dänischen Arbeitsrecht sind alle Arbeitsniederlegungen (auch Go-slows, „Dienst nach Vorschrift“ oder ähnliches), die während der Friedenspflicht stattfinden, illegalisiert. Die Teilnahme an wilden Streiks wird nach einer gewissen Dauer mit einer durch das zentrale Arbeitsgericht verhängten Geldbuße belegt. Man bezeichnet diese Arbeitskämpfe auch als „tarifwidrig“ (overenskomststridig). Siehe für die Details Birke, Persistence, S.223-225.

6 Während die neuere internationale Streikforschung zu einer genaueren Einschätzung der „Politisierung“ der Streiks um 1970 beigetragen hat, hat sie diese jedoch weitgehend als Reaktion auf äußerliche Einflüsse (in ökonomischer Hinsicht in Bezug auf die Aufeinanderfolge von Hochkonjunktur und Krise, in politischer Hinsicht in Bezug auf die Abschwächung des Kalten Krieges) betrachtet. In der Konsequenz erscheint etwa der dänische „Streikaufschwung“ von 1973, was seine ökonomisch-politischen Voraussetzungen betrifft, als weitgehend determiniert, was die Frage nach der Subjektivität der Akteure und ihren Handlungsdispositionen betrifft jedoch als vollständig kontingent. Siehe dazu die Einleitung in Roberto Franzosi: *Puzzle of Strikes*, Cambridge 1995, S.7-22. Methodisch siehe: Flemming Mikkelsen: *Historisk sociologi. Den tredje vej mellem historie og samfundsvidenskab* [Historische Soziologie. Der dritte Weg zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaft], in: Tage Nielsen/Dorthe Simonsen/Lene Wul (Hrsg.): *Mod nye historier* [Auf dem Wege zu einer neuen Geschichtswissenschaft], Århus 2001, S.108-143.

terklasse“ setzten, oft kein Thema, obwohl es von zentraler Bedeutung für die Streikgeschichte ist, solche Veränderungen zu analysieren, zu diskutieren und in ihrer Dynamik zu begreifen. Meine These ist, dass „wilde“ Streiks deshalb oft nicht systematisch analysiert wurden, weil sie solche Veränderungen darstell(t)en.

Ein einzelner Artikel kann selbstverständlich solche Defizite nur bedingt aufarbeiten.⁷ Im Folgenden wird zunächst kurz auf einige Aspekte der „tarifwidrigen“ Arbeitskämpfe der 1950er-Jahre eingegangen. Sodann stelle ich die Spannung zwischen wilden Streiks als oft unsichtbarem, lokalem Phänomen einerseits und öffentlich sichtbarer Massenbewegung andererseits in den „langen“ 1960er-Jahren dar, womit der Zeitraum vom im westeuropäischen Vergleich ausgesprochen späten Beginn des dänischen Wirtschaftswunders um 1958 bis zum Einsetzen der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1973 gemeint ist. Da es mir in meiner Arbeit nicht so sehr auf die Kritik der offiziellen Statistik⁸ ankommt, habe ich neben der Sekundär- und Primärliteratur die Archivbestände der dänischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften ausgewertet. Für einen systematischen Überblick erwiesen sich die dort aufbewahrten Akten der Arbeitsgerichtsverhandlungen als besonders nützlich.⁹

2. Wilde Streiks in den 1950er-Jahren

2.1 Vom Kampf gegen die Besatzung bis zur „Normalisierung“ des Streikgeschehens

Unmittelbar nach Ende des Krieges kam es in vielen europäischen Ländern zu massiven Streikbewegungen. Dänemark war keine Ausnahme, aber eine Besonderheit war, dass der Zyklus der offenen Arbeitskämpfe bereits mit den Aufstän-

7 Siehe daher ausführlicher Birke, *Wilde Streiks*.

8 Sowohl in Dänemark als auch international stand in der Forschung der 1970er-Jahre eine Korrektur der außerordentlich einseitigen und defizitären staatlichen Streikstatistik im Vordergrund. Siehe Kurt Leihardt: *Strejkestatistik – metodisk set [Streikgeschichte, methodisch betrachtet]*, in: SFAH (Hrsg.): *Årbog for arbejderbevægelsens historie*, Kopenhagen 1979, S.125–162; Flemming Mikkelsen: *Arbejdskonflikter i Skandinavien [Arbeitskonflikte in Skandinavien]*, 1848-1980, Kopenhagen 1992, Appendix. Jüngere Daten von „Danmarks Statistik“, die im April 2007 eine nur sehr oberflächliche Annäherung an die Bedeutung der Arbeitskämpfe insbesondere im öffentlichen Dienst möglich machten, zeigen, dass eine derartige Arbeit auch aktuell durchaus bedeutend wäre – aber leider (auch im Vorliegenden) nicht gemacht wird. Siehe *Danmarks Statistik: Nyt fra Danmarks Statistik [Neues aus der dänischen Statistik]*, Kopenhagen 2007.

9 Das dänische Arbeitsrecht sieht vor, dass ein paritätisch besetztes Arbeitsgericht die „wild“ Streikenden zu Geldstrafen verurteilt. Dazu ist ein Prozess nötig, in dem be- und entlastende Fakten vorgetragen bzw. bestritten werden. Für die Untersuchung konnte ich in die sehr umfangreichen Bestände der Gewerkschaften über solche Verfahren Einsicht nehmen, die teils umfangreiche Darstellungen und Erklärungen sowie Medienberichte über den Verlauf der Streiks enthalten. Angesichts des Umfangs der Untersuchung musste ich leider auf die Auswertung von Zeitzeugenberichten weitgehend verzichten – diese bleibt in Bezug auf die wilden Streiks ein Derivat.

den gegen die deutsche Besatzungsmacht in den Jahren 1943 und 1944 begann.¹⁰ Die Industriearbeiterschaft und ihre Forderung nach sozialen und politischen Rechten spielten dabei eine zentrale Rolle: Mit dem Überfall auf das Land waren das Streikrecht abgeschafft worden und Tarifverhandlungen praktisch suspendiert, es fand eine enorme Umverteilung zugunsten (auch) der (dänischen) Arbeitgeber statt. Unmittelbarer Auslöser der Revolte von 1944 war deshalb nicht zufällig die Ausdehnung der Ausgangssperre, die es den Arbeitenden noch stärker als zuvor erschwerte, die notwendigen zusätzlichen Lebensmittel in ihren Gärten zu produzieren.

Die Straßenkämpfe gegen die Deutschen begannen in der Hauptstadt als Protestaktion auf der Werft Burmeister & Wain (B&W), sie eskalierten in der kurzfristigen Besetzung einiger Straßenzüge in den Arbeitervierteln, vor allem im Stadtteil Nørrebro, durch die Protestierenden, schließlich wurden sie durch die militärisch überlegene Besatzungsmacht niedergeschlagen.

Auch die unmittelbare Nachkriegsgeschichte sah Massenaaktionen und wilde Streiks der Kopenhagener Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Wiederherstellung der nach 1940 suspendierten sozialen und politischen Rechte ebenso forderten wie die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Einführung des Acht-Stunden-Tages.¹¹ Etwas schneller als in anderen westeuropäischen Ländern (und insbesondere in der Bundesrepublik) gelang es, diese Aktionen in institutionelle Bahnen zu lenken. Dabei half, dass die Gewerkschaften anders als in allen anderen von den Deutschen besetzten Staaten ihre Legalität und ihren organisatorischen Zusammenhang während des Krieges bewahrt hatten. Die industriellen Gewerkschaften gingen gestärkt aus dem Zyklus der Arbeitskämpfe hervor, und sie erreichten einen im europäischen Vergleich außerordentlich hohen Organisationsgrad. Dieser ist bis heute allerdings auch dem Umstand geschuldet, dass die Einzelgewerkschaften für die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung zuständig sind, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft also die Absicherung im Fall der Erwerbslosigkeit beinhaltet. Die institutionelle Kontinuität der Gewerkschaften trug zugleich dazu bei, die traditionelle Form der Organisation zu konservieren. 1949 waren im industriellen Dachverband „Die vereinigten Gewerkschaftsverbände“ (De samvirkende Fagforbund – DsF, heute Landsorganisation i Danmark, LO) nicht weniger als 72 Berufsvereinigungen zusammengefasst, eine buntscheckige Versammlung selbstständiger Berufs- und Personengruppen, die durch die alle zwei bis drei Jahre stattfindenden zentralen Tarifverhandlungen

10 Eine Übersicht gibt: Hans Kirshoff: Samarbejde og modstand. under besættelsen. En politisk historie [Zusammenarbeit und Widerstand während der Besatzungszeit. Eine politische Geschichte], Odense 2001.

11 Siehe Knud Knudsen/Hanne Caspersen/Vagn Oluf Nielsen: Kampen for en bedre tilværelse. Arbejdernes historie i Danmark fra 1800-tallet til 1990 [Der Kampf um ein besseres Leben. Die Geschichte der Arbeiter in Dänemark], Kopenhagen 1991, S.234-236.

nur mühsam zusammengehalten wurde.¹² Zwar war der Rückgang der Arbeitskämpfe in Dänemark um 1950 auch im europäischen Vergleich keine ungewöhnliche Erscheinung, aber er fiel besonders drastisch aus.

Tabelle 1. Registrierte Streiks in Dänemark, 1946-1957¹³

<i>Jahr</i>	<i>Fälle</i>	<i>Ausfalltage</i>	<i>„tarifwidrig“</i>
1946/1947	88	1.956.100	36.400
1950–1953	47	17.900	17.900
1954–1957	153	1.116.400	63.700

In den vier Jahren zwischen 1950 und Ende 1953 wurden weniger als ein Prozent der in den zwei Jahren von Anfang 1946 bis Ende 1947 ausgefallenen Arbeitstage gezählt. Noch akzentuierter würde der „tiefe Frieden“ der frühen 1950er erscheinen, hätte die dänische Streikstatistik bereits die Massenaktionen des Sommers 1945 registriert bzw. die (wilden) Solidaritätsstreiks für die Philips-Arbeiter und Arbeiterinnen 1954 und den Proteststreik gegen den Eingriff der bürgerlichen Regierung in die Tarifrunde des Jahres 1956 einbezogen. Wie dem auch sei: Im internationalen Vergleich lag das Land am Beginn der 1950er-Jahre am unteren Ende der Rangliste.¹⁴ Doch vieles spricht dafür, dass diese Situation keinesfalls als modellhaft gelten kann. Denn die dänische Entwicklung erscheint als in doppelter Hinsicht verschoben. Wie erwähnt, setzte der Zyklus der offenen Arbeitskämpfe in Dänemark bereits 1943 ein und endete etwas früher als in anderen westeuropäischen Ländern. Gleichzeitig stagnierte die dänische Ökono-

12 Siehe Jens Christian Pedersen: Overenskomstforhandlinger og indkomstpolitik i Danmark [Tarifverhandlungen und Einkommenspolitik in Dänemark], in: Ders./Nils Elvander (Hrsg.): Förhandlingssystem, inkomstpolitik och arbetskonflikter i Norden [Verhandlungssystem, Einkommenspolitik und Arbeitskonflikte im Norden], Stockholm 1988, S.39-53, hier S.52. Die Organisationsform beinhaltete bis vor kurzem eine eigenständige Organisation der Ungelernten und der Industriearbeiterinnen. Dass der DsF, im Gegensatz zum deutschen DGB, tariffähig war, bedeutete zudem, dass die zentralen Tarifrunden alle ca. zehn Jahre „Großkonflikte“ auslösten. Anders als in der Bundesrepublik können tarifliche Streiks in Dänemark durch eine Parlamentsmehrheit unterbunden werden, was wiederum heftige Konflikte (wie in den Jahren 1946, 1954 und 1985) hervorrufen kann.

13 Zusammenfassung nach: Leihardt, Strejkestatistik, S.153. Die in der Tabelle ausgewiesene Anzahl der Streiks beruht auf Daten von Danmarks Statistik, die der Ausfalltage auf denen des Arbeitgeberverbandes.

14 Siehe die Aufzeichnung in: ILO-Yearbook of Labour Statistics, Genf., Jgg. 1950–1953. Das spricht dagegen, den Rückgang der Streiks in Dänemark alleine mit dem zunehmenden Ost-West-Konflikt zu erklären, zumal dieser etwa in der Bundesrepublik, was die Verengung der Spielräume für Arbeitskämpfe betrifft, sicherlich drastischere Auswirkungen hatte.

mie.¹⁵ Die „goldenen Zeiten“ begannen hier im Vergleich zu den großen Industrieländern des Westens mit einer Verspätung von mindestens einem halben Jahrzehnt. Entsprechend ungünstig war die Arbeitsmarktposition der Beschäftigten – die Erwerbslosigkeit wurde langsamer abgebaut als anderswo. Dass die Ergebnisse der Verhandlungen in der Industrie in den Jahren 1952 und 1954 bei den Urabstimmungen relativ breite Akzeptanz fanden, lag daran, dass die Gewerkschaften trotz der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage Verbesserungen wie die Bezahlung der Feiertage und eine Verlängerung des Jahresurlaubs erreichen konnten.¹⁶ Dabei kann der Rückgang der Arbeitskämpfe nicht alleine mit einer effektiven Regulation der Arbeitsbeziehungen erklärt werden, zumal seit 1950 eine bürgerliche Regierung herrschte und die keynesianistisch-planerische wirtschaftspolitische Option der Sozialdemokratie noch weitgehend auf dem Papier stand.¹⁷

Hinzu kommt, dass die oben zitierte Statistik die Bedeutung der massenhaften, landesweit stattfindenden Arbeitskämpfe betont – die Menge der „Ausfalltage“ gilt bis heute in der internationalen Forschung als geeigneter Maßstab der Erfassung der „Streikintensität“ im Ländervergleich. Ein Blick auf die Kategorie „Fälle“ und auf die Entwicklung der, nur außerhalb der offiziellen Statistik systematisch erfassten, wilden Streiks zeigt hingegen, dass der Rückgang zwischen 1950 und 1953 weniger drastisch ausfiel. Es ist daher schon für die erste Hälfte der 1950er-Jahre genauer, nicht nur von einem Rückgang, sondern auch von einer Verschiebung der Streiks auf die lokale, öffentlich unauffällige Ebene zu sprechen. So kann selbst inmitten des stärksten Rückgangs der Arbeitskämpfe eine gewisse Kontinuität lokaler Konflikte konstatiert werden. Dies lässt sich an „Betriebsgeschichten“ ablesen, so der Werft B&W in Kopenhagen, wo trotz einer Krise der kommunistischen Betriebsgruppe in den erwähnten drei Jahren zahlreiche Autoritäts- und Lohnkonflikte dokumentiert sind.¹⁸ Aber auch in anderen Betrieben und Sektoren kam es vor 1954 zu wilden Streiks, die die sich verschärfende Rationalisierungspolitik einzelner Unternehmer angriffen – allerdings waren diese „diskret“ in der Provinz angesiedelt, so in einer Schlachtereierei in Nørresundby oder in einigen Betrieben in Esbjerg.¹⁹

15 Siehe Svend Aage Hansen: *Økonomisk vækst i Danmark* [Ökonomisches Wachstum in Dänemark], Bd. 2: 1914–1975, Kopenhagen 1977, S.146-148.

16 Siehe Birke, *Wilde Streiks*, S.76.

17 Siehe Klaus Petersen: *Om formuleringen af velfærdsstaten som politisk projekt* [Über die Formulierung des politischen Projektes „Wohlfahrtsstaat“], in: *Arbejderhistorie*, 1996, Nr. 4, S.62-78.

18 Siehe Poul Thomsen: *Øens folk. En beretning om arbejderne fællesklub på B&W gennem 50 år* [Die Leute von der Insel. Ein Bericht über den Gewerkschaftsclub bei B&W in 50 Jahren], Kopenhagen 1973, S.72f., 81.

19 Siehe *Arbejderen. Medlemsblad for DsF* [Der Arbeiter, Zentralorgan der DsF], Kopenhagen, 1.8.1954, S.183f.; siehe auch die kleine zeitgenössische Broschüre: *Tiden* (Hrsg.): *Tre svin i minuttet. Hvad arbejdstempo og større produktivitet kan føre til* [Drei Schweine pro Minute. Wozu das Arbeitstempo und die Vergrößerung der Produktivität

2.2 Der Streik bei Philips/Amager

Es waren solche Konflikte, die im wilden Streik bei der Firma Philips auf der Insel Amager vor Kopenhagen im Herbst 1954 öffentlich wirksam ans Tageslicht gebracht wurden. Der Streik begann, weil ein Arbeiter in der Fernsehgerätefabrik sich gegen überhöhte Arbeitsanforderungen gewehrt hatte und deshalb fristlos entlassen worden war.²⁰ Schnell solidarisierten sich die Abteilung und schließlich die Beschäftigten des ganzen Werks. Die tiefere Ursache des Streiks war kein „Einzelfall“ und nicht die besondere Willkür eines einzelnen Abteilungsleiters, sondern Ausdruck der Kritik an den Rationalisierungs- und Managementmethoden in der Firma insgesamt. Der Betrieb, in dem ein hoher Anteil Arbeiterinnen in der Massen- und Fließproduktion beschäftigt war,²¹ war in den Jahren zuvor stark expandiert; das Management des multinationalen Konzerns hatte dabei auf eine Mischung aus Kontrolle, Druck, Drohungen und Erpressungen gesetzt, um die Arbeitsleistung permanent zu steigern. Mit einer Dauer von fünf Wochen war dieser Ausstand im Vergleich zu anderen Streiks jener Zeit ausgesprochen lang. Er löste eine breite Solidarisierung in der dänischen Arbeiterbewegung aus, die Presse berichtete nach kurzer Zeit an prominenter Stelle. Dass es einer der wenigen historischen Streiks ist, an die bis heute außerhalb eines kleinen Kreises von Spezialisten regelmäßig erinnert wird, hat damit zu tun, dass er Probleme artikuliert, die erst Jahre später allgemein wahrgenommen wurden.²²

Ein weiteres bemerkenswertes Merkmal des Philips-Streiks war seine basisdemokratische Organisationsform. Man traf sich täglich und bestimmte schnell einen Sprecherrat, der aus den Vertrauensleuten sowie Vertretern der Abteilungen bestand. Um einen Teil der Löhne und die erwarteten Geldbußen bezahlen zu können, startete man eine Kampagne, die von einer überbetrieblichen Unterstützungsgruppe mitgetragen wurde. Zunächst hatten sich 75 Vertrauensfrauen der Kopenhagener Metallindustrie getroffen. Diese regten ein allgemeines Vertrauensleutetreffen an.²³ Diese Form erwies sich als sehr effektiv: Bis zum Ende des

führen können], Kopenhagen 1953. Zur Situation in den Schlachtereien insgesamt siehe: Henning Grelle/Knud Knudsen: *Gris på kniven. Slagteriarbejdernes arbejde og organisering i 100 år* [Schwein am Messer. Hundert Jahre Arbeit und Organisation der Schlachtereiarbeiter], Kopenhagen 1995, S.69-84.

20 In Dänemark existierte im Gegensatz zur Bundesrepublik bis Ende der 1950er-Jahre weder ein gesetzlicher noch ein tarifvertraglicher Kündigungsschutz.

21 Siehe Streikbericht, Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv (Archiv der Arbeiterbewegung, im Folgenden: ABA), Kopenhagen, Dansk Metalarbejderforbund (im Folgenden: DM), 853, 379. Zeitgenössisch bereits: Svend Loft/Jørgen Høj: *Philipsstrejken* [Der Philipsstreik] 1954, Kopenhagen 1954.

22 Siehe Knudsen/Caspersen/Nielsen, Kampen, S.247.

23 Siehe Marianne Rostgård: *Det danske Socialdemokrati efter 1945* [Die dänische Sozialdemokratie nach 1945], Kopenhagen 1979, S.31.

Streikes wurden in 2.000 Betrieben über 500.000 dänische Kronen gesammelt.²⁴ Bis Ende Oktober spitzte sich der Streik zu. Obwohl die Kommunistische Partei Dänemarks (Danmarks Kommunistiske Parti; DKP) nur eine Nebenrolle spielte, sahen die Gewerkschaften die entstehenden Netzwerke als Bedrohung an und lehnten sie vehement ab.²⁵ Das Arbeitsgericht verurteilte den Arbeitskampf als „tarifwidrig“, verhängte kurz darauf hohe Geldstrafen gegen die Streikenden und relativ geringfügig gegen ihre Verbände. Die sozialdemokratische Presse begann, nach anfänglichem Verständnis, sich zu distanzieren. Der DsF akzeptierte die Beschäftigung von Streikbrechern, woraufhin der Betrieb mit nur 30 Beschäftigten teilweise die Arbeit wieder aufnahm. Schließlich setzten die Arbeitgeber die Streikenden auf eine „schwarze Liste“, beim Werk wurde Polizei stationiert.²⁶ Erst nachdem Zehntausende Beschäftigte am 23. Oktober 1954 in einen Solidaritätsstreik getreten waren, kam es zu einer Vereinbarung. Das Abkommen sah die Wiedereinstellung aller Arbeiter und die Überprüfung der Entlassung des Kollegen vor, der sich geweigert hatte, sich dem rabiat erhöhten Tempo anzupassen. Doch die Bedeutung des Philips-Streiks liegt weniger in seinem konkreten Resultat. Bemerkenswert war eher, dass es sich um einen Kampf von überwiegend eben erst in die Industrie eingetretenen Beschäftigten handelte. Ihre Mehrheit waren Frauen, auch wenn der Streik vor allem von den Männern nach außen vertreten wurde. Die Bewertung „Wendepunkt der dänischen Streikgeschichte“ kennzeichnet eine Aktion, in der sich Arbeiter und Arbeiterinnen, wie Hans-Jørgen Nielsen in seinem Roman „Fodboldengelen“ schrieb „erstmalig gegen die neuen Methoden auflehnten“²⁷. Dass andere wilde Streiks nicht dieselbe Beachtung fanden, hatte wohl auch damit zu tun, dass die Fernseher produzierende „Zukunftsindustrie“ Anschlussflächen für eine Art Anti-Werbung bot: Die Frage, unter welchen Bedingungen die begehrten modernen Produkte entstehen, ist seitdem ein beliebtes Motiv der Streikagitation geblieben.

2.3 Der Massenstreik von 1956

Der Streik bei Philips zeigte, wie ein Arbeitskampf gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaftshierarchie geführt werden konnte. Die oppositionellen Netzwerke, die in ihm entstanden waren, spielten zwei Jahre später bei der Eskalation der Tarifrunde eine bedeutende Rolle.²⁸ Neben einer Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 44 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich forderten die DsF-Gewerkschaften in diesen Verhandlungen eine Lohnfortzahlung im Krankheits- und Unglücksfall. Da der Arbeitgeberverband eine Nullrunde ver-

24 Siehe Socialdemokratiske Noter (Sozialdemokratische Notizen, SN) (Kopenhagen), 1955, Nr. 5, S.357.

25 Zit. nach: Hansen, Philipsstrejken, S.4.

26 Die Darstellung folgt hier: ebenda, S.4-8.

27 Hans-Jørgen Nielsen: Fodboldengelen, Kopenhagen 1979, S.16.

28 Dieser Streik, der in der Literatur ausführlich behandelt wurde, wird im Folgenden nur cursorisch geschildert.

langte, begann im März ein legaler Streik, der zunächst die Form von „Nadelstichen“ in strategisch wichtigen Bereichen wie der Mineralölindustrie oder der Schifffahrt annahm, während die Buchdrucker kurze Zeit später die bürgerlichen Tageszeitungen bestreikten.²⁹ Trotz der Empörung, die besonders das Letztere in der politischen Rechten auslöste, kam es am 31. März zu einem Kompromiss, der Lohnerhöhungen ungefähr in Höhe der Inflationsrate und einen Einstieg in die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorsah.³⁰ Das Resultat war in den Betrieben stark umstritten, wegen der Stagnation der Löhne, aber auch wegen des Verzichtes auf die Arbeitszeitverkürzung. Am 12. April, der Streik wurde unterdes nicht ausgesetzt, lag das Resultat der Urabstimmungen vor: 64,4 Prozent der Abstimmenden hatten mit „Nein“ gestimmt.³¹

Am Freitag, dem 13. April 1956, setzte das Parlament daraufhin den abgelehnten Vermittlungsvorschlag auf gesetzlichem Wege ein und illegalisierte zugleich alle weiteren Streiks. Noch für denselben Tag rief die Geschäftsführung der vier gewerkschaftlichen Klubs der Werft B&W zu einer Protestdemonstration vor dem Regierungssitz auf.³² Sie wurde mit mehr als 200.000 Teilnehmern die bis dahin größte politische Demonstration der dänischen Geschichte. Innerhalb der Linken war umstritten, wie mit der Situation umgegangen werden sollte. Im Gewerkschaftsausschuss der DKP gab es eine Mehrheit für die Ausrufung eines unbefristeten Generalstreiks. Die Parteiführung entschloss sich jedoch, eine Weiterführung der Proteste nur für den folgenden Tag – der Samstag war damals ein regulärer Arbeitstag – vorzuschlagen.³³ In einer Rede auf dem Schlossplatz empfahl der KP-Vorsitzende Aksel Larsen folgerichtig, „den Beschluss der Vertrauensleute abzuwarten, die in der heutigen Situation der Generalstreik sind“.³⁴ Hier setzte sich nach heftigen Konflikten unter den über 800 Teilnehmern die Haltung durch, die Arbeit am Montag, dem 16. April, wieder aufzunehmen. Gleichzeitig sollten lokale Kämpfe geführt werden, um das Ergebnis der Tarifrunde zu unterlaufen. Diese Botschaft wurde im Anschluss an das Treffen von den DKP-Beauftragten im Radio verbreitet. Die große Mehrheit der Beschäftigten streikte am Samstag ebenfalls, ging aber wie vorgeschlagen am Montag wieder zur Arbeit. Lediglich einzelne Branchen oder Betriebe führten den Protest weiter. Die

29 Siehe auch das Verzeichnis der Streiks des Jahres 1956 in: Mikkelsen, Arbejdskonflikter, S.325. Für das Folgende siehe Knud Knudsen: Arbejdskonflikternes historie i Danmark. Arbejdskampe og arbejderbevægelse [Die Geschichte der Arbeitskonflikte in Dänemark. Arbeitskämpfe und Arbeiterbewegung], 1870-1940, Kopenhagen 1999, S.323.

30 Siehe ebenda, S.325.

31 Siehe Steen Bille Larsen: Kommunisterne og arbejderklassen [Die Kommunisten und die Arbeiterklasse], Kopenhagen 1977, S.53.

32 Das Flugblatt dokumentiert: Nils H. Groth: Urolighederne i 1956 og kommunisternes rolle [Die Rolle der Kommunisten in den Unruhen von 1956], in: Arbejderhistorie, 2000, Nr. 3, S.43-56, hier S.49.

33 Siehe ebenda, S.52.

34 Zit. nach: Knudsen, Arbejdskonflikternes historie, S.325.

Seeleute setzten ihren Streik sogar noch bis Ende April fort, mussten ihn schließlich jedoch ergebnislos abbrechen, nachdem das Arbeitsgericht ihren Berufsverband zu einer Geldstrafe in der Rekordhöhe von fast einer Million Kronen verurteilt hatte.³⁵

Im Anschluss an den Massenstreik stieg die Zahl der gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute der DKP in Kopenhagen 1956 um fast ein Drittel an.³⁶ Aus zwei Gründen hielt die „linke“ Stimmung allerdings nur für einige Monate an: Einerseits verurteilten viele Arbeiterinnen und Arbeiter die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn, während sich die DKP in dieser Frage vorbehaltlos hinter die Politik der KPdSU gestellt hatte.³⁷ Andererseits wurden die Forderungen der Tarifrunde nach 1956 nach und nach eingelöst bzw. kompensiert: Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates nahm mit der Einrichtung einer allgemeinen „Volks Pension“ Fahrt an, während die Tarifrunde von 1957/58 unter anderem den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung bot.³⁸ Aber gerade die lange Laufzeit dieses Vertrages trug dazu bei, dass die Zahl der wilden Streiks zunahm.

3. Arbeitskämpfe in den 1960er-Jahren

3.1 „Untypische“ Streiks in der Hochkonjunktur

In den letzten beiden Jahren der 1950er setzte in Dänemark „eine der markantesten Ausdehnungsperioden in der neueren Wirtschaftsgeschichte“ ein.³⁹ Das Brutto sozialprodukt wuchs zwischen 1957 und 1965 im Schnitt um 5,3 Prozent pro Jahr und wurde in den westlichen Industrieländern nur von Italien (5,5 Prozent) und der Bundesrepublik (5,4 Prozent) übertroffen. In der dänischen Literatur spricht man von der „zweiten industriellen Revolution“. In ihrem Kontext veränderte sich nicht alleine die Ökonomie, auch Lebensweisen, Konsumformen und Alltagsleben wandelten sich, in Kopenhagen wie in der Provinz. Ein Kernstück der industriellen Expansion war, neben einer investitionsfreundlichen Politik und der gleichzeitigen Sicherung der Nachfrage durch Lohnerhöhungen und Wohlfahrtsstaat, die Mobilisierung von Arbeitskraft. Diese verlief wie südlich von Flensburg in der Form einer „Unterschichtung“ des Arbeitsmarktes, aber anders als in Westdeutschland oder den ehemaligen westeuropäischen Kolonialmächten mussten dänische Unternehmer nicht auf dem Weltarbeitsmarkt einkaufen gehen. In Dänemark wurden weiterhin Landarbeiter, seit 1960 vermehrt auch kleine, selbstständige Landwirte in Industriearbeiter verwandelt. Etwa 70 Prozent

35 Siehe Ole Møhlholm: *Arbejdskampe i Danmark* [Arbeitskämpfe in Dänemark], 1956-1978, Kopenhagen 1987, S.32.

36 Siehe Larsen, *Kommunisterne*, S.56.

37 Siehe Knudsen/Caspersen/Nielsen, *Kampen*, S.260.

38 Siehe ebenda, S.209-211.

39 Hansen, *Økonomisk vækst*, S.177, auch im Folgenden.

dieser neuen Lohnarbeiter waren zunächst als Ungelernte beschäftigt.⁴⁰ Zwischen 1957 und 1970 nahm zudem die registrierte Erwerbsfrequenz der Frauen deutlich zu, wobei der Anteil der verheirateten erwerbstätigen Frauen überdurchschnittlich stieg.⁴¹ Dass weibliche Lebensläufe nunmehr eine kontinuierliche lohnabhängige Beschäftigung enthalten konnten, änderte jedoch nichts daran, dass die Frauen in der Industrie überwiegend auf Massendarbeit in abgegrenzten Tätigkeitsfeldern verwiesen wurden.

Die Neuzusammensetzung der Beschäftigten und ihr im Vergleich zu anderen Staaten spezifischer Verlauf war entscheidend für die Transformation der Arbeitskämpfe. Zuerst äußerte sich das in der Streikwelle um 1960, die ihre Dynamik gewann, weil die durch den Exportboom zunehmende Inflation die Real-löhne reduzierte. Während die Beschäftigten im sogenannten Minimallohnbereich, so etwa die Facharbeiter des Metallsektors, das Recht auf betriebliche Nachverhandlungen der Löhne hatten, schlossen die Tarifverträge im sogenannten Normallohnbereich, die vor allem für Ungelernte und Industriearbeiterinnen galten, solche Verhandlungen aus. Die Folge war, dass die Lohndifferenzen zwischen den unterschiedlichen Gruppen wuchsen, die un- und angelernten immer stärker benachteiligt wurden. Dies wiederum aktualisierte den Kampf um „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, den die gewerkschaftliche Frauenbewegung schon seit vielen Jahrzehnten führte. Gleichzeitig verstärkte sich die bereits im Philips-Streik beobachtete Tendenz, dass die neuen Arbeitskräfte in der Provinz und im rasch expandierenden neuen Kopenhagener Industriegürtel sich in den Arbeitskämpfen Gehör verschafften. Allerdings hat der Umstand, dass „untypische“ Gruppen die wilden Streiks um 1960 prägten, dazu beigetragen, dass diese bis heute nur sporadisch und meist unsystematisch tradiert und in der Forschung oft vollständig ignoriert wurden. Dass es in der dänischen Literatur bis heute keine selbstständige Untersuchung über diese Kämpfe gibt, ist auch deshalb bemerkenswert, weil der Streik-Zyklus um 1960 im Grunde leicht dokumentiert werden kann. Er begann 1959/60 mit den wilden Streiks, mündete 1961 in eine erneute Zuspitzung der Tarifkonflikte und wurde schließlich 1962/63 durch die staatliche Einkommenspolitik kompensiert. Auch in der offiziellen Statistik kann diese Entwicklung nachvollzogen werden:

40 Siehe Svend Aage Andersen: *Arbejderkultur i velfærdssamfundet* [Arbeiterkultur in der Wohlfahrtsgesellschaft], Kopenhagen 1997, S.102.

41 Die Erwerbsfrequenz von Frauen über 16 Jahren stieg von ca. 35% (1955) auf 50% (1965). Die Zahlen sind allerdings wegen der verstärkten Registrierung informeller Lohnarbeit etwas verzerrt, siehe Anette Borchorst/Birte Siim: *Kvinder i velfærdsstaten. Mellem moderskab og lønarbejde gennem 100 år* [Frauen im Wohlfahrtsstaat. 100 Jahre zwischen Mutterschaft und Lohnarbeit], Aalborg 1984, S.105-107.

Tabelle 2. Tarifliche und wilde Streiks in Dänemark 1957–1961⁴²

<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Ausfalltage</i>	<i>„tarifwidrig“</i>
1957/58	29	17.900	17.900
1959/60	105	71.700	69.900
1961	34	2.120.500	13.800

Die offizielle Statistik reflektiert, dass die Tarifbewegung von 1961 eine Reaktion auf das Ansteigen der wilden Streiks war. Sie lässt die wirkliche quantitative Entwicklung jedoch nur erahnen. Für die Zeit von 1959 bis 1961 existieren detaillierte Aufstellungen. So zeichnete der sozialdemokratische Informationsdienst (Arbeiter Informationscentralen, AIC) sämtliche Streiks, die er ermitteln konnte, auf, um dem Phänomen der lokalen „tarifwidrigen“ Aktionen auf die Spur zu kommen. Die Zeitschrift „Socialdemokratiske Noter“ zählte auf Grundlage dieser Ermittlungen alleine zwischen dem 10. September 1958 und dem 1. Dezember 1960 nicht weniger als 261 wilde Streiks und damit weit mehr als das Doppelte der amtlich verzeichneten Streiks.⁴³ In einer der wenigen zeitgenössischen Zusammenfassungen sprach Carl Hinrich Petersen im August 1960 von den wilden Streiks als einer „Sommermode“, die der Öffentlichkeit wie eine „soziale Naturkatastrophe“ erschienen sei. Und er fuhr fort, dass die „Geschichte dieser Streiks zu schreiben, fast eine Unmöglichkeit“ sei, da ihr „Schwerpunkt ganz offensichtlich auf dem einzelnen Arbeitsplatz“ gelegen habe.⁴⁴ Für die folgende Zusammenfassung standen mir, anders als Petersen, die Materialien aus dem Arbeitsrechtsarchiv der LO zur Verfügung.

Der Zunahme der wilden Streiks begann wie 1953 in den Fleisch verarbeitenden Betrieben der Provinz, wo es angesichts der erneuten Verschärfung des Tempos an den Schlachterketten im Spätsommer 1959 zu sogenannten Slomo-Aktionen kam, das heißt zur landesweit koordinierten Senkung des Arbeitstempos.⁴⁵ Weit aus stärker beachtet als der Schlachterstreik wurde sodann ein 45 Tage dauernder Streik von 125 Beschäftigten einer Maschinenfabrik in Kopenhagen, der sich wie gleichzeitige, aber etwas kürzere Aktionen gegen fristlose Kündigungen richtete.⁴⁶ Eine ähnliche Solidarisierung wie während des Philips-Streikes gelang jedoch

42 Leihardt, Strejkestatistik, S.153.

43 Siehe SN, 1960, Nr. 10, S.930-935. Hier werden auch Dauer und Ursachen benannt.

44 Carl Hinrich Petersen: Sommerens mode: ulovlige strejker [Sommermode, ungesetzliche Streiks], in: Ders.: Fra klassekampens slagmark i Norden [Von den Schlachtfeldern des Klassenkampfes im Norden], Kopenhagen 1979, S.208-212.

45 Siehe Grelle/Knudsen, Gris på kniven, S.108. Weder die SN noch die offizielle Statistik registrierte diese Aktionen.

46 Siehe die Sammlung von Berichten in den Gerichtsakten in: Arbeitsrechtarchiv, ABA, Landsorganisation i Danmark (im Folgenden: LO), 800, Aktenzeichen 5226. In den Tagen vor dem Henze-Streik registrierten die SN alleine in Kopenhagen drei wilde Streiks gegen Kündigungen: SN, 1960, Nr. 10, S.930-932. Ein Tarifvertrag, der kurze Zeit später im

diesmal nicht: Die seit ca. 1957 anhaltende Krise der DKP war auch an den gewerkschaftsoppositionellen Netzwerken nicht vorbeigegangen. Im Frühjahr 1960 eskalierte dann in einer Gummi- und Galoschenfabrik im etwa 50 Kilometer südlich von Kopenhagen gelegenen Køge ein Konflikt. Er wurde dadurch ausgelöst, dass durch Anwachsen der Produktion zwar den 650 Männern Lohnerhöhungen zugestanden, diese aber den 540 Frauen verweigert wurden.⁴⁷

Die Sozialdemokratie war besorgt, weil dieser Arbeitskampf quer zu den Trennungslinien des Kalten Kriegs verlief und sich „unsere Genossinnen“ als besonders aktivistische Vertreterinnen der Lohnforderung hervortaten. Wie während des Philips-Streiks wurde von den streikenden Frauen Geld gesammelt, das jedoch vorrangig an die alleinerziehenden Frauen verteilt wurde. Trotz ihrer Bemühungen erreichten die Arbeiterinnen nach einem zweiwöchigen wilden Streik am Ende lediglich eine Erhöhung ihrer Löhne um acht Kronen in der Woche – die Frauenlöhne waren damit immer noch mehr als ein Drittel niedriger als die der Männer. Die Dynamik der sich unmittelbar anschließenden Streikwelle entwickelte sich auch aus diesem Verhältnis. Ein Beispiel waren die Arbeitskämpfe in den Brauereien, in denen Frauenarbeit traditionell Saisonarbeit war. Überstunden im Sommer stand Erwerbslosigkeit im Winter gegenüber.⁴⁸ Frauen waren in den 1950er-Jahren überwiegend im Akkord, in den Abfüllhallen und als Reinigungskräfte beschäftigt. Bei Löhnen, Bezug von Krankengeld und Urlaub waren die Frauen benachteiligt. Diese Benachteiligung wurde durch die getrennte gewerkschaftliche Organisation zementiert, die aber zugleich Ausgangspunkt einer selbstständigen Artikulation von „Frauenforderungen“ werden konnte.⁴⁹ Der Konflikt betraf insofern nicht allein das Verhältnis zwischen Arbeiterinnen und Brauereibesitzern, sondern auch zwischen „männlicher“ und „weiblicher“ Gewerkschaft. Daran änderte nichts, dass die Gewerkschaft in Kopenhagen ausgesprochen linksorientiert war, denn auch die „linken“ Männer sahen die weiblichen Beschäftigten eher als „Gäste“, die kurzfristigen Arbeitskräftemangel beseitigen sollten, und mitunter sogar als Konkurrenz. Entsprechend kämpften die verschiedenen Gruppen zunächst weitgehend für sich allein: Bereits seit Mitte März 1960 hatten die Klubs und Vereinigungen der männlichen Brauereiarbeiter in der Hauptstadt Lohnerhöhungen von 20 Kronen in der Woche gefordert.⁵⁰

Metallbereich Abhilfe gegen die fristlosen Entlassungen schaffen sollte, blieb in seinen Schutzwirkungen sehr begrenzt.

47 Die Darstellung folgt Rostgård, Socialdemokrati, S.79, sowie den Berichten des AIC in den Arbeitsgerichtsakten, ABA/LO, 800, Aktenzeichen 5292. Siehe auch das Interview mit den streikenden Frauen in: Land og Folk, 5.6.1960, S.7.

48 Die Darstellung folgt hier: Jørgen Assens u.a.: De slukkede vores tørst og gjorde livet lidt rodere Bryggeriarbejdernes forbund [Sie löschten unseren Durst und machten das Leben etwas röter: Der Verband der Brauereiarbeiter], DBBMF, 1898-1990, Kopenhagen 1993, S.106-109.

49 Siehe ebenda, S.106.

50 Siehe ebenda, S.109f.

Mit einem kurzen wilden Streik setzten sie diese Forderungen durch, aber die Beschäftigten in der Provinz und die Arbeiterinnen gingen leer aus.⁵¹ Daraufhin traten am 1. Juni 1960 zunächst die Arbeiter und Arbeiterinnen in Helsingør und Ålborg für einen und in Århus für drei Tage in einen wilden Streik und verlangten dieselben Lohnerhöhungen wie in der Hauptstadt. Am 2. Juni folgten die Frauen in Kopenhagen mit der gleichen Forderung.⁵² Am 3. Juni demonstrierten 1.500 Frauen vor dem Arbeitsgericht gegen die Verurteilung der Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit und gegen Geldbußen.⁵³ Danach begann die Streikwelle, sich auf andere Betriebe und Sektoren auszudehnen.

Immer wieder wurde eine lineare Lohnerhöhung gefordert: Vom 8. bis 16. Juni 1960 legten Werft- und Metallarbeiter in Kopenhagen und Århus, die Milchlieferanten in Herning, die Busfahrer in Århus und die Beschäftigten dreier Molkereien in Kopenhagen die Arbeit nieder.⁵⁴ Am 15. Juni nahmen die Brauereiarbeiterinnen die Arbeit wieder auf, nachdem ihnen Lohnerhöhungen in der gleichen Höhe wie den Männern zugestanden wurden.⁵⁵ Durch solche Erfolge dehnten sich die wilden Streiks weiter aus. Im Spätsommer begannen fast täglich neue Streiks, meist mit Festgeldforderungen von ungefähr 15 Kronen pro Woche. Gewerkschaften und Arbeitgeberverband waren völlig überrascht. Dass die Kämpfe seitdem, anders als der Philips-Streik und die Massenaktionen von 1956, seitdem kaum rezipiert wurden, liegt nicht daran, dass sich die zeitgenössische Öffentlichkeit nicht für sie interessierte: Im Sommer 1960 waren in der dänischen Presse Tag für Tag Meldungen über „das Chaos auf dem Arbeitsmarkt“ zu lesen.

Allerdings verliefen die Aktionen in der Tat kaum koordiniert. Die Bedeutung des „Hörensagens“ und der Presseinformationen war sicher größer als die der organisierten Gewerkschaftsopposition. Immerhin kann im Falle der Lagerarbeiter,⁵⁶ der Hafendarbeiter und der Seeleute⁵⁷ zumindest von einer branchenmäßigen Koordinierung gesprochen werden. Am 12. und 13. September 1960 erregte schließlich ein Arbeitskampf der 3.000 beamteten Kopenhagener Postboten öffentliches Aufsehen. Mit dem Ausstand, dem sich die Postboten in Århus und Odense am 13. September anschlossen, protestierte man gegen die Anstellung von Aushilfskräften, durch die ein Überstundenboykott unterlaufen werden soll-

51 Siehe Rostgård, Socialdemokrati, S.77. Der Arbeitgeberverband quittierte das „Aus-scheren“ der Brauer aus der Solidargemeinschaft der Unternehmer mit einer hohen Geldstrafe.

52 Siehe Assens u.a., De slukkede vores, S.110-115.

53 Siehe Ove Christensen: Den faste Voldgiftsrets Kendelser. Udgivet ved rettens foranstaltning [Die Urteile des Schiedsgerichtes (heute arbejdsret = Arbeitsgericht). Herausgegeben durch das Gericht], Kopenhagen 1961, S.24.

54 Siehe SN, 1960, Nr. 10, S.933.

55 Siehe Assens u. a., De slukkede vores, S.111.

56 Siehe Rostgård, Socialdemokrati, S.83, sowie SN, Nr.10, Juli 1960, S.333.

57 Siehe Rostgård, Socialdemokrati, S.83.

te.⁵⁸ Hintergrund des Boykotts wiederum war ebenso wie in der Industrie die Forderung nach linearen Lohnerhöhungen. Die Postboten, deren Arbeit weit unterdurchschnittlich entlohnt war, setzten schließlich wie Hunderte anderer Belegschaften ihre Forderung durch. Es war der erste bedeutende Streik im öffentlichen Sektor in der dänischen Nachkriegsgeschichte, ein Arbeitskampf, der damals als sehr ungewöhnlich wahrgenommen wurde, während Streiks im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor heute nicht mehr außergewöhnlich sind.

Ab Oktober 1960 ebnete die Streikwelle ab. Ursache waren in diesem Falle jedoch nicht Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern – die Letzteren verwahrten sich gegen diese Option und zogen somit die lokalen Streiks in die Länge. Vielmehr war die Ursache, dass die meisten wilden Streiks erfolgreich waren bzw. ab dem Spätsommer oft alleine die Drohung von Arbeitsniederlegungen angesichts der aus Sicht der Beschäftigten günstigen Arbeitsmarktsituation häufig Lohnerhöhungen nach sich zog.

3.2 Von der Tarifrunde 1961 bis zur „ganzheitlichen Lösung“

Im Frühjahr 1961 kam es vor diesem Hintergrund zu einer stark umkämpften legalen Tarifrunde. Die Gewerkschaften insbesondere der Un- und Angeleiterten standen noch unter dem Schock des nicht von ihnen gewollten „Streiksommers“ und wollten den Fehler, in der Hochkonjunktur niedrig dotierte, langfristige Verträge zu unterzeichnen, auf keinen Fall wiederholen. Um die Legitimation in der Gewerkschaftsbasis zu erhalten, forderte man nun eine spürbare Erhöhung der Mindestlöhne. Da die Abstimmungen diesmal, als Reflex der Eskalation der zentralisierten Tarifrunde des Jahres 1956, in acht Branchen-Gruppen aufgeteilt worden waren, gab es jedoch nur im Metallbereich und im Transportsektor tarifliche Streiks, während dort, wo eine kämpferische Minderheit (wie die Drucker) durch die Mehrheit der „Abstimmungsgruppe“ überstimmt worden war, einige „tarifwidrige“ Proteststreiks ausbrachen. Während der Konflikt in der Metallindustrie schnell durch eine Erhöhung des Mindestlohnes beendet werden konnte,⁵⁹ dauerte der Streik der Transportarbeiter fast vier Wochen und legte große Teile der dänischen Wirtschaft lahm. Mitte Mai 1961 wurde er schließlich durch „Rekordloohnerhöhungen“ beigelegt⁶⁰ – auch dies war ein Resultat der Streikwelle. 1963 kam es schließlich, anlässlich der nächsten Tarifrunde, zu einem in der dänischen Geschichte als „ganzheitliche Lösung“ (Helhedsløsning) bekannten Einfrieren der Löhne und Preise durch den Gesetzgeber, bei einem gleichzeitigen weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Dieser „historische Kompromiss“, der

58 Siehe SN, 1960, Nr. 12, S.1082.

59 Siehe SN, 1961, Nr. 8, S.656.

60 Mikkelsen, Arbejdskonflikter, S.328.

die kurzfristige Suspendierung der Tarifautonomie bedeutete, wurde international als „am weitesten entwickelte Form einer planerischen Einkommenspolitik“ bewundert.⁶¹ In der Tat gelang es linksoppositionellen Gewerkschaftern, einschließlich der am Anfang des Jahrzehntes gebildeten DKP-nahen „Vorsitzendeninitiative“ (Formandsinitiativet, FI), nicht, Proteststreiks gegen diese Politik zu mobilisieren. Die vier Jahre zwischen 1964 und 1967 wurden, trotz eines großen, aber weitgehend erfolglosen Tarifstreiks in den Brauereien im Jahre 1965 und des Umstands, dass das Niveau der wilden Streiks immer noch deutlich über dem der ersten Jahre der 1950er lag,⁶² tatsächlich zu einem „Musterbeispiel“ einer friedlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings: Insgesamt gilt auch in Dänemark, dass die Verdrängung der Arbeitskämpfe auf die lokale und betriebliche Ebene nur wenige Jahre anhielt – die „heroische“ Phase des „historischen Kompromisses“ war aus dieser Sicht kaum mehr als eine Episode.

4. Wilde Streiks und soziale Bewegungen zwischen 1968 und 1973

4.1 1968: Das Comeback der Arbeitskämpfe in Dänemark

Am 15. Mai 1968 begann in Frankreich der größte Streik in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das Ereignis ging nicht in die offizielle Statistik ein – wodurch Frankreich um 1970 als Land mit „durchschnittlichem“ Streikvolumen erscheint! Schätzungen nehmen rund zehn Millionen Streikende an.⁶³ Während die Forschung von einer strikten Trennung zwischen „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen ausgeht, markiert der französische Arbeitskampf gerade den Übergang, das heißt sowohl die Kontinuitäten als auch die Diskontinuitäten zwischen beiden Aspekten der Protestgeschichte.⁶⁴ Einerseits bezogen sich die Aktionen lokal auf die Forderung nach „autogestion“, die Selbstverwaltung,⁶⁵ die nicht zuletzt auf Motive aus der Résistance zurückgingen. Die konkreten Aktionsfor-

61 Robert J. Flanagan/Lloyd Ulman: *Wage Restraint. A study in Incomes Policy in Western Europe*, Los Angeles 1971, S.130.

62 Im deutsch-dänischen Vergleich spielt hierbei auch eine Rolle, dass die wilden Streiks in der BRD zunahmen, als 1966 die Rezession den Unternehmern Gelegenheit bot, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. In Dänemark dagegen blieb die kurze Wirtschaftskrise weitgehend aus.

63 Siehe Ingrid Gilcher-Holtey: „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt/Main 1995, S.297. Siehe umfassend: Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): *1968 und die Arbeiter in Europa. Studien zum proletarischen Mai in Europa*, Hamburg 2007.

64 Methodisch zur Bedeutung der Arbeitskämpfe in den 1968er-Jahren siehe Peter Birke: *Die Protestbewegungen und die „kulturelle Revolution“ der 1960er-Jahre in der aktuellen bundesdeutschen Historiographie: Montage und Virtualität*, in: *Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts* (Bern), 2007, H. 2, S.7-30.

65 Siehe Frank Georgi: *Selbstverwaltung: Aufstieg und Niedergang einer politischen Utopie in Frankreich von den 1968er bis zu den 1980er Jahren*, in: Gehrke/Horn, 1968 und die Arbeiter, S.252-274.

men reichten von der Betriebsbesetzung und der basisdemokratischen Kontrolle des Streiks, über die Kontrolle der Verteilung und des Vertriebs der Produkte bis hin zur Kontrolle über Stadtteile und sogar Städte.⁶⁶ Andererseits war die Rebellion der Studenten der Ausgangspunkt der Aktionen – und diese enthielten eine immanente Kritik an den Aktionsformen, institutionellen Bezugspunkten und Inhalten der alten Linken und insbesondere auch der französischen KP.⁶⁷ Im internationalen Maßstab reproduzierte sich diese Kritik als Begeisterung für die antistalinistischen und antietatistischen Tendenzen in der ČSSR, aber durchaus auch in einer Radikalisierung der totalitären Tendenzen, die die „neue“ mit der „alten“ Linken teilte.

Dass das Agieren von „alter“ Arbeiter- und „neuer“ sozialer Bewegung in Dänemark nicht in der gleichen Geschwindigkeit wie in Südeuropa zu einer Erneuerung der sozialen Bewegung führte, lag zunächst daran, dass die drei Akteure des „dänischen Mai“⁶⁸ sich kaum aufeinander bezogen: erstens die neue Jugendbewegung, vor allem die eben erst in Schwung gekommene Studentenbewegung; zweitens, und im engen Zusammenhang damit, die Bewegung gegen den Vietnamkrieg und drittens die Gewerkschaftsopposition, die eine Art Comeback erlebte, das von den anderen Segmenten der Protestbewegung allerdings kaum wahrgenommen oder in einen Zusammenhang mit eigenen Forderungen und Zielen gebracht wurde.

Auslöser dieses Comebacks war ein Eingriff der erst seit wenigen Monaten im Amt befindlichen bürgerlichen Baunsgaard-Regierung in zwei Arbeitskämpfe.⁶⁹ Zunächst übte der Arbeitsminister gegenüber einem Streik der Telefonisten massiven Druck aus, um ein schnelles Verhandlungsergebnis zu erreichen. Fast gleichzeitig unterband er einen Arbeitskampf der Telegrafisten und Steuerleute in der Seefahrt.⁷⁰ Am 21. Mai 1968 riefen alle gewerkschaftlichen Klubs von B&W anlässlich der dritten Lesung des Gesetzes zu einer Demonstration vor dem Parlament auf.⁷¹ Am selben Tag warnte die LO vor Aktionen während der Arbeitszeit, erklärte sich allerdings zugleich mit den Zielen der Aktion einverstan-

66 Siehe Gerd-Rainer Horn: *The Working Class Dimension of „1968“*, in: Ders./Padraic Kenney (Hrsg.): *Transnational Moments of Change. Europe 1945, 1968, 1989*, Oxford 2004, S.119-136.

67 Im Mittelpunkt steht dieser Aspekt in: Immanuel Wallerstein: *1968: Eine Revolution im Weltssystem*, in: Etienne Françoise u.a. (Hrsg.): *1968 – ein europäisches Jahr*, Leipzig 1997, S.19-33.

68 Zur dänischen Literatur über die Jahre um 1968 siehe neuerdings Anne Warring: *Around 1968. Danish Historiography*, Kopenhagen 2007.

69 Siehe Hansen, *Økonomisk vækst*, S.193.

70 Siehe [Bericht über den Steuerleutekonflikt,] ABA, Socialistisk Folkeparti (im Folgenden: SF), 501, Aktennummer 43.

71 Eine Kopie des Aufrufs liegt in: ABA/LO, 800, Aktenzeichen 6308.

den.⁷² Am 24. Mai traten bis zu 100.000 Arbeiter in Kopenhagen in einen etwa dreistündigen Streik. Rund 30.000 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung vor dem Folketing.⁷³ Auch in Århus demonstrierten ungefähr 5.000 Menschen, und auf den Werften von Helsingør und Odense wurde die Arbeit eingestellt. Erstmals seit mehr als zehn Jahren hatte die Gewerkschaftslinker zu politischen Protesten aufgerufen, an denen sich breite Teile der Arbeiterbewegung beteiligten. Doch wie erwähnt waren die verschiedenen, gleichzeitig stattfindenden Protestaktionen anders als in Frankreich und später in Italien so gut wie gar nicht miteinander verknüpft. „Arbeiter-und-Studenten-Komitees“ entstanden (am Rande der neuen Jugendbewegung) erst nach dem Mai 1968.

4.2 Lokale Arbeitskämpfe und neue Linke nach 1968

Hintergrund des Entstehens dieser Komitees war, dass im Laufe des Jahres 1969 nach und nach ein vierter Akteur die Bühne der sozialen Bewegungen betrat: die lokalen Arbeitskämpfe. Eine Vorahnung bot im November 1968 eine Blockade einer Druckerei im Kopenhagener Stadtteil Vesterbro, die mit nicht gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten arbeitete und diese unter Tarif einstellte. Die empörten Drucker besetzten zeitweise die Drucksäle, vor dem Werkstor kam es zu Handgreiflichkeiten.⁷⁴ Zudem brachen im Winter 1968/69 einige Streiks in den Sektoren aus, in denen „tarifwidrige“ Aktionen üblich waren, wie in den Schlachtereien, der Tabakverarbeitung oder den Großwerften.⁷⁵ Insgesamt blieben die Kämpfe allerdings auf dem niedrigen Level der Jahre zuvor. Im Februar und März 1969 ging die industrielle Tarifrunde wider Erwarten relativ reibungslos vonstatten. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sprach sich für die nur geringfügig verbesserten Verträge aus, lediglich die weiblich dominierten Verbände protestierten (nicht das erste und nicht das letzte Mal) gegen den Verzicht auf die Gleichstellung der Geschlechter bei den Löhnen. Der unmittelbar nach der Tarifrunde einsetzende Boom beendete, und darin liegt eine Parallele zu den Ereignissen in der Bundesrepublik und in den anderen westskandinavischen Ländern, einmal mehr die relative Ruhe. Wieder zeigte sich, dass die Tarifverträge die Einkommen im Aufschwung wohl nicht sichern würden, während

72 Siehe Pressemappe, ABA, Tobaksarbejderforbund (im Folgenden: TF), 597, Aktenzeichen 46. Das Verhältnis der LO zur bürgerlichen Regierung war zwiespältig: Einerseits ließ sie auf Druck der im Vorstand der Gewerkschaftszentrale vertretenen Sozialdemokratie keine einkommenspolitischen Agreements mehr zu – und markierte damit unbewusst schon früh einen Bruch mit Politikformen, die die spezifische Ausformung der „goldenen Zeiten“ in Dänemark entscheidend bestimmt hatten. Andererseits gab es in der LO Stimmen für eine Kooperation mit der Regierung (Siehe Protokoll geschäftsführender Vorstand, 17.5.1968, ABA/LO, 1.500, Aktenzeichen 2208).

73 Siehe LO: Årsberetning 1968 [Geschäftsbericht 1968], Kopenhagen 1969, S.22.

74 Siehe Aufruf vom 9.11.1968, ABA, Dansk Typografforbund, Abt. Kopenhagen, [Sammlung] Blockade Brdr. Hilfling Petersen, 564, Aktennummer 49.

75 Siehe ABA/TF, 597, Aktennummer 44 [Sammlung über wilde Streiks].

die Gewinne exorbitant zu steigen begannen. Dabei weckte gleich der erste Konflikt – nur eine Woche nach der Urabstimmung über die Tarife – das Interesse der linken Studierenden. Besonders anregend wirkte der Umstand, dass es beim einwöchigen Streik der Flugzeugmechaniker der SAS nicht nur um die Lohnverhältnisse ging, sondern auch um die durch die Linke zu „Misstrauensleuten“ (mistillidsmænd) umgetauften demokratischen Defizite der betrieblichen Interessenvertretung.⁷⁶ Allerdings blieb die SAS-Aktion vereinzelt. Am Beginn der Streikwelle bestimmten zunächst „reine“ Lohnforderungen der qualifizierten Metallarbeiter das Bild. Von Juli bis September 1969 wurden im Bereich des Metallarbeitgeberverbandes 65 Streiks gezählt. Eine bemerkenswerte Entwicklung, weil viele Facharbeiter nunmehr offenbar wilde Streiks für effektiver hielten als die in ihren Tarifverträgen legalisierte „Nachverhandlung“ während der Friedenspflicht.⁷⁷ Dagegen beteiligten sich die Ungelernten selbst dann häufig nicht an den Aktionen, wenn sie in bestreikten Betrieben beschäftigt waren. Da viele Unternehmer angesichts der vollen Auftragsbücher auf die Forderungen der Streikenden eingingen, nahmen jedoch bereits im September die Streiks der Facharbeiter ab, während immer häufiger un- und angelernte Beschäftigte in den Ausstand traten.⁷⁸ Spektakulär waren insbesondere die Arbeitskämpfe beim Elektrohersteller Thrige-Titan, wo sich vor allem die Arbeiterinnen der verschiedenen Zweigstellen in einer Reihe wilder Streiks gegen die Lohndiskriminierung ebenso wehrten wie gegen schikanöse Arbeitsbedingungen am Band und willkürliche Entlassungen. Im Zuge dieser Streiks hielten Arbeiterinnen einen Direktor für einige Minuten in seinem Büro fest, was die radikale Linke ebenso wie die Boulevardpresse als Ankunft einer „französischen“ Militanz (überbe-)wertete.⁷⁹

4.3 Die „Kronenkampagne“

Auf der Grundlage zunehmender wilder Streiks begann im Herbst eine von den DKP-nahen Gewerkschaftern der FI getragene Kampagne für eine lineare Erhöhung der Löhne um eine Krone pro Stunde. Durch diese Initiative entwickelte die Streikwelle eine weitaus stärkere Koordinierung als die Sommerstreiks von 1960. Die Kampagne war von vornherein auf zwei Ziele gerichtet: Erstens sollte

76 Siehe Bjørn Meidell: En undersøgelse af lønarbejdernes mulighed for myndiggørelse [Eine Untersuchung über die Möglichkeiten der Emanzipation der Lohnarbeitenden], Kopenhagen 1972, S.16.

77 Facharbeit im Metallsektor gehörte zum „Minimallohnbereich“, siehe auch Abschnitt 3.1.

78 Siehe Margit Velsing Groth: Strejker i Danmark [Streiks in Dänemark] 1969-1973, Kopenhagen 1979, S.102.

79 Zu den Hintergründen siehe: Untersuchung der Arbeitssituation bei TT in Odense und Ålborg, Erhvervsarkiv, Århus, Dansk Arbejdsgiverforening [Wirtschaftsarchiv, Akten der Dänischen Arbeitgebervereinigung], 1090, 85, 1969/II. Siehe ausführlich: Birke, Wilde Streiks, S.256f.

sie die Geldforderungen durchsetzen, die nach Einschätzung der Funktionäre der FI eine potenziell vereinheitlichende Funktion hatten. Zweitens wollte die Kampagne eine Ablösung der bürgerlichen Regierung erreichen, die wegen „leerer“ Steuerversprechungen und einer unbefriedigenden Sozialpolitik in der Arbeiterschaft auf Ablehnung stieß. Die wilden Streiks, die im Zusammenhang mit der Kampagne stattfanden, changierten von daher zwischen einer „symbolischen“ politischen und einer direkten sozialen Ausrichtung. Die Kampagne blieb bis November 1969 vorwiegend „parlamentarisch“, während sich die wilden Streiks fast nie auf die Palette der Kampagne-Forderungen bezogen.⁸⁰ Erst Mitte Dezember, fast drei Monate nachdem die FI ihre Kampagne lanciert hatte, streikten 818 Mitglieder der männlichen Brauereiarbeitergewerkschaft, allerdings erfolglos, für „die eine Krone für alle“. Nach den Weihnachtsferien kam es dann zu einer spektakulären Besetzung der Räume der Reedereivereinigung durch die traditionell linke Seeleutengewerkschaft, bei der ebenfalls die „Kronen“-Forderung aufgestellt wurde.⁸¹ Und als ein etwas lustlos begonnener Streik auf der Werft von B&W sich durch das ungeschickte Verhalten der Unternehmer und der Metallarbeitergewerkschaft verselbstständigte, kam es zwischen dem 22. und dem 30. Januar endlich zu rund 40 Streiks „für die Krone“.⁸²

Nun begann sich die Situation zuzuspitzen: Am 29. Januar 1970 trafen sich auf dieser Grundlage die Vertrauensleute aller Großwerften und forderten für den 2. Februar zu einem eintägigen, landesweiten Streik auf. Nicht zufällig wurde für diesen Termin – das Vorbild der französischen Maistreiks, deren einer Ausgangspunkt ja der Jahrestag der Regierungsübernahme durch de Gaulle war, vielleicht im Hinterkopf – der zweite Jahrestag des Regierungsantritts der bürgerlichen Koalition gewählt. Am selben Tag, um zehn Uhr, begann auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei (Socialdemokraterne; SP) und der Sozialistischen Volkspartei (Socialistisk Folkeparti, SF) eine achtstündige Debatte des dänischen Parlaments, die sich mit der „unsozialen Verteilungspolitik“ der Regierung be-

80 Siehe Kjeld Schmidt: *Revolution og kontrarevolution i Danmark* [Revolution und Konterrevolution in Dänemark], in: *Kurasje* (Kopenhagen), 1970, Nr. 2/3, S.53-81, hier S.62, im Folgenden siehe auch: Protokoll der FI, 9.10.1969, ABA/DKP, 920, Aktennummer 330.

81 Siehe Interview P.M. Hansen, 5.1.1970, ABA/LO, 800, Aktenzeichen 6764.

82 Karen Jespersen: *Strejkebevægelsen i Danmark i 69/70. En uensartet arbejderklasse – udviklet kapitalisme og småborgerlighed* [Die Streikbewegung in Dänemark. Eine uneinheitliche Arbeiterklasse, entwickelter Kapitalismus und Kleinbürgerlichkeit], in: *Socialistisk politik* (Århus), 1976, Nr. 5, S.3-42, u.a. S.12. Kollegen in anderen Werften hatten eine eher kleine und ritualisierte Aktion als „Signal von B&W“ (miss-)verstanden und waren in den Streik getreten. Nachdem der Arbeitskampf sich nun einmal verbreitert hatte, wollten auch die Beschäftigten der B&W-Werft die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Im Zuge der Aktion marschierten sie zum Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter in der Kopenhagener City, wo sie den Vorsitzenden der Gewerkschaft Hans Rasmussen mit der bewusst uneindeutig gehaltenen Forderung „ud med Hans“ (etwa: „Hans muss raus“) konfrontierten.

fasste. Am 2. Februar 1970 beteiligten sich schließlich ungefähr 40.000 Menschen an dem Proteststreik, davon 7.000 auf Fünen, 3.500 in Ålborg, 3.000 in Århus und über 25.000 in Kopenhagen.⁸³ Damit waren rund zehn Prozent der Industriearbeiter an den Streiks beteiligt. Im Rahmen des Aktionstages kam es zu leichten Handgreiflichkeiten zwischen streikenden Seeleuten und Streikbrechern, als eine Gesellschaft im Kopenhagener Hafen eine Inlandsfähre auslaufen lassen wollte.⁸⁴ Sonst blieb jedoch alles ruhig, und es fanden auch keine Versammlungen oder Demonstrationen statt, wenn man von einem Treffen des „Arbeiter/Studenten-Komitees“ an der Kopenhagener Universität absieht, an dem sich rund 200 Menschen beteiligten. Im Anschluss an den Arbeitskampf versuchten die Werfteigner, die aktivistischen Vertrauensleute, die sie für die Bewegung verantwortlich machten, aus ihren Positionen zu entfernen, was einen weiteren mehrtägigen Proteststreik und eine Demonstration von ca. 20.000 Beschäftigten vor dem Sitz der Arbeitgeber in Kopenhagen auslöste. Doch trotz der im Vergleich zu 1956 oder 1960 vergleichsweise begrenzten Ausmaße der Streiks: mit der „Kronenkampagne“ war ein zweiter, wichtiger Schritt im Comeback der Gewerkschaftsopposition vollzogen.

4.4 Gewerkschaftsopposition und Massenarbeiter: Streiks nach 1970

Allerdings war es, anders als 1960, kein Streik der Massenarbeiterinnen in der Nahrungsmittel- und Elektroindustrie. Und auch die un- und angelernten Beschäftigten der Schlachtereien in der Provinz beteiligten sich so gut wie gar nicht.⁸⁵ Die neue politische Zusammensetzung der Beschäftigten spiegelte sich auch in der Aktion des 2. Februar 1970: Es entwickelte sich eine Spannung zwischen den wilden Streiks der Kerne der „alten“ und den Aktionen einer im Entstehen begriffenen „neuen“ betrieblichen Opposition. Dabei wuchs punktuell der Rolle der studentisch geprägten Linken. Ein wilder Streik bei der Schlachtereier Schaub und Co. in Nyborg auf Fünen zwischen dem 17. November und dem 8. Dezember 1970 wurde einer der Ausgangspunkte für die Untersuchungsarbeit einer „Arbeitsmedizinerguppe“ der Studierenden der Universität Århus, die sich mit den gesundheitlichen Folgen der Akkordarbeit befasste.⁸⁶ Bis Mitte der 1970er-Jahre nahm die Kritik an Taylorismus, Fließproduktion und Akkordar-

83 Eine Tageszeitung sprach von 100.000 Teilnehmern. Siehe Jespersen, *Strejkebevægelsen*, S.12.

84 Siehe hierzu die Übersichten in: ABA/LO, 800, Aktenzeichen 6764.

85 Siehe ebenda. So kam es bei der Elektrofirma Danfoss auf der Insel Als und in einigen Schlachtereien im Frühjahr 1970 zu wilden Streiks mit linearen Lohnforderungen, die sich nicht auf die Kampagne bezogen.

86 Siehe *Studenterfrontens: Arbejdsmedicingruppe: Malerrapport* [Gruppe der Arbeitsmediziner, Report über die Maler], Aarhus 1971; *Studenterfrontens Slagterirapport: Slagterier, stramninger og strejker* [Schlachtereireport: Schlachtereien, Verschärfungen und Streiks], Aarhus 1971.

beit, nicht zuletzt durch die Kooperation von (verschiedenen Gruppen von) Streikenden, Studierenden und linken Gewerkschaftsverbänden gefördert, derart zu, dass sie schließlich zu einem grundlegenden Wandel der betrieblichen Arbeitsteilung und sogar zu einem Bruch mit modernistischen und funktionalistischen Vorstellungen über die Lohnarbeit beitrug.⁸⁷ Gleichzeitig war der Schaubstreik ein Anlass dafür, ein erstes unabhängiges und überbetriebliches Komitee zur Unterstützung von wilden Streiks zu gründen – die Vereinigung „Arbejdersolidaritet“, die zwar materiell wenig erfolgreich war, aber ein Modell für ähnliche linke bis linksradikale Initiativen bot, die in den Jahren danach immer wieder aufkamen und teilweise auch eine gewisse Wirksamkeit entfalteten. Hier wurden die Grenzen der Konzeption der DKP-nahen Gewerkschaftslinken in der FI deutlich, die auf gewerkschaftsinterne Kritik setzte und damit in letzter Instanz auch gezwungen war, die arbeitsrechtlichen Spielregeln einschließlich des Verbots und der Geldstrafen für wilde Streiks, wenn auch unter Protest, hinzunehmen.⁸⁸

Schließlich führte die Zunahme der wilden Streiks aber auch zu einer Reform dieser arbeitsrechtlichen Regeln: 1973 erklärte ein Gesetz, das durch eine für kurze Zeit im Amt befindliche Linkskoalition erlassen wurde, unter anderem wilde Streiks in den ersten 48 Stunden für straffrei, wenn in sofortigen Verhandlungen zwischen den Arbeitsmarktparteien eine Lösung des Konflikts und die Wiederaufnahme der Arbeit erreicht würde.⁸⁹

Auch in anderer Hinsicht trafen die wilden Streiks und die mit ihnen verbundenen Ziele und Kampagnen dieser Jahre auf ein Klima, das ihnen die Durchsetzung grundlegender Ziele erleichterte: So wurde nach 1970 erneut die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit artikuliert. In der entsprechenden Kampagne, die von Gewerkschaftsfrauen, neuer Frauenbewegung und betrieblichen Aktivistinnen gemeinsam getragen wurde, spielten neben dem Druck auf die Verhandlungsführer der Gewerkschaften bei den Tarifrunden und öffentlichen, spektakulären Aktionen der feministischen „Rotstrümpfe“ auch wilde Streiks eine Rolle: so der Arbeitskampf der Kranführerinnen der dänischen Werften Mitte 1970.⁹⁰ Im Winter 1972/73 erlebten die „Frauenstreiks“ dann ihren Höhe-

87 Ausführlich siehe Birke, *Wilde Streiks*, S.309-315.

88 Die relative Ohnmacht, die diese Bindung auslöste, zeigte sich in Arbeitskämpfen wie dem auf der Ålborg Werft vom Dezember 1971. Der Geschäftsleitung gelang es, ihre Niederlage rückgängig zu machen. Siehe Jesper Due/Jørgen Steen Madsen: *Tillidsmændene i klassekampen. Ålborgstrejken, en sociologisk analyse* [Vertrauensleute im Klassenkampf. Der Streik in Aalborg, eine soziologische Analyse], Kopenhagen 1972. Zur *Arbejdersolidaritet* und ihren Nachfolgern siehe Hans Hoier Nielsen/Arne J. Rolighed: *Strejker og fagopposition i 1970'erne* [Streiks und Gewerkschaftsopposition in den 1970ern], in: Flemming Mikkelsen (Hrsg.): *Protest og oprør. Kollektive aktioner i Danmark* [Protest und Aufruhr. Kollektive Aktionen in Dänemark] 1700-1985, Aarhus S.211-231.

89 Kritisch dazu siehe: Ole Krarup: *Arbejdsretten* [Das Arbeitsrecht], Kopenhagen 1980.

90 Siehe *Fagbladet*, 1970, Nr. 16, S.471.

punkt mit dem Kampf der „Plattendamen“ in der Königlichen Porzellanfabrik. Hier wurde angesichts der Auseinandersetzungen um die Akkordbedingungen die innerbetriebliche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung insgesamt in Frage gestellt.⁹¹ Im Vorfeld der Tarifrunde von 1973 löste dieser Arbeitskampf eine gesellschaftliche und betriebliche Solidarität aus, die wohl nur mit dem Philips-Streik von 1954 zu vergleichen ist – und in ähnlicher Weise von einer Anti-Werbung profitierte: Die Aktionen der Frauen thematisierten „die Kehrseite der Weihnachtsplatte“, eines in Dänemark damals beliebten Weihnachtsschmuckes aus Porzellan.

4.5 Die Tarifrunde von 1973 und die Zunahme der Arbeitskämpfe

Die Tarifrunde von 1973 löste sodann den größten legalen Streik der dänischen Nachkriegsgeschichte aus. Es war zugleich der vorläufig letzte Arbeitskampf, in dem grundlegende soziale „Landmarken“ gesetzt werden konnten. An seinem Ende stand unter anderem die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages und der 5-Tage-Woche, eine Erhöhung des Urlaubs auf vier Wochen und die Abschaffung der „Frauenlöhne“, die der Gesetzgeber im Jahre 1975 fest schrieb.⁹² Die auf die Tarifrunde folgenden Arbeitskämpfe standen dann bereits unter dem Vorzeichen der politischen und ökonomischen Krise: Nach der „Katastrophenwahl“ von 1973 – die das Aufkommen des Rechtspopulismus markierte – gelangte erneut eine bürgerliche Minderheitsregierung an die Macht, die versuchte, der einsetzenden Wirtschaftskrise mit einer scharfen Sparpolitik zu begegnen. Dass im Mai 1974 mehrere Hunderttausend Menschen gegen diese Politik streikten, und an mehreren Tagen, dem Aufruf vor allem der FI folgend, bis zu 50.000 in Kopenhagen demonstrierten, wird als wesentlicher Grund für die kurze, nur etwas über ein Jahr währende, Lebensdauer dieser Regierung gesehen.⁹³ Trotz Weltwirtschaftskrise stieg der Umfang der Streiks in Dänemark in den 1970er-Jahren, und gleichzeitig verschärfen sich deren Formen: Schon im Winter 1972/73 war es in der Druckerei der Tageszeitung „Politiken“ zu einer ersten Betriebsbesetzung gekommen. Auch Konflikte mit der Staatsmacht wurden zu einem regelmäßigen

91 Siehe unter anderem die Zusammenfassung des Streiks in der Broschüre: Røde hane (Hrsg.): Plattepigernes kamp Plattekonflikten på Det kongelige Porcelainsfabrik [Gruppe „Roter Hahn“. Der Kampf in der Plattenabteilung der Königlichen Porzellanfabrik] 1972/73, Kopenhagen 1974.

92 Siehe Anette Eklund Hansen: LO 1960–1980, in: Henning Grelle (Hrsg.): I takt med tiden, LOs historie [Im Takt mit der Zeit. Die Geschichte der LO], Bd. 2: 1960–1997, Kopenhagen, S.14-95, hier S.65.

93 Siehe Mikkelsen, Arbejdskonflikter, S.331f.

Kennzeichen der wilden Streiks.⁹⁴ Die Zuspitzung der Konflikte spiegelt sich in der quantitativen Streikgeschichte Dänemarks wider:

Tabelle 3. Streiks in Dänemark zwischen 1949 und 1995⁹⁵

<i>Jahr</i>	<i>Fälle</i>	<i>Beteiligte</i>	<i>Ausfalltage</i>
1949-1972	775	473.432	3.839.100
1973-1995	5.261	2.230.329	9.214.600

5. Schluss

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern etwas verspätet, erlebte Dänemark um 1973 die mit Abstand größte Steigerung des Streikvolumens in allen OECD-Ländern.⁹⁶ In den etwas mehr als zwanzig Jahren seitdem hat sich die Zahl der Ausfalltage mehr als verdreifacht und die Zahl der Streiks sogar mehr als verfünffacht. Im Jahrzehnt nach 1996 zählte die offizielle Statistik, allerdings nunmehr unter Einbeziehung der Arbeitskämpfe mit unter 100 ausgefallenen Arbeitstagen, mehr als 9.000 Fälle – und damit fast zwanzig Mal so viele wie in den 1950er-Jahren.⁹⁷ Angesichts der allgemeinen Tendenz eines sinkenden Streikvolumens stand Dänemark am Ende der 1990er-Jahre an der Spitze der internationalen Rangliste.⁹⁸

Diese Veränderungen haben mehrere Ursachen. Nur eine davon wurde hier im Detail analysiert. Bis heute sind Arbeitskämpfe in Dänemark tendenziell dezentral, auf lokale Verhältnisse bezogen, kurz und „tarifwidrig“. Die Ausnahmen von dieser Regel sind vehemente, aber seltene, große Tarifkämpfe (wie schildert 1956, 1961, aber auch 1985 oder 1998). Die Statistik illustriert mit ihrem anwachsenden Verhältnis von „Fällen“ zu „Ausfalltagen“ die Dezentrierung in der Zusammensetzung der Lohnarbeit, deren wesentliches Merkmal, in frühen Formen schon seit Mitte der 1950er-Jahre, die Artikulation von „untypischen“ Gruppen in Arbeitskämpfen war: Der Philips-Streik, der Arbeitskampf der Schuharbeiterinnen von Køge, die Brauereistreiks von 1960 und Aktionen wie bei Thrige-Titan, bei Schaub oder in der Königlichen Porzellanfabrik von 1969 bis 1973 waren Teil dieses Prozesses. Die international zu beobachtende De-

94 Siehe die Zusammenfassung der handgreiflichen Auseinandersetzungen bei der multinationalen Computerfirma „Hope“ in: Philip Ingerslev: Hope-sagen [Die Angelegenheit „Hope“], Kopenhagen 1974.

95 Siehe Hans Jørgen Vad: Påskestrejkerne. Ti dage der rystede Schlüter [Die Osterstreiks. Zehn Tage, die Schlüter erschütterten], Kopenhagen 1995, S.199.

96 Siehe Helge Tetzschner: 1970'ernes strejkeopsving i Danmark [Die Zunahme/der Aufschwung der Streikbewegungen in den 1970er-Jahren in Dänemark], in: SFAH (Hrsg.): Årbog for arbejderbevægelsens historie, Kopenhagen 1979, S.168.

97 Siehe Danmarks Statistik, Nyt, April 2006.

98 Siehe Steen Scheuer: Strejker i Europa [Streiks in Europa], Kopenhagen 2004, S.15f., detailliert auch Birke, Persistence, S.222f.

zentrierung der betrieblichen Herrschaft, die Einführung von Gruppen- und Projektarbeit, die Entwicklung von Formen der Verselbstständigung der Arbeitskraft und der „indirekten Steuerung“ waren eine Reaktion auf das Alltagsverhalten der Beschäftigten in der Massenproduktion, das sich unter anderem in diesen Kämpfen darstellte.⁹⁹ Am Beispiel der wilden Streiks kann schließlich auch gezeigt werden, wie versucht wurde, die Transformation der Formen und Forderungen der Arbeitskämpfe über mehr als zwanzig Jahre hinweg kollektiv zusammenzufassen – über die Begrenzungen des einzelnen Betriebes, der einzelnen Branche und der Sphäre der Lohnarbeit hinaus. Vieles von dem hier geschilderten ist eine abgeschlossene Entwicklung. Offensichtlich hat etwa die Bedeutung der Massenarbeiter und Massenarbeiterinnen abgenommen. Ebenso existieren keine „Arbeiter-und-Studenten-Komitees“ mehr, und auch die Frauenbewegung spielte in Streiks lange keine große Rolle. Erst in den letzten Monaten des Jahres 2007 wurde diese wieder stärker artikuliert: Weitere Untersuchungen sind erforderlich, um die sich entwickelnde zweite Transformation der Arbeitskämpfe in Dänemark zu begreifen, die im vorliegenden Text nicht behandelt wurde. Dazu gehört die Frage der wachsenden Bedeutung des öffentlichen Dienstes und des Dritten Sektors in den Arbeitskämpfen.¹⁰⁰ Vielleicht stehen wir im Zusammenhang mit diesen Kämpfen vor der Entwicklung einer Arbeiter/innen/bewegung, die ihren Einfluss weit über die traditionellen Grenzen der Fabrik auszudehnen vermag und endlich wieder in die Lage versetzt wird, gesellschaftliche Veränderung wirksam zu erstreben.

99 Zum Problem des Übergangs zwischen „alternativen“ Arbeitsformen und der Reform der Arbeitsorganisation siehe neuerdings: Arndt Neumann: Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management, Hamburg 2008.

100 Siehe dazu die Pionierarbeit: Flemming Mikkelsen: Radikaliseringen af de offentlig ansatte i Danmark [Die Radikalisierung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Dänemark], Kopenhagen 1994.

Die Freie Deutsche Jugend in Schottland 1942 bis 1946

Arno Gräf

Über die Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) als überparteiliche Organisation durch exilierte, antifaschistische Jugendliche in Prag 1938 und die Wiedergründung des Verbandes nach Weiteremigration eines Teiles der Jugendlichen in London 1939 liegen verschiedene Untersuchungen vor.¹ Im Unterschied zur Prager FDJ, die infolge des Münchener Diktats kaum ihre Potenzen entfalten konnte, blühte die FDJ in Großbritannien über einen Zeitraum von sieben Jahren in erstaunlichem Maße auf. Über die Londoner FDJ-Organisation – der größten im Lande und zugleich Sitz der Landesleitung – ist schon verschiedentlich berichtet worden. Wie aber gestaltete sich das FDJ-Leben in den erheblich kleineren Ortsgruppen in der britischen Provinz?² Der vorliegende Beitrag versucht, einen Eindruck vom engagierten Wirken der FDJ-Gruppe in Glasgow, der zweitgrößten Stadt Britanniens, zu vermitteln, das charakteristisch sein mag für das Wirken vieler Ortsgruppen außerhalb Londons.³

1 Siehe dazu Michael Herms u. a.: Zur Geschichte der FDJ in Frankreich, der ČSR und Großbritannien, in: Helga Gotschlich u. a.: „Das neue Leben muß anders werden...“, Berlin 1996, S.173-211; Wolfgang Helmstädt: Zur Tätigkeit der Gruppen der „Freien Deutschen Jugend“ in Großbritannien in der Zeit von 1939 bis 1946, Staatsexamensarbeit, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald 1968; Karsten Schröder: Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien (1939 bis 1946), Dissertation, Wilhelm-Pieck-Universität, Rostock 1987; ders./Hans Herzberg: Zur Geschichte der Organisation, in: Alfred Fleischhacker/Holger Stoecker (Hrsg.): Das war unser Leben. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien 1939-1946, Berlin 1996, S.188-230; Franz Loeser: Die Abenteuer eines Emigranten. Erinnerungen, Berlin 1980; Horst Brie: Davids Odyssee. Eine deutsche Kindheit, eine jüdische Jugend, Berlin 1997; Hans Bentzien: „Das neue Leben muß anders werden...“, in: Hans Modrow (Hrsg.): Unser Zeichen war die Sonne. Gelebtes und Erlebtes, Berlin 1996, S.91-111.

Das Thema behandelt auch Henry Bernhard in einem Feature: „Freundschaft, Schweiß und Tränen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend in England 1939-1946“, das der Deutschlandfunk am 9.12.2003 ausstrahlte.

2 Etwa die Hälfte der FDJ-Mitglieder lebte außerhalb Londons. So hatten sich Ortsgruppen u. a. in den Städten Birmingham, Cambridge, Glasgow, Guildford, Leeds, Leicester, Manchester und Oxford gebildet, deren Mitgliederzahlen sich jeweils höchstens zwischen zehn und 20 bewegt haben dürften.

3 Da die Aktenlage recht dürftig ist und nur noch sehr wenige der Beteiligten am Leben sind, wäre der Verfasser für präzisierende, ergänzende oder widersprechende Hinweise – möglichst mit Quellenangabe – außerordentlich dankbar.

Deutsche Antifaschisten gelangen nach Schottland – und finden sich hinter Stacheldraht wieder⁴

Nach der Annexion des tschechoslowakischen Sudetengebietes durch Nazi-Deutschland 1938 setzten fieberhafte Bemühungen ein, jenen deutschen, österreichischen und ungarischen Emigranten, die zuvor in der ČSR Zuflucht gefunden hatten, die Weiteremigration in andere Länder zu ermöglichen. Gleiches traf auf die sudetendeutschen Antifaschisten zu, die vor der deutschen Besatzungsmacht ins böhmische Kernland geflüchtet waren. Auf unterschiedlichen, zum Teil dramatischen Wegen glückte vielen dieser Menschen, Großbritannien zu erreichen – oftmals ohne jegliches Hab und Gut. Hier verlangten die Behörden, dass sich die Asylanten nicht ausschließlich in London niederließen, sondern über das ganze Land verteilen. So wurde auch eine Vielzahl von Flüchtlingen von den jeweiligen Hilfskomitees oder Selbsthilfegremien⁵ nach Schottland vermittelt – vor allem nach Edinburgh, der schottischen Hauptstadt, nach Glasgow, der schottischen Industriemetropole, und nach Aberdeen, dem schottischen Fischereizentrum. Neben erwachsenen Flüchtlingen fand sich auf diese Weise ab Anfang 1939 auch eine Handvoll deutschsprachiger Jugendlicher – Österreicher, („Reichs“-)Deutsche,⁶ Sudetendeutsche – in Glasgow ein, deren Zahl allmählich zunahm. Nach Kriegsausbruch, als die an der Ostküste gelegenen Städte Edinburgh und Aberdeen als besonders invasionsgefährdet galten, siedelten viele Emigranten von dort nach Glasgow im Westen Schottlands um. Als Edinburgh im

4 Siehe hierzu u. a. François Lafitte: *The Internment of Aliens*, Penguin Special, London 1940; Judex [Pseudonym]: *Anderson's Prisoners*, London 1940; Sebastian Haffner: *Nach einem Jahr*, in: *Die Zeitung* (London), 12.5.1941, S.4; *The National Council for Civil Liberties*, *The Internment and Treatment of Aliens*, London 1941, in: BArch, NY 4074/102 (Nachlass Wilhelm Koenen), Material 25; Freimut Schwarz: *Seltsame Reisende in Kultur*, in: *Freie Deutsche Kultur* (London), Dezember/Januar 1943/1944, S.10; Siegbert Kahn: *Lebenslauf*, Berliner Vereinigung der VdN, Geschichtskommission, Akte 491, Manuskript 3, S.15-17; Max Zimmering: *Ernstheitere Weltumsegelung 1940/1941*, in: Helga Bemmann (Hrsg.): *Mitgelacht – dabei gewesen. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten Kabarett*, Berlin 1967, S.302-311; Wolfgang Herzberg (Hrsg.): *Gerry Wolff. Die Rose war rot – Eine Schauspielerlegende erinnert sich*, Berlin 2006; Emmy Koenen: *Exil in England. Leben und Kampf im Frauenlager*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG), 1978, H. 6, S.880-895; Alice Michelson: *Interniert im Frauenlager Isle of Man*, in: *Fleischhacker/Stoecker, Das war*, S.118-121.

5 Beispielsweise beschloss die Leitung der deutsch-kommunistischen Flüchtlinge, etwa die Hälfte ihrer Mitglieder und Sympathisanten – darunter eine Anzahl Jugendlicher – auf die britischen Industriezentren, darunter Glasgow, zu verteilen. Dorthin wurden im Februar 1939 Johanna Klopstech (später: Sielaff) und Hugo Gräf [der Vater unseres Autors – die Red.] als „Quartiermacher“ entsandt. Nach und nach siedelte sich dort eine kleine Partei zelle an, deren politischer Leiter Gräf, vormals kommunistischer Reichstagsabgeordneter, war.

6 Oftmals handelte es sich um assimilierte Deutsche jüdischer Abstammung wie den späteren Berliner FDJ-Funktionär Jochen Weigert, der in Glasgow Arbeit im Straßenbau gefunden hatte.

Juni 1940 zum militärischen Sperrgebiet erklärt wurde, mussten die dort noch verbliebenen deutschen und österreichischen Flüchtlinge die Stadt verlassen.⁷

Nachdem Hitlers Truppen im April und Mai 1940 Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich überfallen hatten und die britischen Streitkräfte sich aus Dunkerque und Narvik zurückziehen mussten, setzten in Großbritannien panikartige Reaktionen ein. Besonderes Misstrauen richtete sich gegen die behördlicherseits als „Feindausländer“ – also Ausländer aus Feindesland – eingestuften Fremden, die im Falle einer deutschen Landung auf den britischen Inseln als potenzielle fünfte Kolonne empfunden wurden. Ab dem 12. Mai 1940 begann die britische Regierung, einen Großteil dieses Personenkreises zu internieren. Von diesen wurden anschließend wiederum 4.900 Männer nach Kanada und 2.500 nach Australien deportiert. Auch die aus Kontinentaleuropa vor den Nazis nach Großbritannien geflüchteten deutschen und österreichischen Antifaschisten, darunter eine nicht unerhebliche Zahl Jugendlicher ab dem 16. Lebensjahr, wurden davon erfasst. Die nicht internierten Feindausländer unterlagen rigiden Beschränkungen.

Empört über die Festsetzung dieser Antifaschisten hinter Stacheldraht – viele der Flüchtlinge hatten Misshandlungen und Haft in faschistischen Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern durchstanden – legten britische Bürger und Hilfskomitees heftigen Protest ein. Die in Freiheit verbliebenen Funktionäre der Emigrantengruppen leiteten umgehend die materielle Hilfe für ihre internierten Kampf- und Leidensgefährten ein und taten gleichzeitig ihr Möglichstes, den Widersinn der Festsetzung und Deportierung von Widerständlern gegen das Naziregime sowie rassisch Verfolgten nach Übersee publik zu machen. Dem Protest schlossen sich immer mehr Organisationen an.⁸ Nachdem sich auch liberaldemokratische Presseorgane gegen die Internierungspolitik der Regierung gewandt hatten,⁹ zeichnete sich im Herbst 1940, wie Meinungsumfragen belegten, ein Stimmungsumschwung in der britischen Bevölkerung ab: Nur noch 33 Prozent der Befragten sprachen sich für die undifferenzierte Internierung aller Ausländer aus Feindesland aus. Als der britischen Öffentlichkeit bekannt wurde, dass zwei Transportschiffe mit Internierten auf der Überfahrt nach Kanada von deutschen Unterseebooten versenkt worden waren, dass auf dem Frachtschiff „Etrick“ 1.800 Personen menschenunwürdig unter Deck untergebracht waren

7 Siehe u. a. Heinz H. Schmidt: Nachwort, in: Bruno Retzlaff-Kresse: *Illegalität – Kerker – Exil. Erinnerungen aus dem antifaschistischen Kampf*, Berlin 1980, S.323-343; ders.: *Geschichten aus dem Leben eines deutschen Kommunisten*, unvollständiges Manuskript, in Privatbesitz, S.1377-1575; Emmy Koenen: *Exil in England*, in: *BzG*, 1978, H. 4, S.540-563; Dr. Curt Rosenberg: *Das rote Glasgow*, Manuskript, in Privatbesitz; Birgid Leske-Marion Reinisch: *Exil in Großbritannien*, in: *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945*, Bd. 5, Leipzig 1980, S.145-305, 643-684.

8 Dazu gehörten das Friendly Aliens Protection Committee, das Central Office for Refugees, der National Council for Civil Liberties, der National Council for Democratic Aid, der PEN Club, die People's Convention sowie einzelne Gewerkschaftsgliederungen.

9 Als Beispiele seien der „Evening Standard“ und „The Manchester Guardian“ genannt.

und dass es auf einem weiteren Schiff während der Überfahrt nach Australien zu kriminellen Handlungen der Wachmannschaft an den Häftlingen kam,¹⁰ setzte die britische Regierung die weitere Zwangsdeportierung von Internierten nach Übersee zunächst aus. Schließlich mussten sich beide Häuser des britischen Parlaments wiederholt mit der Internierungsfrage befassen, wonach Neuinternierungen gänzlich eingestellt und für die bereits Internierten eine Reihe von Entlassungsmöglichkeiten festgelegt wurden, um sie – nach Einzelfallprüfung – gegebenenfalls wieder freizulassen. Ende Oktober 1941 befanden sich etwa 90 Prozent der ursprünglich Internierten wieder auf freiem Fuß. Zu den verbliebenen Internierten, darunter rund 1.500 Frauen, gehörten vor allem eingefleischte Anhänger des Nationalsozialismus.

Sicherlich trugen die zahlreichen Solidaritätsbeweise der nicht internierten Emigranten für ihre weggesperrten Weggefährten dazu bei, das Interesse bisher eher unpolitischer Jugendlicher für ein organisiertes Zusammenwirken zu wecken. Viele Jugendliche wurden in den Lagern politisiert und für den aktiven Kampf gegen den Nazismus gewonnen. Das gilt beispielsweise für die Mitarbeit im Freien Deutschen Kulturbund beim Schauspieler Gerry Wolff und beim Musiker André Asriel sowie in der Freien Deutschen Jugend bei Horst Brasch¹¹ und Jochen Weigert¹².

Wieder in Freiheit: Solidargemeinschaft in Glasgow

Noch vor der Internierungswelle bildeten in Glasgow deutschsprachige Jugendliche – vor allem Österreicher und Deutsche – einen lockeren Verbund im Sinne einer eher unpolitischen Selbsthilfegruppe, um sich in sehr praktischen Dingen des Alltags wie Unterkunft, Verpflegung, Sprache, Behörden usw. in der ihnen völlig fremden Umgebung gegenseitig zu unterstützen. Ein Teil dieser Jugendlichen war im Rahmen der „Aktion Kindertransporte“ nach Großbritannien ge-

10 Die „Arandora Star“ wurde am 2.7.1940 und die „City of Benares“ am 17.9.1940 versenkt. Beim Untergang der „Arandora Star“ verlor u. a. der jüngste Reichstagsabgeordnete der KPD, Karl Olbrysch, sein Leben; beim Untergang der „City of Benares“ u. a. der bekannte Rechtsanwalt Rudolf Olden. Da auf der „Dunera“ Häftlinge misshandelt und bestohlen wurden, hatten sich später einige der Offiziere vor einem Militärgericht dafür zu verantworten. Siehe dazu: Cyril Pearl: *The Dunera Scandal. Deported by Mistake*, Sydney 1983; Paul R. Bartrop/Gabrielle Eisen (Hrsg.): *The Dunera Affair. A Documentary Resource Book*, Victoria/Melbourne 1990; Klaus Wilczynski: *Das Gefangenschiff*. Mit der Dunera über vier Weltmeere, Berlin 2002.

11 Horst Brasch, der spätere Vorsitzende der FDJ in Großbritannien und nach dem Kriege in der DDR stellvertretender Minister für Kultur, war Spross einer streng katholischen Familie und vor 1938 Mitglied des katholischen Jugendbundes „Norddeutschland“.

12 Einem wohlhabenden jüdischen Elternhaus entstammend, wurde Jochen Weigert nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1. Sekretär (Vorsitzender) der Berliner FDJ-Organisation. Er verunglückte tödlich bei einem Verkehrsunfall im Dezember 1949.

langt – also ohne Angehörige oder Erziehungsberechtigte.¹³ In dem Maße, wie die Zahl der Jugendlichen zunahm, vereinbarte man regelmäßige Treffen, für die dann das Student International Centre (Internationale Studentenzentrum) der Glasgower Universität genutzt werden konnte. Hier wurde man bald als „Glasgow Refugee Youth“ (Flüchtlingsjugend Glasgow) bekannt. Naturgemäß war die Zusammenarbeit mit den zeitgleich eintreffenden deutschsprachigen älteren Emigranten von Anfang an sehr eng, insbesondere als diese sich Ende 1940 als „Austrian Centre“ (Österreichisches Zentrum) organisierten. Sehr bald erkannten die Jugendlichen auch, dass es für sie von allergrößter Wichtigkeit war, ein gutes Verhältnis zur Glasgower Bevölkerung aufzubauen, um auch von dieser Seite Unterstützung zu erhalten. So führte die Jugendgruppe literarische Abende beispielsweise am 28. Februar 1940 in der Universität und am 31. Januar 1941 in der Kunsthochschule durch. Weitere derartige Veranstaltungen fanden bei der „Religious Society of Friends“ (Quäker), der „Burns Society“ (Robert-Burns-Gesellschaft) oder in Kirchen statt. Politische Fragen spielten anfangs eine eher untergeordnete Rolle. Noch stärker politisch zurückhaltend zeigte sich die Mehrheit der eintreffenden rassistisch verfolgten Flüchtlinge, zumal die sie betreuenden Hilfskomitees sich gegenüber den politischen, vor allem den kommunistisch eingestellten, Emigranten ausgesprochen reserviert verhielten.¹⁴

Es kann davon ausgegangen werden, dass während der Abwesenheit der internierten Jugendlichen die zurückgebliebenen Jugendlichen (überwiegend Mädchen) sich umso enger zusammaten und sich auch an politischen Aktivitäten der restlichen, sich ebenfalls noch in Freiheit befindlichen erwachsenen Exilanten in Glasgow beteiligten.¹⁵ Als Beispiel sei das „Fête of Nations“ (Fest der

13 Nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ in Deutschland hatte das britische Parlament zugestimmt, gefährdete Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre aus Deutschland, Österreich und den Sudetengebieten in Großbritannien aufzunehmen. Bedingung war, dass pro Kind bzw. Jugendlichen £ 50 hinterlegt wurden, die Kinder bzw. Jugendlichen ohne Angehörige oder Erziehungsberechtigte einreisten und das Hilfskomitees die gesamte Organisation (Überfahrt, Unterbringung, Versorgung usw.) übernahmen. Auf diesem Wege sind von Dezember 1938 bis zur Besetzung Hollands im Mai 1940 insgesamt 9.354 Kinder und Jugendliche auf die britischen Inseln gelangt, wo sie in Heimen und Gastfamilien in England, Schottland, Wales und Nordirland untergebracht wurden. Siehe dazu „Interview mit Kurt G. September 1996“, Videokassette, Archiv der Erinnerung, Teil II, Moses-Mendelsohn-Zentrum für Europäisch-Jüdische Studien, Universität Potsdam, Potsdam 1997; Mark J. Harris/Deborah Oppenheimer: *Into the Arms of Strangers. Stories of the Kindertransport* (deutsche Fassung: *In eine fremde Welt. Kindertransport*), Spielfilm, Warner Brothers Pictures, USA 2000.

14 Siehe dazu und zum Folgenden u. a. Rosl Ebner [Dr. Rosa Marie Ebner]: *Briefe an Maria 1981-1986. Erinnerungen*, Manuskript, in Privatbesitz, S.221; Rainer Kölmel: *Die Geschichte deutsch-jüdischer Refugees in Schottland*, Dissertation, Ruprecht-Karl-Universität, Heidelberg 1979, S.199, 215; ders./Jerry Payne: *Babel: The Cultural and Linguistic Barriers between Nations*, Aberdeen 1989, S.126f.

15 Siehe auch *Freie Deutsche Kultur* (London), September 1941, S.5; Kurt Krenn: *Gesprächsprotokoll vom 19.09.1986*, in Privatbesitz; Alice Igaz: *Erinnerungsbericht*, Buda-

Völker) genannt, zu dem das zwischenzeitlich gebildete „Glasgow Refugee Centre“ (Flüchtlingszentrum Glasgow)¹⁶ am 23. August 1941 in die größte Versammlungshalle Glasgows, die Public Hall, eingeladen hatte. Es handelte sich um eine bunte Benefizveranstaltung unter anderem mit Folkloredarbietungen (in improvisierten Nationalkostümen), Solidaritätsbasar und Tanz. Die Schirmherrschaft über diese Veranstaltung hatte Lady Dollan übernommen, die Gattin des Oberbürgermeisters Sir Patrick J. Dollan, der seinerseits auf der Kundgebung eine Ansprache hielt. Den auf 2.000 geschätzten Besuchern wurde vor allem ein Eindruck davon vermittelt, wie stark der Wunsch der Emigranten war, unmittelbar in den Kampf gegen die verhasste Hitler-Diktatur einbezogen zu werden, anstatt – wie im Falle der Internierten – tatenlos in abgeschotteten Lagern festzusitzen. Einen Teil der Einnahmen des Festes erhielten karitative schottische Hilfsfonds, was dazu beitrug, die Öffentlichkeit zusätzlich für das Anliegen der Exilanten zu sensibilisieren. Ähnliches trifft auf die regelmäßige Teilnahme der antifaschistischen Emigranten – Erwachsene wie Jugendliche – an den traditionellen Mai-kundgebungen in Glasgow zu, die jeweils am ersten Sonntag im Mai stattfanden. So ist überliefert, dass sie sich am 3. Mai 1942 mit einem eigenen Marschblock in den langen Demonstrationszug einreihen, der sich vom Rathausplatz George Square zum Queen’s Park im Süden Glasgows bewegte, wo die Ansprachen gehalten wurden. Dabei trugen die deutschsprachigen Demonstranten Kampflieder in ihrer Muttersprache vor, ohne dass andere Teilnehmer oder die zahlreichen Spalierstehenden daran Anstoß genommen hätten.¹⁷

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 riefen die politischen Emigrantenorganisationen ihre Mitglieder auf, in jeder nur denkbaren Weise den „Allied War Effort“ (Kriegsaufgebot der Alliierten) zu unterstützen. Insbesondere wurde darauf orientiert, sich um Arbeit in kriegswichtigen Betrieben (einschließlich Bergbau, Land- und Forstwirtschaft) zu bemühen, gegebenenfalls vorher eine entsprechende Umschulung aufzunehmen, sich am Arbeitsplatz für eine hohe Arbeitsmoral einzusetzen, haupt- oder neben-

pest 2007, in Privatbesitz; Kölmel, Geschichte, S.199, 214f., 221, 226-236; Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Österreicher im Exil. Grossbritannien 1938-1945, Wien 1992, S.276; Ebner, Briefe, S.221, 226.

16 In einem vom Austrian Centre angemieteten Ladengeschäft in 189 Pitt Street hatten die deutschsprachigen Asylanten am 24.1.1941 eine Begegnungsstätte eröffnet, die sie als Glasgow Refugee Centre weiterführten. Zu den Schirmherren des Zentrums – in Großbritannien eine unerlässliche Voraussetzung, um beispielsweise bei Behörden Beachtung zu finden – zählte Sir Daniel Stevenson, Dr. M. Anderson und weitere Persönlichkeiten des Glasgower öffentlichen Lebens. Nach der Weiteremigration des Österreicher Dr. Wertheim in die USA, der dem Glasgower Emigrantenzentrum vorgestanden hatte, übernahmen der Österreicher Dr. Erich Schindel und Herta Gräf [die Mutter unseres Autors – die Red.] in ihrer Freizeit die ehrenamtliche Leitung. Die Monatsprogramme umfassten Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen ebenso wie gesellige Abende. Zur politischen Entwicklung in der Heimat und im Gastland gab es ein Informationsbulletin.

17 Siehe Glasgow Bulletin, 4.5.1942; Glasgow Herald, 4.5.1942.

amtlich in den verschiedenen Formationen der Zivilverteidigung (Luftschutz, Brandschutz, Entgasungsdienst, Erste Hilfe usw.) mitzuarbeiten, sich zum Militär („Pioneer Corps“¹⁸ oder als Zivilangestellte) bzw. zum Versorgungsdienst der britischen Armee zu melden, sich als Blutspender zur Verfügung zu stellen oder andere Dienstleistungen in der Freizeit zu übernehmen (z. B. Aushilfe in Krankenhäusern, in Militärobjekten, bei der Ernteeinbringung usw.). Im Glasgower Emigrantenzentrum wurde ein „Civil Defence Committee“ (Komitee für Zivilverteidigung) gebildet, das den schottischen Behörden die Mitarbeit von Emigranten in Einrichtungen der britischen Zivilverteidigung anbot. Obwohl es Feindausländern zu diesem Zeitpunkt noch verwehrt war, in kriegswichtigen Bereichen tätig zu sein, nahm das Komitee Direktverhandlungen mit dem Roten Kreuz, dem Luftschutz und ähnlichen Einrichtungen auf. Bald waren 37 Glasgower Asylanten in paramilitärischen Formationen¹⁹ bzw. als Zivilangestellte im Kantinendienst der britischen Armee o.ä. tätig. Andere wiederum fertigten in ihrer Freizeit Stricksachen für die bewaffneten Kräfte an oder stopften Strümpfe für eine in Glasgow stationierte Kompanie des Pioneer Corps. Viele von ihnen ließen sich als Blutspender registrieren. Voller Hochachtung berichteten Jugendliche aus Glasgow, die kurz zuvor aus der Internierung zurückgekehrt waren, in Briefen ihren noch in den Lagern festsitzenden Kameraden darüber. Auch die Emigrantenpresse griff die Glasgower Initiative auf und würdigte sie als einen Durchbruch zur Einbindung deutscher und österreichischer Asylanten in die britischen Kriegsanstrengungen. Besonders die Einbeziehung in die paramilitärische Zivilverteidigung wurde als eine neue Qualität im Anti-Hitler-Kampf bezeichnet, die schnellstmöglich auf das gesamte Land ausgeweitet werden möge.²⁰ In dem Maße, wie männliche Jugendliche in den Jahren 1941 und 1942 aus den Internierungslagern nach Glasgow zurückkehrten, lebten auch die Treffen der deutschen, österreichischen und deutsch-tschechischen Jugendlichen²¹ wieder auf, jetzt – dank der Internierungserfahrungen – wesentlich stärker politisch motiviert.²² Nachdem ein leer stehendes, aber heruntergewirtschaftetes Gebäude weitgehend in Eigenleistung instand gesetzt werden konnte, bezog das Glasgower Emigran-

18 Beim Pioneer Corps (eigentlich: Auxiliary Military Pioneer Corps; später: Royal Pioneer Corps) handelte es sich um eine unbewaffnete Hilfstruppe, in der neben Kriegsdienstverweigerern vor allem Asoziale und Vorbestrafte ihren Militärdienst ableisteten – vorwiegend bei der Trümmerbeseitigung oder als Bausoldaten.

19 Zu den Letzteren zählte Herta Gräf, die nach einer Ausbildung beim Luftschutz als Krankenwagenfahrerin im Schichtdienst eingesetzt war.

20 Siehe u. a. Die Zeitung (London), 1.11.1941, S.3; Sonderheft Camp Youth Hutchinson (Douglas), 15.11.1941; Freie Deutsche Kultur (London) November 1941, S.10f., Dezember 1941, S.10f.; Siegbert Kahn: Zur Entstehung und Tätigkeit der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, H. 4, Berlin 1970, S.4-8.

21 Sudetendeutsche bzw. andere Tschechoslowaken deutscher Nationalität trafen nur vereinzelt in Glasgow ein.

22 Retzlaff-Kresse, Illegalität, S.342f.; Kölmel/Payne, Babel, S.126.

tenzentrum im Dezember 1941 eine im Viktorianischen Stil erbaute Stadtvilla.²³ Da zwischenzeitlich eine Zweigstelle des Zentrums in Aberdeen eingerichtet worden war, firmierte das Glasgower Zentrum jetzt als „Scottish Refugee Centre“ (Schottisches Flüchtlingszentrum). Zu den Schirmherren zählte u. a. der Vorsitzende der schottischen Genossenschaftspartei, John Allison. Den Emigranten standen u. a. ein Versammlungsraum, eine Bibliothek mit Lesezimmer und ein Restaurant mit Café zur Verfügung. In diesem Haus traf sich auch die multinationale Jugendgruppe.²⁴

Eine eigenständige Organisation der FDJ in Schottland

Nachdem immer mehr Internierte freigelassen worden waren, forderten die verschiedenen Londoner Leitungen die deutschsprachigen Emigranten in der Provinz auf, sich nach Österreichern, Deutschen und Tschechoslowaken (vorwiegend Sudetendeutsche) getrennt zu organisieren. Damit sollte die nationale Eigenständigkeit der jeweiligen Gruppen betont und auch nach außen hin eine Abgrenzung von der Vereinnahmung Österreichs und der Tschechoslowakei durch Hitlerdeutschland sichtbar werden. Obwohl dies nicht von allen sofort verstanden wurde, nahmen die Glasgower Emigranten diese Trennung im Frühsommer 1942 vor. Auch die multinationale Jugendgruppe Glasgow Refugee Youth löste sich auf: Die (reichs)deutschen Jugendlichen bildeten den „Regionalverband Schottland der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien“ (Free German Youth in Great Britain, Scotland Branch).²⁵ Ab 1943 vertrat der Regionalverband zugleich die in Aberdeen lebenden deutschen Jugendlichen, die sich ebenfalls zu einer kleinen FDJ-Gruppe formiert hatten. Zur Unterstützung der neuen FDJ-Organisation wurde Alice Michelson von London nach Glasgow entsandt.²⁶

Auch nach der organisatorischen Trennung blieb die Zusammenarbeit der Landesgruppen – der Erwachsenen wie der Jugendlichen – sehr eng und kamerad-

23 Die Adresse lautete: 358 Sauchiehall Street, Glasgow C.2. Bei der Sauchiehall-Straße handelte es sich um eine zentral gelegene, sehr belebte und eher vornehme Geschäftsstraße.

24 Siehe Dr. Curt Rosenberg: Aus der Emigration, Manuskript, in Privatbesitz, S.25; Ernst Langguth: Brief an Regina Andreß vom 29.2.1980, in Privatbesitz, S.4.

25 Mit der Gründung des Regionalverbandes gehörten die Glasgower FDJler nachträglich ebenfalls zu den Trägern des am 12.8.1940 gegründeten Kinderhilfswerkes, das sich um ca. 650 Flüchtlingskinder kümmerte. Ausführlicher siehe Arno Gräf: Das Kinderhilfswerk deutscher Hitlergegner in der Tschechoslowakei und in Großbritannien (1937-1945), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2006, H. II, S.53-66.

26 In ähnlicher Weise entstand in Glasgow eine Ortsgruppe von „Jung-Österreich“ (Young Austria), während die Gründung einer eigenen Ortsgruppe der Organisation „Junge Tschechoslowakei“ (Young Czechoslovakia) an der zu geringen Zahl potenzieller Mitglieder scheiterte. In dem Erinnerungsband „Das war unser Leben“ über die FDJ in Großbritannien berichten Hans Herzberg und Liselotte Wolf über die Trennung ähnlich strukturierter multinationaler Jugendgruppen in Landesgruppen in Leicester und Manchester.

schaftlich. Das Glasgower Flüchtlingszentrum wurde nach der Strukturierung nach Landesgruppen wie bisher von allen Asylanten gemeinsam genutzt und die Veranstaltungen auch gegenseitig besucht. Beispiele für das Zusammenwirken der einzelnen Landesgruppen sind der herzliche Empfang, den die Jugendlichen aller drei Nationalitäten regelmäßig jungen Menschen bereiteten, die aus der Internierung zurückkehrten, oder eine Kundgebung, die junge Hitlergegner aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei im Juni 1942 auf dem Glasgower George Square durchführten.²⁷

Bald nach der Trennung in Landesgruppen wandte sich der von Alice Michelson als Vorsitzende, Kurt Fuld (später: Charles Fulton) als ihrem Stellvertreter und Heinrich Preiß (später: Henry Prais) als Sekretär geführte nunmehrige schottische Regionalverband der FDJ auf einem Empfang mit einer Erklärung an Vertreter schottischer Jugendorganisationen und Presseorgane, in der er seine Ziele darlegte. In einer zweiten Erklärung bekräftigten die FDJler in Schottland ihre Forderung nach Aufstellung einer Freien Deutschen Brigade unter britischem Oberbefehl sowie nach Mitwirkung an den deutschsprachigen Sendungen der BBC, um Gleichaltrige in Deutschland direkt ansprechen zu können. Als Ziele der FDJ wurden des Weiteren genannt:

- Mitwirkung an den alliierten Kriegsanstrengungen,
 - Selbsthilfe der jugendlichen Flüchtlinge,
 - Aneignung und Pflege der von Hitler verfeimten deutschen Kultur,
 - Propagierung der humanistischen Werte des deutschen Geisteslebens,
 - Studium von Geschichte und Kultur Großbritanniens,
 - kultureller Austausch mit dem Gastland sowie
 - Zusammenarbeit mit der britischen, besonders mit der schottischen Jugend.
- Unter der Losung „Alles gegen Hitler!“ wollten die FDJler ihren Beitrag zur Niederringung des Naziregimes leisten, männliche Jugendliche für das Pioneer Corps werben und betreuen, junge Arbeitskräfte für den Bergbau gewinnen, sich in der Freizeit an Ernteeinsätzen beteiligen, in Armeekantinen und Krankenhäusern aushelfen sowie Blut spenden. Mit Hilfe von Kulturprogrammen – die in aller Regel mit Geldsammlungen für unterschiedliche Solidaritätsfonds verbunden werden sollten – wollten die FDJler schottischen Jugendorganisationen, Gewerkschaftsgruppen, Kirchengemeinden, Genossenschaftsverbänden, Frauenvereinen usw. ihr Anliegen auch emotional näher bringen. Auch Heimabende, Wanderungen und Tanzveranstaltungen sollten das Leben der Gruppe, die durchschnittlich 15-20 Mitglieder zählte, prägen.²⁸

27 Siehe Alice Michelson: Gesprächsprotokoll vom 15.12.1986, in Privatbesitz; Ebner, Briefe, S.230f.; Hans Herzberg: Erinnerungen – ein Wagnis, in: Fleischhacker/Stoecker, Das war, S.91f.; Ursula Adam: Zur Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938 – Mai 1945), Dissertation, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1983, S.173; Kölmel, Geschichte, S.201, 222f.

28 Siehe Freie Deutsche Jugend (London), Juni 1942, S.5. Neben den drei bereits genannten Funktionären gehörten der FDJ-Gruppe zu unterschiedlichen Zeitpunkten u. a. an:

Eine reich gefüllte Gruppenkasse gab es nie. Die Mittel, die der FDJ-Gruppe für gemeinsame Unternehmungen zur Verfügung standen, stammten vor allem aus Eintrittsgeldern zu Tanzveranstaltungen, die etwa einmal im Monat veranstaltet wurden. Weitaus geringere Einnahmen rührten von den (den Einkommen angepassten) Mitgliedsbeiträgen und aus dem Literaturvertrieb her. Eingenommene Spendengelder wurden grundsätzlich an die entsprechenden Fonds abgeführt. Von der 3. Landeskonferenz der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien, die am 10./11. April 1943 in London zusammentrat,²⁹ wurde Alice Michelson als Vertreterin des Regionalverbandes Schottland in die Landesleitung der FDJ gewählt. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes bestimmten die Delegierten erneut Horst Brasch, der diese Funktion erstmalig ein Jahr zuvor von der 2. Landeskonferenz übertragen bekommen hatte. Zur Konferenz wurde ein eigenes Liederbuch herausgegeben, in dem sich auch das von André Asriel komponierte Lied „Denk daran“ befand, das die kriegswichtige Arbeit im Gastland thematisierte. Den vollständigen Konferenzbericht gab die FDJ als Broschüre unter dem Titel „This is our Life“ (Das ist unser Leben) heraus. Für das von John Heartfield gestaltete Deckblatt hatten sich Susanne Kann und Hans Jacobus zur Verfügung gestellt.³⁰ Mit etwa 600 Mitgliedern – vor allem rassistisch verfolgte Jugendliche – wies die FDJ in Großbritannien zu diesem Zeitpunkt ihren höchsten Mitgliederstand auf und umfasste etwa zehn Prozent der deutschen Flüchtlingsjugend. Sie unterhielt damals 23 Ortsgruppen, teilweise mit eigenen Klublokalen. In London, wo sich etwa die Hälfte aller FDJler konzentrierte, gab es drei Jugendhäuser und ein Mädchenheim der FDJ. Infolge der Aufnahme männlicher FDJler in die britische Armee sank die Mitgliederzahl ab 1943 stetig ab.³¹

Hartmut und Gerty Colden, Wolfgang Colden, Liesl Ehrenberger (später: Schüler), Ulla Friedländer (später: Jessing), Gerda Fuld (später: Fulton), Gertrud und Georg Galetzka, Kurt Gutmann, Margot Hamburger, Rosa und Sylvester Helias, Lotte und Zwi Holländer, Eva Nathan, Edith Preiß, Helgard Schönherr (später: Schröder), Liesl und Andreas Schüler, Rolf Thoel sowie Heinz (später: Henry) Wuga. Entsprechende Leitungsaufgaben übernahmen später Ulla Friedländer, Heinz Wuga und Margot Hamburger.

29 Vorausgegangen waren die 1. Landeskonferenz, die 1940 in zwei Teilen durchgeführt worden war – am 25.2.1940 in Manchester für Nordengland und am 3.3.1940 in London für Südengland –, sowie die 2. Landeskonferenz, die am 11. und 12.4.1942 in London stattfand.

30 53 Jahre später diente dieses Deckblatt als Vorlage für das Titelblatt zum Buch „Das war unser Leben“, das Erinnerungen Beteiligter und Dokumente zur Geschichte der FDJ in Großbritannien enthält.

31 Hierzu und zum Folgenden siehe Freie Tribüne (London), 6.1.1943, 28.4.1943, S.4f., 12.5.1943, S.4f., 27.7.1946; Horst Brasch: Lebenslauf, Berliner Vereinigung der VdN, Geschichtskommission, Archiv-Reg.-Nr. 128, S.4; Herms u. a., Geschichte, S.205; Birgid Leske: Das Ringen der Organisation der KPD in Großbritannien um die Verwirklichung der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD (1934 bis Mai 1945), Dissertation, Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin 1983, S.102, 154f., 193.

Die Jugendlichen im alliierten Kriegsaufgebot

Getreu ihrer Losung „Alles gegen Hitler!“ stand die Mitwirkung an den alliierten Kriegsanstrengungen im Zentrum des Wirkens auch der Glasgower FDJ-Gruppe. Nach der Zulassung von Feindausländern zum Dienst in den bewaffneten Einheiten der britischen Streitkräfte ab 22. April 1943 bewarben sich in Glasgow ebenfalls mehrere männliche Jugendliche, um mit der Waffe in der Hand gegen Hitlerdeutschland zu kämpfen. Nur ein Teil von ihnen wurde angenommen. Unter den ohne Begründung Abgewiesenen befanden sich vor allem vermeintlich kommunistisch gesinnte Bewerber, zum Beispiel Jochen Weigert. Zu den Angenommenen aus Schottland zählten Kurt Fuld, Kurt Gutmann,³² Joachim Kronheim³³ und Heinrich Preiß.³⁴ Insgesamt wurden 100-120 FDJler als Freiwillige in die alliierten Streitkräfte aufgenommen,³⁵ wobei davon ausgegangen werden kann, dass sich etwa die doppelte Zahl beworben hatte.³⁶

Die jungen Deutschen aus Glasgow, die als Soldaten in der britischen Armee dienten, erhielten von ihrer FDJ-Gruppe regelmäßig Briefe und Päckchen und wurden in ihrem Urlaub von der Gruppe betreut. Ähnlich der Internierungszeit wurden wieder Patenschaften aufgenommen. Aber auch um jene, die in den Maryhill Barracks, einer in dem nordwestlichen Glasgower Stadtteil Maryhill gelege-

32 Siehe Ursula Böhnke-Kuckhoff: Über Kurt Gutmann. Wer möchte nicht im Leben bleiben..., Norderstedt o. J. (2006), S.30-54. Kurt Gutmann, der durch die Aktion Kindertransporte nach Großbritannien gerettet worden war, hatte sich im Herbst 1942 als 16-jähriger Lehrling der Glasgower FDJ-Gruppe angeschlossen, wurde bald deren Literaturobmann sowie Sänger im FDJ-Chor. Er wohnte kostenfrei im Gebäude des Scottish Refugee Centre und half so, das Emigrantenzentrum vor unliebsamen nächtlichen „Besuchern“ zu bewahren.

33 Joachim Kronheim lebte bei seinen Pateneltern in der Ortschaft Whittinghame, Grafenschaft East Lothian.

34 Kurt Gruber wurde 1944/1945 vom OSS (Office of Strategic Services) zum Fallschirmspringer für den Einsatz hinter der deutschen Front ausgebildet. Das Flugzeug stürzte jedoch über Deutschland ab, keiner der fünf Insassen überlebte.

35 Siehe Peter Leighton-Langer: X steht für unbekannt. Deutsche und Österreicher in den britischen Streitkräften im 2. Weltkrieg, Berlin 1999. Nur ein Teil dieser Soldaten gelangte an die Front, vielfach wurden sie als Dolmetscher bei den Militärbehörden oder als Postzensoren in Kriegsgefangenenlagern eingesetzt. Zwölf unterschiedliche Porträts von FDJ-Soldaten in der britischen Armee veröffentlichte die FDJ 1943 in der Broschüre „Our Boys“ (Unsere Jungs).

36 Siehe zu den deutschen Jugendlichen in der britischen Armee u. a. Freie Deutsche Jugend (London), Juni 1942, S.2, 5; Gerhard Oertel: Meine Emigrationszeit, Manuskript, in Privatbesitz, S.3; Werner Müller: Im Mutterland der Demokratie, in: Stefan Doernberg (Hrsg.): Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite, Berlin 1995, S.71-87; Eberhard Zamory: Als FDJler in der britischen Armee, in: Fleischhacker/Stoecker, Das war, S.162-187; Alfred Dellheim: Das Gebot der Stunde, in: Modrow, Zeichen, S.129-143; Jonathan S. Gould: Strange Bedfellows. The OSS and the London „Free Germans“, Studies in Intelligence (unclassified edition) – Journal of the American Intelligence Professional (Washington D.C.), 1.1.2002, S.11-29.

nen Kaserne, ihre sechswöchige Grundausbildung absolvierten, kümmerten sich die Glasgower FDJler.³⁷ So richtete die FDJ-Gruppe am 7. November 1944 eine Abschiedsfeier für vier deutsche Jugendliche aus, die ihre militärische Grundausbildung in der Maryhill-Kaserne abgeschlossen hatten. Selbstverständlich nahmen auch „FDJ-Soldaten“ an dieser Feier teil, die gerade ihre Grundausbildung in Maryhill begonnen hatten. In Briefen an seine Mutter in Wales berichtete der junge Architekt Hartmut Colden u. a. über die Betreuung, dass an FDJler, die ihren Dienst in den britischen Streitkräften leisteten, jeden Monat bis zu 25 Pakete verschickt wurden.³⁸

Zu denjenigen Glasgower FDJlern, die eine Tätigkeit in einer Kohlegrube aufnahmen, um so einen kriegswirksamen Beitrag an der britischen Heimatfront zu leisten, zählten neben Hartmut Colden sein Cousin Wolfgang Colden sowie Georg Galetzka und Sylvester Helias. Da es in Glasgow frühzeitig gelang, deutsche Emigranten im Metall verarbeitenden (zugleich kriegswichtigen) Gewerbe unterzubringen, nahmen auch FDJler eine derartige Tätigkeit auf – häufig als Hilfsarbeiter, Anlerner oder Lehrlinge. Nachdem sie einen entsprechenden Trainingskurs absolviert hatte, war beispielsweise Alice Michelson als Schweißerin in solch einem Betrieb tätig. Ebenso hatten Heinrich Preiß sowie Kurt und Gerda Fuld einen derartigen Kurs absolviert. Aber auch nach Feierabend stellte sich eine Reihe von FDJlerinnen für kriegswirksame Dienstleistungen zur Verfügung, so beispielsweise Gerty Colden, die zusammen mit Philippine Gerhold zwei- bis dreimal wöchentlich abends in einem Krankenhaus aushalf. Wegen der Möglichkeiten, hier in der Kriegswirtschaft zu arbeiten, siedelten bald weitere Emigranten aus anderen britischen Städten oder Ortschaften nach Glasgow um.

Eine bemerkenswerte Rolle spielten die Glasgower FDJler als Mitveranstalter der in London erarbeiteten Wanderausstellung „Allies Inside Germany“ (Verbündete innerhalb Deutschlands), die vom 23. Oktober bis 30. November 1942 unweit des Glasgower Emigrantenzentrums gezeigt wurde.³⁹ Es handelte sich um eine Antwort auf den in Großbritannien verbreiteten „Vansittartismus“,⁴⁰ in der auf

37 Ihre Grundausbildung erhielten in Glasgow u. a. Alfred Dellheim, Walter Grünbaum, Martin Kauders, Walter Lindenberg, Gerhard Oertel und David Rummelsburg.

38 Dazu und zum Folgenden siehe Gerty Colden: Auszüge aus Briefen von Hartmut Colden an seine Mutter Eleonore Colden (Großbritannien, Juni 1942 bis Mai 1945), Manuskript, in Privatbesitz, S.13-18; Oertel, Emigrationszeit, S.3; Walter Lindenberg: Brief an den Verfasser vom 30.01.2002; ders: Meine Armeezeit im Zweiten Weltkrieg, in: Doernberg, Im Bunde, S.82-86; Heide Böwe/Matthias Thalheim: Philippine G., geborene Rothschild, Tonband-Interview, Berlin 1983 und 1988.

39 Diese Ausstellung, die insgesamt in 14 britischen Städten gezeigt wurde, hatten René Graetz, Hans Abarbanell und Heinz Worner unter Mitwirkung von John Heartfield, Günther Wagner, Meta Gutmann und René Mandel gestaltet.

40 In einer Reihe von Rundfunkansprachen, Zeitungsartikeln und Broschüren hatte der hochrangige britische Diplomat Lord R.G. Vansittart dem deutschen Volk eine naturgegebene Verderbtheit unterstellt, die seinen bösartig-aggressiven Charakter begründe. Von verschiedenen Medien wurden diese Thesen aufgegriffen und daraus unter anderem abge-

27 Großtafeln Zeugnis abgelegt wurde über den in Deutschland geführten Untergrundkampf. Neben dem neuen Oberbürgermeister John M. Biggar als einem der etwa 40 Schirmherren sprachen zur Eröffnung der Ausstellung Rolf Thoen als Vertreter der FDJ und Else Rosenberg als Vorsitzende der Ortsgruppe des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (FDKB). Die Betreuung der Ausstellung (Kartenverkauf, Aufsichtsdienst, Führungen) hatten Mitglieder der FDJ gemeinsam mit Vertretern des Freien Deutschen Kulturbundes in ihrer Freizeit übernommen. Zu den speziell von FDJlern betreuten Gästen gehörte eine Gruppe sowjetischer Jugendlicher, die zuvor an der Gründung des Weltjugendrates in London⁴¹ teilgenommen hatte. Insgesamt wurde „Allies Inside Germany“ von rund 20.000 Glasgowern besucht.

Auch zum Gelingen des Begleitprogramms zur Ausstellung trugen die Glasgower FDJler Wesentliches bei. Als besonders hervorhebenswert erscheint die Festveranstaltung vom 15. November 1942, die in der Glasgower Central Hall mit etwa 700 Personen stattfand. Sie stand unter der Losung „25 Jahre Sowjetunion und ihre Verbündeten in Deutschland“. Den Ehrenvorsitz hatte John Bell, Chefredakteur der schottischen Ausgabe der Genossenschaftszeitung „Reynold’s News“, übernommen. Von schottischer Seite hielt William Pearson, Generalsekretär der schottischen Bergarbeitergewerkschaft, eine Ansprache; für die deutsche Seite sprachen Alice Michelson (FDJ) und Ernst Langguth (FDKB). Die zentrale Forderung der deutschen Redner war, die von den Westalliierten der Sowjetunion zugesagte Zweite Front auf dem europäischen Festland schnellstmöglich zu eröffnen. Anschließend führte die Laienspielgruppe des FDKB eine Satire auf „planmäßige Rückzüge“ und „Frontbegradigungen“ der deutschen Wehrmacht auf, und der FDJ-Chor brachte russische und sowjetische Lieder zu Gehör. Mit dieser Ausstellung und ihrem Rahmenprogramm war es den Glasgower Ortsgruppen der FDJ und des Freien Deutschen Kulturbundes gelungen, sich bei der Bevölkerung wie bei den Glasgower Honoratioren bestens einzuführen. In Edinburgh, der zweiten schottischen Stadt, in der die Ausstellung zwei Wochen lang zu sehen war, verzeichnete sie 6.000 zahlende Besucher.⁴²

leitet, dass alle Deutschen potenzielle Faschisten und prinzipiell unfähig zur Demokratie wären. Da sie für alle anderen Völker eine permanente Gefahr darstellten, müssten sie nach Kriegsende sterilisiert werden.

41 Er hatte sich auf einer Konferenz „Jugend im Kampf um Freiheit“ vom 13. bis 16.11.1942 mit Teilnehmern aus 20 Ländern konstituiert. Für die FDJ in Großbritannien wurde Werner Fischer in den Rat gewählt.

42 Eine aktualisierte Fassung der Ausstellung, in der es vor allem darum ging, die dringende Notwendigkeit der Eröffnung einer Zweiten Front zu verdeutlichen, wurde 1943 unter dem Titel „We Accuse. Ten Years of Nazi Fascism 1933-1943“ (Wir klagen an. Zehn Jahre Nazifaschismus 1933-1943) erarbeitet. Zur Ausstellung und zum Begleitprogramm siehe u. a. BArch, Bestand Kulturbund der DDR, DY 27/39, DY 27/1505, Bl. 3, 6-8; Nachlass Wilhelm Koenen, NY 4074/105, Bl. 35-40, NY 4074/112, Bl. 24-34; NY 4074/129, Bl. 4; Archiv der Akademie der Künste, Kurt-Lade-Bestand, Mappe 34; Freie Deutsche Kultur (London), Dezember/Januar 1943/1944, S.8; Die Zeitung (London),

Als am 25. September 1943 parteiübergreifend die Freie Deutsche Bewegung in Großbritannien (FDB) gegründet wurde, gehörte die FDJ zu den Mitinitiatoren. Sie entsandte einen Vertreter in den von der Gründungsversammlung gewählten Vorläufigen Ausschuss, dessen Präsidentschaft der parteilose Bevölkerungsstatistiker Dr. Robert R. Kuczynski übernahm. Die FDJ erwarb die Korporativmitgliedschaft in der FDB. Das auf sie zugelassene Monatsblatt „Freie Tribüne – Freie Deutsche Jugend“⁴³ wurde das informelle Sprachrohr der FDB in Großbritannien. Nachdem die FDB einen Soldaten-Wohlfahrtsfonds zur Betreuung deutscher Soldaten in der britischen Armee eingerichtet hatte, luden die Glasgower Ortsgruppen der FDB, der FDJ und des FDKB zu einem „Grand Dance“ (Tanzgala) am 12. Januar 1944 in die Glasgower Central Hall ein. Der finanzielle Erlös dieser Veranstaltung (£ 18), an der auch Offiziere der sowjetischen Roten Flotte teilgenommen hatten, wurde dem Soldaten-Wohlfahrtsfonds zugeführt. Die Sozialkommission des FDKB organisierte den Versand von Paketen an ca. 20 in Deutschland stationierte FDJ-Soldaten, die die betreffenden Lebensmittel, Medikamente und Literatur weiterreichten an kurz zuvor aus Nazilagern und Zuchthäusern befreite ehemalige Häftlinge. So übergab Kurt Gutmann im Auftrage Hugo Gräfs entsprechende Sendungen beispielsweise an Heinz Renner aus Essen.⁴⁴

Auf der 4. Landeskonferenz der FDJ am 13./14. Mai 1944 in London beschäftigten sich die etwa 100 Delegierten erneut mit Fragen der möglichst effektiven Mitwirkung am Kriegsaufgebot der Anti-Hitler-Koalition. Vor allem ging es um den Einsatz möglichst vieler männlicher Asylanten im Alter unter 35 Jahren in den britischen Streitkräften, um die Einbeziehung der FDJ in die britische Frontpropaganda sowie um ihre Mitwirkung an der Umerziehung von deutschen Kriegsgefangenen. Aber auch die bisherige Arbeit in der Zivilverteidigung, die Blutspenden und Aushilfsdienste in Krankenhäusern und dergleichen mehr sollten dazu beitragen, die Endphase des Krieges zu verkürzen sowie die Zahl an Opfern und den materiellen Schaden zu begrenzen. Aus Glasgow wurden Heinz

10.7.1942, S.6; Glasgow Herald, 24.10.1942; Hans Fladung: Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1986, S.16-18; Ernst Langguth: Wie deutsche Antifaschisten in Glasgow den 25. Jahrestag des Roten Oktober begingen, Manuskript, in Privatbesitz, S.2f.

43 Wegen des Mangels an Zeitungspapier durften während des Krieges in Großbritannien keine neuen Zeitungen oder Zeitschriften gegründet werden. Um trotzdem einen breiten Leserkreis zu erreichen, wurde die FDJ-Zeitung ab 6.1.1943 zur „Freien Tribüne“ erweitert und der ursprüngliche Name „Freie Deutsche Jugend“ als Untertitel geführt. Später gelang es, das Blatt halbmonatlich herauszugeben.

44 Siehe Freie Deutsche Kultur (London) Dezember/Januar 1943/1944, S.1; Fladung, Erfahrungen, S.21; Colden, Auszüge, S.19f. Renner war nach der Befreiung Oberbürgermeister von Essen, anschließend Minister in Nordrhein-Westfalen, dann Mitglied des Deutschen Bundestages und des Parlamentarischen Rates der BRD. Wegen seiner KPD-Mitgliedschaft wurde ihm später die Entschädigungsrente als Verfolgter des Naziregimes aberkannt.

Wuga, jetzt Gebietsleiter für Schottland, und Margot Hamburger in die Landesleitung der FDJ in Großbritannien gewählt.⁴⁵

Bündnisarbeit und internationale Solidarität

In dem Maße, wie die junge FDJ-Gruppe unter der schottischen Bevölkerung bekannt wurde – unter anderem hatte sie sich mit Kuchenbasaren, Literaturverkauf und Tombolas an Geldsammlungen zugunsten örtlicher karitativer Fonds beteiligt, regelmäßig an den Maidemonstrationen teilgenommen und Flugzettel verteilt –, erhielt sie immer häufiger Einladungen, ihre Auffassung zu Deutschland betreffende Fragen vor den unterschiedlichsten Gremien darzulegen. So berichtete Hartmut Colden in einem Brief an seine Mutter von einem Wochenende, an dem neun Redner gleichzeitig unterwegs waren: vier bei Gewerkschaftern, zwei bei Jugendgruppen und je einer in einer Bergarbeiterversammlung, bei der Feuerwehr und in einer Schule. Er selbst wäre kurz zuvor in einer Bauarbeiterversammlung und in einer Kirchengemeinde aufgetreten. Die erhalten gebliebenen Briefe Hartmut Coldens vermitteln einen anschaulichen Eindruck vom Engagement der Glasgower Flüchtlingsjugend. So beschrieb er seiner Mutter am 7. November 1943 das Leben in Glasgow wie folgt: Abends ginge man entweder zum Dienst beim National Fire Service (Feuerwacht), zur „Einheitsgruppe“ (gemeint war die FDB), zur FDJ, zur Laienspielprobe oder zu einer Tanzveranstaltung (oftmals beim Free Austrian Movement, also der Bewegung Freies Österreich). Am 2. Oktober 1944 berichtete er unter anderem über eine von ihm vermittelte Führung durch das Bergwerk, in dem er arbeitete, von einem Benefizkonzert, von einem Auftritt vor schottischen Gewerkschaftern und vom Literaturverkauf.⁴⁶

Die jungen Hitlergegner in Glasgow beteiligten sich an Solidaritätsaktionen, die von den zentralen Leitungen der Emigrantenorganisationen in London einzeln oder gemeinsam initiiert wurden und vorwiegend darauf gerichtet waren, das schwere Kriegsgeschehen der Sowjetunion lindern zu helfen.⁴⁷ Dazu zählten Sammlungen für:

- die „Russland-Hilfswoche“, die in Veranstaltungen die Geschichte und Kultur der Sowjetvölker propagierte und über £ 500 für einen Medizinischen Hilfsfonds der Anglikanischen Kirche sammelte,

45 Siehe Fleischhacker/Stoecker, *Das war*, S.222, 276f.; Brie, *Davids Odyssee*, S.384.

46 Siehe u. a. Philippine Gerhold: Mündliche Mitteilung an den Verfasser am 01.11.1986; Gerda Fulton: Brief an den Verfasser vom 15.2.1999; Michelson, *Gesprächsprotokoll*; Rosenberg, *Emigration*, S.56; Colden, *Auszüge*, S.12-18, 21.

47 Gesammelt wurde hauptsächlich mit Sammelbüchsen in Gaststätten, vor Kinos, in Hauptgeschäftsstraßen, an belebten Kreuzungen usw. oder mit Listen am Arbeitsplatz. Oftmals wurden die Sammlungen mit dem Verkauf von Literatur verbunden. Viele Emigranten legten außerdem wöchentlich einen Tageslohn oder monatlich einen Wochenlohn für Solidaritätszwecke beiseite. Ein Wochenlohn betrug damals zwischen £ 3½ (ungelernte Arbeit) und £ 6½ (gelernte Arbeit).

- eine mobile Röntgeneinheit für die Rote Armee (mit den Geldern konnten schließlich zwei Geräte gekauft werden),
- ein Sanitätsfahrzeug für die Rote Armee,
- den Hilfsfonds von Lady Clementine Churchill „Comfort to Soviet-Russian Women and Children“ (Trost für sowjetrussische Frauen und Kinder),
- den Fonds „Medical Aid to Russia“ (Medizinische Hilfe für Russland),⁴⁸
- den Fonds „For the Red Army Wounded“ (Für die verwundeten Rotarmisten),
- die Wiederherstellung der vom deutschen Militär zerstörten Leo-Tolstoi-Gedenkstätte in Jasnaja Poljana,
- die medizintechnische Ausstattung von zwei Bettensälen in einem wieder aufzubauenden Stalingrader Krankenhaus.

Nachdem die am 28. Februar 1941 unter der Leitung Hans Gottfurchts gebildete Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (LdG, Trade Union Centre for German Workers in Great Britain) im Verlaufe des Sommers 1942 ihren antikommunistisch inspirierten Unvereinbarkeitsbeschluss vom 14. März 1942 gelockert hatte, rief die Leitung der FDJ in einem Beitrag im Verbandsorgan unter dem Titel „Warum wir Mitglieder der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter sein müssen“ alle FDJler auf, der Landesgruppe beizutreten. In diesem Schritt wurde eine Möglichkeit gesehen, die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung partiell zu überwinden und zugleich auf diesem Wege dazu beizutragen, den Einsatz deutscher Exilanten an der kriegswichtigen „Produktionsfront“ zu effektivieren. Viele Mitglieder der Glasgower FDJ befolgten diesen Aufruf, so dass die Ortsgruppe der Landesgruppe deutscher Gewerkschaften in Glasgow bis zum 1. Januar 1944 von ursprünglich 18 auf 40 Mitglieder anwuchs.

Die Glasgower FDJ versuchte, in ihren Initiativen Politik und Jugendleben miteinander zu verbinden, so in einem Zeltlager in Carfin Hall nahe Glasgow, das vom 16. bis 25. Juli 1943 stattfand und an dem sich 20 junge Glasgower Emigranten (FDJler, Jung-Österreicher und Deutsch-Tschechen) beteiligten. Bei Begegnungen mit schottischen Jugendlichen, die ebenfalls dort zelteten, berichtete Alice Michelson über ihren Kampf gegen das Naziregime in Deutschland, ihre Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und schließlich ihre Haftzeit im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße.⁴⁹ Ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Bündnisarbeit stellten die öffentliche Kundgebung im August 1943 und das anschließende „Unity Concert“ (Volksfrontkonzert) dar, die von der

48 Bester Sammler der FDJler bei dieser Aktion war in Glasgow Kurt Gutmann.

49 1935 war die damals 18-jährige Alice Michelson in Berlin zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach ihrer Entlassung 1939 konnte sie als Dienstmädchen nach Großbritannien vermittelt werden, wo sie aber bald darauf interniert wurde. Siehe Claudia von Gélieu: Frauen in Haft. Gefängnis Barnimstraße – Eine Justizgeschichte, Berlin 1994; dies. u. a.: Frauengefängnis Barnimstraße. Zeitzeuginnen berichten über ihre Haft 1933-1945, filmische Dokumentation, BRD 1996.

FDJ, der Gesellschaft Jüdischer Flüchtlinge, der Bewegung Freies Österreich und der Ortsgruppe Glasgow des Freien Deutschen Kulturbundes ausgerichtet wurden.⁵⁰

Kultur und Bildung

Mit der Rückkehr der ersten Internierten 1941 wurde im Rahmen des Glasgower Flüchtlingszentrums eine gemischte Spielgruppe (Laienspiel, Musik, Gesang, Sprechchor) gebildet, an der Erwachsene wie Jugendliche mitwirkten. Aus dieser entwickelten sich eine Laienspielgruppe und ein Chor. Besonders Erwin Jacoby⁵¹ und Helene Leupold machten sich um die kulturellen Aktivitäten des Zentrums verdient. Beispielhaft war der Einsatz von Hartmut Colden, der als Beitrag zum War Effort in einem Kohlebergwerk bei Glasgow schwerste Schichtarbeit unter Tage leistete und zugleich an Aktivitäten der Glasgower FDJ-Gruppen mitwirkte. So übernahm er die künstlerische Gestaltung der Anschläge und Einladungen zu den Kulturveranstaltungen.

Ebenso wie auf den anderen Gebieten ihres Wirkens liegt auch über die kulturellen Aktivitäten der Glasgower FDJ-Gruppe keine vollständige Übersicht vor. Dennoch vermitteln vorliegende, bruchstückhafte Überlieferungen einen Eindruck. Dazu gehörten:

- ein im November und Dezember 1941 in Glasgow und Edinburgh aufgeführtes Kulturprogramm,
- eine Veranstaltung „Onwards Culture“ (Vorwärts Kultur) der multinationalen Jugendgruppe, die am 31. Dezember 1941 in der Glasgower Kunsthochschule stattfand,
- das Auftreten der Laienspielgruppe z. B. am 10. Dezember 1942 in Aberdeen und am 29. April 1944 in Glasgow mit „Blood and Honour“ (Blut und Ehre) von Friedrich Wolf,
- das Kulturprogramm der Glasgower FDJ-Gruppe zum 25. Jahrestag der Roten Armee am 23. Februar 1943,
- die festliche Tanzgala der FDJ-Gruppe in Glasgow zum Tag der Roten Armee 1944,
- literarische Abende von Rolf Thoel zu Romain Rolland und Georg Büchner,
- gemeinsame Film- und Ausstellungsbesuche der Gruppe, beispielsweise wurde „The Seventh Cross“ (Das siebte Kreuz), die amerikanische Verfilmung des Buches von Anna Seghers, gemeinsam angesehen.⁵²

50 Siehe Motherwell Times and General Advertiser (Glasgow), 30.7.1943, S.1; Colden, Auszüge, S.10; Kölmel, Geschichte, S.224.

51 Zusammen mit Gerry Wolff (als Leuchtturmwärter) und anderen internierten Jugendlichen hatte Erwin Jacoby, Schauspieler und Sohn eines jüdischen Kantors, beispielsweise als Suffragette in dem von der Laienspielgruppe des Lagers Hutchinsonson aufgeführten Stück „Thunder Rock“ von Robert Ardrey mitgewirkt. Das Bühnenbild stammte vom damals 19 Jahre alten Jochen Weigert.

52 Siehe zum Obigen u. a. Rosenberg, Emigration, S.56; Colden, , S.16-21; dies: Von Hartmut Colden künstlerisch gestalte Anschläge und Programme, in Privatbesitz; Archiv

Neben den von ihm gestalteten und allgemein als recht bildsam empfundenen literarischen Abenden verfasste Rolf Thoel Gedichte, Kurzgeschichten und Kabarett-Texte. Einige seiner Gedichte trug er vor der FDJ-Gruppe vor, andere erschienen unter dem Pseudonym Rolf Anders in der Emigrantenpresse bzw. wurden von Emigrantenbühnen aufgeführt. So finden sich Sketche von ihm auf den Programmzetteln der „Kleinen Bühne“ in London und Gedichte in der Zeitschrift „Freie Deutsche Kultur“ sowie in dem 1943 vom FDKB herausgegebenen Sammelband „10 Jahre Kulturbarbarei im Dritten Reich – 10 Jahre freie deutsche Kultur im Exil“. Auch in die „Literarischen Matineen“ des Londoner Klubhauses fanden Texte von Rolf Thoel Eingang. Er war einer der Preisträger im Wettbewerb der Schriftsteller-Sektion des FDKB um den besten Rundfunkbeitrag in deutscher Sprache für die BBC.⁵³

Auch auf dem Gebiet der Bildung war die FDJ-Gruppe in Schottland aktiv. In Gesprächsrunden mit erwachsenen Antifaschisten wurden Fragen diskutiert wie: Wie konnte Hitler an die Macht gelangen? Wie kam es zum Krieg? Stellt der Sozialismus eine Gesellschaftsalternative dar? Worin besteht die jüdische Frage? Aber auch Themen zu Ökonomie, Kunst, Literatur, Musik, Medizin usw. stießen auf lebhaftes Interesse. Andere Jugendliche wiederum beschäftigten sich systematisch mit Fragen des Marxismus. So behandelten zehn bis zwölf Glasgower FDJler, darunter Kurt Gutmann, in einem Zirkel zur politischen Ökonomie des Kapitalismus vom Herbst 1943 bis Anfang 1944 unter der Leitung von Kurt Flämig die Marxschen Schriften „Lohn, Preis und Profit“ sowie „Lohnarbeit und Kapital“. ⁵⁴ Ein anderer Zirkel wandte sich dem dialektischen und historischen Materialismus zu.⁵⁵ Außerdem wurde ein Redner- und Diskussionszirkel eingerichtet. Es kann davon ausgegangen werden, dass frühere Funktionäre von Jugendorganisationen vor Glasgower FDJlern mit Vorträgen aufgetreten sind, so Hermann Leupold, ehemaliger Naturfreunde-Funktionär, und Kurt Gruber, ehemaliger KJVD-Funktionär.

des Deutschen Historischen Museums Berlin, Rep. VII/2.WK2/F2/M12 (1)-(18), Mappe Druckschriften, Exilschriften; Kölmel, Geschichte, S.221f., 216-220.

53 Siehe u. a. Freie Deutsche Kultur (London), Februar 1942, S.11, Oktober 1943, S.9, Mai/Juni 1944, S.6, Oktober 1944, S.3; Freier Deutscher Kulturbund in Großbritannien, 10 Jahre Kulturbarbarei im Dritten Reich – 10 Jahre freie deutsche Kultur im Exil, London 1943; Archiv des Deutschen Historischen Museums Berlin, Rep VII/3.WK2/F2/M22(1)-(6), Mappe Druckschriften, Broschüren, Exilschriften. Den britischen Behörden wurden die Manuskripte regelmäßig zur Verfügung gestellt, von diesen aber nicht verwendet. Im Gegensatz zu anderen Emigrantengruppen blieben auch die Anstrengungen des FDKB um Einbeziehung in die Frontpropaganda bzw. in die Umerziehung deutscher Kriegsgefangener erfolglos.

54 Siehe Kurt Gutmann: Meine Erinnerungen an die FDJ-Arbeit in Glasgow 1942-1945, Manuskript, in Privatbesitz.

55 Siehe Helgard Schröder: Erinnerungen an die Emigrationszeit in Großbritannien, Manuskript, in Privatbesitz.

Der Bericht einer Asylantin, die von 1940 bis 1942 in Glasgow lebte, anschließend nach Manchester zog und das Asylantenleben in beiden Orten verglich, belegt, dass unter den Emigranten in Glasgow eine eher lockere, offene und vertrauensvolle Atmosphäre herrschte, die sich positiv auf die Arbeit und das Jugendleben der FDJler auswirkte.⁵⁶ Dass trotz aller politischen und kulturellen Aktivitäten auch ein fröhliches, jugendgemäßes Leben stattfand, zeigt der Bericht eines Londoner FDJlers, der nach einem Besuch in Glasgow in der „Freien Tribüne – Freie Deutsche Jugend“ vom 3. März 1943 erschien. Besonders beeindruckt zeigte er sich aber von der hohen Zahl an FDJler-Ehen,⁵⁷ sowie der stattlichen Anzahl an Emigranten-Säuglingen, die mittlerweile in Schottland das Licht der Welt erblickt hatten.⁵⁸ So stellte er – freilich etwas übertrieben – fest: „Die ganze Glasgower FDJ ist auf Ehepaar-Basis aufgebaut.“⁵⁹

Vorbereitung auf die Heimkehr nach Deutschland

Bereits die 3. Landeskonferenz der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien hatte das 1939 angenommene Programm des Verbandes um Aufgaben ergänzt, die sich aus der Vorbereitung auf die Nachkriegszeit herleiteten. Gemäß einer Festlegung der 4. Landeskonferenz am 13./14. Mai 1944 in London wurden dann in allen Ortsgruppen Bildungs- und Erziehungspläne erarbeitet, um Kenntnisse für den gezielten Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands zu vermitteln. Vielfach beteiligten sich die FDJler an gemeinsamen Kursen mit der FDB, dem FDKB und der Freien Deutschen Hochschule. Auf der 5. Landeskonferenz der FDJ, die am 6./7. Juli 1945 wiederum in London abgehalten wurde, spielten die Mitwirkung an der Ausrottung des faschistischen Ungeistes unter der deutschen Jugend sowie der Errichtung einer antifaschistischen Demokratie in Deutschland die zentrale Rolle. Als wirkungsvollste Möglichkeit, die Umerziehung der deutschen Jugend im demokratischen Sinn zu befördern, sprach sich die Konferenz für einen einheitlichen Jugendverband in Deutschland aus. Eine eingesetzte Kommission sollte die zuvor schriftlich unter den verschiedenen FDJ-Gruppen abgestimmte und am 9. Juni 1945 veröffentlichte Erklärung umsetzen. In Glasgow entstanden Arbeitsgemeinschaften für Kindergärtnerinnen, Schulhelferinnen und Genossenschaftler, damit sich die Teilnehmer nach ihrer Rückkehr nach Deutschland zielgerichtet in die Erziehung bzw. Umerziehung der jungen Generation sowie den Wiederaufbau der Genossenschaftsbewegung einbringen konnten. Außerdem gab die FDJ in Großbritannien ab April 1945

56 Siehe Rosl Ebner: *Glasgow – licht und positiv. Manchester –brav und einförmig*, in: *Zwischenwelt 4*, Wien 1995, S.36-44.

57 Dazu zählten Hartmut und Gerty Colden, Kurt und Gerda Fuld, Georg und Gertrud Galetzka, Rosa und Sylvester Helias, Lotte und Zwi Holländer sowie Liesl und Andreas Schüler.

58 Darunter waren Johann Colden, Ilja Fuld, Tommy Helias, Edgar Preiß sowie die Tochter des Ehepaares Holländer.

59 *Freie Tribüne* (London), 3.3.1943, S.4.

eine hektografierte Schriftenreihe heraus, in der sie über die Jugend in Deutschland informierte.⁶⁰

Einen Blick auf die bevorstehenden Aufgaben in der Heimat aus einer gänzlich anderen Sicht erhielt die FDJ in Großbritannien durch die Teilnahme einer Beobachterdelegation an der Gründungsversammlung des Weltbundes der Demokratischen Jugend, dem 1. Weltjugendkongress, der vom 30. Oktober bis 10. November 1945 in der Londoner Albert Hall abgehalten wurde.⁶¹ Auf Vorschlag von Horst Brasch, der als Bevollmächtigter von insgesamt acht deutschen Exil-Jugendorganisationen ins Präsidium des Kongresses gewählt worden war, erhielt der dann in Berlin am 10. September 1945 gegründete Zentrale Antifaschistische Jugendausschuss einen ständigen Beobachtersitz beim Weltjugendrat zugesprochen. Dieser Ausschuss benannte Heinz Keßler als seinen ständigen Vertreter beim Weltbund.⁶² Noch während des Kongresses richtete die Freie Deutsche Jugend in Großbritannien am 1. November 1945 einen Heimatfonds ein, um die Jugendarbeit in Deutschland zu unterstützen.⁶³ Ausführlich berichtete die „Freie Tribüne – Freie Deutsche Jugend“ in einer Sonderbeilage am 24. November 1945 vom Londoner Weltjugendkongress.⁶⁴

Auf ihrer 6. und letzten Landeskonzferenz am 27./28. April 1946 in London beschloss die Freie Deutsche Jugend in Großbritannien, sich der am 7. März 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands lizenzierten Freien Deutschen Jugend als Auslandsorganisation anzuschließen. Für den Fall, dass Horst Brasch die Genehmigung zur Rückkehr nach Deutschland erhalte – was wenig später erfolgte –, wurde Albert Kleeberg als Nachrücker in die Funktion des Vorsitzenden bestimmt.

In der Folgezeit kehrte rund ein Drittel der ursprünglich etwa 600 FDJler in die Heimat zurück. Ein weiteres Drittel verblieb in Großbritannien und erwarb dort die britische Staatsangehörigkeit. Das letzte Drittel emigrierte weiter, insbesondere in das britische Mandatsgebiet Palästina bzw. nach Israel sowie nach Nord-

60 Siehe Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe Glasgow vom Januar bis Juni 1945, Manuskript, S.2, in Privatbesitz; Rosenberg, *Emigration*, S.58f.; Fleischhacker/Stoecker, *Das war*, S.277f.; Leske/Reinisch, *Exil*, S.194; Herms u. a., *Geschichte*, S.203f.

61 Neben Horst Brasch gehörten der Delegation Eberhardt („Tusk“) Koebel (bündische Jugend), Peter Langstein (deutscher Jugendlicher in der australischen Armee), Traudl Loew (FDJ in Großbritannien), Gerhard Oertel (deutscher Jugendlicher in der britischen Armee), Max Oppenheimer (Landesgruppe deutscher Gewerkschafter), Max Rubinstein (deutsche Jugendgruppe in den Niederlanden) und Bruno Taussig (katholische Jugend) an. Speziell für diese Delegation hatte Wilhelm Koenen zuvor eine kurze „Geschichte der deutschen Arbeiterjugend“ verfasst.

62 Heinz Keßler, der ursprünglich am Weltjugendkongress teilnehmen sollte, war das Einreisevisum nach Großbritannien verweigert worden.

63 Bis April 1946 wurden etwa £ 240 in diesen Fonds eingezahlt.

64 Siehe Andrea Grimm u. a.: *Unser Zeichen ist die aufgehende Sonne*, in: Modrow, *Zeichen*, S.170f.; Fleischhacker/Stoecker, *Das war*, S.268f.; *Der Überläufer*. Heinz Keßler, in: Erich Selbmann: *Die vielen Gesichter des Widerstands. Menschen und Ideen gegen Hitler*, Berlin 1995, S.51-71.

oder Südamerika. Zu denen, die nach Deutschland zurückkehrten und hier Funktionen übernahmen, gehörte Hartmut Colden, der Aufgaben bei der Errichtung von Wohn- und Arbeitsstätten für jugendliche „Umsiedler“ in dem neu angelegten „Dorf der Jugend“ in Berga/Niederlausitz sowie beim Wiederaufbau von Rostock als deren Chefarchitekt übernahm. Ulla Jessing wurde Auslandskorrespondentin in Dänemark.

Bei den FDJlern, die nicht nach Deutschland zurückkehrten – in Schottland zählten u. a. Margot Hamburger, Eva Nathan und Heinz Wuga sowie die Ehepaare Fuld, Galetzka und Preiß⁶⁵ dazu – handelte es sich größtenteils um junge, in Deutschland rassistisch verfolgte Menschen, die in der Regel ohne Angehörige nach Großbritannien gelangt und dort infolge des faschistischen Genozids an den europäischen Juden zu Vollwaisen geworden waren. Viele von ihnen waren anfangs über ihren weiteren Weg nach Kriegsende noch unschlüssig. Als in Großbritannien aber das volle Ausmaß der von den Nazis verübten Verbrechen an Menschen jüdischer Abstammung bekannt wurde, lehnten sie es ab, zurückzukehren.⁶⁶

Fazit

Hatten die Zusammenschlüsse junger deutscher Asylanten in Großbritannien anfangs den Charakter von Notgemeinschaften, in denen sich vor allem elternlose Jugendliche in der fremden Umgebung gegenseitig unterstützten, so wurden viele dieser eher unpolitischen Verbände im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs so politisiert, dass zahlreiche junge Menschen in zunehmendem Maße bewusst am Kampf gegen das faschistische Deutschland mitwirkten. Als Katalysator in diesem Prozess wirkte zweifelsohne die Internierung in den Jahren 1940 bis 1942, die fast alle in Großbritannien lebenden männlichen Deutschen und Österreicher im Alter von 16 bis 60 Jahren sowie eine Anzahl von weiblichen Personen erfasste. 24 Stunden am Tag lebten hier die Jugendlichen auf engstem Raum mit älteren Antifaschisten aus Deutschland und Österreich zusammen. Viele dieser jungen Menschen schlossen sich dann der „Freien Deutschen Jugend in Großbritannien“ an, die unter den in mehreren Exilländern gebildeten antifaschistischen Jugendgruppen mit Sicherheit zu den einflussreichsten und wirksamsten zählte.⁶⁷

Der schottische Regionalverband der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien machte zahlenmäßig nur einen Bruchteil der Londoner Organisation aus,

65 Als Professor Henry Prajs wurde Heinrich Preiß 1974 Dekan der Fakultät Ökonomie und Sozialwissenschaften der Heriot-Watt-Universität zu Edinburgh. In Würdigung seiner Verdienste benannte die Universität 2002 eines ihrer Gebäude nach ihm. Siehe Patrick N. O'Farrell: Heriot-Watt University. An Illustrated History, Edinburgh 2004, S.314f.

66 Siehe Fleischhacker/Stoecker, *Das war*, S.230, 283.

67 Siehe Karl-Heinz Jahnke: *Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf – unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Widerstandsbewegung – 1933 bis 1945*, Habilitationsschrift, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Rostock 1965, Bd. 1, S.560f.

wurde erst drei Jahre später als jene gegründet und konnte demzufolge auch nur knapp vier Jahre lang wirken. Ihm zugute kam, dass er sich bei seiner Gründung auf die in London und einigen weiteren britischen Städten bereits gesammelten Erfahrungen stützen konnte. Hervorragend verstand er es, diese Erfahrungen gemäß den nationalen Besonderheiten Schottlands sowie der typischen schottischen Mentalität weiterzuentwickeln. Zu den Spezifika Schottlands, die den dort lebenden deutschen Antifaschisten halfen, gehörten:

- Selbst über Jahrhunderte unterdrückt, war Unterstützung für Verfolgte und Flüchtlinge eine Selbstverständlichkeit für die überwiegende Mehrzahl der schottischen Menschen.
- Ärmer als der englische Teil Britanniens, spielte die ideelle und materielle Solidarität gegenüber Not leidenden Menschen traditionell eine große Rolle.
- Als zweitgrößtes Industriezentrum Großbritanniens herrschte in Glasgow das proletarische Element, verbunden mit Eigenschaften wie Offenherzigkeit, Geradlinigkeit und Entscheidungsfreudigkeit, vor.
- Zu der Zeit, als deutsche Flüchtlinge sich dort aufhielten, zählte das „rote Glasgow“ zu den Hochburgen der britischen Arbeiterbewegung; Labour Party wie Independent Labour Party verfügten hier über starke Positionen.

Sicherlich wurde das Wirken der FDJ-Mitglieder in Schottland auch von der überwiegend undogmatischen, offenen Atmosphäre beflügelt, durch die sich die dortigen Organisationen der älteren Emigranten auszeichneten, mit denen die FDJler eng zusammenarbeiteten. Das bezieht sich auf die Ortsgruppen des Freien Deutschen Kulturbundes, der FDB, der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter sowie der Auslandsorganisation der KPD.

Mit seinem Wirken und seinen Initiativen reihte sich der Regionalverband Schottland der FDJ würdig ein in die auf die Überwindung des Nazismus gerichtete Gesamtbilanz dieser Jugendorganisation in Großbritannien. Besonders seien aber hervorgehoben:

- sein engagierter Beitrag zu den britischen Kriegsanstrengungen sowohl an der Heimatfront als auch in den alliierten Streitkräften,
- seine breit gefächerten und gut ausgebauten Bündnisbeziehungen, insbesondere zu schottischen Jugendgruppen, zu anderen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen sowie zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens,
- seine ideen- und facettenreiche Kulturarbeit, in aller Regel verbunden mit einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit,
- seine engagierte Solidarität, insbesondere mit den Völkern der Sowjetunion,
- sein fröhliches, jugendgemäßes, „heirats“- und auch „gebärfreudiges“ Jugendleben.

Bedenkt man, dass die Londoner FDJ-Gruppe über ein Vielfaches an Mitgliedern sowie eigene Jugendhäuser verfügte, dann wird klar, dass die in ihrer Bestzeit höchstens 20 Mitglieder zählende Glasgower FDJ-Gruppe der ersteren in nichts nachstand. Im Gegenteil, auf bestimmten Gebieten spielte sie eine Vorreiterrolle, beispielsweise was den Beitrag zum alliierten War Effort oder die Entwicklung von Bündnisbeziehungen zu örtlichen Öffentlichkeitsstrukturen anbelangt.

In der letzten Ausgabe der „Freien Tribüne“, die am 27. Juli 1946 erschien, wurde daran erinnert, dass die Zeitschrift im Spätsommer 1939 als hektografiertes Monatsblatt „Freie Deutsche Jugend“ gegründet worden war, sich stets den aktuellen Herausforderungen in der jeweiligen Phase des Flüchtlingslebens gestellt und sich dabei zu einer viel gelesenen (und später auch gedruckten) Halbmonatszeitung entwickelt hatte. Als Redakteure wurden Dr. Carl Rawitzki, Hans Schreckler und Dr. Monty Jacobs, als Chefredakteure Heinz H. Schmidt und Felix Albin (d. i. Kurt Hager) hervorgehoben. In verschiedenen Beiträgen wurde eine kurze Bilanz über das Wirken der wichtigsten Emigrantenorganisationen gezogen. Zur FDJ wurde u. a. festgestellt, dass sie von ursprünglich 40 Gründungsmitgliedern auf rund 600 Mitglieder in 23 britischen Städten und Ortschaften angewachsen wäre, dass 90 Prozent ihrer Mitglieder sich freiwillig der Kriegswirtschaft oder der Zivilverteidigung zur Verfügung gestellt hätten und dass 60 Prozent ihrer männlichen Mitglieder sich zum Militärdienst bereit erklärt hatten. Betont wurde, dass die FDJ die Brücke nicht nur zu britischen Jugendlichen und ihren Organisationen erfolgreich geschlagen hätte, sondern auch zu Jugendgruppen in zahlreichen anderen Ländern sowie zum Weltbund der Demokratischen Jugend. Bald würden rund 200 ihrer Mitglieder nach Deutschland zurückkehren und sich dem dortigen, viel größeren Verband zur Verfügung stellen. Betitelt „Zum Abschied“, schloss der Leitartikel dieser letzten „Freien Tribüne“ mit den Worten: „Auf ein baldiges Wiedersehen in Deutschland!“.

Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes

Ottokar Luban

Die DDR-Geschichtsschreibung zur Novemberrevolution 1918/19 ist jüngst von Mario Keßler einer kritischen Analyse unterzogen worden, wobei er die relevante Forschung in der alten Bundesrepublik nur relativ kurz angesprochen hat. Dies wird umfassend und vergleichend, allerdings teilweise unsystematisch und unter Vernachlässigung der Zeitschriftenliteratur, in einer ideenreichen Studie von Werner Bramke behandelt.¹ Die Standardwerke von Autoren der alten Bundesrepublik wie Eberhard Kolb, Susanne Miller oder Heinrich August Winkler – wesentliche neuere Untersuchungen gibt es noch nicht² – sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die Rolle der linkssozialistischen Kräfte, die eine Massenaktion mit Regierungsumsturz und Errichtung einer sozialen Republik vorbereiteten (Revolutionäre Obleute, Spartakusgruppe und Teile der linken USPD), als weitgehend belanglos beurteilen bzw. sogar negieren. Das Hauptverdienst am revolutionären Regierungsumsturz schreiben sie der MSPD-Führung zu.

Diese Aussagen sollen hier im Rahmen einer detaillierten Analyse der politischen Vorgänge in den Tagen um den 9. November 1918 auf ihre Schlüssigkeit überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Dabei konzentriert sich die folgende Studie auf die Vorgänge in der Reichshauptstadt. Denn wie Susanne Miller zutreffend formuliert hat: „Entschieden wurde das Schicksal der Revolution in Berlin.“³

1 Siehe Mario Keßler: Die Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR: Die Kontroversen des Jahres 1958 und ihre Folgen im internationalen Kontext, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/III, S.38-58; Werner Bramke: Eine ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: ebenda, S.5-37.

2 In neueren Arbeiten werden die alten Darstellungsweisen übernommen. Siehe Helmut Schmearsal: Philipp Scheidemann 1865-1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt/Main u. a. 1999, S.158f.; Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S.106-108.

3 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.79.

Die propagandistische Revolutionsabwehr durch die MSPD⁴

Am 6. November 1918 traf sich in Berlin eine aus Mitgliedern der MSPD-Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Freien Gewerkschaften bestehende Delegation mit dem 1. Generalquartiermeister Wilhelm Groener, dem Nachfolger Ludendorffs, um dem General die Dringlichkeit einer Abdankung des Kaisers vor Augen zu führen: Dessen Verbleiben würde ein Großteil der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, als Friedenshindernis ansehen. Nur durch die Abdankung sei ein „Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre und damit die Revolution“ aufzuhalten, betonte der Fraktions- und Parteivorsitzende Friedrich Ebert. Selbst die zum rechten Flügel der SPD zählenden Abgeordneten Eduard David und Albert Südekum plädierten eindringlich im Sinne Eberts. Mitten in der Besprechung kam der seit Anfang Oktober der Regierung des Prinzen Max von Baden angehörende Staatssekretär Philipp Scheidemann (MSPD) nach einem Telefongespräch außerhalb des Sitzungsraumes „kreidebleich, vor Aufregung am ganzen Körper zitternd, wieder herein, und unterbrach den Abgeordneten David mit den Worten: ‚Die Abdankungsfrage steht jetzt gar nicht mehr zur Diskussion. Die Revolution marschiert. Eben habe ich die Nachricht erhalten, daß zahlreiche Kieler Matrosen in Hamburg und Hannover die öffentliche Gewalt an sich gerissen haben. Das bedeutet: Die Revolution!‘ Er schloss mit den Worten: ‚Meine Herren jetzt gilt es nicht mehr zu diskutieren, jetzt gilt es zu handeln. Wir alle wissen nicht, ob wir morgen noch auf diesen Stühlen sitzen werden.‘“ Im Gegensatz zu dem durch momentane Eindrücke leicht zu beeinflussenden Scheidemann reagierte Ebert „mit unerschütterlicher Ruhe. Er erklärte, noch sei nichts entschieden.“⁵ Die Mehrheitssozialdemokraten setzten alles daran, damit sich die überraschend in den Küstenstädten spontan ausgebrochenen revolutionären Aktionen der Matrosen und Soldaten, denen sich die Arbeiter angeschlossen hatten, nicht weiter ausbreiteten, vor allem nicht auf Berlin übergriffen. Die revolutionäre Welle sollte von der Reichshauptstadt ferngehalten werden.

Das gleiche Interesse äußerten politische Vertreter des Bürgertums. „Der Ausbruch der Revolution in Berlin ist entscheidend!“, notierte der Staatssekretär und liberale Politiker Conrad Haussmann am 8. November in sein Tagebuch und meinte gleichzeitig, die Mehrheitssozialdemokraten hätten es in der Hand, „ob

4 Die Bezeichnung Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) oder Mehrheitssozialdemokraten wird hier – obwohl die Betroffenen selbst meist den alten Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands bevorzugten – benutzt, um sie klar gegenüber der im April 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), hier auch Unabhängige Sozialdemokraten genannt, abzusetzen.

5 Erinnerungen des anwesenden Obersten Hans von Haeften, in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt/Main 1983, S.53-55, Zitate S.54.

die Arbeiter zu Hause bleiben oder auf die Straße gehen“.⁶ Und der Fraktionsvorsitzende der Nationalliberalen Partei im Reichstag Gustav Stresemann „äußerte“ im Interfraktionellen Ausschuss, einem informellen Koordinationsgremium der bürgerlichen Reichstagsfraktionen unter Einschluss der MSPD, am 7. November: „Solange Berlin noch hält, ist Hoffnung vorhanden, daß die Dinge noch lokalisiert werden können.“⁷ Stresemann war sich gleichzeitig bewusst, dass die bürgerlichen Parteien den Mehrheitssozialdemokraten Konzessionen einräumen müssten, damit diese den Arbeitern Erfolge vorweisen und sie so ruhig stellen konnten.

Nachdem Anfang November die Matrosenmeuterei in Kiel nicht eingedämmt werden konnte und sich zu einer – zunächst noch lokalen – Machtübernahme durch die Aufständischen ausgeweitet hatte, übernahm die MSPD wie selbstverständlich eine Reihe von beruhigenden Maßnahmen. Ihr Reichstagsabgeordneter Gustav Noske wurde nach Kiel geschickt, um die Bewegung wieder in den Griff zu bekommen, was den zuständigen Militärs nicht gelungen war.⁸ Am 4. November wurde in dem in Berlin erscheinenden Zentralorgan der Partei „Vorwärts“ ein Aufruf des Parteivorstandes veröffentlicht, in dem sich dieser gegen die auf Flugblättern und durch Mundpropaganda verbreiteten Aufforderungen zu Streiks und Demonstrationen wandte. Die Mehrheitssozialdemokraten hätten, wird darin ausgeführt, seit ihrem Eintritt in die Regierung mit dazu beigetragen, dass ein Angebot für einen Waffenstillstand und für einen Frieden hinausgegangen sei. Das gleiche Wahlrecht für Preußen sei durchgesetzt worden (was nicht zutraf). Dem Reichstag wäre die eigentliche Zentralgewalt im Reiche verschafft und das persönliche Regiment (gemeint: des Kaisers) abgeschafft worden. Die Militärgewalt sei der Zivilgewalt unterstellt, Press- und Versammlungsfreiheit „erweitert“ [!] und die Befreiung von Liebknecht und vielen anderen Inhaftierten erreicht worden. Nach der Forderung Scheidemanns, der Kaiser möge zurücktreten, schwebten darüber Verhandlungen, die nicht gestört werden dürften. Zwar könnte eine Situation aufkommen, „wo Ihr Euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt aber gilt es ruhig Blut und Disziplin [!] zu wahren [...] je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle *militärischen Einziehungen* und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir zu einem dauernden Frieden gelangen“.⁹ Dieser Appell enthielt mehrere unwahre und halb wahre Angaben über von der Mehrheitssozialdemokratie vorgeblich erreichten Erfolge. Teilweise waren die Formulierungen auch nur für politisch Informierte, aber

6 Conrad Haussmann: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. von Dr. Ulrich Zeller, Frankfurt/Main 1924, S.267.

7 Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S.572.

8 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, um ein Vorwort und einen bibliographischen Anhang erweiterte [Taschenbuch-]Ausgabe, Frankfurt/Main-Berlin [West] 1978, S.74f.

9 Siehe Ritter/Miller (Hrsg.), Revolution, S.52f., Zitat: S.53.

nicht für das Gros der Arbeiterinnen und Arbeiter verständlich. Die zentrale Botschaft war aber deutlich: Nur bei Vermeidung einer revolutionären Entwicklung würde es zu Frieden und Demokratie kommen.

Nachdem der „Vorwärts“ am 5. November eine Proklamation der Regierung mit einem Appell an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren, in großer Aufmachung auf der Titelseite veröffentlicht hatte,¹⁰ hielt der MSPD-Vorstand bereits am 6. November die Herausgabe eines weiteren Aufrufes an die Arbeiter und Arbeiterinnen für erforderlich. Darin stellte er einen nahen Frieden und eine baldige Fortführung der Demokratisierung in Aussicht und warnte noch eindringlicher als in der Erklärung vom 4. November „vor Zersplitterung, vor Arbeiter-Bruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen“. Vielmehr wurde für einen massenhaften Beitritt zur Partei und zu den Gewerkschaften geworben. „Keine russischen Zustände [!], sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!“¹¹ Am 7. November folgte – wieder auf der Titelseite des „Vorwärts“ – eine „Mahnung des Reichskanzlers an das deutsche Volk“ mit einem Appell zur „Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht“ als Voraussetzung für die bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen.¹² Neben diesem Aufruf des Reichskanzlers wurde die Forderung von Parteiausschuss und Reichstagsfraktion nach schnellem Abschluss des Waffenstillstandes, Amnestie für militärische Vergehen (also im Rahmen der revolutionären Vorgänge) und Demokratisierung der Regierungen im Reich und in den Bundesstaaten abgedruckt. In der Kaiserfrage unterstützten die Gremien die Parteileitung und erwarteten von der Reichsregierung eine schnelle Lösung. Mit der obersten Schlagzeile auf dem Titelblatt „Das Ende des Weltkrieges“ in besonders großen Buchstaben suggerierte die MSPD-Zeitung, dass der ersehnte Waffenstillstand schon erreicht sei.¹³

Nicht nur über die Parteipresse, sondern auch über den direkten Kontakt zu ihrer Basis versuchten die mehrheitssozialdemokratischen Parteiführer, auf die Arbeiterschaft beruhigend einzuwirken. Die Verbindung zu ihren Funktionären und Mitgliedern in den Berliner Betrieben war nach dem großen Munitionsarbeiterstreik vom Januar/Februar 1918 deutlich gepflegt und verstärkt worden.¹⁴ Sie wurde vor allem von Ebert nochmals intensiviert, als sich die innenpolitische

10 Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 5.11.1918.

11 Ebenda, 6.11.1918

12 Ebenda, 7.11.1918.

13 Ebenda.

14 Polizeibericht vom 28. Juni 1918 über eine interne Versammlung von 250 MSPD-Vertrauensleuten aus den Rüstungsbetrieben von Groß-Berlin, auf der der Partei- und Fraktionsvorsitzende „Scheidemann sich bemühte in der Versammlung anwesende Hitzköpfe zu besänftigen“, in: Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 0701, Nr. 1395/12/1, Bl. 349, 353, Zitat: Bl. 349.

und militärische Situation ab Mitte Oktober zuspitzte. Durch diese gute Kommunikation war die Parteiführung über die Stimmung in den Betrieben jeweils auf dem neuesten Stand, konnte schnell und angemessen reagieren und relativ wirkungsvoll über die eigenen Betriebsleute beruhigend auf die Belegschaften einwirken. Staatssekretär Scheidemann schrieb deshalb im engeren Kriegsrat der Regierung am 7. November seinem Parteivorsitzenden das Verdienst zu, einen Aufstand in Berlin verhindert zu haben: „Dem außerordentlich geschickten Eingreifen des Abgeordneten *Ebert* ist es die letzten Abende [!] noch gelungen, die Massen ruhig zu halten.“¹⁵ Ebert hatte in der SPD-Fraktionssitzung am 6. November über seine Aktivitäten berichtet: „Konferenz mit Betriebsvertr[auensmännern] hat Putsch am 4.11. currentis verhütet.“¹⁶ Die Betriebsvertrauensmänner hätten allerdings ihre große Besorgnis wegen des Stillstandes in der Abdankungsfrage und wegen der massenhaften Einberufungen der jüngsten Jahrgänge zur Armee vorgebracht.¹⁷ Wie aus den Aufzeichnungen über die Fraktionssitzung am 7. November hervorgeht, wurde nunmehr auch die Leitung der Berliner Parteiorganisation zu den Beratungen hinzugezogen und damit die Basisbeteiligung in Berlin noch verstärkt.¹⁸ Dies war insofern von Bedeutung, als die Berliner MSPD-Organisation nach ihrer erheblichen Schwächung durch die Gründung der USPD im April 1917 wieder erstarkt war. Das hatte sich am deutlichsten bei dem Gewinn von Reichstagsnachwahlen für die mehrheitssozialdemokratischen Kandidaten im März und Oktober 1918 in Wahlkreisen von Groß-Berlin gezeigt.¹⁹ Als Ergebnis all dieser propagandistischen Bemühungen schätzte Staatssekretär Gustav Bauer (MSPD) auf einer Besprechung im Innenministerium am 7. November die innenpolitischen Lage zuversichtlich ein: „Die Mehrheit der Sozialdemokratie habe beruhigend gewirkt. Deshalb sei für Berlin nichts zu befürchten. Vertrauensleute der größeren Betriebe seien zur Ruhe ermahnt [!] worden und wären mit dem Versprechen in ihre Fabriken gegangen, dort ihrerseits für die Aufrechterhaltung der Ordnung [!] zu sorgen.“²⁰

15 Leo Stern (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/IV. Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin [Ost] 1959, S.1760.

16 Notizen des MSPD-Reichstagsabgeordneten Giebel zum Bericht Eberts auf der Fraktionssitzung am 6.11.1918: „Betriebsvertrauensmänner Berlins fürchten a) Einbeziehung [Einberufung zur Armee] nur weil Friedenswille [der Regierung] nicht ernst sei. Kaiserfrage beunruhigt. Konferenz mit Betriebsvertr[auensmännern] hat Putsch am 4.11. currentis verhütet.“ Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, zweiter Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966, S.509.

17 Siehe ebenda.

18 Zur Beteiligung der Berliner Parteileitung siehe ebenda, S.513. Protokollbuch, Fraktionssitzung, 7.11.1918.

19 Siehe Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin [West]1985, S.58; Müller, Burgfrieden, S.381-384.

20 Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1772.

Da die Unruhe in den Berliner Betrieben wegen der immer noch ungewissen Friedensaussichten offensichtlich weiter zunahm, stellten die Mehrheitssozialdemokraten am frühen Abend des 7. November zunächst ultimativ bis zum Mittag des 8. November fünf Forderungen, wobei später die Frist bis zum Abschluss des Waffenstillstandes verlängert wurde. Erneut wurde die Abdankung des Kaisers und zusätzlich die des unbeliebten Kronprinzen verlangt. Das Verbot der für denselben Tag angesetzten USPD-Versammlungen sollte aufgehoben und „Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit“ ergehen. Außerdem wurde die „Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der [Reichs-]Regierung“ (also mehr SPD-Vertreter) und die „Umgestaltung des [fast ausschließlich konservativ besetzten] preußischen Kabinetts im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstages“ gefordert.²¹ Während sicherlich die meisten Forderungen, insbesondere die nach der Abdankung des Kaisers, allgemein begrüßt wurden, musste ein aufmerksamer Leser die Punkte zum Versammlungsverbot – wegen des Ablaufdatums – und zum Verhalten von Militär und Polizei – wegen der verstärkten Militärpräsenz in der Reichshauptstadt – als wenig glaubwürdig auffassen.

Insgesamt wird deutlich: Die MSPD-Führung setzte in den Tagen vor dem 9. November ihre gesamte propagandistische und organisatorische Kraft ein, um einen Ausbruch der Revolution in Berlin zu verhüten. Unter Ausnutzung ihrer Position als einziger Machtfaktor, der noch einen mäßigen Einfluss auf die Arbeiterschaft besaß, wurden gleichzeitig die Forderungen an die kaiserliche Regierung nach Liberalisierung und Demokratisierung inhaltlich immer weitreichender und dringlicher erhoben. Damit war auch die Hoffnung der Parteileitung verbunden, dass die revolutionäre Stimmung mit Hilfe radikalerer Forderungen gedämpft werden könnte. Sehr treffend hat Staatssekretär Scheidemann im Kriegsrat am 7. November diese mehrheitssozialdemokratische Politik gekennzeichnet, als seine Regierungskollegen ihm Vorhaltungen wegen dieser relativen Radikalisierung machten: „Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir tun konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.“²²

Die militärische Revolutionsabwehr

Der preußische Kriegsminister Generalleutnant Heinrich Scheüch hatte am 4. November eine Stabsstudie mit Maßnahmen zur Unterdrückung von Unruhen an die Militärbefehlshaber überbringen lassen. Gleichzeitig wies er sie telefonisch an, die dort aufgeführten Schritte als verbindlich zu verstehen, wobei sie „vor Schusswaffengebrauch zur gewaltsamen Aufrechterhaltung von Ruhe und Ord-

²¹ Vorwärts, 8.11.1918, Titelblatt.

²² Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1763.

nung nicht zurückschrecken dürften.“²³ Am 6. November informierte Scheüch im Kriegskabinett über Truppenverlegungen nach Berlin und Umgebung. „Telegraphenamt und Lichtzentralen und Behörden werden militärisch besetzt werden.“ Es handele sich um „sichere Regimenter.“²⁴ Am 7. November erwähnte Scheüch im Gesamtkabinett weitere Vorbereitungen: „Die Stadt ist in Reviere eingeteilt, je ein Bataillon in Häusern unauffällig verteilt [...] Die Militärtruppen genügen, um einen Aufruhr niederzuschlagen, wenn das Militär sicher ist.“²⁵

Der Oberkommandierende in den Marken Generaloberst Alexander von Linsingen ließ entsprechend den Planungen des Kriegsministeriums unter dem Stichwort „Streikabwehr“ am 6. November in Berlin alle wichtigen Punkte von Militär besetzen, außerdem auf den Bahnhöfen der Stadt und auf den Strecken nach Hamburg und Hannover die Bahnhofswachen verstärken, um anreisende Matrosen und verdächtige Soldaten von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Verstärkte Patrouillen in den Straßen sollten die dennoch nach Berlin durchgekommenen Matrosen verhaften. Zwar wurde die harte Haltung gegenüber den Matrosen nicht von allen Militärs im Berliner Raum durchgehalten,²⁶ doch waren offenbar die eingetroffenen Matrosen von den repressiven Maßnahmen so stark beeindruckt, dass sie nicht mit der Unbefangenheit und Respektlosigkeit gegen die wachhabenden Soldaten und Truppen vorgingen wie auf ihrem revolutionären Siegeszug in den norddeutschen und westdeutschen Städten. Die Matrosen konnten deshalb in Berlin nicht als Katalysatoren für eine revolutionäre Entwicklung wirken wie an anderen Orten. In den Straßen Berlins dauerte die sichtbare militärische Präsenz bis zum Mittag des 9. November an.

Am 7. November wies von Linsingen den Berliner Polizeipräsidenten an, die für den Abend angesetzten USPD-Versammlungen zu verhindern. Gleichzeitig erließ er ein Verbot von Arbeiter- und Soldatenräten. Auf dem Lehrter Bahnhof eintreffende 300 Matrosen wurden verhaftet und in einer Kaserne gefangen gehalten. Um befürchtete weitere Matrosentransporte zu verhindern, ordnete von Linsingen zunächst die Unterbrechung der Bahnlinien aus Hannover und Hamburg, am Nachmittag sogar des gesamten Personenverkehrs mit Ausnahme von aus Berlin weggehenden Urlauberzügen an. Am Vormittag des 8. November wurde die Gesamtspernung wieder zurückgenommen, nur die Strecken nach Hamburg und Hannover blieben unterbrochen. Matrosen, die dennoch die Reichshauptstadt erreichten, wurden in größerer Anzahl gefangen gesetzt. Gegen Abend des 7. November befahl der Oberkommandierende in den Marken sogar die Einstellung des gesamten privaten und geschäftlichen Telefon- und Telegrafverkehrs. Bereits am Morgen des 7. November hatte von Linsingen Kriegs-

23 Ernst-Heinrich Schmidt: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S.109.

24 Regierung des Prinzen, S.555.

25 Siehe ebenda, S.563.

26 Siehe Schmidt, *Heimatheer*, S.92-104.

minister Scheüch angekündigt, er würde „bei Ausbruch von Unruhen im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten verschiedene Personen, die für die Revolution von Bedeutung seien, festnehmen lassen“, wozu Scheüch sein Einverständnis gab.²⁷

In einer Besprechung mit von Linsingen am Abend des 7. November erhob der Reichskanzler gegen das Verbot der USPD-Versammlungen Einwände, fand sich aber damit ab, als von Linsingen erklärte, dies sei im Einverständnis mit dem Kriegsminister erfolgt. Auch Scheidemann beließ es auf einer Sitzung des Kriegskabinetts am 7. November zunächst bei einem einfachen Protest gegen das Versammlungsverbot. Als die MSPD dann am Abend des 7. November in einem der Reichskanzlei übergebenen Ultimatum die Aufhebung der Maßnahme forderte, war es für eine Rücknahme viel zu spät.

Die bedrückende Stimmung in der Reichshauptstadt, die durch die sichtbaren militärischen Maßnahmen geschaffen worden war, wurde auf der Zensurbesprechung der Berliner Journalisten am 8. November mit den zuständigen Vertretern der Militär- und weiterer Behörden deutlich. Mehrere Pressevertreter übten auf der seit Kriegsbeginn täglich durchgeführten Veranstaltung zur Ausgabe und Erläuterung der aktuellen Zensuranweisungen scharfe Kritik daran, dass sie die Bevölkerung nicht umfassend über die Unruhen und die damit verbundenen Gefahren informieren könnten, weil sie nur geschönte offizielle Berichte erhielten. „Von den Vorgängen weiß ein großer Teil der Bevölkerung, z. B. der Berliner, noch nichts oder ahnt sogar nichts, weil noch immer eine Zensur geübt wird, die gegenüber den heutigen Zuständen geradezu skandalös ist.“ Dies sei insbesondere angesichts der von den Parteien der Regierung des Prinzen Max von Baden propagierten Fortschritte in Richtung Demokratisierung unverständlich, meinte der Herausgeber der „Welt am Montag“ Hellmut von Gerlach. Deshalb müsste die Presse eigentlich erklären, es sollten sich alle über die Zensurbestimmungen hinwegsetzen.²⁸ Demgegenüber betonte der Vertreter des Oberkommandos in den Marken den Ernst der Lage, sah sich aber aus dienstlichen Gründen außerstande, dazu Einzelheiten anzugeben. Flehentlich bat er die Pressevertreter, sich an die Zensurvorgaben zu halten und die Autorität der Militärbehörde zu achten. „Seien Sie sich darüber klar, es wird in wenigen Tagen der Zeitpunkt kommen, wo Sie alle ohne Ausnahme in diesem Saal das lebhafteste Interesse daran haben, daß diese Autorität, die Sie jetzt angreifen zu können glau-

27 Siehe Bericht des Generalobersten von Linsingen über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution, 16.11.1918, in: Regierung des Prinzen, S.623-625, Zitat S. 624f.; zu Scheidemann: Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1763; Erwähnung der verschiedenen Maßnahmen auch auf Sitzungen mehrerer Regierungsgremien, in: ebenda, S.1773, 1775, 1777.

28 Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, Nr. 178/II, Aufzeichnungen Nr. 439 aus der Pressebesprechung vom 8.11.1918 – Vertraulich!, in: Geheimes Staatsarchiv München, MA 94814/5, S.1-15, Archivpaginierung nur auf der 1. Seite: 00065, im folgenden Seitenangaben wie auf dem Dokument: Zitat von Gerlach, S.2f.

ben, am Platze ist. Sonst wird man nicht nur über uns, sondern über Sie alle mit uns zur Tagesordnung übergehen.“²⁹

Zwei Journalisten hinterfragten die Anordnung des Oberkommandierenden in den Marken von Linsingen, alle auf Urlaub oder auf der Durchreise in Berlin weilenden Offiziere sollten sich bei der Stadtkommandantur melden. Es wäre der Verdacht in der Bevölkerung aufgekommen, diese Offiziere sollten eine besondere Garde bilden und auf die Bewohner schießen. Dieser Aufruf hätte „außerordentlich böses Blut“ hervorgerufen.³⁰ Tatsächlich hatte es bei den Militärs entsprechende Gedankenspiele gegeben, die zwar zu dieser Anordnung und zur Meldung von 1.000 Offizieren bei der Stadtkommandantur führten, aber wegen des Planungs- und Kompetenzzwirwars der letzten vorrevolutionären Tage im Sande verliefen.³¹ Eine Verwirklichung hätte höchstwahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg in der Reichshauptstadt geführt.

Vor allem hatten die Journalisten unter der vollständigen Unterbrechung der Kommunikationswege zwischen Berlin und der Provinz zu leiden. „Berlin ist nun plötzlich von allem Telephon-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr vollkommen abgeschnitten.“ Diese Klage brachte der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard gegenüber den zuständigen Beamten vor und verlangte, wie fast alle anwesenden Journalisten, eine sofortige Wiederherstellung der telefonischen und telegrafischen Kommunikationsmöglichkeiten für die Zeitungen.³² Die Redakteure konnten seit dem Vorabend 23 Uhr keinerlei Nachrichten mehr von außerhalb empfangen oder nach außen absenden. Die Pressevertreter rannten mit ihrem Verlangen nach Rücknahme der Telefon- und Telegrafienunterbrechung bei den Behördenvertretern gegen eine Gummivand. Der zuständige Offizier des Oberkommandos in den Marken erklärte mehrfach seine Bereitschaft, sich bei seinen Vorgesetzten für eine Aufhebung der Maßnahme – jedenfalls für die Pressevertreter – einzusetzen und versuchte auf Drängen der Journalisten noch während der Besprechung vergeblich, entsprechende Telefonate zustande zu bekommen. Beamte anderer Behörden schlugen vor, einen Beirat aus Presse- und Behördenvertretern zu bilden oder Kontakte zu politischen Repräsentanten zu nutzen, also eine Lösung auf die lange Bank zu schieben. Eine baldige Aufhebung der Kommunikationssperre stellten die Behördenvertreter mehrfach in Aussicht. Doch kurz vor Schluss der Besprechung meldete der Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ Wiesner: „Ich erfahre soeben, daß die Absperrung der Presse nach außen wieder verschärft worden ist.“³³

Das absurde Schauspiel dieser Pressezensurbesprechung in den letzten Stunden des Kaiserreichs spiegelt die verzweifelten Versuche der alten Machthaber wider,

29 Ebenda, S.5.

30 Ebenda, S.3, Zitat S.10.

31 Siehe Schmidt, Heimatheer, S.268-300, insbes. 285-289 (zum Ablauf mit militärfachlicher Diskussion).

32 Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, S.10.

33 Ebenda, S.15.

die Revolution von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Trotz der von der Regierung des neuen Reichskanzlers Max von Baden und insbesondere von den Mehrheitssozialdemokraten herausgestellten Fortschritte bei der Demokratisierung im Rahmen der am 26. Oktober im Reichstag verabschiedeten Verfassungsänderung hatte sich nicht nur für die linkssozialistische Arbeiterschaft, sondern auch für die bürgerlichen Journalisten nichts an der innenpolitischen Situation verändert. Die Macht der Militärs schien noch immer ungebrochen.

Die verunsicherten Revolutionäre

Die Hauptträger des politischen Massenstreiks vom 28. Januar bis 5. Februar 1918 mit über 400.000 Streikenden allein in Berlin, die Frieden ohne Annexionen und eine Demokratisierung des Staates forderten, waren die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) mit ihrem informellen Anführer Richard Müller, Branchenleiter der Dreher. Dieser Kreis von kritischen Funktionären im Berliner Verband des DMV (in der Novemberrevolution 1918 als „Revolutionäre Obleute“ bekannt geworden), die in den Fabriken arbeiteten und dort verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Gewerkschaftssitzungen als Gleichgesinnte zusammengefunden. Zwar gab es im Laufe des Krieges durchaus eine gewisse Fluktuation bei den Teilnehmern, doch blieben sie eine verschworene Gemeinschaft, in der die in den Betrieben übliche Kollegialität und Solidarität die Grundlage des Verhaltens bildete. Politisch standen die Obleute auf dem linken Flügel der USPD, nahe der Spartakusgruppe, waren aber aufgrund ihrer Verankerung in den Fabriken pragmatisch orientiert und traten selbstbewusst und autonom auf. Dennoch suchten sie bei der Planung und vor allem bei der Durchführung der von ihnen initiierten Massenaktionen Unterstützung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und beim Spartakus.³⁴ Trotz der massiven Repressionsmaßnahmen der Militärbehörden gegen viele Teilnehmer des Massenstreiks vom Januar/Februar 1918 und der damit verbundenen Schwächung des gesamten linkssozialistischen Lagers begannen die linken Obleute, nach einer Phase der internen Neuorganisation, ungefähr ab Mai 1918 unter der Führung des Klempners Emil Barth (des Nachfolgers von Richard Müller), die nächste Massenaktion zu planen. Diesmal bereiteten sie eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung vor, um Frieden und Demokratie zu erreichen. Der Aufstandsplan sah einen Massenstreik und bewaffnete Demonstrationen von den Betrieben in den Vororten und Außenbezirken aus in Richtung Innenstadt vor, mit anschließender Besetzung aller

34 Siehe Dirk H. Müller: Gewerkschaften, Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte in der Berliner Kriegsindustrie 1914-1918, in: Gunther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1985, S.165-173; Ders., Versammlungsdemokratie, S.265-307; Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Bochum, 40/2008, S.25-41.

wichtigen öffentlichen Gebäude. Die Bewaffnung der Arbeiter sollte in erster Linie für die Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung auf die Polizisten. Damit sollte beim Zusammentreffen mit der Polizei den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit genommen werden, das sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man unter dem Eindruck der erwarteten Massenbeteiligung auf ein Überlaufen zu den Demonstranten. Die Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstandes angesehen. Unter der Führung Barths und der bald hinzukommenden USPD-Politiker Ernst Däumig (des amtierenden Parteisekretärs), des Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour, der sich schon bei früheren Massenaktionen in vorderster Front engagiert hatte, sowie des Mitglieds des Berliner USPD-Vorstandes Gustav Laukant gelang es, die Organisation in den Berliner Fabriken zu festigen und auszubauen, die Waffenbeschaffung zu organisieren und auch feste Kontakte zu anderen Städten und Regionen im Reich zu knüpfen.³⁵ Allerdings rechnete die Führung der revolutionären Obleute noch Anfang September 1918 damit, dass eine für den Aufstand günstige militärische und innenpolitische Situation erst im Januar 1919 entstehen würde.³⁶

Selbst im Oktober schien offensichtlich noch keine ausreichende revolutionäre Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft vorhanden zu sein, wie der russische Botschafter in Berlin Adolf A. Joffe am 13. Oktober 1918 an Lenin nach Moskau berichtete: Die Liberalisierungsmaßnahmen der neuen deutschen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden und die Revolutionsdämpfung durch die Mehrheitssozialdemokraten hätten Wirkung erzielt, so dass nicht nur die MSPD, sondern auch das deutsche Proletariat gegen eine Revolution wären, „[...] und deshalb kann man auf die deutsche Revolution in nächster Zeit nicht hoffen“.³⁷ Und am 19. Oktober stellte Joffe fest: „Es ist zweifellos so, dass die Scheidemann-Leute immer noch die große Popularität haben.“ Das hätte sich gerade bei

35 Siehe Emil Barth: *Aus der Werkstatt der Revolution*, Berlin 1919, S.24, 32f., 42; Richard Müller: *Vom Kaiserreich zur Republik [Bd. I]. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges [Reprint]*, Berlin [West] 1974 [Originalausgabe 1924], S.126f., 138.

36 So der Bericht des nach Holland desertierten Spartakusführers Wilhelm Pieck über ein Gespräch mit der Leitung der revolutionären Obleute bei einem kurzen illegalen Besuch in Berlin, erstattet nach seiner Rückkehr in Amsterdam oder Den Haag Mitte September 1918, referiert in: Jean-Claude Montant: *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes*, thèse pour le doctorat de l'État, Université de Paris I, Panthéon-Sorbonne 1988, S.1489f.

37 Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte, Moskau [RGASPI], Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 2134, Bl. 39-44 Rücks., hier Bl. 40. Für die Übersetzung der Passagen aus den Joffe-Briefen danke ich Prof. Dr. Alexander Vatlin.

Nachwahlen zum Reichstag in Berlin gezeigt, wo die MSPD zwei Drittel, die USPD nur ein Drittel der Stimmen erhalten hätten.³⁸

Die Spartakusgruppe, die im Januarstreik 1918 mit den linken Obleuten zusammengearbeitet hatte, war durch Verhaftungsaktionen Ende März und Mitte August 1918 weitgehend zerschlagen worden. Da bei der letzten Polizeiaktion auch das gesamte Adressenmaterial der Spartakisten den Behörden bekannt geworden war, schätzte die Politische Polizei Ende September 1918 die Revolutionsgefahr als gering ein.³⁹ Eine zusätzliche negative Folge dieser Verfolgungen für die Spartakusgruppe und für die Stoßkraft der gesamten revolutionären Linken bestand darin, dass die Obleute – wahrscheinlich schon ab April 1918, spätestens im August – alle Kontakte zu den Spartakisten abgebrochen hatten, da diese zu stark von der Politischen Polizei beobachtet wurden.⁴⁰ Nachdem der amnestierte Karl Liebknecht⁴¹ am 23. Oktober aus dem Zuchthaus Luckau nach Berlin zurückgekehrt war, wurde die Zusammenarbeit mit Vertretern der Spartakusgruppe wieder aufgenommen. In allen gemeinsamen Sitzungen seit dem 26. Oktober forderten die Spartakisten Liebknecht, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck (nach seiner Rückkehr aus dem holländischen Exil am 28. Oktober, sich steigende Aktionen einzuleiten, von Versammlungen über Demonstrationen und Streiks bis zum Aufstand. Die Obleute dagegen waren auf ihren Plan einer einmaligen revolutionären Massenaktion fixiert und lehnten die Spartakus-Vorschläge immer wieder ab. Aufgrund dieser Zögerlichkeiten der deutschen Linkssozialisten gab der voll informierte russische Botschafter am 28. Oktober 1918 erneut eine pessimistische Prognose ab: „Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.“ Nur falls die nationale Verteidigung und eine Militärdiktatur ausgerufen werde, würde es schnell zur revolutionären Explosion kommen.⁴²

Diese realistische Einschätzung des russischen Botschafters fand ihre Entsprechung in der Beurteilung durch linkssozialistische deutsche Genossen. Die Arbeiterinnen

38 Ebenda, Bl. 46.

39 Siehe BArch Berlin, R 3003, J 638/18, Nr. 1, Bl. 1, 6; Bericht der Politischen Polizei Berlin vom 28. September 1918, in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15842, Bl. 131.

40 Siehe Montant: La propagande, S.1489. Möglicherweise sind diese Verbindungen bereits – wie in Hamburg zwischen oppositionellen Metallgewerkschaftlern und den Linksradikalen – im Mai 1918 abgebrochen worden, als die scharfe Beobachtung und Bespitzelung durch die Politische Polizei nach mehrfachen Verhaftungswellen deutlich geworden war. Siehe BArch Berlin, C 113/18, Nr. 4, Bl. 146; Barth, Werkstatt, S.30.

41 Zu Karl Liebknechts Wirken nach seiner Rückkehr nach Berlin siehe: Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin 2007, S.376-390.

42 Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Moskau, Fonds 04, Mappe 70, Akte 990, Bl. 94.

und Arbeiter hatten Karl Liebknecht am 23. Oktober 1918 bei seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus auf dem Anhalter Bahnhof zwar einen begeisterten Empfang bereitet, waren aber dennoch bei ihrer anschließenden Demonstration zum Berliner Prachtboulevard Unter den Linden vor den Säbeln der Polizei zurückwichen. Daher klagte der zur Spartakusführung gehörende Hermann Duncker, der als Kundgebungsteilnehmer Augenzeuge geworden war, in einem Brief an seine Tochter: „Aber die Schutzmannskette ist noch psychisch völlig ungerissen.“⁴³ Und am 5. November, als trotz der sich von den Küstenorten ausbreitenden revolutionären Massenaktionen in anderen Teilen Deutschlands, trotz der Versammlungsverbote in Berlin und der Ausweisung der Russischen Botschaft keine Reaktion der Berliner Arbeiterschaft erfolgte, machte Duncker seiner Enttäuschung Luft: „Und was werden die Berliner tun? – Nichts! – Es kann einen Hund jammern.“⁴⁴

Der Spartakusgruppe war es aufgrund ihrer extremen personellen Schwäche infolge der zahlreichen Inhaftierungen und Einberufungen nicht möglich, die Revolutionierung maßgeblich voranzutreiben. So musste ein anderer Spartakusführer, Paul Levi, am 5. November 1918 in einem Schreiben an Rosa Luxemburg resignierend feststellen, dass „uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen könnte“.⁴⁵

Am Sonnabend, dem 2. November, hatte in den Gremien der Revolutionären Obleute die Entscheidung über den Termin des Aufstands fallen sollen. Am Vormittag waren die führenden Obleute mit den Vertretern des USPD-Parteivorstandes, darunter der Vorsitzende Hugo Haase, und den Spartakusführern Liebknecht und Pieck zusammengekommen, um den Aufstandsplan und den Text eines Aktionsaufrufes zu besprechen. „Alle Teilnehmer der Sitzung waren sich einig, daß am Montag, dem 4. November, losgeschlagen werden sollte. Der Gen. 1 [Wilhelm Pieck] übernahm die Drucklegung des Aufrufs zu besorgen.“⁴⁶ Auf der Sitzung am Abend mit den Vertretern der Betriebe plädierte als erster Redner Barth „mit Entschiedenheit für die geplante Aktion“ und schlug vor, zunächst die jetzt anwesenden Betriebsobleute sprechen zu lassen. Doch diese berichteten mehrheitlich, dass „die Stimmung noch nicht gut genug“ sei. „Es waren geradezu niederschmetternde Berichte“. Nunmehr erklärten sich Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und sogar Richard Müller „mit aller Beredsam-

43 BArch Berlin, NY 4445 (Nachlass Hermann und Käte Duncker), Nr.155, Bl. 303, o. D. [24./25.10.1918].

44 Ebenda, Bl. 306, 5.11.1918.

45 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg, Juni 1917; 5. November 1918, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XI, 1971, S.225-240, Schreiben vom 5.11.: S.238-240, Zitat: S.239.

46 Barth, Aus der Werkstatt der Revolution, S.47; Zitat in: Wilhelm Pieck: Vorbereitungen auf die Revolution [Manuskript in Maschinenschrift], S.4, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg [AsD Bonn], Nachlass Paul Levi, Mappe 34, hier chiffriert: Zahlen statt Namen, Dechiffrierung anhand des Manuskriptes in: BArch Berlin, NY 4036, Nr. 384, Bl. 54-193.

keit gegen die Aktion am Montag“ und schlugen eine Verlegung um eine Woche mit neuem vorherigem Beratungstermin am 6. November vor. Die Spartakusvertreter griffen auf ihre früheren Vorschläge mit einer einleitenden Aktion zurück, die je nach herrschender Stimmung gesteigert werden sollte. Dies wurde erneut von Barth, Ledebour und Richard Müller abgelehnt und als „Revolutionäre Gymnastik“ abqualifiziert. Obwohl sich Ledebour „energisch für die sofortige Aktion“ einsetzte, stimmten die Vertreter der Betriebe mit 22 zu 19 Stimmen gegen den Termin 4. November und votierten für den 11. des Monats mit vorheriger Beratung am 6. November. Aufgrund der Berichte aus den Fabriken herrschte „eine geradezu katzenjämmerliche Stimmung“, charakterisierte Pieck in seinen Erinnerungen die Atmosphäre dieser Sitzung.⁴⁷

Es ist anzunehmen, dass bereits vor dem 2. November oder an diesem Tage in den Fabriken eine von der MSPD-Parteiführung initiierte intensiviertere mündliche Agitation ihrer Betriebsobleute, einschließlich der Verbreitung von Erklärungen des Vorstandes in Flugblättern und Zeitungen, stattgefunden und erfolgreich, d.h. beruhigend, gewirkt hat. Darauf deuten die Formulierungen Eberts in seinem Bericht vor der Fraktion am 6. November und die des MSPD-Staatssekretärs Gustav Bauer am 7. November in einer Sitzung beim Innenministerium hin. Das gilt ebenso für die Aussage des Parteivorstandsmitgliedes und Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, ihre Betriebsvertrauensmänner hätten seit dem Januarstreik mit den linkssozialistischen Obleuten „Tag für Tag Auseinandersetzungen über die zur Herbeiführung des Friedens und der Demokratisierung Deutschlands einzuschlagende Taktik“ geführt.⁴⁸ Aus einer anderen Formulierung Eberts auf der Fraktionssitzung am Morgen des 9. November geht hervor, dass die Parteiführung „in diesen Tagen [vor dem 9.11.] regelmäßig [...] Besprechungen mit Vertretern der Genossen in den Berliner Betrieben“ abgehalten hatte,⁴⁹ d. h., dass ein sehr breites Spektrum von Propagandisten in den Fabriken für den mehrheitssozialdemokratischen Standpunkt tätig war. Wie sich an der Entscheidung über den verschobenen Aufstandstermin zeigt, hatten die Mehrheitssozialdemokraten aufgrund intensiver Bemühungen in den Betrieben in den vorrevolutionären Tagen propagandistisch mit den linken Obleuten zeitweilig gleichgezogen.

Die legale schriftliche USPD-Agitation war in Berlin von geringem Umfang, denn die Behörden hatten der Partei in der Stadt keine eigene Tageszeitung genehmigt. So konnte die USPD über ihr parteiinternes, wöchentlich erscheinendes

47 Zitate in: Pieck, Vorbereitungen, S.5f.; Karl Liebknecht: Tagebuch, in: Ders: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin [Ost] 1968, S.582f.; Barth, Werkstatt, S.49-51, S.51 (Abstimmung).

48 Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S.45; zu den Äußerungen Eberts und Bauers: siehe oben, Abschnitt „Die propagandistische Revolutionsabwehr durch die MSPD“.

49 Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.518; „Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte in Berlin [in den Tagen vor der Novemberrevolution] täglich mit den Vertrauensleuten der Betriebe Sitzung.“ (Müller, Novemberrevolution, S.26).

des Mitteilungsblatt nur ihre Mitglieder, nicht aber breite Arbeiterkreise ansprechen. Deshalb abonnierten Anhänger und Funktionäre der USPD als Tageszeitung häufig die „Leipziger Volkszeitung“. Doch deren Auslieferung in Berlin unterbanden die Behörden gerade in den vorrevolutionären Tagen.⁵⁰ Ansonsten wurden in der Arbeiterschaft häufig der „Vorwärts“ oder bürgerliche Blätter gelesen. Die Spartakusgruppe hatte seit Anfang Oktober verstärkt eigene Flugschriften herausgebracht. Ende Oktober kam – auf Anregung Piecks und mit Zustimmung Barths – ein von Däumig verfasstes Flugblatt gegen die massenhaften Einberufungen zur Armee zustande, das Pieck drucken ließ. Es wurde mit der Unterschrift „Der Vollzugausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“ als erste Flugschrift mit diesem Namen am 29. Oktober in den Betrieben verteilt. Die USPD-Reichstagsfraktion gab am 4. November einen Aufruf mit der indirekten Aufforderung zum Handeln heraus: „Haltet Euch zum Eingreifen bereit!“ Die Führung der Obleute beschloss am 4. November die Herausgabe eines Flugblattes zum Matrosenaufstand in Kiel, das die einzelnen Betriebsvertrauensleute auf der Sitzung des Plenums am 6. November erhielten. Eine von der Spartakusgruppe verfasste mehrseitige Flugschrift zum Jahrestag der russischen Revolution wurde am 7. November vertrieben.⁵¹ Auf diese Drucksachen beschränkte sich die Agitation der revolutionären Kräfte in Berlin in diesen vorrevolutionären Tagen. Doch stellte dies immerhin ein gewisses Gegengewicht zur Beruhigungspropaganda der Mehrheitssozialdemokratie dar.

Nach dem Abstimmungsdesaster bei den revolutionären Obleuten am 2. November hatten sich Liebknecht und Pieck nicht entmutigen lassen. Täglich drängten sie mit Hinweisen auf die sich steigernde revolutionäre Situation im Reich bei den anderen linkssozialistischen Führern auf den großen Schlag oder als Minimalmaßnahme wenigstens auf eine Demonstration gegen die Ausweisung der russischen Botschaft. Doch die Anführer der revolutionären Obleute sahen darin „eine Gefährdung der vorgesehenen Aktion“ und beharrten noch am 7. November auf ihrem alten Standpunkt: „es wäre jetzt alles für Montag, den 11. November, vorbereitet und dürfe bis dahin nichts geschehen.“⁵²

Die Waffenbeschaffung für die revolutionären Obleute

Die Finanzierung der Waffenkäufe bereitete große Schwierigkeiten. Aus deutscher Sympathisantenquelle flossen die Gelder für die Waffenkäufe höchstwahrscheinlich nur spärlich. Der Versuch, über Sponsoren der deutschsprachigen

50 Siehe Zensurbesprechung Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, Nr. 178/II, Aufzeichnungen Nr. 439 aus der Pressebesprechung vom 8.11.1918 – Vertraulich!, in: Geheimes Staatsarchiv München, MA 94814/5, S.1-15, hier S.1.

51 Text der Flugblätter in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2: November 1917 – Dezember 1918, Berlin [Ost] 1957, S.275-277, 287f., 294-298, 307-315; siehe auch Pieck, Vorbereitungen, S.2, 7-9.

52 Siehe ebenda, S.6-9, Zitat S.9; Liebknecht, Tagebuch, S.583-585.

sozialistischen Wochenzeitung „Der Kampf“ in Amsterdam finanzielle Unterstützung zu erhalten, scheiterte.⁵³ Mit der russischen Botschaft nahmen die linken Obleute wahrscheinlich zunächst deshalb keinen Kontakt auf, weil sie zu stark von den Polizei überwacht wurde. Erst Mitte September kam es außerhalb des Botschaftsgeländes zu einem Treffen Barths mit einem führenden Vertreter der Bolschewiki. Während eines Aufenthaltes vom 6. bis 23. September 1918 in Berlin referierte Petr Stučka als Repräsentant der russischen Partei auf einer internen USPD-Konferenz am 11. und 12. September ausführlich über die russische Revolution und besuchte an einem der folgenden Tage auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth. Dort habe er, Stučka, sich „bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz“. Anschließend kam es zu Gesprächen im kleinen Kreis, wo Barth noch schärfer auftrat als zuvor.⁵⁴ Hierbei muss Barth gegenüber Stučka die Finanzierung der Waffenkäufe angesprochen haben. Denn Joffe, hat später, im Dezember 1918, erklärt, dass Barth ihm bei ihrem einzigen Gespräch im Rahmen des Liebknecht-Empfangs in der russischen Botschaft am 24. Oktober 1918 Vorwürfe gemacht habe, „daß ich [Joffe] ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der Kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von zwei Millionen seinerzeit nicht ausgehändigt hatte.“⁵⁵ Damit hatte Barth offensichtlich das Gespräch mit Stučka gemeint. Joffe bestätigte Mitte Dezember von Russland aus in öffentlichen Funksprüchen Geldzahlungen an Barth für die deutsche Revolution, nachdem die deutsche Nachrichtenagentur WTB gemeldet hatte, dass ausgewiesene russische Botschaftsangehörige Rechnungen für Waffenankäufe mit einer Gesamtsumme von 105.000 Mark im Eisenbahnzug nach Russland vergessen hatten.⁵⁶ Barth bestätigte für seine Person den Erhalt der für den Waffenkauf bestimmten Gelder, die er aber weder von Joffe noch von anderen Russen, sondern von deutschen Idealisten erhalten haben wollte. Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase sei erst nach Schaffung von Tatsachen von ihm infor-

53 Siehe Montant, *La propagande*, S.1479-1495. Im Hintergrund der Finanzierung des „*Kampfes*“ stand der französische Militärattaché Boucabaille in Den Haag (siehe ebenda).

54 Petr Stučka: Die deutschen unabhängigen Revolutionäre, in: *Pravda*, 24.11.1918, S.1; im Brief Stučkas an Lenin vom 16.9.1918 sind Angaben über das Treffen mit Barth nicht enthalten. Siehe RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 3, Akte 255, Bl.1-6.

55 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, bearbeitet von Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepfer unter Mitwirkung von Dr. Günter Scheel, 2. Bd.: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, o. O., o. J. (Berlin [West] 1958?), S.535f.

56 Siehe Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien-München 1966, S.365f.; die einzelnen Funksprüche sind abgedruckt in: Ursachen, 2. Bd., S.534-539; Vermerk (Abschrift), gez. Solf, 1.12.1918, über die Waffenrechnungen, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 19594, unpag.

miert worden.⁵⁷ Laut den aufgefundenen Waffenrechnungen erfolgte der Ankauf in der Zeit vom 21. September bis 31. Oktober.⁵⁸ Damit kann aufgrund des Stučka-Berichts, der Waffenrechnungen und der Bemerkung Joffes erstmals der Zeitraum der Waffenfinanzierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 datiert werden. Joffe erwähnt allerdings erst am 13. Oktober in seinem Brief an Lenin die Geldzuwendung für die „Bewaffnung“.⁵⁹ Die Gelder für die Waffenkäufe wurden höchstwahrscheinlich im Auftrage von Joffe über den USPD-Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalt Oscar Cohn, dem juristischen Vertreter der Botschaft, zu den revolutionären Obleuten transferiert, wobei die Kenntnis darüber auf ganz wenige Eingeweihte beschränkt blieb. Barth selbst erwähnt Emil Eichhorn, der in der russischen Nachrichtenagentur arbeitete, als Übermittler von Geldern.⁶⁰

Nach den Aussagen eines Waffenkäufers, des jungen Kaufmannes Bruno Peggau, der zu einem USPD-Kreis um Georg Ledebour gehörte, wurden die Waffen und die dazugehörige Munition ganz legal bei Händlern in Berlin und Thüringen gekauft.⁶¹ Mit einem Pferdewagen holte er sie in Berlin vom Bahnhof oder von Waffengeschäften ab und brachte sie zu den mit der konspirativen Waffenlagerung beauftragten Obleuten, die die Waffen in Kleingärten oder auf Fabrikgelände versteckten. Peggau hatte das Geld für die von ihm getätigten Waffenkäufe von seinem wohlhabenden Schwiegervater vorgestreckt bekommen und blieb bei Ausbruch der Novemberrevolution auf der am 8. November eingetroffenen letzten Waffenlieferung und der entsprechenden Rechnung sitzen. Denn Barth nahm ihm nach dem 9. November die Waffen nicht mehr ab und bezahlte sie auch nicht.⁶²

57 Siehe Barth, 9.12.1918, Sitzung des Rates der Volksbeauftragten sowie Presseerklärung Barths, in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, erster Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, S.301f, Anm.8, S.302.

58 Siehe Baumgart, Ostpolitik, S.365, Anm.133.

59 Siehe Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007, S.180-200, auf S.195 das Zitat: „Sogar für die Bewaffnung wollen sie nicht mehr nehmen, als sie bisher genommen haben.“

60 Siehe Müller, Versammlungsdemokratie, S.320, Anm. 223.

61 Mündliche Befragung Bruno Peggau am 17. Februar 1968 durch den Verfasser. Für den legalen Waffenkauf spricht ein Schreiben der Inhaberin der betroffenen Berliner Waffenhandlung Benekendorff an Barth vom 12.12.1918, AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 35). In Thüringen hatte Barth einen Freund, der in der Waffenindustrie tätig gewesen sein muss (siehe ebenda, Kassette I/1, Bl. 37: Albert Schuchardt an Emil Eichhorn, 2.12.1918 mit Weiterleitung an Barth sowie Frau Schuchardt an Familie Barth, 13.12.1920).

62 Befragung Peggau. Auch vor Gericht konnte sich Peggau aus formalen Gründen nicht durchsetzen. (siehe Urteil des Landgerichts [Berlin] I vom 3. Juni 1921, Az. 160426/19, Kopie des Gerichtsurteil im Besitz des Verfassers); Schreiben Peggau an Barth vom

Für alle an der Waffenbeschaffungs- und Verteilungsaktion beteiligten Obleute bestand bei Entdeckung ein hohes Risiko, aufs schwerste bestraft zu werden. Dessen waren sich Barth und die weiteren Beteiligten durchaus bewusst.⁶³ Die eingehaltene strenge Konspiration und die Solidarität in der Arbeiterschaft schützten die beteiligten Obleute vor der Entdeckung durch die Polizei.

Die Bewaffnung der revolutionären Obleute wird in der Revolutionshistoriografie oft ironisch vermerkt. Diese Beurteilung verkennt die psychologische Situation der Aufständischen, die oft genug bei vorangegangenen Massenaktionen, wie zuletzt im Streik vom Januar/Februar 1918, vor der bewaffneten kaisertreuen Polizei hatten zurückweichen müssen. Die sichtbare Bewaffnung der Obleute beseitigte das Gefühl der Wehrlosigkeit und bewirkte sowohl bei den bewaffneten Anführern wie bei den mitbeteiligten Kolleginnen und Kollegen eine wesentliche Stärkung des Selbstbewusstseins und damit der Bereitschaft zur Massenaktion. Am 9. November waren es nicht nur die Flugblätter, sondern auch die Waffen, deren Verteilung das eindeutige Signal zum Aufstand gab.

Die entscheidenden Revolutionstage: 8. und 9. November 1918⁶⁴

Am Mittag des 8. November lief das am Vorabend dem Reichskanzler Max von Baden zugestellte Ultimatum der MSPD mit den fünf Forderungen, vorrangig der Rücktritt des Kaisers, ab. Zwar wurde das Ultimatum auf den Termin des Waffenstillstandsabschlusses verlängert,⁶⁵ jedoch erfüllte der Text, als Flugblatt am Abend des 7. und am 8. November verteilt sowie im „Vorwärts“ vom 8. November und in der bürgerlichen Presse veröffentlicht, zunächst einmal den von Ebert formulierten Zweck, „die Arbeiter zu beruhigen.“⁶⁶ Mit einem neuen Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vom 8. November, in dem erreichte oder in Aussicht stehende Verbesserungen hervorgehoben, die unmittelbar bevorstehende Abdankung des Kaisers angekündigt und die Verlängerung des Ultimatums erklärt wurden, bat die Parteiführung die Arbeiter noch um ein paar Stunden Geduld. Der Aufruf wurde am Abend des 8. November als Flugblatt an die MSPD-Vertrauensleute zur Weiterverteilung ausgegeben und am Morgen des 9. November im „Vorwärts“ verbreitet.⁶⁷ Am Abend des 8. November hatte die von Ebert im Interfraktionellen Ausschuss als „entscheidende Sitzung“ deklarierte Aussprache der Parteiführung mit den Betriebsvertrauensleuten im Parteihaus in der Lindenstraße 3 stattgefunden. Dabei gelang es Ebert,

23.11.1918, in: AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 34. Siehe auch schriftl. Bericht des Betriebsobmannes Paul Neuendorf, in: LAB, BPA [Bezirksparteiarchiv] V5/034, Bl. 2.

63 Siehe Barth, Werkstatt, S.3, 46.

64 Aus Platzgründen können hier nicht mehr die Vorgänge am Abend des 9. und am 10. November behandelt werden.

65 Siehe Vorwärts, 8.11.1918, Titelblatt.

66 Bericht über die Fraktionssitzung lt. „Sozialdemokratischer Pressedienst“, in: Müller, Novemberrevolution, S.43 (mit Zitat).

67 Siehe Reichstagsfraktion, 2. Teil, S.515f.; Müller, Novemberrevolution, S.44.

die Zustimmung zu erhalten, eine Entscheidung über das weitere Vorgehen auf eine am Morgen oder Mittag des nächsten Tages vorgesehene Sitzung zu verschieben.⁶⁸ Nach einer von Staatssekretär Theodor Lewald an den Reichskanzler weitergegebenen Information hatte Ebert erklärt, er hoffe, die Massen in der Hand behalten zu können, falls die Abdankung bis Sonnabend früh zu erreichen wäre.⁶⁹ Die MSPD-Führung versuchte also noch wenige Stunden vor dem Ausbruch des revolutionären Massenstreiks, auf die Karte ‚Beruhigung der Arbeiterschaft‘ zu setzen, um die befürchtete revolutionäre Erhebung zu verhindern.

Bei der am Sonnabend, dem 9. November, um 9 Uhr vormittags beginnenden Fraktionssitzung war die Streikbewegung nach Ebert schon „im Fluß“; erst jetzt sollte die „Parole ‚allgemeine Arbeitseinstellung‘“ ausgegeben werden. Nach den Berichten der „Betriebsmänner“ waren „in den meisten Großbetrieben die Arbeiter im Streik“. Ebert ging auf die beabsichtigten nächsten Schritte ein: „Der Vorstand hat sich dahin verständigt, bei einer notwendigen [!] Aktion gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorzugehen. Die Sozialdemokratie solle dann die Regierung ergreifen, gründlich und restlos [!], ähnlich wie in München, aber möglichst ohne Blutvergießen.“⁷⁰ Doch erst kurz nach Mittag, als bereits die ersten Demonstrationen der aufständischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Innenstadt erreicht hatten, kamen die Mehrheitssozialdemokraten mit einem eigenen Streikaufruf heraus.⁷¹

In ihrer machtpolitischen Zielsetzung hatte sich die MSPD-Führung unter dem Eindruck der auf der Siegesstraße befindlichen revolutionären Erhebung gesteigert. In dem am Abend des 7. November gestellten, noch immer geltenden Ultimatum war lediglich eine stärkere Beteiligung der MSPD an der Regierung Max von Baden und an der preußischen Staatsregierung verlangt worden. Nachdem der revolutionäre Massenstreik in Berlin trotz ihres Widerstandes ausgebrochen war, ging es den Mehrheitssozialdemokraten nunmehr um die Führung in der Reichsregierung, bei Verbleiben der bürgerlichen Parteivertreter und – um die linkssozialistischen Kräfte einzubinden – unter Beteiligung der Unabhängigen.⁷² Ebert forderte gemeinsam mit einer Delegation seiner Partei am 9. November gegen 12.30 Uhr beim Reichskanzler Max von Baden ultimativ die Macht für die Sozialdemokraten. Angesichts des schon zur Mittagszeit abzusehenden Erfolges der revolutionären Massenbewegung in der Reichshauptstadt – vor allem wegen des Überlaufens der Berliner Truppen zu den Aufständischen – übertrug Max von Baden die Reichskanzlerschaft auf Ebert. Diese Form war verfassungsrecht-

68 Siehe ebenda, S.45, Zitat in: Regierung des Prinzen, S.600 (Prot. der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 8.11.1918).

69 Siehe ebenda, S.618.

70 Reichstagsfraktion, 2. Teil, S.520, 518.

71 Siehe Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. Bd. II: Die Novemberrevolution, Wien 1925, S.24, 230.

72 Siehe Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.518f.; Mühlhausen, Friedrich Ebert, S.106-108.

lich nicht abgedeckt und damit schon an sich ein revolutionärer Akt.⁷³ Am Nachmittag wurden ein Aufruf des Reichskanzlers Ebert als Plakat und in Flugblattform in den Straßen Berlins verbreitet.⁷⁴

Während die Mehrheitssozialdemokraten in diesen vorrevolutionären Tagen keinerlei Einschränkungen ihrer propagandistischen Tätigkeit durch die Behörden erfuhren und sich keinerlei Sorgen vor Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei oder der Militärs machen mussten, stellte sich die Situation für die zum Aufstand entschlossenen Kräfte bis zum Gelingen der revolutionären Erhebung ganz anders dar. Praktisch lebten die Revolutionäre und ihre Anhänger in einer anderen Welt.

Sie mussten ihre Aktivitäten unter den ungünstigsten Bedingungen der Illegalität ausüben. Ihre propagandistischen Möglichkeiten waren äußerst eingeschränkt, ihre organisatorischen Vorbereitungen standen bis zum erfolgreichen Aufstand unter der Drohung von Verhaftungen und schweren Strafen. Nachdem am 3. November der zu dem Kreis der Revolutionäre hinzugestoßene Oberleutnant Eduard Walz verhaftet worden war, mussten die revolutionären Obleute davon ausgehen, dass ihr Aufstandsplan und auch die Namen der Beteiligten verraten worden waren.⁷⁵ Unter dem Eindruck der Ergebnisse aus dessen Vernehmungen oder unabhängig davon hatte der Oberkommandierende in den Marken am Morgen des 7. November das Einverständnis des Kriegsministers eingeholt, verdächtige linkssozialistische Führer bei Unruhen zu verhaften.⁷⁶ Bereits am Mittwoch, dem 6. November, war mit einem großen Polizeiaufgebot vergeblich versucht worden, eine Sitzung der revolutionären Obleute in Berlin-Reinickendorf auszuheben, was die Obleute auch bemerkten. Am 8. November wurden die Revolutionäre intensiv von der Politischen Polizei beschattet, der wichtige Strategie Ernst Däumig verhaftet. Die Aufstandspläne, die Däumig in einer Aktentasche bei sich führte, bzw. weitere in Däumigs Wohnung aufgefundene Unterlagen zur geplanten revolutionären Aktion fielen der Polizei in die Hände und wurden an die Militärbehörden weitergegeben. Zum Glück für die Aufstandsplaner waren die auswertenden Militärstellen – teils aus Zeitmangel, teils aus Inkompetenz und Desinteresse – nicht mehr in der Lage, daraus Konsequenzen für die Bekämpfung des Aufstandes zu ziehen.⁷⁷

73 Siehe Erinnerungen des Prinzen Max von Baden, Auszug, in: Ritter/Miller (Hrsg.), *Revolution*, S.74f.

74 Siehe Dokumente und Materialien, Reihe II, Bd. 2, S.333.

75 Tatsächlich verriet Walz in Vernehmungen am 5. November so gut wie alles. Aussagen von Walz und anderen in: Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.): *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß*, Berlin 1993, S.287f., 380–388. Siehe auch Schmidt, *Heimatheer*, S.175, 286.

76 Siehe oben Abschnitt „Die militärische Revolutionsabwehr“.

77 Siehe Barth, *Werkstatt*, S.51f.; Schmidt, *Heimatheer*, S.204–206.

Die führenden Revolutionäre hatten angesichts der von Boten gemeldeten ungünstigen Revolutionsaussichten in der Provinz,⁷⁸ der massiven antirevolutionären Propaganda der Mehrheitssozialdemokraten bis zum Morgen des 9. November, der zögernden Vertrauensleute in den Betrieben, der verstärkten Militärpräsenz und der exekutierten und weiterhin drohenden Polizeimaßnahmen mit der Auslösung der großen Aktion auf den am 2. November festgelegten Termin, den 11. November, warten und vorübergehend untertauchen können. Offensichtlich hatten die Linkssozialisten keinerlei Informationen über die diversen Schwierigkeiten innerhalb der Berliner Truppenformationen und ihrer Befehlsstruktur⁷⁹ sowie über die Bereitschaft der MSPD-Führung, beim Erfolg versprechenden Anlaufen der Streikaktion sich nicht nur daran zu beteiligen, sondern sich sogar an deren Spitze zu stellen. Vielmehr rechneten Barth und seine politischen Freunde mit einem Kampf gegen eine von den Mehrheitssozialdemokraten über die bürgerlichen Kräfte bis zu den Militärs reichende Front.⁸⁰

Die Führung der revolutionären Obleute musste also am 8. November das Risiko für die Verwirklichung ihres Aufstandsplanes als außerordentlich hoch einschätzen. Dennoch entschlossen sich fast alle führenden Linkssozialisten zum Wagnis, zur Massenaktion am 9. November aufzurufen. Da der Kreis der Revolutionäre durch die Verhaftung Däumigs und die bemerkte Beschattung durch Zivilpolizisten erst einmal in verschiedene Richtungen verstreut worden war, kam es zur Herausgabe und Verteilung zweier unterschiedlicher Flugblätter.⁸¹ Barth will noch am Abend des 8. November die „Obleute, Stoßtruppführer und Kuriere“, insgesamt 42 Personen, zur Beratung der Aktion zusammenbekommen haben. Hier wurden die Flugblattverteilung, die Waffenausgabe und der Weg der Demonstrationzüge besprochen.⁸²

Die führenden Revolutionäre hatten sich, wie Wilhelm Pieck berichtet, für den Morgen des 9. November in einem „Spartakusbüro“ in Berlin-Schöneberg verab-

78 Nach Martha Arendsee, die selbst als Botin unterwegs war, hatte Däumig vor dem 8. November von fast allen ausgesandten Boten, die den Aufstandstermin 11. November überbringen sollten, ungünstige Nachrichten erhalten. (Siehe BArch Berlin, NY 4017 (Nachlass Martha Arendsee) Nr. 11, Bl. 126.)

79 Siehe dazu die ausführlichen kritischen Analysen bei Schmidt, Heimattheer, z. B. S.199-209 (Waffengebrauch), 209-223 (Die praktischen Vorbereitungen zur Revolutionsabwehr).

80 Barth: „Wir haben in den letzten Monaten, während deren wir die Vorbereitungen zum Kampfe trafen, nie geglaubt, daß uns der Sieg so leicht werden würde. Wir hatten geglaubt, daß wir den schärfsten Kampf mit den Regierungssocialisten kämpfen müßten, und als eine Niederlage nicht mehr zu befürchten war, waren sie mit fliegenden Fahnen zur Revolution übergegangen“, in: AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 303, handschriftl. Manuskript: Unsere Aufgaben.

81 Siehe Liebknecht, Tagebuch, S.584f.; Pieck, Vorbereitungen, S.9f.

82 Siehe Barth, Werkstatt, S.52-54; AsD Bonn, NL Barth, Kassette II/5, Nr. 274, handschriftl. Manuskript: Die Revolution vom Januar 1918 bis März 1919 von Emil Barth, S.9.

redet, „um von hier aus ihre weiteren Maßnahmen zu treffen [...] Die Stimmung in unserer Zusammenkunft, zu der nur wenige Genossen erschienen waren, war äußerst gespannt wegen der Frage, ob die Arbeiter der ausgegebenen Parole folgen und welchen Ausgang die Aktion nehmen würde.“ Bei dem Versuch, Kontakt zu weiteren Leitungsmitgliedern zu bekommen, erfuhr Pieck, „daß die Betriebe zum größten Teil der ausgegebenen Parole gefolgt waren“. Später müssen sich Pieck und die weiteren Anwesenden vom Spartakusstützpunkt zu einem Lokal in der Innenstadt (Jostystraße) begeben haben, wo die ankommenden Genossen von Barth Aufträge zur Besetzung bestimmter öffentlicher Gebäude bekamen wie Emil Eichhorn für das Polizeipräsidium und Liebknecht für das Schloss.⁸³ Die vielfach mit den linken Betriebsvertrauensleuten besprochenen Pläne sorgten nach der Parole zum Losschlagen für ein relativ planmäßiges Vorgehen der Demonstrationzüge und gaben der Aktion für einige Stunden eine gewisse Ablaufstruktur. Die aus den Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationzüge konnten, wie geplant, die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Das wichtige Polizeipräsidium und einige öffentliche Gebäude wurden – allerdings wohl nicht planmäßig genug – von den Revolutionären übernommen, einige Regierungsbauten erst gegen Abend. Doch schon am Nachmittag des 9. November war klar: Die alten Mächte hatten abgedankt. Der von den revolutionären Obleuten initiierte revolutionäre Massenstreik war erfolgreich gewesen.⁸⁴

Während die Initiatoren der Revolution am 9. November an ihren Treffpunkten auf Nachrichten über den Stand der Bewegung warteten, die Besetzung öffentlicher Gebäude zu organisieren versuchten und nach dem Eintreffen von Nachrichten über das Gelingen der Aktion durch die Stadt fuhren,⁸⁵ um revolutionäre Ansprachen vor den Demonstranten zu halten und selbst die Besetzung von Gebäuden anzuführen, hatten die entschiedenen Gegner dieses revolutionären Aufstandes, die mehrheitssozialdemokratischen Führer, den erfolgreich anlaufenden Aufstand ausgenutzt. Sie hatten sich die Regierungsgeschäfte durch den Repräsentanten der alten Gewalt Prinz Max von Baden übertragen lassen und waren damit die eigentlichen Gewinner der revolutionären Erhebung geworden, auch wenn sie anschließend die Unabhängigen Sozialdemokraten an der Regierung beteiligten.

⁸³ Siehe Pieck, Vorbereitungen, S.12.

⁸⁴ Siehe Müller, Kaiserreich, Bd. II, S.9-17; Barth, Werkstatt, S.52-57.

⁸⁵ So übernachteten die USPD-Reichstagsabgeordneten Ledebour, Dittmann und Vogtherr aus Sorge um eine mögliche Verhaftung vom 8. zum 9. November in ihren Arbeitszimmern im Reichstag. Ledebour fuhr am Vormittag zum Treffpunkt Spartakusbüro und danach durch die Stadt, wo er Ansprachen hielt. Siehe Ledebour, 20.5.1919, vor dem Schwurgericht Berlin, in: Ursachen und Folgen, Bd.2, S.543f.

Für ein differenziert revidiertes Geschichtsbild der Novemberrevolution 1918

In seinem Standardwerk über die Arbeiterbewegung in den ersten Jahren der Weimarer Republik gibt Heinrich August Winkler eine widersprüchliche Darstellung der Ereignisse. Er berichtet einerseits, dass der mehrheitssozialdemokratische „Vorwärts“ am Morgen des 9. November die Berliner Arbeiterschaft noch aufgerufen hätte, Geduld zu bewahren. Andererseits suggeriert Winkler, dass die Mehrheitssozialdemokratie den Ausbruch der Massenstreiks bewirkt habe. Denn Otto Wels hätte am 9. November um 8 Uhr den Generalstreik vor den im Partei- und „Vorwärts“-Gebäude in der Lindenstraße versammelten Betriebsleuten ausgerufen, während der von Emil Barth verfasste Aufruf zum Generalstreik „in kleiner Auflage“ nur „in einige Betriebe“ hätte gelangen können.⁸⁶ Da der Aufruf zum Generalstreik der MSPD erst um 13 Uhr als Flugblatt und Extraausgabe des „Vorwärts“ in den Straßen Berlins verteilt worden sein soll,⁸⁷ sind die von Winkler angegebenen Zeitabläufe wenig wahrscheinlich. Im weiteren Verlauf der Darstellung werden von Winkler die durch die Straßen Berlins ins Stadtzentrum ziehenden Züge mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern, die eine Verbrüderung mit den kasernierten Soldaten erreichten und öffentliche Gebäude besetzten, überhaupt nicht erwähnt, als hätte es sie gar nicht gegeben. Nach Winkler war der Übergang der Naumburger Jäger zur Mehrheitssozialdemokratie und ihren Zielen, am frühen Vormittag des 9. November durch eine Rede von Otto Wels in der Kaserne vor den Soldaten und Offizieren erreicht, entscheidend dafür, dass Reichskanzler Max von Baden seine Zuversicht verlor und der Kaiser seine Abdankung ankündigte. Alle weiteren Aktionen am 9. November spielten sich in der Darstellung von Winkler dann nur noch auf höchster politischer Ebene ab.⁸⁸

Es ist unwahrscheinlich, dass Wels bereits am frühen Vormittag, vor dem Eintreffen der Revolutionszüge, an der Kaserne war, wie Winkler aufgrund der Wels-Biographie von Adolph⁸⁹ andeutet. Denn die erste Meldung über den Über-

86 Siehe Heinrich-August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918 bis 1924*, 2., völlig durchgesehene und korr. Aufl., Bonn-Berlin [West] 1985, S.42f. mit Anm. 62 (Dort zur zweiten Aussage der falsche Beleg: „R. Müller...“).

87 Siehe Müller, *Kaiserreich*. Bd. II, S.24, 230; Eberhard Buchner, *Revolutionsdokumente*. Im Zeichen der roten Fahne, 1. Bd., Berlin 1921, S.130.

88 Siehe Winkler, *Revolution*, S.45-55, S.45 (Vorgänge um die Naumburger Jäger und Otto Wels).

89 Siehe Hans J. L. Adolph: *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie*, Berlin [West] 1971, S.77 [Bei Winkler, S. 45, irrtümlich S.71f. angegeben.]. Adolph stützt sich vollständig quellenunkritisch lediglich auf den Erinnerungsbericht von Otto Wels (siehe Otto Wels: *Die Revolution in Berlin*, in:

gang eines Regiments traf erst um 11 Uhr im Kriegsministerium ein. Weitere Meldungen dieser Art folgten dann schlagartig.⁹⁰ Zeitlich ähnlich ordnet Max von Baden in seinen Memoiren die Meldung über die Naumburger Jäger ein. Danach geschah das kurz nach einer gegen 10 Uhr eingetroffenen Nachricht über einen viele Tausende zählenden Demonstrationzug, der sich auf dem Weg ins Stadtinnere befand.⁹¹

Der Aufruf der MSPD zum Generalstreik erging nach den Formulierungen im Protokoll und den Aufzeichnungen Giebels mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vor der um 9 Uhr beginnenden Fraktionssitzung, sondern erst auf der dort angekündigten und danach abgehaltenen Versammlung der Parteiführung mit den mehrheitssozialdemokratischen Betriebsleuten. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl August Giebel notierte: „**Ebert:** Arbeitseinstellung im Fluß; denn [sic! – entweder Lesefehler oder im Berliner Slang für ‚dann‘] Parole ‚allgemeine Arbeitseinstellung ausgeben, aber Ruhe und Ordnung wahren.“⁹² Der Aufruf wurde als Flugblatt sogar erst mittags verteilt, als die Demonstrationzüge schon die Innenstadt Berlins erreicht hatten.⁹³ Winkler hat offensichtlich unkritisch weitgehend die Version der offiziellen MSPD-Geschichtsschreibung übernommen, in der allein die Mehrheitssozialdemokratie die bestimmende Rolle in der revolutionären Massenbewegung des 9. November in Berlin spielte und die Linkssozialisten praktisch nicht vorkommen.⁹⁴

In die gleiche Richtung gehen einige Aussagen Susanne Millers in ihrem Standardwerk über die Sozialdemokratie von 1918 bis 1920. Auch sie nimmt an, dass die den revolutionären Massenstreik planenden und dann auch auslösenden Linkssozialisten an den Massenaktionen keinen Anteil hatten. Die von der Berliner Arbeiterschaft getragene revolutionäre Erhebung am 9. November wird von ihr als „Protestkundgebung [!], die ohne organisatorische Vorbereitung zustande kam“,⁹⁵ gekennzeichnet, was zweifelsfrei den historischen Tatsachen nicht entspricht. Die Verschiebung des Aufstandstermins vom 4. auf den 11. November bedeutet nach Miller, dass die Pläne der Revolutionäre von den Ereignissen

Volk und Zeit, Bilder zum Vorwärts, 1. Jg., Nr. 20, Berlin, den 9. November 1919) und Winkler übernimmt ungeprüft Adolphs Darstellung.

90 Siehe Schmidt, Heimatheer, S.335 (mit Anm. 212), 337.

91 Siehe von Baden, Erinnerungen, S.73.

92 Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.520.

93 Siehe ebenda, S.518f. Nach Richard Müller wurde der Aufruf zum Generalstreik der MSPD unter der Firmierung eines angeblichen Arbeiter- und Soldatenrates gegen 1 Uhr mittags verbreitet (siehe Müller, Kaiserreich. Bd. II, S.24, 230); die gleiche Zeitangabe auch für das Extrablatt des „Vorwärts“ mit demselben Aufruf zum Generalstreik bei: Buchner, Revolutionsdokumente, S.130.

94 Siehe Auszug aus dem Vorstandsbericht für den Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10.6.1919, in: Ursachen und Folgen, Bd.2, S.571f.

95 Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S.81.

überholt worden seien. Dabei ignoriert sie vollständig, dass die Planung kurzfristig auf den 9. November umgestellt worden waren. Unverständlich ist, nach einer kurzen Darstellung der Kontroverse zwischen Liebknecht und den revolutionären Obleuten über die einzuschlagende Taktik bei dem beabsichtigten Aufstand, Millers Schlussfolgerung: „Die Aktivitäten von Gruppen wie Revolutionäre Obleute, Spartakus, Linksradikale haben also [!] auf den Ausbruch der Revolution einen höchstens mittelbaren Einfluß ausgeübt“.⁹⁶ Dies trifft sicherlich auf die letzten beiden Gruppierungen zu, aber keinesfalls auf die Revolutionären Obleute. Sie hatten schon im Munitionsarbeiterstreik Ende Januar/Anfang Februar gezeigt, dass sie über eine Massenbasis in den Betrieben verfügten, und sie waren auch am 9. November in Berlin Auslöser und Hauptträger der revolutionären Bewegung.

Ähnlich wie bei Susanne Miller findet sich bei Eberhard Kolb in seinem Standardwerk über die Arbeiterräte eine erhebliche Fehleinschätzung oder Unterschätzung des revolutionären Arbeiteraufstands in Berlin und seiner linkssozialistischen Hauptakteure: „Trotz aller ihrer Revolutionsvorbereitungen vollzog sich der Umsturz ohne ihre [der Obleute] Initiative“. Und: „[...] die entscheidenden Ereignisse am 9. November in Berlin vollzogen sich ohne ihr Zutun und nicht unter ihrer Führung.“⁹⁷ Es ist richtig, dass die Aufstandsführer sich sowohl bei der Vorbereitung wie auch bei der Durchführung ganz auf die Massenaktion selbst konzentrierten und kein Konzept für Maßnahmen nach dem Sieg über den halbabsolutistischen preußischen Militärstaat besaßen. Barth und Däumig hatten die führenden Unabhängigen Sozialdemokraten wiederholt zu Planungen für die Zeit nach einer gelungenen Revolution gedrängt. Doch zum einen zweifelten die angesprochenen USPD-Führer an einem Erfolg der revolutionären Aktion. Zum anderen erschien ihnen im Erfolgsfalle nach der Bewältigung dieser riesengroßen Aufgabe die eigentliche Regierungsübernahme vergleichsweise leicht. Daher antworteten sie auf das Drängen Barths und Däumigs immer wieder ausweichend.⁹⁸ Auch ohne ein ausgearbeitetes Regierungsprogramm haben die revolutionären Obleute als Vertreter einer linken Basisbewegung in der Arbeiterschaft ihre seit Monaten sorgfältig geplante revolutionäre Massenaktion in Berlin – mit einer kurzfristig vorgenommenen zeitlichen Vorverlegung – erfolgreich initiiert und durchgeführt. Eine von den Konservativen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten reichende Front hatte mit allen propagandistischen und militärischen Mitteln noch bis zum Vormittag des 9. November versucht, die von den Matrosen aus den Küstenstädten ins Land getragene revolutionäre Welle von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Es waren die linken Betriebsvertrauensleute, die diese Absicht zunichtemachten, indem sie trotz aller Ungewissheiten, Risiken und Widerstände ihren Aufstandsplan in Gang setzten und zum Erfolg führten.

96 Ebenda, S.41, 43 (Zitat).

97 Kolb, Arbeiterräte, S.115, S.62.

98 Siehe Barth, Werkstatt, S.35.

Es stellt eine Ironie der Geschichte dar, dass die entschiedenen Gegner dieser Revolution, die MSPD-Führer, sich nach dem absehbaren Erfolg des Aufstandes in letzter Minute an die Spitze der Bewegung setzten und vom Träger der alten Gewalt, dem Reichskanzler Max von Baden, die vollständige Übergabe der Macht forderten und erhielten. Voraussetzung dafür war allerdings die von den revolutionären Obleuten unter Beteiligung der USPD und der kleinen Spartakusgruppe getragene und erfolgreich verlaufende revolutionäre Erhebung am 9. November in Berlin. Dies ist von Kolb und anderen Historikern immer wieder außer Betracht gelassen worden. Die deutsche Novemberrevolution 1918 bedarf nach 90 Jahren eines differenziert revidierten Geschichtsbildes. Diese Studie ist ein Versuch, dazu beizutragen.

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Der Vorstand

Tagesseminar

14. März 2009, 10.00 – 18.00 Uhr

1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich. Erinnerung an die Verfassungsdiskussion und alternative Vorschläge für das wirtschaftliche Zusammengehen von DDR und BRD

Referenten: Dr. Volkmar Schöneburg
Prof. Jörg Roesler

Kontakt/Info: Dr. Ulla Plener, Tel. 030-2410708

Zur Diskussion in der KPD 1918/1919 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution

Benjamin Franz

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.“¹ Mit diesen Worten beginnt der dritte Punkt des von Rosa Luxemburg verfassten Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands. Obwohl dieser Programmpunkt Terror und Mord ausdrücklich verurteilt und damit bewaffnete Gewalt als Kampfmittel ausschließt, entzündete sich an der Frage nach den geeigneten Methoden zur Durchsetzung der politischen Ziele der KPD eine kontroverse Diskussion in der Partei.

Dieser Artikel befasst sich in der Hauptsache mit der Diskussion der KPD über die Anwendung von bewaffneter Gewalt und Terror in den Jahren 1918/1919. Hierzu werden die verschiedenen Positionen in der KPD zu dieser Gewaltfrage dargestellt und bewertet. Dabei wird chronologisch vorgegangen und die parteiinterne Behandlung der Gewaltthematik vom Beginn der Novemberrevolution 1918 bis zum zweiten Parteitag der KPD im Oktober 1920 wiedergegeben. Der Schwerpunkt liegt auf dem Zeitraum zwischen den Novemberereignissen 1918 und dem Januaraufstand der Berliner Arbeiterschaft 1919. Danach wird kurz das Schicksal der Partei nach dem Verlust ihrer großen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gestreift und Paul Levis Versuch, auf dem 2. Parteitag der KPD die Gewaltproblematik zu klären, dargestellt. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, inwieweit die innerparteiliche Diskussion um bewaffnete Gewalt ein Beispiel für die Heterogenität der KPD lieferte.

Neben aktuelleren Überblicksdarstellungen stammt die dem Kernthema dieser Arbeit zugrunde liegende Literatur zu einem Großteil aus den späten 1960er- und den 1970er-Jahren. Hierbei sind besonders die Arbeiten von Hermann Weber hervorzuheben, der mit zahlreichen Publikationen als Historiograf der deutschen kommunistischen Bewegung hervorsticht. Dabei erweist sich vor allem das Protokoll des Gründungsparteitages der KPD² als von besonderem Wert, da sich anhand dessen die ersten Kontroversen zur Gewaltthematik bereits in der Geburtsstunde der Partei gut beobachten und nachvollziehen lassen.

Zur Vorgeschichte der KPD bis zu ihrem Gründungsparteitag

Geht man vom Datum der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 und dem konstituierenden Gründungsparteitag der KPD am 1. Januar 1919 aus, so sind die Geburtsstunden von Republik und Partei

1 Zentralstelle des Spartakusbundes (Hrsg.): Was will der Spartakusbund? Berlin 1918, S.4.

2 Hermann Weber: Der Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt/Main 1969.

nahezu identisch. Somit begann in den letzten zwei Monaten des Jahres 1918 für die deutsche Demokratie sowie für die organisierte kommunistische Bewegung in Deutschland fast gleichzeitig eine neue Ära.

Die KPD war ein Kind verschiedener linker Strömungen innerhalb der SPD, die sich im Laufe des Ersten Weltkrieges im Zuge der Antikriegsbewegung von ihrer Mutterpartei abgespalten hatten. Vereint in der Ablehnung der Kriegskredite formierte sich unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Anfang 1915 die Linke der deutschen Sozialdemokratie zur „Gruppe Internationale“³, welche sich 1916 den Namen „Spartakusgruppe“ gab. Im Frühjahr 1917 führte die anwachsende Opposition innerhalb der SPD gegen deren Kriegspolitik zum Parteiausschluss der Kriegsgegner, was die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im April 1917 zur Folge hatte. Die Vertreter der Spartakusgruppe traten auf dem Gründungsparteitag der USPD zwar als eigene Fraktion auf, schlossen sich aber der Partei an. Ihren Status als eigenständige Gruppierung behielten sie bei. Die Spartakusgruppe erwartete, in der USPD ein „schützendes Dach“⁴ zu finden und die Massen der USPD-Arbeiterschaft für ihre Ansichten gewinnen zu können.

Anfang November 1918 löste der Kieler Matrosenaufstand die Revolution aus, die sich in der Folge über ganz Deutschland ausbreitete. Als die Revolution schließlich Berlin erreichte und Kaiser Wilhelm II. in die Niederlande flüchtete, rief Karl Liebknecht am 9. November 1918 vom Balkon des Berliner Stadtschlosses die „freie sozialistische Republik“ Deutschlands aus. Zwei Stunden vorher hatte der Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Berliner Reichstag aus die „Deutsche Republik“ ausgerufen.

Am folgenden Tag bildete ein Bündnis aus SPD und USPD den Rat der Volksbeauftragten⁵ und übernahm provisorisch die Regierungsgewalt. Mit dem Modell einer parlamentarischen Republik schufen die Volksbeauftragten ein Gegengewicht zur Idee der Räterepublik. Die Spartakusgruppe lehnte eine Nationalver-

3 Namensgebend für die Gruppe Internationale war die im April 1915 von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebene Zeitschrift „Die Internationale“. Als führende Köpfe der Gruppe müssen neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg genannt werden: Franz Mehring, Hugo Eberlein, Ernst Meyer, Hermann Duncker, Otto Rühle, August Thalheimer, Julian Marchlewski, Käthe Duncker und Clara Zetkin. Siehe: Weber, Gründungsparteitag, S.15f.

4 Ebenda, S.25.

5 Diese Institution stützte sich auf das Votum von etwa 3.000 Vertretern des Berliner Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Revolution provisorisch die Macht im Reich in Anspruch nahmen. Der Rat der Volksbeauftragten wurde im Einzelnen von den Sozialdemokraten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, sowie den Unabhängigen Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth gebildet. Siehe: Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969, S.118.

sammlung ab und wollte „alle Macht [bei] den Arbeiter- und Soldatenräten“⁶ konzentriert sehen, die in den ersten Novembertagen entstanden waren. Aber die Spartakisten schafften es nicht, die Volksmassen für ihre politischen Ideen zu gewinnen und zu einheitlichen Aktionen zu bewegen, um so die angestrebte gesellschaftliche Neuordnung in ihrem Sinne herbeizuführen.

Die gegensätzlichen Vorstellungen von der künftigen staatlichen Ordnung in Deutschland führten zum Bruch der Spartakusgruppe mit der USPD. In der Spartakusgruppe, die sich in der Zwischenzeit in „Spartakusbund“ umbenannt hatte, verstärkte sich das Verlangen nach einer eigenen linken Partei. Vor allem Karl Liebknecht erachtete die Gründung einer kommunistischen Partei als notwendig und konnte letztlich auch Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, welche sich zunächst für einen Verbleib in der USPD aussprachen, von diesem Vorhaben überzeugen.

Am 22. Dezember 1918 beschloss die Zentrale des Spartakusbundes, für den 30. Dezember eine Reichskonferenz in Berlin einzuberufen, auf welcher die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet wurde.

Ziele und Programmatik der KPD

Die KPD verstand sich als konsequente Vertreterin der Arbeiterklasse in der Tradition der deutschen und internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Ideen der Partei waren an Marx' Erkenntnissen ausgerichtet. Ihre politischen Ziele formulierte die KPD in dem von Rosa Luxemburg verfassten und vom Gründungsparteitag angenommenen „Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands“.⁷

Das Hauptziel der Partei war die Errichtung einer klassenlosen „sozialistischen Gesellschaftsordnung“⁸ und die Sozialisierung der Wirtschaft, die den Kapitalismus abschaffen sollte. Nach Ansicht der Kommunisten stand Deutschland um 1918 vor einer großen Revolution, in deren Verlauf die bestehende Wirtschafts- und Staatsordnung beseitigt und die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform des Kapitalismus überwunden werde. Dazu sollte diese proletarische Revolution die „überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen“⁹ und so die Diktatur des Proletariats sicherstellen. Dieses Modell einer Räterepublik stellte das Gegenstück zu der von der SPD befürworteten parlamentarischen Demokratie dar.

6 Rosa Luxemburg, *Der Anfang*, in: *Die Rote Fahne* Nr. 3, 18.11.1918 in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S.397-400, hier S.397.

7 Ursprünglich wurde der Programmentwurf der KPD unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“ am 14.12.1918 veröffentlicht. Siehe *Was will der Spartakusbund?* Berlin 1918, auch in: Weber, *Gründungsparteitag*, S.293-301.

8 Was will der Spartakusbund?, S.3.

9 Ebenda.

Zu den Maßnahmen im KPD-Programm, mit denen die Partei ihre Ziele verwirklichen wollte, gehörten die Abschaffung der Einzelstaaten sowie aller Standesunterschiede, Orden und Titel, die Enteignung aller landwirtschaftlichen und industriellen Groß- und Mittelbetriebe sowie aller Banken, die Annullierung sämtlicher Staatsschulden und die Konfiskation aller Vermögen ab einer noch zu bestimmenden Höhe. Im Sinne der Arbeiterschaft wurden eine soziale Gesetzgebung und – unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg – die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden pro Tag gefordert.¹⁰

Der Spartakusbund und die Gewaltthematik in der Novemberrevolution

In einer Selbstbeschreibung bezeichnete sich der Spartakusbund als das „sozialistische Gewissen der Revolution“¹¹, welches die Novemberereignisse 1918 „vortreiben und in sozialistische Bahnen lenken“¹² wollte. Zunächst sah es so aus, als ob der Verlauf der Revolution die Verwirklichung der politischen Ziele des Spartakusbundes begünstigen würde. Liebknecht und Luxemburg wussten um die Bedeutung der Massen auf den Straßen, doch der Rückhalt des Spartakusbundes bei den Räten und in den Betrieben war eher gering.¹³ Daher versuchten die Spartakisten, mit der Herausgabe von Flugblättern und der Zeitung „Die Rote Fahne“ die Volksmassen für sich zu gewinnen und so Einfluss auf die politischen Geschehnisse zu nehmen.

Dementsprechend formulierte der Spartakusbund die Ziele, mit denen er in die Revolution eintrat, in einem von Karl Liebknecht und Ernst Meyer unterzeichneten Flugblatt, welches am Vorabend der Revolution veröffentlicht wurde und sich an die deutschen Arbeiter und Soldaten richtete.¹⁴ Allerdings blieb es in diesem Aufruf bei der Aufforderung, den Kampf fortzusetzen; ein Hinweis hinsichtlich der anzuwendenden Kampfmittel wurde nicht gegeben. Zum Einsatz von Waffengewalt wurde weder aufgefordert, noch davon abgeraten. Es scheint, der Spartakusbund wollte es den Arbeitern zunächst selbst überlassen, mit welchen Mitteln die Revolution geführt werden sollte.

10 Siehe Was will der Spartakusbund? S.6f. Eine Zusammenfassung des Forderungs- bzw. Maßnahmenkatalogs in: Robert Hofmann: Geschichte der deutschen Parteien, München 1993, S.145.

11 Was will der Spartakusbund? S.7.

12 Weber, Gründungsparteitag, S.30.

13 Siehe Hans-Ulrich Ludewig: Arbeiterbewegung und Aufstand – Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920-1923, Husum 1978, S.34.

14 Hierbei handelt es sich im Groben um die vorher genannten Forderungen. Siehe Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S.591. Als Faksimile in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/Main 1970, S.199.

Unwesentlich konkreter war der von Rosa Luxemburg verfasste und am 18. November in der „Roten Fahne“ erschienene Artikel „Der Anfang“.¹⁵ In ihm wurden zwar die „Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutze der Revolution“ und die „Heranbildung der Arbeitermiliz“¹⁶ als notwendige Schritte bezeichnet, der eigentliche Weg zum Sieg sollte aber über die Arbeiter- und Soldatenräte führen. Allerdings wurde hier erstmals öffentlich die Anwendung von Waffengewalt in Erwägung gezogen, auch wenn es sich bei diesen Maßnahmen um reine Defensivgewalt handeln sollte und der Artikel keinen Aufruf zur aktiven Anwendung gewaltsamer Maßnahmen enthielt.

Klarer wurden Luxemburgs Äußerungen zum Thema Gewalt in dem am 20. November erschienenen Artikel „Die Nationalversammlung“,¹⁷ in dem es hieß: „Der Bürgerkrieg, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.“¹⁸ Die Benutzung der Vokabel ‚Bürgerkrieg‘ ist bemerkenswert, denn bei der Betrachtung dieser Aussage sollte nicht vergessen werden, dass sich die Artikel des Spartakusbundes hauptsächlich an die Arbeiterschaft richteten, bei der einige Teile ohnehin zur Aktion drängten und die Verwendung radikaler Schlagworte wie „Klassenkampf“ in Verbindung mit „Bürgerkrieg“ leicht zu einer Radikalisierung führen konnte.

Möglicherweise war der Effekt der zunehmenden Radikalisierung beabsichtigt, da sich der Spartakusbund mit den bisherigen Errungenschaften der Revolution bis Ende November 1918 nicht zufrieden zeigte¹⁹ und in den Strategievorstellungen der Spartakisten ohnehin ständige Agitation die revolutionäre Massenstimmung bis zur Machtübernahme durch das Proletariat steigern sollte.²⁰

Auf eine voranschreitende Radikalisierung in der Agitation des Spartakusbundes deuten auch Karl Liebknechts Aussagen in seinen „Leitsätzen“ hin, in denen er die „allgemeine Bewaffnung des Proletariats“²¹ forderte. Zwar nannte er Streikaktionen die „wichtigste Waffe zur Erringung der proletarischen und wirtschaftlichen Emanzipation“, betonte aber, dass „in entscheidenden Momenten die

15 Siehe Luxemburg, Anfang.

16 Ebenda, S.398.

17 Die Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne Nr. 5, 20.11.1918, in Luxemburg, Werke, Bd. 4, S.407-410.

18 Ebenda, S.408.

19 So sprach Karl Liebknecht in seinen „Leitsätzen“ vom 28. November von einem „kümmerlichen Ergebnis“ und bezeichnete die Revolution als „nur eine bürgerlich-politische Reformbewegung“. Weiterhin sprach er von Macht, „die seit dem 9. November bereits zum großen Teil wieder verloren gegangen ist.“ Siehe Leitsätze in: Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. IX, S.630-635.

20 Siehe Ludewig, Arbeiterbewegung, S.34.

21 Liebknecht, Leitsätze, S.632.

bewaffnete Massenaktion“²² befürwortet werde. Noch deutlicher wiederholte Liebknecht die Forderung nach Bewaffnung des Volkes im Artikel „Rüstung der Revolution“ in der „Roten Fahne“ vom 2. Dezember 1918. Dort schrieb er: „Die Massen des Proletariats müssen ohne Verzug gerüstet werden, damit die Revolution gerüstet sei – gegen alle Anschläge, für alle Aufgaben. Sie müssen militärisch gerüstet sein.“²³ Bemerkenswert ist hier die Veränderung des Grundtons der Aussagen. Forderte Liebknecht zuerst den Einsatz von Waffen „in entscheidenden Momenten“ und betonte, dass der Streik immer noch wichtigstes Kampfmittel sei, so verlangte er wenige Tage später mit Vehemenz die Bewaffnung des Proletariats – und das „für alle Aufgaben.“ So wäre es durchaus nachvollziehbar, wenn die angesprochene Arbeiterschaft die dehnbare Definition „alle Aufgaben“ als unmittelbare Aufforderung zur aktiven Gewaltanwendung verstand und diese nicht als ein Mittel sah, das Streiks und Demonstrationen nachstünde.

Die Gewaltthematik im Spartakusprogramm

Die Anwendung bewaffneter Gewalt spielte jedoch in den Strategievorstellungen des Spartakusbundes während der Novemberrevolution eine zweitrangige Rolle, und putschistische Abenteuer lehnte der Führungszirkel der Gruppe ab.²⁴ Zunächst vertraute Rosa Luxemburg in besonderem Maße auf die Spontaneität und die Macht der Massen. In diesem Kontext muss das am 14. Dezember 1918 unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“²⁵ veröffentlichte Spartakusprogramm widersprüchlich und geradezu verwirrend auf die Arbeiterschaft gewirkt haben, da wesentliche Aussagen der Schrift den im Laufe der Revolution veröffentlichten Artikeln in der „Roten Fahne“ widersprechen. Es finden sich in verschiedenen Punkten des Programms eindeutige Aussagen, die der Anwendung von Waffengewalt abschwören und den gewaltlosen Charakter der Revolution hervorheben. So heißt es: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft.“²⁶ Ebenso wurde betont, der Einsatz von bewaffneter Gewalt sei unnötig, wenn die Revolution von den Volksmassen getragen werde. Dazu schrieb Luxemburg: „Sie [die Revolution] ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.“²⁷ Weiter formu-

22 Ebenda, S.633.

23 Ebenda, S.639.

24 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962, S.150.

25 Siehe Fußnote 7.

26 Was will der Spartakusbund? S.4.

27 Ebenda.

lierte sie: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“²⁸ Diese Aussagen haben einen anderen Duktus als die Artikel in der „Roten Fahne“, in denen die Bewaffnung des Volkes und die militärische Rüstung der Revolution „für alle Aufgaben“ gefordert wurden.

Eine gewisse Widersprüchlichkeit lässt sich nicht nur in Bezug auf die vorher veröffentlichten Artikel feststellen; auch der Schlussteil des Spartakusprogramms stand den Punkten, die den gewaltlosen Charakter der Revolution hervorhoben, entgegen: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und [zu] Siegen.“²⁹ Auch die Schlusssätze tragen den gleichen kämpferischen Unterton: „Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“³⁰

In Rosa Luxemburgs Vorstellung von der Revolution war die Anwendung von Waffengewalt durchaus vorhanden – allerdings einzig als Reaktion auf eine gewaltsame Gegenaktion seitens der konterrevolutionären Kräfte, die den Gebrauch von Defensivgewalt zur Selbstverteidigung der Revolution nötig mache. So schrieb Luxemburg im Spartakusprogramm: „Sie [die imperialistische Kapitalistenklasse] wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. [...] All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.“³¹

Man sollte sich an dieser Stelle die Wirkung dieser Worte auf die einfache Arbeiterschaft vorstellen. Die radikalen Schlusssätze des Spartakusprogramms mit ihrem angriffslustigen Ton mussten beim Leser haften bleiben und daher die Absage an die Anwendung von Waffengewalt untergehen. Gleichzeitig war bei der proletarischen Leserschaft nicht unbedingt eine Differenzierung der Gewaltarten zu erwarten, sodass auch die Punkte, in denen Rosa Luxemburg Abwehrgewalt propagierte, als Aufforderungen zur aktiven bewaffneten Gewaltanwendung verstanden werden konnten.

28 Ebenda, S.8.

29 Ebenda, S.5.

30 Ebenda, S.8.

31 Ebenda, S.5.

Die Diskussion um Gewalt auf dem Gründungsparteitag der KPD

Kamen während der Novemberrevolution mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hauptsächlich die führenden Köpfe des Spartakusbundes in der Öffentlichkeit zu Wort, so bot der vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im Gebäude des preußischen Landtages in Berlin abgehaltene Gründungsparteitag der KPD³² allen sich nunmehr in einer Partei zusammenschließenden Kommunisten ein Forum für die Diskussion der Programmatik. Hier wurden auch die Themen Terror und Gewaltanwendung aufgegriffen und beim Tagesordnungspunkt 3 „Unser Programm und die politische Situation“³³ Gegenstand einer regen Debatte.³⁴

Zunächst hielt Rosa Luxemburg ein Grundsatzreferat zu diesem 3. Tagesordnungspunkt, um die programmatische Ausrichtung der Partei darzulegen. Gleich zu Beginn ihrer Rede erteilte sie jenen Anwesenden eine Absage, die den bewaffneten Straßenkampf als geeignete Methode zur Durchsetzung ihrer Ziele ansahen, denn es sei „purer Wahn zu glauben, das arbeitende Volk könne bei der heutigen Entwicklung des Militarismus, der Industrie und der Großstädte, Straßenrevolutionen machen und dabei siegen.“³⁵ Diese Aussage ist vor allem vor dem Hintergrund ihrer Befürwortung der Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zu sehen: Rosa Luxemburg und Paul Levi hatten sich am Tag zuvor, entgegen ihrer im Vorfeld des Parteitages vertretenen Meinung, dafür ausgesprochen. Gegenredner wie Otto Rühle stellten diesem Standpunkt die Option Straßenkampf entgegen: „Wir müssen die lebende Politik von der Straße immer weiter aufstacheln.“³⁶

Luxemburg sprach in ihrem Referat von der „zweiten Phase der Revolution“, in welcher „viel heftigere Klassenkämpfe“³⁷ zu erwarten sein würden. Allerdings betonte sie, dass Streiks die anzuwendenden Kampfmittel sind, die „sich mehr und mehr auswachsen, immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revo-

32 Zugegen waren 83 Delegierte des Spartakusbundes, 29 der Internationalen Kommunisten Deutschlands, drei des Roten Soldatenbundes, ein Vertreter der Freien Sozialistischen Jugend und 16 Gäste. Insgesamt vertraten die Teilnehmer 56 Orte. Hermann Weber sagt zur Struktur der Teilnehmer: „Die qualifizierten Arbeiter und Intellektuellen überwogen, die Partei hatte vor allem junge Anhänger, sie war in der Tradition der Sozialdemokratie verwurzelt, daneben gab es aber auch ‚politischen Flugsand‘, d. h. durch die Revolution radikalisierte Elemente, die später wieder aus der Arbeiterbewegung verschwanden.“ Weber, Gründungsparteitag, S.37.

33 Zur Tagesordnung des Parteitages siehe: ebenda, S.49.

34 Auf dem Gründungsparteitag war die Frage nach der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung das zentrale Streitthema, und daran entzündete sich die intensivste Diskussion des Parteitages. Siehe Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD, Düsseldorf 1973, S.46-50.

35 Weber, Gründungsparteitag, S.177.

36 Ebenda, S.97.

37 Ebenda, S.189.

lution werden müssen.³⁸ Sie betonte, dass der Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Hauptsache ökonomischer Natur zu sein habe.³⁹

Ihr Vortrag war eine Art Bestandsaufnahme der revolutionären Ereignisse und ein Ausblick auf die kommenden Aufgaben. Die auf ihre Ausführungen hin folgende Diskussion entzündete sich allerdings nicht an dieser Rede, sondern an ihrer im Spartakusprogramm formulierten Aussage, dass die proletarische Revolution für die Durchsetzung ihrer Ziele keines Terrors bedürfe.

Paul Frölich lehnte die „anti-terroristischen“ Passagen im Programm ab und entnahm diesen eine „scharfe Kritik“⁴⁰ an der Taktik der Bolschewiki, die erklärt hatten, dass in einer sozialistischen Revolution auch zum Terror gegriffen werden dürfe. Weiterhin führte Frölich aus: „Genossen, wenn Ihr Euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der da drüben geführt wird, dann werdet ihr Euch auch klar werden, daß er mit allen Mitteln geführt werden muß, die zu Gebote stehen; und dazu gehören auch die Mittel des Terrors.“⁴¹ Das zu bekämpfende Bürgertum sei eine Organisation, die von hervorragenden Köpfen geleitet werde, und daher sei es notwendig, „diesen Kopf der Organisation abzuschlagen, [...] wenn man dazu gezwungen ist.“⁴²

Ludwig Bäumer von den Internationalen Kommunisten Deutschlands betonte, dass „der Bürgerkrieg und der Terror zunächst eine rein bürgerliche Angelegenheit“⁴³ seien. Dass die proletarische Revolution keinen Terror anwenden solle, sei für ihn eine Selbstverständlichkeit. Allerdings sei es auch eine Selbstverständlichkeit, dass auf Bürgerkrieg und Terror mit den gleichen Mitteln zu reagieren ist.⁴⁴

Max Levien schloss an Bäumer an: Blut dürfe zwar nicht vergossen werden, aber dieser Satz sei nicht so zu verstehen, dass man sich nicht wehren werde, wenn man angegriffen wird. Weiter sprach er von einer „gewissen Initiative [...] für Anwendung terroristischer Mittel“⁴⁵, die sich aus der Situation ergebe. Gleichzeitig wandte sich Levien gegen individuellen Terror, fügte jedoch hinzu: „Selbstverständlich schließt das nicht aus, sondern im Gegenteil mit ein, daß wir die Wirkung einzelner Persönlichkeiten auf die Massen unter dem konterrevolutionären System richtig einschätzen, und ich bin der erste, der bereit ist, wenn ein Revolutionstribunal Scheidemann und Ebert zum Aufknüpfen verurteilt, Bravo zu rufen.“⁴⁶

Höchst interessant ist die Stellungnahme Karl Liebknechts zur Gewaltthematik. Er sagte zwar zunächst: „Das Proletariat als solches, wenn es nach seinem Willen geht, es wünscht keinen Terror, es braucht keinen Terror“. Dann fügte er aller-

38 Ebenda.

39 Siehe ebenda, S.191.

40 Ebenda, S.202.

41 Ebenda.

42 Ebenda, S.203.

43 Ebenda, S.207.

44 Siehe ebenda.

45 Ebenda, S.217.

46 Ebenda.

dings hinzu, „daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken (Sehr gut!), sondern daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederzuschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt.“⁴⁷ Mit diesen Worten relativierte Liebknecht die anti-terroristischen Passagen des Parteiprogramms. Der auf dem Parteitag folgende „lebhafter Beifall“⁴⁸ deutete auf eine breite Zustimmung zu seinen radikalen Ausführungen hin.

Es wäre interessant zu wissen, wie sich Rosa Luxemburg zu den vorangegangenen Ausführungen geäußert hätte, jedoch erklärte der Vorsitzende in ihrem Namen: „Die Genossin Luxemburg ist leider nicht in der Lage, das Schlußwort zu halten, da sie körperlich unapfänglich ist.“⁴⁹ Die Diskussion auf dem Gründungsparteitag zeigt, dass das Gremium in der Gewaltfrage uneinheitlicher Meinung war: Sprach sich Rosa Luxemburg gegen Straßenkämpfe und Terror aus und hob zugleich den Streik als zu bevorzugendes Kampfmittel hervor, so nahmen ihre Nachredner eine deutlich andere Position ein. Obwohl Bäumer, Levien und Liebknecht den Abwehrcharakter der anzuwendenden Gewalt betonten, war aus ihren Reden durchaus die Befürwortung offensiver Waffengewalt herauszuhören. Liebknechts Äußerungen standen im Gegensatz zu denen von Rosa Luxemburg. Paul Frölich sprach sogar von einer konkreten Maßnahme – der Gefangennahme von führenden Vertretern des Bürgertums.⁵⁰

Der Gründungsparteitag nahm das von Rosa Luxemburg formulierte Programm mit seinen anti-terroristischen Passagen an; eine eindeutige und verlässliche Positionierung der jungen Partei war in dieser bedeutenden Frage jedoch nicht erfolgt.

Die KPD und die Gewaltfrage im Januaraufstand der Berliner Arbeiterschaft 1919

Bereits kurz nach der Diskussion um Gewalt auf dem Gründungsparteitag bot sich der KPD durch den Ausbruch des Januaraufstandes in Berlin die Möglichkeit, die vertretenen Positionen in der Praxis zu erproben. Den äußeren Anlass für den Aufstand bildete die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, welcher der USPD angehörte, durch die Regierung. Weitere Faktoren, die zu der Auflehnung von Teilen der Arbeiterschaft geführt hatten, waren die Unzufriedenheit der Massen mit den bisherigen Errungenschaften der Revolution und der Politik der Volksbeauftragten sowie das Drängen einiger Linksradikaler zur Aktion, welches auch auf dem Gründungsparteitag zu vernehmen war.⁵¹

47 Ebenda, S.222. Das eingeklammerte *Sehr gut!* stellt einen im Protokoll des Gründungsparteitages vermerkten Zwischenruf dar.

48 Ebenda.

49 Ebenda, S.224.

50 Siehe ebenda, S.203.

51 Siehe Ludewig, Arbeiterbewegung, S.38. Ebenso: Flechtheim, KPD, S.129f.

Am 5. Januar 1919 folgten Hunderttausende dem Aufruf des Zentralvorstandes der USPD Berlins, der Revolutionären Obleute und der KPD zur Demonstration, weil sie in der Absetzung Eichhorns „einen neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins“⁵² sahen. Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck erkannten in dieser Massenerhebung, in der Teile der Arbeiterschaft bewaffnet auftraten, die Möglichkeit, die Ereignisse voranzutreiben. Zusammen mit Abgesandten der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD bildeten sie einen Revolutionsausschuss, welcher beschloss, die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.⁵³ Der Revolutionsausschuss gab ein Flugblatt heraus, in dem es hieß: „Arbeiter, Genossen! Es geht aufs Ganze, es geht ums Ganze. Es gibt keine Wahl. Es muß gekämpft werden bis aufs Letzte. Auf zum letzten entscheidenden Kampf.“⁵⁴

Nur fünf Tage, nachdem der KPD-Gründungsparteitag ein Programm verabschiedet hatte, das aktive militärische Gewaltanwendung ablehnte, wurde hiermit zum Kampf aufgerufen. Die am Flugblatt beteiligten Liebknecht und Pieck handelten hierbei ohne Absprache mit der Zentrale der KPD.⁵⁵ Damit wurde die Führungsstruktur der Partei infrage gestellt.

Im Anschluss an die Entscheidung, die Regierung stürzen zu wollen, gab es im Führungskreis des neu eingesetzten Revolutionsausschusses keine Klarheit über die zu ergreifenden Maßnahmen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die vielfach geforderte Bewaffnung des Proletariats war unzulänglich und planlos, und die Organisation einer einheitlichen Massenaktion fand überhaupt nicht statt.⁵⁶ Währenddessen rotteten sich in Berlin spontan Arbeitergruppen auf den Straßen zusammen, besetzten Zeitungsbüros und ließen sich auf Kämpfe mit der Polizei ein.⁵⁷

Diese Planlosigkeit veranlasste Rosa Luxemburg am 7. Januar 1919 zu folgenden kritischen, die revolutionären Obleute meinenden, Worten in ihrem Artikel „Was machen die Führer?“: „Die Massen sind dem Appell ihrer Führer mit Ungestüm gefolgt. [...] Sie warten auf weitere Weisungen und Handlungen ihrer Führer. Was haben diese inzwischen getan, was beschlossen? Welche Maßnahmen haben sie ergriffen, um in der gespannten Situation [...] den Sieg der Revolution zu sichern?

52 Siehe *Illustrierte Geschichte*, S.274.

53 Siehe ebenda, S.274f.

54 Zit. nach: Manfred Scharrer: *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1985, S.206f.

55 So schrieb Pieck: „Die Zentrale der KPD konnte über die Beschlüsse der Obleute und über Liebknechts und meine Entscheidung nicht immer sofort unterrichtet werden. So stellte sich erst später bei einer Beratung der Zentrale heraus, daß diese wohl mit dem Kampfe gegen die Regierungsmaßnahmen einverstanden war, aber nicht mit dem der Aktion gesteckten Ziele: eines Kampfes um die Regierung.“ Zit. nach: Scharrer, *Spaltung*, S.199.

56 Siehe *Illustrierte Geschichte*, S.276.

57 Siehe Angress, *Kampfzeit*, S.53.

Wir sehen und hören nichts! [...] Jetzt aber gilt es zu handeln.⁵⁸ Wie dieses Handeln nach ihrer Vorstellung aussehen sollte, drückt sie im letzten Absatz des Artikels aus: „Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen.“⁵⁹ Luxemburgs kritische Worte sind nicht zwingend als Ausdruck ihrer Ablehnung der spontanen Massenaktionen zu sehen. Ihr Vorwurf lautet viel eher, dass der Revolutionsausschuss nicht die Bereitschaft und Radikalität der Massen zu einer zielgerichteten Aktion genutzt hat.

Mit diesen Aussagen hatte Rosa Luxemburg einen Positionswechsel vollzogen. Hatte sie sich auf dem Gründungsparteitag gegen bewaffnete Straßenkämpfe ausgesprochen und dort betont, dass Streiks erstes Kampfmittel seien, so forderte sie nun eine Bewaffnung der Arbeiterschaft. Zudem rief sie zum Handeln auf, was klar eine auslösende Initiative erforderte. Daraus geht mehr als nur eine Billigung von bewaffneter Defensivgewalt hervor. Viel eher ist ihren Worten die Befürwortung offensiver militärischer Gewaltanwendung zu entnehmen. Das ist auch insofern bemerkenswert, da sie zusammen mit Leo Jogiches einen Machtkampf auf den Straßen bei den gegebenen Machtverhältnissen zunächst für aussichtslos hielt und den Januarunruhen zu Beginn sehr kritisch gegenüberstand.⁶⁰ Erkannte sie die Gunst der revolutionären Stunde? Vielleicht war sie von der Kampfbereitschaft und Spontaneität der Massen, auf die sie immer gesetzt hatte, so fasziniert, dass sie kurzum ihre Position geändert hat. Möglicherweise hielt Rosa Luxemburg eine Teilnahme an den Straßenaktionen für zwingend notwendig, da ein Rückzug der jungen Arbeiterpartei aus den Kampfhandlungen als mangelnde Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft aufgefasst werden würde. Damit wäre für die KPD ein Glaubwürdigkeitsproblem entstanden, da die kampfbereiten Arbeiter ein solches Verhalten nicht hätten nachvollziehen können und sich von der revolutionären Partei verraten gefühlt hätten.

Den Januaraufstand schlugen die Truppen der Reichswehr unter der Führung von Gustav Noske blutig nieder. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet.⁶¹ Der Beginn ihres Geburtsjahres ließ für die KPD nichts Gutes verheißen. Die beiden großen Führer der Partei waren ermordet worden, und die SPD ging als stärkste Partei aus den Wahlen zur Nationalversammlung hervor,⁶² an denen die KPD gemäß Parteitagbeschluss nicht teilgenommen hatte.

Am 24. Februar 1919 führten Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen in Mitteldeutschland zu einem Generalstreik. Dieser wurde in der „Roten Fahne“ befür-

58 Was machen die Führer? in: Rote Fahne Nr. 7, 7.1.1919 in: Luxemburg, Werke, Bd. 4, S.519f.

59 Ebenda, S.520.

60 Siehe Illustrierte Geschichte, S.283.

61 Eine anschauliche Beschreibung der Vorgänge, die zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht führten, sowie zu den Folgen dieser siehe: Illustrierte Geschichte, S.292-307.

62 Die SPD erhielt 37,8% der Stimmen und bildete mit den Demokraten und der Zentrums-partei die Regierung. Siehe Angress, Kampfzeit, S.59.

wortet, es wurde aber ausdrücklich vor bewaffneten Kämpfen gewarnt.⁶³ Im Zuge dieser Streikaktion kam es in Berlin zu Plünderungen und Straßenkämpfen. Obwohl in der „Roten Fahne“ nochmals an die Arbeiter appelliert wurde: „Laßt euch nicht auf unnütze Schießereien ein, auf die der Noske nur lauert“⁶⁴, wurde der KPD die Schuld für die Unruhen angelastet. Dies hatte für die Partei Repressalien zur Folge. Die preußische Regierung verbot die „Rote Fahne“, und das Hauptorgan der KPD durfte bis zum Dezember 1919 nicht erscheinen.⁶⁵ Die Ermordung von Leo Jogiches am 10. März 1919 während der Märzunruhen sowie die Verhaftung und Gefangennahme zahlreicher Kommunisten schwächten die Partei abermals enorm. Die Verfolgung seitens der Regierung versetzte sie in einen praktisch illegalen Zustand.

Paul Levi, ein enger Vertrauter Rosa Luxemburgs, übernahm die Führung der KPD. Er fand schwierige Bedingungen vor, weil jede politische Aktion der Partei gefährlich war und Repressionen nach sich ziehen konnte. Da auch der Rückhalt in der Arbeiterbewegung gering war, wollte der neue Vorsitzende der KPD den problematischen Gesamtzustand der Partei ändern und eine Revision der gesamten Politik vornehmen. Dies betraf neben der Haltung der KPD zum Parlamentarismus⁶⁶ und zu den Gewerkschaften auch das Thema Putschismus.

Ein Versuch die Gewaltproblematik zu klären: der 2. Parteitag der KPD

Paul Levi war überzeugt, dass die Kommunisten selbst für ihre missliche Lage verantwortlich waren, hatten sie sich doch am Januaraufstand und an den Märzunruhen beteiligt. Seitdem haftete der Partei der Ruf von Verantwortungslosigkeit und Radikalität an. Das schreckte viele Arbeiter ab, die unter anderen Umständen mit den Zielen der Partei sympathisiert hätten.⁶⁷ Levi war klar, dass die KPD diesen Ruf loswerden musste, wenn sie eine einflussreiche Massenpartei werden wollte. Dazu mussten die Führung der Partei straffer organisiert, die Partei von extremistischen Elementen befreit und sämtliche putschistische Neigungen zurückgedrängt werden.⁶⁸

Schon bei ihrer Gründung war zu erkennen, dass die Kommunistische Partei Deutschlands wenig homogen war. Es bestanden Gegensätze in Grundsatzfragen, wie in der Stellung zu den Gewerkschaften, zur Teilnahme an Parlamentswahlen oder zum Einsatz von bewaffneter Gewalt. Im Laufe der faktischen Illegalität nach den Märzereignissen und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit

63 Siehe Flechtheim, KPD, S.134.

64 Zit. nach: Rote Fahne, Februar 1919, in: Illustrierte Geschichte, S.361.

65 Das Verbot der Roten Fahne wurde am 3.3.1919 von der preußischen Regierung erlassen. Nachdem die Redaktion nach Leipzig verlegt wurde, untersagte auch die sächsische Regierung am 9. Mai das Erscheinen. Siehe Angress, Kampfzeit, S.61.

66 Paul Levi trat bereits auf dem Gründungsparteitag für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung auf. Siehe Weber, Gründungsparteitag, S.88-135.

67 Siehe Angress, Kampfzeit, S.65.

68 Siehe ebenda, S.66.

verschärften sich die parteiinternen Gegensätze. In den Reihen der KPD hatte sich eine syndikalistische Fraktion mit den Hamburgern Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim an der Spitze gebildet. In der Gewaltfrage befürwortete diese radikal orientierte Gruppe zur Durchführung der Revolution sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel, darunter auch gewaltsame Aufstände.⁶⁹ Die Parteiführung um Paul Levi lehnte hingegen alle bewaffneten Aktionen als putschistisch ab. Die schwerwiegendsten Streitpunkte zwischen der Zentrale und der Hamburger Opposition bestanden allerdings in der Frage über die Teilnahme an Parlamentswahlen und der Stellung zu den Gewerkschaften, die von den Hamburgern abgelehnt wurden. Levi definierte den Syndikalismus als Theorie, die unter Verzicht politischer Kämpfe mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung über eine betriebsorientierte Politik einen quasi selbstlaufenden Prozess der Herausbildung des Sozialismus annimmt. Der Syndikalismus stehe hierbei im Gegensatz zum marxistischen Politikverständnis.

Eine illegal abgehaltene Reichskonferenz der KPD, die am 16. und 17. August 1919 in Frankfurt am Main stattfand, sollte in den politischen Grundfragen Klarheit und Einigkeit bringen.⁷⁰ Es kam dort jedoch zu heftigen Auseinandersetzungen, sodass eine Lösung dieser Probleme auf den 2. Parteitag der KPD verlegt werden musste.

Dieser Parteitag fand vom 20. bis zum 24. Oktober 1919 statt. Da die KPD zu dieser Zeit illegal agierte, tagten die Delegierten abwechselnd in Heidelberg, Mannheim, auf der Wachenburg und auf dem Dilsberg.⁷¹

Von dem Parteitag erwartete die Zentrale der KPD eine Revision der bisherigen Politik und eine einheitliche programmatische Ausrichtung der Partei. Um diese durchzusetzen und so eine stärkere Rolle in der Arbeiterbewegung zu spielen, war Levi bereit, die linken Syndikalisten aus der KPD auszuschließen und damit eine Spaltung der Partei zu riskieren. Dies begründete er auf dem Parteitag folgendermaßen: „Die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte.“⁷² Die Schuld an diesem Zustand trug nach Levis Meinung die Hamburger Opposition, die er scharf angriff: „Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung. [...] Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Worte: Syndikalismus. Und ich gehe weiter. Diese syndikalistische Krankheit ist nicht von außen in unsere Partei hineingetra-

69 Siehe Rudolf Luz: KPD, Weimarer Staat und politische Einheit der Arbeiterbewegung in der Nachkriegskrise 1919-1922/23, Konstanz 1987, S.167.

70 Siehe ebenda, S.154-159.

71 Anwesend waren schätzungsweise 100 Teilnehmer, davon 43 stimmberechtigte Delegierte und sechs Mitglieder der Zentrale. Siehe Luz, KPD, S.165.

72 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, Berlin 1919, S.25.

gen worden, sie ist innerhalb der Partei entstanden, und sie hat ihren Sitz in Hamburg.“⁷³

Auf der Grundlage des von der Zentrale vorgelegten Entwurfs der „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“⁷⁴, die eine verbindliche Verhaltensrichtlinie für die künftige Politik der KPD darstellen sollten, war beabsichtigt, die innerparteiliche linke Opposition aus der KPD zu drängen. Es hieß: „In allen Stadien der Revolution [...] ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht. Dieser Kampf wird mit den größten politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt. [...] Dabei kann die KPD auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, [...] auch die Beteiligung an Wahlen kommt in Betracht.“⁷⁵ Der entscheidende Punkt war allerdings Punkt 8, in welchem es hieß: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.“⁷⁶

Weder in den Leitsätzen, noch in seinem Referat nahm Levi ausdrücklich Stellung zum Putschismus. Scharrer vermutet, Levi habe gehofft, dass mit der Revision der Entscheidung des Gründungsparteitages über die Wahlbeteiligung sowie den Erfahrungen aus den verheerenden Niederlagen in den aufständischen Aktionen im Januar und März die Partei von ihren putschistischen Elementen und Neigungen geheilt sei.⁷⁷ Levis Leitsätze wurden letztendlich vom Parteitag mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen. Die dagegen stimmenden Delegierten wurden vom weiteren Parteitag ausgeschlossen.⁷⁸ Die Hamburger Gruppe um Laufenberg und Wolffheim erklärte anschließend ihren Austritt aus der KPD. Levi hatte sein Ziel, die linksextremen Putschisten aus der Partei auszuschließen, erreicht. Mit dieser mutigen wie radikalen Maßnahme hatte die innerparteiliche Diskussion um bewaffnete Gewalt in der Anfangsphase vorerst ein Ende gefunden.

Zusammenfassung

Ein Blick auf die Geschichte politischer Parteien zeigt, dass es eine ihrer ureigensten Eigenschaften zu sein scheint, selten mit einer Stimme zu sprechen. Heute wie damals sind verschiedene Meinungen in Grundsatzfragen und Unter-

73 Ebenda, S.17.

74 Siehe ebenda, S.3-6.

75 Ebenda, S.4.

76 Bericht 2. Parteitag, S.6. Zu Reaktionen und Beurteilung dieser möglicherweise undemokratischen Vorgehensweise der Zentrale siehe: Marcel Bois/Florian Wilde: Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2007/II, S.33-46.

77 Siehe Scharrer, Spaltung, S.239.

78 Siehe Bericht 2. Parteitag, S.42.

schiede zur parteilichen Ausrichtung fester Bestandteil des Innenlebens einer Partei. Die KPD war keine Ausnahme.

Trotzdem sollte man an die KPD besondere Maßstäbe anlegen. Die Partei wurde in einer revolutionären Situation gegründet. Ihre politischen Ziele waren auf eine Neuordnung des gesellschaftlichen und staatlichen Systems gerichtet. Zudem sah die Partei die Ereignisse in Deutschland als Teil der Weltrevolution.

Ein Sprichwort besagt, dass extreme Zeiten extreme Maßnahmen erfordern. Wie extrem die Maßnahmen der KPD sein sollten, war Gegenstand einer kontrovers geführten Diskussion um einen Einsatz von bewaffneter Gewalt, die schon vor der Parteigründung ihren Anfang genommen hatte.

Diese Diskussion durchlief mehrere Phasen, die sich wie folgt gliedern lassen: In der Phase der Uneindeutigkeit und zunehmenden Radikalisierung äußerten sich die Führer des Spartakusbundes in ihren Artikeln nur unklar zum Thema Gewalt. Zunächst wurde zum Kampf aufgefordert, aber über die Kampfmittel geschwiegen. Wenig später zog Rosa Luxemburg zumindest die Anwendung von bewaffneter Defensivgewalt in Betracht, indem sie den Aufbau einer Garde zum Schutze der Revolution forderte. Im weiteren Verlauf der Novemberrevolution war in der Agitation des Spartakusbundes eine zunehmende Radikalisierung zu erkennen – sowohl inhaltlich als auch bei der Wortwahl. Dies mag bewusst geschehen sein, da der Spartakusbund mit den ersten Errungenschaften der Novemberrevolution unzufrieden war. Die zunehmende Radikalisierung der Agitation sollte die Arbeiterschaft zur Aktion stimulieren.

Dann begann die Phase der offenen Gegensätze und Widersprüche. Der zur Jahreswende stattfindende Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zeigte Unstimmigkeiten in der Haltung zur Gewaltanwendung. Während der Novemberereignisse hatte Rosa Luxemburg den Aufbau revolutionärer Garden zum Schutze der Revolution gefordert, aber das von ihr entworfene Parteiprogramm sprach sich gegen terroristische Maßnahmen aus. Dies traf nicht bei allen Teilen der Parteitagsdelegierten auf ungeteilte Zustimmung. Einige Redner sahen im Terror einen wesentlichen Teil revolutionärer Taktik. Auch Karl Liebknecht stellte sich gegen Rosa Luxemburg und betonte die notwendige Entschlossenheit für Kommunisten.

Fünf Tage, nachdem die Partei das Programm Luxemburgs mit den Anti-Terrorpassagen angenommen hatte, erfolgte während des Januaraufstandes von Teilen der Arbeiterschaft und des unter Teilnahme von Vertretern der KPD Anfang Januar gebildeten Revolutionsausschusses der Aufruf zum Sturz der Regierung. Das war die Phase des Meinungsumschwungs in der Führung der KPD. Zunächst war es die Initiative Karl Liebknechts, die später auch die Unterstützung Rosa Luxemburgs fand. Dabei vollzog Luxemburg eine beachtliche Abkehr von ihrer Haltung zuvor. Sie forderte nunmehr die zum Handeln führende Initiative. Möglicherweise wollte Rosa Luxemburg die Gunst der revolutionären Stunde nutzen.

Mit dem Tod von Luxemburg und Liebknecht verlor die junge und noch nicht gefestigte Partei ihre größten Vordenker. Nach den Januarereignissen beginnt die

Phase der parteiinternen Oppositionsbildung, die die innere Zerrissenheit der Partei förderte. Als Parteivorsitzender war Paul Levi bestrebt, durch programmatische Geschlossenheit die breite Unterstützung der Arbeiterschaft zu gewinnen. Als Gegner jeglicher putschistischer Aktionen machte er sich zur Aufgabe, jene Gruppen aus der Partei zu verbannen, die sich für solche Aktionen aussprachen. Der Heidelberger Parteitag läutete die Phase der programmatischen Einigung ein und brachte in der Stellung zur Anwendung von bewaffneter Gewalt zunächst eine Klärung. Levi entschied sich für das „Ende mit Schrecken“. Die Annahme der von ihm formulierten Leitsätze führte zum Ausschluss der putschistischen Elemente aus der Partei. Die KPD verlor einen Großteil ihrer Mitglieder. Damit war auch die von Uneinigkeit geprägte Gewaltdiskussion vorerst beendet.

Diese Diskussion sprach für die Heterogenität der jungen KPD und bewies die Unfertigkeit als Partei im ersten Jahr ihres Bestehens. Die Partei war bei weitem noch nicht genug programmatisch gefestigt, um der Arbeiterklasse eine solide und verlässliche Führung zu sein. Bei der Gründung einer revolutionären Partei, in einer von Krieg und Auseinandersetzungen geprägten Zeit, ist eine radikale Basis, die zur Aktion drängt, durchaus normal. Dieser Umstand wurde noch durch die Uneinigkeit in der Parteiführung begünstigt.

Um dem eigenen Anspruch gerecht zu werden und die Herkulesaufgabe der Errichtung einer proletarischen Diktatur zu verwirklichen, hätte es zunächst der Sisyphusarbeit der programmatischen Einigung der Partei bedurft.

Dokumentarisches

Dokumente zum antifaschistischen Widerstand in Kosova: Die Konferenz von Bujan (31.12.1943-2.1.1944)

Erwin Lewin

Das Thema Kosova¹ rückte spätestens seit der Intervention der NATO im Frühjahr 1999 und der von den Vereinten Nationen geschaffenen Provisorischen Verwaltung in den Blickpunkt des internationalen Interesses und auch der wissenschaftlichen Debatte.² Daran hat sich nach der im Februar 2008 einseitig erklärten und seither umstrittenen Unabhängigkeit Kosovos nichts geändert. Dabei standen und stehen in der Literatur und vor allem in den Medien anfangs pro-albanische Aspekte im Vordergrund, später durch negative politische Aussagen gefärbte, aktuelle völkerrechtliche und sicherheitspolitische anti-albanische Aspekte. Nur selten erfuhr die Vorgeschichte des Kosova-Problems eine ausführlichere Betrachtung, wobei mit dieser Bezeichnung zwei Aspekte verbunden sind: Zum einen der politisch-territoriale der südserbischen Provinz, die mehrheitlich von Albanern bewohnt war und ist. Der zweite Aspekt erschließt sich, wenn mit Kosova die ungelöste nationale albanische Frage verknüpft wird. Die Debatte gestaltet sich letztlich schwierig. Denn die Gleichrangigkeit des dem Völkerrecht innewohnenden Rechts auf territoriale Integrität von Staaten und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bewahren diese Prinzipien nicht davor, unter Umständen miteinander in Konflikt um den Vorrang zu treten. Eine isolierte Betrachtung nur eines der beiden Aspekte zieht eine verengte oder einseitige Vorstellung, wie dieses Problem zu lösen ist, nach sich.

Die Notwendigkeit einer Lösung schließt jedenfalls eine Ergründung der Ursachen, die zur Herausbildung des Konflikts in der Vergangenheit geführt haben, ein. Aus dieser Sicht können die Dokumente der Konferenz von Bujan aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges und des antifaschistischen Widerstandskampfes in dieser Region dazu beitragen, den Blick auf die geschichtlichen Umstände und die widersprüchlichen Beziehungen zwischen Albanern und Serben in Kosova zu lenken, die historischen Hintergründe zu erhellen sowie eine sachliche Urteilsbildung zu ermöglichen.

Die antifaschistische Widerstandsbewegung in Kosova ist in der albanischen wie in der jugoslawischen Nachkriegsgeschichtsschreibung über lange Zeit, abgese-

1 Serbisch: Kosovo. Im Folgenden wird ausgehend von den albanischen Originaldokumenten die Schreibweise Kosova verwendet.

2 Siehe Steffen Handrick: Das Kosovo und die internationale Gemeinschaft: Nationbuilding versus peace-building? Studien zur internationalen Politik, H. 2, Hamburg 2005, S.11.

hen von Überblicksdarstellungen,³ kaum thematisiert worden. Das diffizile Thema war insgesamt tabuisiert worden. Noch bis in die Fünfzigerjahre galten die Albaner im Rahmen der Republik Serbien mehrheitlich als Kollaborateure mit den italienischen und deutschen Besatzern während des Krieges.⁴ Auch in Albanien bildeten die mit der Bujan-Konferenz verknüpften Fragen einen „weißen Fleck“ in der Historiografie. Sie wurde nicht erwähnt und nicht dokumentiert. Das bot immer wieder Anlass, über ein Aufgeben nationaler Zusammengehörigkeit oder einen angeblichen Verrat nationaler Interessen durch die Führung der Kommunistischen Partei Albanien (Partia Komuniste Shqiptare; KPA) zu spekulieren.⁵

Einen entscheidenden Anteil an der historischen Aufarbeitung der Thematik haben albanische Historiker in Kosova. Insbesondere der viel zu früh verstorbene Ali Hadri aus Prishtina hat mit seinen Arbeiten zur Rolle der albanischen Bevölkerung im Widerstand wichtige Grundlagen gelegt.⁶ Neben serbischen Programmen zur Lösung der Minderheitenfrage,⁷ neben der komplizierten Situation während des Krieges und der Besatzung⁸ sowie der politischen Entwicklung

3 Siehe Radovan Zogović: Na poprištu [Auf dem Schauplatz], Beograd 1947; Vladimir Dedijer: Jugoslavensko albanski odnosi [Jugoslawisch–albanische Beziehungen], Beograd 1949; Mihajlo Maletić (Hrsg.): Kosovo nekad i danas [Kosovo einst und heute], Beograd 1973.

4 Siehe Norbert Mappes-Niediek: Die Ethno-Falle. Der Balkan-Konflikt und was Europa daraus lernen kann, Berlin 2005, S.167.

5 Siehe Mehmet Elezi: Shansi i tretë. Esse [Die dritte Chance. Essay], New York 1993, S.108.

6 Siehe Ali Hadri: Pjesëmarrja e popujve të Kosovë-Metohisë në Luftën nacionalçlirimtare dhe revolucionin popullor të popujve të Jugosllavisë [Die Teilnahme der Völker von Kosova-Metohija am nationalen Befreiungskampf und an der Volksrevolution der Völker Jugoslawiens], in: Përparimi (Prishtina), 1957, Nr. 6, S.447-468; Ders.: Lëvizja nacionalçlirimtare në Kosovë (1941-1945) [Die nationale Befreiungsbewegung in Kosova], Prishtina 1971; Ders.: Këshillat nacionalçlirimtare në Kosovë [Die nationalen Befreiungsräte in Kosova], Prishtina 1974.

7 Siehe Hakif Bajrami: Rrethanat shoqërore dhe politika në Kosovë më 1918-1941 [Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Politik in Kosova], Prishtina 1981; Gjenocidi dhe aktet gjenocidale të pushtetit serb ndaj shqiptarëve nga kriza lindore e këndeje [Der Genozid und Akte des Völkermordes der serbischen Staatsmacht an Albanern seit der Orientkrise], Prishtina 1995; siehe auch Liman Rushiti: Ndarja territoriale dhe rregullimi administrativ i Kosovës 1878-1941 [Territoriale Gliederung und Verwaltungsordnung in Kosova], Prishtina 2004; Rexhep Qosja: Shpërngulja e shqiptarëve sipas programeve kombëtare serbe [Die Vertreibung der Albaner entsprechend serbischer nationaler Programme], Tirana 2005.

8 Siehe Fehmi Pushkoll: Fronti popullor-Lidhja socialiste e Kosovës (1935-1975)[Volksfront-sozialistischer Bund Kosovas], Prishtina 1983; siehe auch Muhamet Shatri: Kosova në Luftën e Dytë Botërore (1941-1945)[Kosova im Zweiten Weltkrieg], Tirana 1997; Fehmi Rexhepi: Kosova në vitet e Luftës së Dytë Botërore [Kosova in den Jahren des Zweiten Weltkrieges], in: Studime Historike (Tirana), 2005, Nr. 1-2, S.155-159.

nach der Befreiung⁹ waren die Konferenz von Bujan, ihre Dokumentation, die Wertung ihres Platzes im antifaschistischen Befreiungskampf wie als historischer Bezugspunkt der Bestrebungen auf dem Weg zur nationalen Identität und Selbstständigkeit zentrale Themen.¹⁰

Jugoslawische Historiker wandten sich erst in den Achtziger- und Neunzigerjahren – nach den im Frühjahr 1981 ausgebrochenen schweren Unruhen und den offen zutage getretenen Forderungen der albanischen Bevölkerung nach einer eigenen Republik innerhalb der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) – verstärkt dieser Problematik zu.¹¹ In Albanien erschienen, befördert durch die politischen Veränderungen Anfang der Neunzigerjahre, mehrere Arbeiten zur historischen und aktuellen Entwicklung im benachbarten Kosova.¹²

9 Siehe Muhamet Mjeku: *Lufta e Drenicës-Shaban Polluzha* [Der Kampf um Drenica-Shaban Polluzha], Prishtina 1991; siehe auch Sabile Keçmezi-Basha: *Lëvizja ilegale patriotike shqiptare në Kosovë (1945-1947)* [Die albanische illegale patriotische Bewegung in Kosova], Prishtina 1998; Dies.: *Organizatat dhe grupet ilegale në Kosovë 1981-1989 sipas aktgjykimeve të gjykatave ish-jugosllave* [Organisationen und illegale Gruppen in Kosova 1981-1989 nach Urteilen ehemaliger jugoslawischer Gerichte], Prishtina 2003; Ethem Çeku: *Struktura politike e ilegales së Kosovës* [Die politische Struktur der Illegalen in Kosova], Tirana 2006.

10 Siehe Këshilli populler i Krahinës Autonome të Kosovë-Metohisë 1943-1953 [Der Volksrat des Autonomen Gebietes von Kosova-Metohija], Prishtina 1955; Hakif Bajrami: *Kosova prej Bujanit në Kaçanik* [Kosova von Bujan nach Kaçanik], Prishtina o. J.; Jusuf Bajraktari (Hrsg.): *The Kosova Issue: A Historic and Current Problem*, Tirana 1996; Konferenca e Bujanit. *Materiale nga Sesioni Shkencor kushtuar 50- vjetorit të Konferencës së Bujanit, mbajtur në Tiranë më 7 janar 1994* [Die Konferenz von Bujan. Materialien der wissenschaftlichen Session zum 50. Jahrestag der Konferenz von Bujan am 7. Januar 1994 in Tirana], Tirana 1998; siehe auch Gazmend Zajmi: *Çështja e Kosovës në kuadër të çështjes shqiptare si sfidë madhore e kohës dhe ndaj kohës* [Die Kosovafrage im Rahmen der albanischen Frage als große Herausforderung der Zeit], in: *Studime Historike* (Tirana), 1991, Nr. 3-4, S.149-157; Fehmi Agani: *Konferenca e Bujanit dhe mëvetësia e Kosovës* [Die Konferenz von Bujan und die Selbstständigkeit Kosovas], in: ebenda, 1992, Nr. 1-4, S.94-97; Zekeria Cana: *Mbledhja e Mukjes, Lidhja e Dytë e Prizrenit*, Konferenca e Bujanit dhe çështja e bashkimit kombëtar [Das Treffen in Mukje, die Zweite Liga von Prizren, die Konferenz von Bujan und die Frage der nationalen Einheit], in: ebenda, S.100-102.

11 Siehe Spasoje G. Jaković: *Sukobi na Kosovu* [Konflikte im Kosovo], Beograd 1984; Ilija Vuković: *Autonomizam i Separatizam* [Autonomismus und Separatismus], Beograd 1985; Radošin Rajović: *Autonomija Kosova. Istorijsko-pravna studija* [Die Autonomie des Kosovo. Historisch-rechtliche Studie], Beograd 1985; Branko Horvat: *Kosovsko Pitanje* [Die Kosovofrage], Zagreb 1988; *Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte*, Lausanne 1989; *Kosova. Past and Present*. Beograd 1989; Borçe Borozan: *Velika Albanija. Porijeklo – ideje – praksa* [Großalbanien. Herkunft-Ideen-Praxis], Beograd 1995.

12 Siehe E vërteta mbi Kosovën dhe shqiptarët në Jugosllavi. Hrsg. Akademia e shkencave e RPS të Shqipërisë. *Instituti i Historisë* [Die Wahrheit Ymer Kosova und die Albaner in Jugoslawien. Hrsg. Akademie der Wissenschaften der SVR Albanien. Institut für Geschichte], Tirana 1990; Marenglen Verli: *Reforma agrare kolonizuese në Kosovë (1918-1941)* [Die kolonisatorische Agrarreform in Kosova], Bonn-Tirana 1992; Ders.: *Kosova*

Betrachtet man die Literatur, so fällt auf, dass Wertungen des Konflikts überwiegend konträr erfolgen. Das Urteil hängt nicht allein davon ab, welcher Nationalität der jeweilige Verfasser zuzuordnen ist. So wird von jugoslawischen Autoren die Konferenz von Bujan kritisch gewertet, weil Vertreter der Partisanen aus Albanien daran teilgenommen hätten und in den Konferenzdokumenten territoriale Ansprüche gegenüber Jugoslawien bzw. separatistische Forderungen gestellt worden seien.¹³ Im Unterschied zu früheren Aussagen, die den gemeinsamen Kampf von albanischen und jugoslawischen Partisanen in Kosova gewürdigt hatten,¹⁴ wird die Konferenz als anti-jugoslawisch und illegal bezeichnet. Von albanischer Seite wiederum wird nicht genügend zwischen kommunistisch geführten Partisanen und nationalistisch motivierten Kräften differenziert und der Anteil letzterer am antifaschistischen Befreiungskampf überhöht. Die Geschichtsdebatte ist stark politisch motiviert und damit geprägt von Einseitigkeit in jeder Richtung. Ausgehend von den historisch entstandenen Strukturen sowie den einwirkenden internationalen Faktoren stellten sich die Verhältnisse während des Krieges etwa in folgender Weise dar: Nach der Niederwerfung Jugoslawiens durch die deutsche Wehrmacht im April 1941 wurde Kosova im Rahmen der „Neuordnung“⁴⁵ auf dem Westbalkan im militärischen sowie strategischen Interesse der faschistischen Eroberer aufgeteilt: Der größere Teil wurde im August 1941 an das seit April 1939 von Italien okkupierte Albanien angegliedert und der italienischen Krone unterstellt. Die nördliche industrielle Zone um Mitrovica (Blei- und Zinkgrube Trepça) und Podujeva verblieb unter deutscher Verwaltung und gehörte weiter zu Serbien. Territorien an der Ostgrenze zu Makedonien (Ferizaj, Kaçanik) gerieten unter bulgarische Besatzung. Durch den Zusammenschluss mit dem Mutterland erwuchs für die weitere Entwicklung, insbesondere für den antifaschistischen Widerstand, eine spezifische und widersprüchliche Situation. Im Unterschied zu „Altalbanien“ und anderen Teilen Jugoslawiens gab es in Kosova anfänglich wenig kommunistisch geführten Widerstand gegen die Besatzer. Gleichwohl setzte die Partisanentätigkeit ebenso wie in anderen Landesteilen auch in Kosova ein. Linksgerichtete antifaschistische und patriotisch gesinnte albanische Freiwillige schlossen sich der von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (Komunistička Partija Jugoslavije; KPJu) organisierten Widerstandsbewegung an. Die ersten albanischen Partisanengruppen entstanden im Herbst 1942, wobei sich diese eher an der Peripherie im Grenzgebiet zwischen Albanien

në fokusin e historisë. Studime, analiza, dokumente dhe 231 ilustrime. Vëll. 1, 2 [Kosova im Fokus der Geschichte. Studien, Analysen, Dokumente und 231 Illustrationen. Bde 1,2], Tirana 2003; Lefter Nasi: Ripushtimi i Kosovës (shtator 1944-korrik 1945) [Die erneute Besetzung Kosovos (September 1944-Juli 1945)], Tirana 1994; Gjellal Gjeçovi: Shteti shqiptar dhe çështja e Kosovës [Der albanische Staat und die Kosovafrage], Tirana 1998.

13 Siehe B. Petranović: AVNOJ and the Bujan Conference, in: Kosova. Past and Present, S.138-146. Solche Positionen nehmen auch albanische Vertreter ein. Siehe Sinan Hasani: Kosovo-Istine i zablude [Kosovo-Wahrheit und Lüge], Zagreb 1986, S.105.

14 Siehe Zogović, Na poprištu, S.323.

und Kosova konzentrierten. Sie verfügten noch nicht über eine Massenbasis, und es konnten bis zur Endphase keine befreiten Territorien erkämpft werden.

Der historische Hintergrund

An dieser Stelle seien knapp die Hintergründe genannt, die zu der komplizierten Lage geführt hatten. Die Landschaft Kosova und Metohija (Metochien), die sowohl von slawischer als auch albanischer Bevölkerung besiedelt war, gehörte im Mittelalter zum serbischen Feudalstaat. Serbische Fürsten wurden nach der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) osmanische Vasallen und gerieten im 15. Jahrhundert, ebenso wie die balkanischen Nachbarn, unter türkische Herrschaft. Vorwiegend von jugoslawischer Seite werden bis heute die Bindungen an diese „Wiege“ der serbischen Staatlichkeit begründet, obwohl die Schlacht eine Auseinandersetzung zwischen einer Koalition von Serben, Bosniern, Albanern, Bulgaren und Aromunen gegen die osmanischen Angreifer gewesen war und geografische Grenzen vergangener Feudalstaaten wohl kaum gegenwärtige territoriale Ansprüche legitimieren können.¹⁵ Das betrifft auch die „historische“ Argumentation, wonach Kosova der Siedlungsraum der Vorfahren der heutigen albanischen Bevölkerung war.

Während der osmanischen Herrschaft kam es zu unterschiedlichen Siedlungsbewegungen der slawisch-orthodoxen Bevölkerung einerseits und der mehrheitlich zum Islam übergetretenen albanischen Bewohner andererseits. Durch die offene Islamisierungspolitik des osmanischen Staates seit der Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgte ein kontinuierlicher, teils freiwilliger, teils von den Osmanen erzwungener Zuzug albanischer Bewohner aus den kargen Gebirgslandschaften des heutigen Albanien nach Kosova, wo sie günstigere wirtschaftliche Bedingungen vorfanden. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Albaner erst im Gefolge der osmanischen Eroberer nach Kosova gekommen waren, sie bildeten aber nun die Mehrheit. Auch ein Teil der serbischen Bevölkerung wurde islamisiert.¹⁶

Mit der Herausbildung unabhängiger Staaten in Serbien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien und dem Niedergang des Osmanischen Reiches drohte am Ende des 19. Jahrhunderts die Aufteilung der albanischen Stammesgebiete, zumal sich noch kein eigenständiger albanischer Staat konstituiert hatte. Die Loslösung von der Pforte und die Unabhängigkeit Albanien wurden erst im November 1912 proklamiert. Tatsächlich hatte die Nationalbewegung in den von Albanern be-

15 Siehe Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan, Leipzig 1999, S.13; siehe auch Jens Reuter: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982, S.25.

16 Siehe Edgar Hösch/Karl Nehring/Holm Sundhausen (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien-Köln-Weimar 2004, S.379. Für Angaben über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung gilt, dass der jeweilige „eigene“ Anteil überhöht wird; auch offizielle türkische Quellen enthalten keine zuverlässigen Aussagen. Albanische Bewohner widersetzten sich beispielsweise jeder Volkszählung, die vorrangig zum Zwecke der Aushebung von Rekruten durchgeführt wurde.

wohnten Gebieten des westlichen Balkans verspätet eingesetzt. Die Ursachen lagen in wirtschaftlicher Rückständigkeit sowie darin begründet, dass sich die Bewohner überwiegend zum Islam bekannten und dass ihre Oberschicht die privilegierte Stellung nicht verlieren wollte. Dennoch gingen gerade von Kosova starke Impulse für die nationale Wiedergeburt aus. In Prizren war 1878 die „Albanische Liga“ entstanden, die sich bewaffnet gegen die vom Berliner Kongress vorgesehene Abtretung albanisch bewohnter Gebiete an die christlichen Balkanstaaten zur Wehr setzte.

In den Balkankriegen 1912/1913 wurde die osmanische Herrschaft zerschlagen, und die albanischen Nachbarstaaten setzten ihre Ansprüche, insbesondere in Kosova, Makedonien und Thrakien, militärisch durch. Sie teilten die eroberten Territorien unter sich auf. Serbien besetzte unter anderem fast das gesamte Gebiet von Kosova und Metohija, und zwar mit der Begründung, damit „Altserbien“ zu befreien. Das geschah ohne jede Rücksicht auf ethnische Strukturen. Der Versuch, weitere Gebiete auch des unabhängigen Albaniens zu besetzen, um Zugang zur Adria zu bekommen, scheiterte.

Mit einer Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hatte dieses Vorgehen wenig zu tun.¹⁷ Auf der Londoner Botschafterkonferenz der Großmächte, die 1913 die künftigen Grenzen festlegte, spielten ethnische Gesichtspunkte ebenfalls keine Rolle. Vielmehr machten die rivalisierenden Staaten – vor allem Österreich-Ungarn, Italien und Russland – ihre Interessen geltend. Mit den von den Großmächten willkürlich gezogenen Grenzen wurden rund fünfzig Prozent der albanisch besiedelten Territorien vom unabhängigen albanischen Staat abgespalten. Zugleich wurde durch das Vorgehen serbischer Truppen gegen muslimische Bewohner auch das Verhältnis zwischen albanischer Bevölkerung und serbischem Staat von Anfang an schwer belastet.¹⁸ Eine sinnvolle politische Neuordnung im Interesse der beteiligten Völker kam nicht zustande.

Die in Kosova ansässigen 700-800.000 Albaner¹⁹ waren weder in Serbien noch in dem nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) bzw. in der 1929 errichteten Königsdiktatur Jugosla-

17 Siehe Holm Sundhausen: Kosovo: Eine Konfliktgeschichte, in: Konrad Clewing/Jens Reuter (Koordination): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf, München 2000, S.69.

18 Zeitgenossen prägten den Begriff vom albanischen „Golgatha“. Siehe Leo Freundlich: Albaniens Golgatha: Anklageakten gegen die Vernichter des Albanervolkes, Wien 1913; siehe auch M. E. Durham: Frontiers and Fanaticism, in: The Nation, vol. 13, Nr. 17 (26. July 1913), S. 642-644; Dimitër Tucović: Srbija i Albanija. Jedan prilog kritici zavojevačke politike srpske buržoazije [Serbien und Albanien. Ein Beitrag zur Kritik der Eroberungspolitik der serbischen Bourgeoisie], Beograd 1914, S.97; Gunnar Heinsohn: Lexikon der Völkermorde, Reinbek bei Hamburg 1998, S.65.

19 Siehe Historia e Shqipërisë dhe e shqiptarëve [Geschichte Albaniens und der Albaner], Prizren 2001, S.169; siehe auch Noel Malcolm: Kosova. Një histori e shkurtër. Botim i dytë [Kosova. Eine kurze Geschichte], Prishtina-Tirana 22000, S.279.

wien als nationale Minderheit anerkannt,²⁰ wengleich der Friedensvertrag von St. Germain den jugoslawischen Staat verpflichtete, die Interessen von Minderheiten zu schützen. In jugoslawischen Statistiken wurden sie teilweise als „islamisierte Serben“ geführt und waren in der Zwischenkriegszeit einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt, was zu heftigem – auch bewaffnetem – Widerstand führte. Entsprechend gingen die Behörden wirtschaftlich und politisch mit gezielter Repression vor, um die Bevölkerungsstruktur in Kosova zu verändern.²¹

Eine spezifische Rolle kam der Agrarreform zu, die die überkommenen feudalen Verhältnisse auf dem Lande beseitigen sollte. Beginnend mit den Bestimmungen vom Februar 1919 und fortgesetzt mit dem Gesetz zur Gestaltung der Agrarbeziehungen vom Dezember 1931 sowie dessen Ergänzung 1933 wurden albanische Aufständische (kaçakët) und Flüchtlinge enteignet sowie Neusiedler - Kolonisten aus Serbien, Montenegro oder der Herzegowina angesiedelt.

Auf diese Weise wurden rund 115.000 bis 120.000 Hektar albanischen Bodenbesitzes beschlagnahmt und an etwa 13.000 slawische Haushalte verteilt. Bis zu 100.000 Personen kamen dadurch nach Kosova.²² Rechnet man die slawischen Zuwanderer hinzu, die sich, ohne Bodenbesitz zu erhalten, in der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Teilen Kosovos ansiedelten, so erhöht sich diese Zahl nahezu auf das Doppelte. Die Bevölkerungsstruktur veränderte sich, der Anteil der albanischen Bewohner betrug nur noch etwa 65,6 Prozent.²³ Doch nicht alle albanischen Besitzer wurden von ihrem Grund und Boden vertrieben. Die Reform ermöglichte auch Albanischstämmigen, vom Landarbeiter zum Bodenbesitzer aufzusteigen, sodass eine Massenkolonisation nicht erreicht werden konnte.

Besonders schmerzhaft wurde von der albanischen Bevölkerung empfunden, dass sie der elementaren Mittel kultureller Entwicklung beraubt war. Sie besaß kein Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache, die Veröffentlichung von Schriften in albanischer Sprache war verboten, ebenso die Einfuhr von Büchern aus Albanien. Die Analphabetenrate betrug bis zu 90 Prozent; es gab keine kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen für die Albaner.²⁴ Der Widerstand albanischer Aufständischer gegen die restriktive Politik schlug – wie die Versuche, die jugoslawische Regierung auf politischem Wege („Xhemit“-Partei – Ver-

20 Zur Nationalitätenpolitik auf dem Balkan siehe Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie, Leipzig 1999, S.157, 178, 226.

21 Siehe Denkschrift. Die Lage der unterdrückten Völker auf dem Balkan. März 1929. Hrsg.: Die Balkan-Föderation. o. O., S.14-17. Diese Dokumentation für den Völkerbund wurde von Mitgliedern des Bundes Freier Balkan, demokratisch gesinnten Schriftstellern und Künstlern in der Weimarer Republik, darunter Carl von Ossietzky, Helene Stöcker und Paul Freiherr von Schoenaich, maßgeblich inspiriert und verfasst. Ausführlich zur „Albanerpolitik“ des jugoslawischen Staates siehe Sundhausen, Kosovo, S.74-77.

22 Siehe Verli, Reforma agrare, S.138.

23 Siehe Milan Obradović: Agrarna reforma i kolonizacija na Kosovu 1918-1941 [Agrarreform und Kolonisation im Kosovo], Priština 1981, S.223.

24 Siehe Reuter, Albaner, S.29.

einigung) zu Zugeständnissen zu bewegen –, fehl. Der jugoslawische Staat nutzte auch die Möglichkeit, die Minderheitenfrage nach dem Beispiel der Umsiedlung der Griechen von Kleinasien nach Griechenland bzw. der Türken aus Griechenland nach Kleinasien zu lösen, indem albanische Muslime unter entwürdigenden Umständen gezwungen wurden, in die anatolische Türkei oder nach Albanien auszuwandern.

Eine „Begründung“ lieferte Vaso Čubrilović, Professor an der Belgrader Universität und politischer Berater der königlichen Regierung, der, von der hohen Geburtenrate der Albaner ausgehend, vor einer „Überfremdung“ Kosovas warnte. In seiner Schrift über die „Vertreibung der Albaner“ von 1937 hieß es: „Wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, daß die schrittweise Verdrängung der Albaner durch unsere Kolonisation wirkungslos ist, bleibt uns nur ein einziger Weg, die Massenvertreibung. In diesem Fall haben wir zwei Staaten vor Augen – Albanien und die Türkei.“²⁵ Čubrilović beschrieb auch die „nötigen Vorbedingungen für die Vertreibung“. Dazu zählte neben wirtschaftlichen Maßnahmen staatlicher Zwang. Der Staatsapparat „muß die Gesetze bis ins letzte ausschöpfen, so daß es den Albanern unerträglich wird, bei uns zu bleiben: Geldstrafen, Gefängnis, rücksichtslose Anwendung aller polizeilichen Möglichkeiten, [...] Zwangsverschickung und überhaupt jedes Mittel, das eine erfahrene Polizei zu erfinden imstande ist.“²⁶ Noch 1938 schloss die jugoslawische Regierung Stojadinović ein Abkommen mit der Türkei, in dem der „Bevölkerungsaustausch“ legalisiert wurde. Zwischen 1939 und 1944 sollten 40.000 albanische Haushalte in die Türkei umgesiedelt werden,²⁷ was aufgrund der faschistischen Aggression nicht vollständig umgesetzt werden konnte.²⁸

Besetzung und Widerstand

Für die nach der Okkupation entstandene Lage war charakteristisch, dass die faschistischen Eroberer geschickt antijugoslawische Stimmungen sowie die weit verbreitete Auffassung ausnutzten, dass die Besetzung Kosovas durch die Achsenmächte eine Befreiung von „slawisch-serbischer“ Unterdrückung sei. Für die Mehrheit der albanischen Bevölkerung schien die über Jahrzehnte verfolgte For-

25 Zitiert nach: Dr. Vaso Čubrilović: Die Vertreibung der Albaner. Denkschrift, vorgelegt am 7. März 1937 in Belgrad, Archiv der ehemaligen jugoslawischen Armee, Nr.2, Ordner 4, Kiste 69. S.8. (Maschinenschriftliches Exemplar in Deutsch. Im Besitz des Autors).

26 Ebenda, S.10.

27 Siehe Peter Bartl: Kosovo: Mythos und Realität. Eine historische Einführung, in: Egert Hardten/Andre Stanisavljevic/Dimitris Tsakiris (Hrsg.): Der Balkan und Europa, Frankfurt/Main 1996, S.19.

28 Die Angaben darüber, wie viele muslimische Albaner „emigrierten“, schwanken zwischen 80.000 (siehe Martin Scheuermann: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. Marburg 2000, S.273) und 240.000 (siehe Hadri, Lëvizja, S.204). Malcolm bewegt sich mit 150.000 dazwischen (siehe Malcolm, Kosova, S.298).

derung verwirklicht, alle von Albanern besiedelten Gebiete zusammenzuführen. Nicht wenige schenkten der faschistischen Propaganda Glauben, dass die Achsenmächte Deutschland und Italien das vereinigte Albanien für die Albaner sichern und das Land schützen wollten. Die Besatzer konnten die Loyalität und Unterstützung vieler Albaner gewinnen, die sich kaum an der Verteidigung Jugoslawiens beteiligten. Rasch breiteten sich starke antiserbische Ressentiments aus, und es ist nicht zu übersehen, dass es während des Einmarsches der deutschen Okkupationstruppen zu nationalistischen Ausschreitungen gegen slawische Bewohner, vor allem Kolonisten, kam. Nach neueren Angaben sind in den ersten Monaten etwa 20.000 Serben und Montenegriener vertrieben worden. Im weiteren Verlauf gingen gewaltsame Übergriffe von albanischer Seite zurück.²⁹

Die Bevölkerung war nun zwar in erneute Abhängigkeit und Unterdrückung geraten, doch für die Albaner vollzogen sich diese in vermeintlich weniger sichtbarer Form. Sie waren nicht mit einer national-ethnisch motivierten Verfolgung verbunden. Die Besatzer richteten eine albanische Verwaltung ein, albanische Schulen wurden eröffnet und albanische Zeitungen gedruckt. Erstmals kam es zu einer ungehinderten Verbindung zwischen den Landsleuten im Mutterland und Kosova.

Entstehung und Verlauf des Widerstandes, in den unterschiedliche Gruppen mit verschiedenen politischen Interessen eingebunden waren, gestalteten sich angesichts dieser widerspruchsvollen Entwicklung schwierig. Namentlich Vertreter der stark national orientierten Schichten – wohlhabende Kaufleute, Landbesitzer sowie Funktionsträger und vereinzelt Intellektuelle – waren bemüht, auf eigene Initiative und sich in die Zielvorgaben der Besatzer einordnend, die erreichten Positionen im einheitlichen albanischen Staat zu sichern. Sie fanden ihre Anhänger dort, wo aufgrund der über Jahrzehnte erfolgten wirtschaftlichen Enteignung und des erlittenen Unrechts antiserbische Einstellungen stark verbreitet waren. Genügend Nährboden boten dafür auch die in den Dokumenten der Konferenz von Bujan beschriebenen Aktivitäten der *četniks* (Freischärler) unter Draža Mihajlović während des Krieges.³⁰

Einflussreiche Politiker wie Rexhep Mitrovica (1887-1967), Mitunterzeichner der albanischen Unabhängigkeitserklärung von 1912, der sich der jugoslawischen Politik in Kosova aktiv widersetzt hatte und im September 1943 an die Spitze der von den deutschen Besatzungsorganen gebildeten Kollaborationsregierung treten sollte, oder Xhafer Deva (1904-1978), Bürgermeister von Mitrovica und 1943/44 Innenminister in der Regierung von Rexhep Mitrovica, übernahmen administrative Funktionen von den Besatzern und organisierten die innere Kollaboration

29 Siehe Malcolm, *Kosova*, S.306. Andere Autoren sprechen von 40.000 vertriebenen Serben. Siehe Malte Olschewski: *Von den Karawanken bis zum Kosovo. Die geheime Geschichte der Kriege in Jugoslawien*, Wien 2000, S.359; siehe auch Ger Duijzings (Hrsg.): *Kosovo-Kosova. Confrontation or Coexistence*, Peace Research Centre. University of Nijmegen 1996, S.7f. Zahlenangaben sind in der Regel zurückhaltend aufzunehmen.

30 Siehe Qosja, *Shpërngulja*, S.158.

bis hin zur Aufstellung militärischer Formationen. Doch es ließen sich nicht nur führende Persönlichkeiten von den Eroberern vereinnahmen. Ihre Argumente fanden auch bei weniger exponierten Personen Anklang, die angesichts der leidvollen Erfahrungen in der Vergangenheit eine Wiederherstellung des Vorkriegszustandes ablehnten. So arbeiteten nicht wenige Albaner mit den Besatzern zusammen oder sympathisierten mit ihnen.

Andere Ideen und Vorstellungen, insbesondere von kommunistischer Seite, fanden zunächst kaum Verbreitung und wenig Wirkung. Eine albanische kommunistische Parteiorganisation bestand in Kosova nicht.³¹ Ende 1941 gab es lediglich zwei lokale Organisationen der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in Peja und Mitrovica mit insgesamt 150 Mitgliedern, davon 30 albanischer Herkunft.³² Das 1937 geschaffene Bezirkskomitee der KPJ unterstand - gemäß den Orientierungen der Komintern - der jugoslawischen Parteiführung, bis 1940 der Gebietsleitung von Montenegro. Albanische Kommunisten, die teilweise aus dem Mutterland nach Kosova kamen, spielten nicht von Anfang an, sondern erst im weiteren Verlauf des jugoslawischen Widerstandskampfes eine aktivere Rolle in dessen leitenden Gremien.

In der zweiten Jahreshälfte 1942 verstärkten die albanischen Widerstandskämpfer ihre Aktivitäten; bis Jahresende entstanden einige erste Befreiungsräte in ländlichen Gebieten,³³ und die Partisanenkämpfer fanden wachsenden Zulauf. Im Jahre 1943 wurden neue albanische Partisanenabteilungen geschaffen, darunter die berühmt gewordenen Abteilungen „Ermin Duraku“ und „Ramiz Sadiku“. Der Hauptstab der Partisanenverbände konstituierte sich im April des gleichen Jahres unter Führung des Lehrers Fadil Hoxha³⁴ aus Gjakova in den Sharri-Bergen. Er wurde dem Generalstab der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee direkt unterstellt.³⁵

Neue günstigere Bedingungen entstanden für den Widerstandskampf nach der Kapitulation Italiens im September 1943. Die Vertreibung der italienischen Be-

31 Die Forderung des Mitbegründers der KPA Koço Tashko nach einer eigenen Organisation der albanischen Kommunisten ist nicht umgesetzt worden. Siehe Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942-1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen. hrsg von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2007, S.59.

32 Siehe Ali Hadri: Specifika e Lëvizjes Nacionalçlirimtare të Kosovës (1941-1945) [Die Spezifik der Nationalen Befreiungsbewegung in Kosova], in: Horizontet e Historisë (Prishtina), 1977, Nr. 1, S.119; siehe auch Nasi, Ripushtimi, S.19.

33 Siehe Hadri, Këshillat, S.44.

34 Fadil Hoxha (1916-2001), Lehrer aus Gjakova, kommunistischer politischer und militärischer Führer des antifaschistischen Widerstandskampfes, nach der Befreiung Vorsitzender der Gebietsregierung in Kosova.

35 Siehe Fehmi Rexhepi: Vendimet e Konferencës së Bujanit – frymëzim për pjesëmarrje aktive të shqiptarëve të Kosovës në luftën çlirimtare antifashiste [Die Beschlüsse der Konferenz von Bujan – Inspiration zur aktiven Teilnahme der Albaner Kosovos am antifaschistischen Befreiungskampf], in: Konferenca e Bujanit. Prishtina 1998, S.28-43, hier S.30.

satzungstruppen führte zur Befreiung von Territorien im nordostalbanischen Hochland (Malësia), wodurch auch den Partisanen aus Kosova Rückzugsmöglichkeiten gegeben waren und die Perspektive der vollständigen Befreiung eröffnet wurde. Zugleich erwachsen angesichts der veränderten Situation – mit dem Rückzug der italienischen Besatzungsmacht einerseits und dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht sowie den wachsenden Aktivitäten nationalistischer Kreise andererseits – neue Herausforderungen für die kommunistische Widerstandsbewegung. Am 5. September 1943, noch bevor deutsche Truppen in Kosova einrückten, traf Xhafer Deva mit dem Sonderbeauftragten Hitlers, Hermann Neubacher, in Belgrad zusammen, um die nach der italienischen Kapitulation entstandene Lage zu besprechen und sich der deutschen Unterstützung für die eigenen Ziele zu versichern.³⁶ Diese waren darauf gerichtet, den Zusammenschluss Kosovos und weiterer von Albanern bewohnter Gebiete mit „Altalbanien“ noch vor Kriegsende endgültig zu sichern. Die albanische Bevölkerung sollte für die Interessen des Okkupanten eingespannt werden.

Mitte September formierten Rexhep Mitrovica, Xhafer Deva, Bedri Pejani (1885-1946) und andere sogenannte nationale Kreise unter deutschem Patronat in Prizren, in Anlehnung an die 1878 ebendort entstandene „Albanische Liga“, die II. Liga von Prizren (Lidhja e II. e Prizrenit).³⁷ Ihr wesentliches Anliegen sahen die Organisatoren darin, die Albaner mehrheitlich gegen die von der KPJü geführte Widerstandsbewegung zu mobilisieren und den Aufschwung des kommunistischen Partisanenkampfes einzudämmen.³⁸ Die Liga lieferte sich der faschistischen Besatzungsmacht aus, woran auch vorübergehende Differenzen in der Führung nichts änderten.³⁹ Die mit ihrer Hilfe aufgestellten bewaffneten Milizen und Kontingente, wie die Waffen-Gebirgsdivision der SS „Skanderbeg“, die im Mai 1944 auf Verfügung Himmlers gebildet wurde, sollten zur Bekämpfung der Partisanen in Kosova, in Makedonien und in Albanien eingesetzt werden. Die Regimenter operierten weniger als militärische Verbände denn als Terrororganisation gegen die Zivilbevölkerung und zur Verfolgung der jüdischen Bewohner. Die deutschen Besatzer heizten die nationalen Widersprüche zwischen der albanischen und der serbisch-montenegrinischen Bevölkerung immer wieder an und provozierten stets von neuem blutige Auseinandersetzungen, um deren gemeinsames Vorgehen zu verhindern. Beispiele dafür lieferte das Regiment „Kosova“ im November 1943 in Peja mit dem Massaker an 56 serbisch-montenegrinischen Einwohnern; im Sommer 1944 äscherte die SS-Division das Dorf Veliko ein, wobei 380 Bewohner, darunter 120 Kinder, den Tod fanden.⁴⁰

36 Siehe Xhafer Deva: *Jeta dhe veprimtaria* [Leben und Werk], New York 1980, S.43.

37 Siehe Tahir Zaimi: *Lidhja e II-të e Prizrenit* [Die II. Liga von Prizren], Brüssel 1965.

38 Siehe Borozan, *Velika Albanija*, S.360.

39 Siehe Hakif Bajrami: *Bedri Pejani. Një jetë e një vdekje për Shqipëri etnike (1885-1946)* [Bedri Pejani. Leben und Tod für ein ethnisches Albanien], Prishtina 1994, S.94, 106.

40 Siehe ebenda; siehe auch <http://kosova-aktuell.de> (6.11.2006).

Die II. Liga von Prizren wird ungeachtet ihrer Zusammenarbeit mit den Eroberern von albanischer Seite gelegentlich undifferenziert als bedeutendste politisch-militärische Organisation bewertet, die für die Verwirklichung uralter Sehnsüchte der albanischen Nation eingetreten wäre.⁴¹ Ihre Initiatoren werden so als Verfechter der nationalen Unabhängigkeit dargestellt und Kollaborateure zum Teil zu aufrechten Patrioten umgedeutet, die sich angesichts der Gefahr einer „slawischen Wiederversklavung“ für das „kleinere Übel“ der deutschen Besatzung entschieden hätten.⁴² In welcher Weise andererseits Missbrauch mit der Geschichte betrieben wird, belegen Arbeiten serbischer Autoren zum albanischen Widerstand, in denen die Albaner in Kosova generell als faschistische Kollaborateure behandelt werden. Der Anteil albanischer Partisanen am antifaschistischen Befreiungskampf wird weitgehend geleugnet und zugleich eine Art von Kontinuität von der SS-Division „Skanderbeg“ bis zur Befreiungsarmee Kosovos (UÇK) in der Gegenwart konstruiert.⁴³

Im Herbst 1943 trat eine weitere Kräftegruppierung auf den Plan. Es waren zu meist national gesinnte Intellektuelle, die im September in Peja respektive im Dezember 1943 in Gjakova das Albanische Nationaldemokratische Komitee (Komiteti Nacionaldemokratik Shqiptar; NDSH) ins Leben riefen.⁴⁴ Programmatisch orientierte die Gruppe auf den antifaschistischen Kampf, wandte sich jedoch zugleich gegen die sogenannten „slawo-kommunistischen“ Annexionsabsichten, die man bei den kommunistisch geführten jugoslawischen und albanischen Partisanen vermutete. Das Hauptanliegen war, Kosova zu befreien und alle ethnischen albanischen Gebiete zusammenzuschließen. Als Vorbild dienten die westlichen Demokratien, namentlich in Großbritannien. Die Wirksamkeit des Komitees blieb, vor allem im militärischen Bereich, begrenzt. Nicht zuletzt deshalb, weil es weder zu einem Zusammengehen mit den Partisanen noch mit der antikommunistisch eingestellten Nationalen Front (Balli Kombëtar) - die seit ihrer Entstehung im November 1942 ebenfalls für die Vereinigung mit dem Mutterland wirkte - gekommen ist, obwohl sich die Vorstellungen seiner Initiatoren nicht grundsätzlich von denen der Balli-Organisation unterschieden. Aus dem Komiteti Nacionaldemokratik Shqiptar ging im Frühjahr 1945 die Albanische

41 Siehe E djathta shqiptare në mbrojtje të Shqipërisë etnike (1). Materiale, kumtesa dhe recensione të Akademisë për të Djalhtën Shqiptare, mbajtur në Hamburg, 12-13 qershor 2004 [Die albanische Rechte als Verteidigerin eines ethnischen Albanien (1). Materialien, Beiträge und Besprechungen der Akademie für die albanische Rechte, veranstaltet in Hamburg], Prizren-Hamburg 2005, S.13.

42 Siehe Cana, Mbledhja, in: Konferenca e Bujanit, S.72-79, hier S.76.

43 Siehe Laurent Latruwe/Gordana Kostic: La Division Skanderbeg. Histoire des Waffen-SS albanais. Des origines ideologiques aux debuts de la guerre froide, Paris 2004, S.157.

44 Siehe Aliriza Selmani: Ata që ranë për Shqipërinë etnike. Veprimtaria patriotike kombëtare e NDSH-së në viset e Anamoravës [Jene, die für ein ethnisches Albanien fielen. Die nationale patriotische Wirksamkeit des NDSH in den Gebieten von Anamorava], in: Zëri i Kosovës [Stimme Kosovos], 26.6.2007.

Nationaldemokratische Bewegung (Lëvizja Nacionaldemokratike Shqiptare) hervor, die sich einem Verbleib Kosovos im Rahmen Serbiens durch illegale bewaffnete Aktionen widersetzte.⁴⁵

Die Konferenz von Bujan

In dem Maße, wie die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee immer größere Gebiete in Serbien, Bosnien und der Herzegowina oder in Montenegro kontrollierte und wie die Volksbefreiungsräte nach der II. Tagung des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (Antifaštičko Veće Narodnog Oslobođenja Jugoslavije; AVNOJ) im November 1943 in Jajce ihre Wirksamkeit in den anderen Landesteilen vergrößerten, wurde die Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte auch in Kosova und Metohija immer dringender. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht wurde der Hauptstab der Partisanenabteilungen aus Kosova in die von der albanischen Nationalen Befreiungsarmee kontrollierte Gebirgszone von Tropoja in Nordalbanien verlegt.⁴⁶ Anfang November 1943 beschloss das Bezirksparteikomitee von Kosova gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Parteigruppen der KPJü sowie den Mitgliedern des militärischen Hauptstabes, für Kosova gleichfalls „ein politisches Forum“ zu bilden als „politische Vertretung im gegenwärtigen nationalen Befreiungskampf und zur Vorbereitung des allgemeinen bewaffneten Aufstandes gegen die Eroberer und ihre Mitläufer“.⁴⁷ Der Beschluss, einen eigenständigen Befreiungsrat für Kosova zu schaffen, erfolgte in Übereinstimmung mit der Orientierung der Zentrale der KPJü, die Volksbefreiungsräte überall als Organisatoren des Widerstandskampfes zu stärken und sie als Keimzellen der antifaschistischen Macht auszugestalten. Er wurde im Unterschied zu einem ersten Anlauf von Boris Vukmirović, Sekretär des Bezirkskomitees, und Ramiz Sadiku, Mitglied des Komitees, vom Februar 1943, eine Konferenz zur Bildung eines Nationalen Befreiungsrates einzuberufen, diesmal erfolgreich umgesetzt.⁴⁸

Am 31. Dezember 1943 trat die Konferenz zur Gründung des Nationalen Befreiungsrates (Këshilli Nacionalçlirimtar) für Kosova und die Ebene von Dukagjin im Dorf Bujan auf dem befreiten Territorium im albanischen Grenzgebiet zu Kosova zusammen.⁴⁹ Erstmals versammelten sich unter kommunistischer Füh-

45 Siehe Keçmezi-Basha, Lëvizja, S.20.

46 Siehe Rajoviç, Autonomija Kosova, S.204.

47 Hadri, Këshillat, S.68.

48 Beide waren dem Terror der italienischen Besatzungsmacht zum Opfer gefallen. Siehe Lalaj, Mbi Konferencën e Bujanit, S.372.

49 Siehe Rexhepi, Vendimet e Konferencës, S.33. Auf Beschluss des Bezirkskomitees der KPJü vom November 1943 war der seit 1919 für den gesamten Westteil Kosovos verwendete Name „Metohija“ durch die bei den albanischen Bewohnern seit dem Mittelalter gebräuchliche Bezeichnung „Rrafshi i Dukagjinit“ (Ebene von Dukagjin) ersetzt worden. Zugleich hatte sich das Komitee – analog dem Status der Parteileitungen in den anderen

rung Vertreter aller nationalen Minderheiten sowie verschiedener politischer Richtungen, um angesichts der komplizierten Situation die nächsten Aufgaben zu beraten und die Weichen für den weiteren erfolgreichen antifaschistischen Kampf zu stellen. Von den 61 gewählten Delegierten konnten nur 49 den Tagungsort erreichen. Zwölf waren vor allem aufgrund der schwierigen militärischen Lage an der Teilnahme verhindert, darunter sechs serbische Vertreter; zwei weitere Delegierte waren zwar auch nicht anwesend, erklärten jedoch schriftlich ihre Zustimmung zu den Konferenzdokumenten, sodass insgesamt 51 Teilnehmer als anwesend aufgeführt werden. Ihrer nationalen Zusammensetzung nach waren es 43 Albaner, sieben Personen serbisch-montenegrinischer Herkunft und ein Muslim. Der von der Konferenz gewählten Leitung des Nationalen Befreiungsrates gehörten, wie im Anhang zur Resolution vermerkt, neun Vertreter, davon zwei serbisch-montenegrinische, an.⁵⁰

In den von den Delegierten übereinstimmend angenommenen, sowohl in albanischer als auch serbischer Sprache verfassten, Dokumenten – der Resolution und dem Aufruf – wurde das Wesen des Nationalen Befreiungsrates bestimmt als ein Organ, an dem alle ehrlichen Patrioten ohne Unterschied der Nationalität, der Religion sowie der politischen Richtung und gesellschaftlichen Stellung teilnehmen. Als gemeinsames Anliegen und Hauptaufgabe bezeichneten die Teilnehmer den organisierten bewaffneten Kampf gegen die deutschen Besatzer und ihre Helfer. Zugleich wurde in den Konferenzmaterialien die Lösung der nationalen Frage in Kosova behandelt. Ohne eine Entscheidung vorwegzunehmen, hieß es dort, dass der einzige Weg für die albanische Bevölkerung, ihre Hoffnung nach Vereinigung mit dem Mutterland zu verwirklichen, über den gemeinsamen Kampf mit den anderen Völkern Jugoslawiens gegen die nazistischen Eroberer führe. Dies sei der Weg, die Freiheit zu erringen, die allen Völkern, also auch den Albanern, die Möglichkeit eröffnen werde, über ihr Schicksal auf der Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung selbst zu entscheiden.

Diese explizite Stellungnahme steht in engem Zusammenhang mit der Nationalitätenpolitik der KP Jugoslawiens. Die Parteiführung sprach sich für das Recht auf nationale Selbstbestimmung aus. Generalsekretär Josip Broz Tito sagte in Stellungnahmen – so im März 1940 und vom Dezember 1942 – zu, die Frage des Umgangs mit der albanischen Minderheit im Einverständnis aller Beteiligten zu klären, unter der Voraussetzung, dass das Land zuerst von faschistischer Besetzung befreit werden müsse. In Abhängigkeit davon, wie sich die Lage in Jugoslawien und Albanien gestalten würde, sollte darüber gesprochen werden. Tito hatte Ende 1942 in seinem Beitrag „Die nationale Frage in Jugoslawien im Lichte des nationalen Befreiungskampfes“ für den „Proleter“, Organ des ZK der KPJu,

Landesteilen – unter Führung von Pavle Jovičević zum Gebietskomitee der KPJu von Kosova und der Ebene von Dukagjin umgebildet.

50 Siehe ebenda, S.34; siehe auch Rajović, *Autonomija Kosova*, S.204. Letzterer stellt diese Zusammensetzung von 79% zu 21%, die etwa dem Anteil von albanischer und serbischer Bevölkerung in Kosova entsprach, infrage.

geschrieben: „Die Frage Makedoniens, Kosovas und Metohijas, die Frage Montenegros, Kroatiens, Sloweniens, Bosniens und der Herzegowina wird einfach und zufriedenstellend für alle gelöst allein dadurch, dass die Völker selbst dies tun werden und jedes Volk dieses Recht im gegenwärtigen Volksbefreiungskampf mit der Waffe in der Hand erreichen wird.“⁵¹ Allerdings wurde während des Krieges nicht festgelegt, wie das Recht nationaler Minderheiten auf Selbstbestimmung konkret umgesetzt werden sollte und ob auch eine Lostrennung Kosovas von Jugoslawien darunter zu verstehen sei.

Unter der albanischen Bevölkerung, auch unter Kommunisten und Anhängern des Nationalen Befreiungsrates, waren indessen Hoffnungen gerade auf Letzteres weit verbreitet. Führende Politiker wie Fadil Hoxha gingen davon aus, dass der antifaschistische Befreiungskampf auch in Albanien erfolgreich sein und Kosova daher mit dem Mutterland zusammengehen würde. Offensichtlich spielten auch Vorstellungen über eine zu schaffende Balkanföderation eine Rolle, zu deren Mitgliedern Albanien gehören sollte.⁵² An der II. Tagung des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens im November 1943 in Jajce hatten albanische Vertreter aus Kosova nicht teilgenommen. Dort war nachdrücklich betont worden, dass die jugoslawischen Völker in einer neuen Föderation nicht zulassen würden, dass die Einheit Jugoslawiens zerschlagen wird. Die Albaner wurden in Jajce namentlich nicht erwähnt, ebenso wurde nicht über den Status der Vojvodina, des Sandžak und Kosovas entschieden.⁵³

Auf diese Weise war ein politisches Vakuum entstanden, das die Konferenz in Bujan auf ihre Art ausfüllte.⁵⁴ Sie brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass die Hoffnungen der Albaner ebenso wie die der anderen Völker verwirklicht werden. Die Konferenz verkörperte aus dieser Sicht einen wichtigen Schritt, die nationale Frage auf der Grundlage des modernen Konzeptes der Selbstbestimmung der Völker zu lösen. In der albanischen Literatur wird den Erklärungen der Bujan-Konferenz nahezu eine konstitutive Wirkung beigemessen, wonach eine Vorentscheidung im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Stellung Kosovas als föderatives Element gefallen sei.⁵⁵ Da war im Ansatz sicherlich Realismus vorhanden.

51 AIH. Arkivi i Institutit të Historisë. Archiv des Historischen Instituts an der Albanischen Akademie der Wissenschaften. Tirana. A VIII 124/1. Bl. 11. Der Artikel Titos ist in Albanisch von der Zeitung „Zëri i Popullit“ [Volksstimme], dem Organ der KPA, im Februar 1944 veröffentlicht worden.

52 Siehe Fadil Hoxha: Ja si njoha komunistët shqiptarë. Intervistë në revistën „Klan“. Nr. 86(2). Dhjetor 1998 [Wie ich die albanischen Kommunisten erlebte. Interview mit der Zeitschrift „Klan“], in: Gjeçovi, Shteti shqiptar, S.247-256, hier S.251.

53 Siehe Rajović, Autonomija Kosova, S.202.

54 Siehe Horvat, Kosovsko Pitanje, S.56.

55 Siehe Rustem Gjata: Aspekte politike e juridike të konferencës së parë të këshillit nacionalçlirimtar për Kosovën e Rrafshin e Dukagjinit [Politische und rechtliche Aspekte der ersten Konferenz des Nationalen Befreiungsrates für Kosova und die Ebene von Dukagjin], in: Konferenca e Bujanit, S.16-27, hier S.25.

Was die Konferenz tatsächlich für die Lösung der nationalen Frage bedeutete, musste jedoch die weitere Entwicklung zeigen.

Betrachtet man die Dokumente im zeitgeschichtlichen Zusammenhang und in ihrer Gesamtheit, gelangt man zu der Überzeugung, dass die Formierung des Nationalen Befreiungsrates für Kosova und die Ebene von Dukagjin von ebensolcher Bedeutung war wie die der entsprechenden Gremien in den anderen Landesteilen. Sie durchkreuzte die Absicht der faschistischen deutschen Besatzungsmacht, die albanische Bevölkerung mehrheitlich für ihre Pläne einzuspannen. Die Konferenz von Bujan stellte diesbezüglich einen qualitativen Einschnitt im Widerstandskampf dar. Wie sich einer der Teilnehmer, Sadik Bektshi, erinnert, herrschte schon im Vorfeld und während der Beratungen eine große Anspannung. Die Delegierten, Kommunisten wie Parteilose, hätten die Beschlüsse bis in den letzten Winkel Kosovas getragen und voller Hingabe für deren Umsetzung gewirkt. In Rekordzeit wären neue Befreiungsräte ins Leben gerufen und Partisanenabteilungen gebildet worden: „Es musste um jeden Preis erreicht werden, dass man nach dem Krieg nicht als Verbündeter des Nazifaschismus und Verlierer, sondern als Sieger an den Verhandlungstisch der Völker treten konnte.“⁵⁶ Dem Nationalen Befreiungsrat gebührt als höchstem politischen Führungsorgan das Verdienst, Breite und Intensität der Widerstandsbewegung durch die aktive Einbeziehung vieler Albaner befördert zu haben. Die Reihen der albanischen Partisanen wuchsen bis zum Kriegsende auf etwa 30.000 Kämpfer an.⁵⁷ Die Konferenz von Bujan kann daher nicht einfach als parteipolitisches „Manöver“ gegen die II. Liga von Prizren abgewertet werden.⁵⁸ Der gemeinsame bewaffnete Kampf jugoslawischer und albanischer Partisanen trug entscheidend dazu bei, dass die Vertreibung der Okkupanten aus Kosova an der Seite der Antihitlerkoalition erfolgreich vollzogen werden konnte.

Zur Lösung der nationalen Frage bestanden bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 unterschiedliche Vorstellungen weiter, ja sie verschärfen sich. Die jugoslawische Parteiführung äußerte sich in einer Stellungnahme, die Milovan Djilas, Mitglied des Politbüros, ausgearbeitet hatte, erstmals am 28. März 1944 zu den Konferenzbeschlüssen von Bujan.⁵⁹ Darin würdigte sie die Tätigkeit der Parteiorganisation und ihrer Leitung sowie die Durchführung der Konferenz und die Bildung des Nationalen Befreiungsrates für den Kampf gegen die faschistische Besatzung

56 Sadik Bektshi: Konferenca e Bujanit. Kujtime e refleksione [Die Konferenz von Bujan. Erinnerungen und Reflexionen], in: ebenda. S.142-148, hier S.144.

57 Siehe Gjata, Aspekte, S.25.

58 Siehe Uran Butka: Lufta Civile në Shqipëri 1943-1945 [Der Bürgerkrieg in Albanien], Tirana 2006, S.286.

59 Siehe Pismo Centralnogo Komiteta KPJ Oblasnom Komitetu KPJ za Kosovo i Metohiju od 28. marta 1944 [Brief des Zentralkomitees der KPJ an das Bezirkskomitee der KPJ von Kosovo und Metohija], in: Rajović, Autonomija Kosova, S.437-440.

positiv und als zeitgemäß. Dennoch wurde in einigen Punkten Kritik angemeldet.⁶⁰

Auf den ersten Blick schienen sich die kritischen Anmerkungen auf formale Punkte zu beziehen, nämlich auf die Umbildung des Bezirkskomitees der KPJ in ein Gebietskomitee sowie auf die Namensänderung von „Kosova und Metohija“ in „Kosova und die Ebene von Dukagjin“. Die Schaffung einer Gebietsleitung, so die Argumentation, sei ein Fehler gewesen, weil es sich nicht um ein kompaktes Territorium handelte. Die Leitung unter Pavle Jovičević wurde aufgefordert, den Beschluss zurückzunehmen und ihre Kompetenzen nicht zu überschreiten, vielmehr die notwendigen Maßnahmen zum Kampf gegen die Okkupanten zu treffen.⁶¹ Die Bezeichnung „Ebene von Dukagjin“ sei nicht zutreffend, weil die Landschaft Dukagjin sich nicht nur auf Kosova, sondern auch auf „Albanien“ erstrecke. Man könne sie aber beibehalten, wenn es von der Bevölkerung so gewollt sei.⁶²

Doch es handelte sich keineswegs um Äußerlichkeiten oder nur unterschiedliche Begriffe. Djilas erklärte später, während der Debatten im Führungsgremium der KPJ seien Befürchtungen laut geworden, die getroffenen Namensänderungen könnten auf eine Veränderung der jugoslawischen Grenzen zielen, was Tito kategorisch zurückgewiesen habe.⁶³ Tito selbst hatte bereits nach der AVNOJ-Tagung in Jajce in seinem Brief an das ZK der KPA vom 2. Dezember 1943 verdeutlicht, weshalb in Jajce keine albanischen Vertreter aus Kosova anwesend gewesen und albanische Vorstellungen über Selbstbestimmung nicht berücksichtigt worden waren: Die KPJ unterstütze jede wirklich demokratische Bewegung, die den deutschen Faschismus schwäche, aber unter den Albanern in Kosova gebe es unterschiedliche politische Gruppen, die durch einen Zusammenschluss Kosovos mit Albanien nach einem „Großalbanien“ streben und faktisch mit dem Eroberer zusammenarbeiten würden. „Heute die Frage nach Vereinigung zu stellen“, schrieb er weiter in dem Brief, „bedeutet real Wasser auf die Mühle verschiedener Reaktionäre und des Okkupanten zu gießen, die den bewaffneten Kampf der Völker dadurch zu stören versuchen, dass sie eine für sie ungefährliche und inaktuelle Frage hochspielen. Denn wie kann eine wahrhaft demokratische nationale Befreiungsbewegung in Kosova-Metohija und in Albanien ge-

60 Milovan Djilas sprach im Nachhinein von einer moderaten Kritik. Siehe Milovan Djilas: *Në cilat rrethana Kosova duhej t'i takonte Shqipërisë?* (Interview dhënë „Zërit të Kosovës“, Nr. 1389, 9 shkurt 1991) [Unter welchen Bedingungen sollte Kosova zu Albanien kommen? Interview mit „Stimme Kosovos“], in: Gjeçovi, Shteti shqiptar, S.237-246, hier S.238.

61 Siehe Pismo Centralnogo Komiteta KPJ Oblasnom Komitetu KPJ za Kosovo i Metohiju. S.438.

62 Siehe ebenda.

63 Siehe Gjillas, *Në cilat rrethanat*, S.238.

schaffen werden, wenn nicht im bewaffneten Kampf gegen die deutschen Eroberer und ihre Handlanger.“⁶⁴

Die Resolution der Bujan-Konferenz stimmte mit dieser Aussage völlig überein. Was erstaunt, ist der Umstand, dass sich der Brief an die KP im Mutterland richtete, denn sie vertrat eine „internationalistische“ Position, die sich auf die Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Schwesterpartei im Partisanenkampf stützte. Vonseiten der KPA erfolgte mit Ausnahme einer knappen Information, die der Konferenzresolution im Bulletin der Zeitung „Zëri i Popullit“ (Volksstimme) im Februar 1944 beigefügt war, keine weitere inhaltliche Stellungnahme zur Konferenz von Bujan. Der Titel lautete bezeichnenderweise: „Ein Schlag gegen die Pseudopatrioten eines Großalbanien (Die Konferenz von Bujan)“.⁶⁵ Gerade diese Zurückhaltung wurde und wird der albanischen KP von konservativen nationaler Seite bis in die Gegenwart als ein Aufgeben nationaler Interessen und als Unterordnung unter „großserbische“ Ansprüche zum Vorwurf gemacht.⁶⁶

Zu Beginn des Jahres 1945 spitzte sich die Situation in Kosova zu. Einerseits wurden albanische Partisanen zunehmend in den Widerstandskampf einbezogen und erfolgreich in anderen Teilen Jugoslawiens gegen die Besatzer eingesetzt (so im Sandžak, in Montenegro und in Bosnien-Herzegovina). Dort kämpften auch Verbände der Nationalen Befreiungsarmee aus Albanien Seite an Seite mit jugoslawischen Partisanen gegen die deutsche Besetzung. Andererseits gingen bewaffnete Freiwillige unter dem Kommando von Shaban Polluzha, einem bekannten albanischen Partisanenführer in Kosova, im Grenzgebiet zu Serbien und Montenegro gegen jugoslawische Kämpfer vor. Sie widersetzten sich dem Befehl zum Abzug albanischer Partisaneneinheiten aus ihrem bisherigen Einsatzgebiet und gaben vor, ethnische albanische Siedlungen sowie die „Selbstständigkeit“ Kosovas zu verteidigen.⁶⁷ Diese Versuche und die Bestrebungen der Albanischen Nationaldemokratischen Bewegung zur Bildung einer albanischen Nationalarmee gerieten in Widerspruch zur „Realpolitik“ der KPJu-Führung. Diese war bemüht, die Integrität des neuen jugoslawischen Staates zu festigen; zugleich musste sie den nationalen Stimmungen, vor allem der serbischen Partisanenkämpfer, die den Hauptteil der Volksbefreiungsarmee stellten, Rechnung tragen. Es waren

64 Letër e J. B. Titos drejtuar Komitetit Qendror të PKSH. 2 dhjetor 1944 [Brief J. B. Titos an das Zentralkomitee der KPA, 2. Dezember 1944], in: Gjeçovi, Shteti shqiptar, S.223f. Bei der Datierung des Briefes in der Quelle hat sich offensichtlich ein Druckfehler eingeschlichen.

65 Siehe Një grusht për pseudopatriotët e Shqipërisë së Madhe, in: E vërteta mbi Kosovën, S.395.

66 Siehe Butka, Lufta civile në Shqipëri, S.284.

67 Siehe Mjeku, Lufta e Drenicës, S.32; siehe auch Azem Hajdini-Xani: Shaban Palluzha. Dëshmi dhe kujtime të kronistit të luftës [Shaban Palluzha. Zeugnisse und Erinnerungen des Kriegschronisten], Prishtina 2001, S.257.

wohl diese Beweggründe, die die Parteiführung darin bestärkten, Kosova in das neue jugoslawische föderale System einzugliedern.⁶⁸

Anfang Februar wurde in der gesamten Region Kosova und Metohija eine jugoslawische Militärverwaltung errichtet, um die „unzuverlässigen“ Albaner, die zum Teil mit den Besatzern zusammengearbeitet hatten, zu befrieden. Diese Verwaltung existierte ein gutes Vierteljahr und bot der albanischen Bevölkerung kaum Gelegenheit, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Viele der Kollaboration zu Unrecht bezichtigte Menschen wurden Opfer militärischer und paramilitärischer Gewalt.⁶⁹ Am 18. Februar 1945 kam es im ZK der KPJ zu einer Grundsatzdebatte über die Zukunft Kosovos. Edvard Kardelj soll sich dafür ausgesprochen haben, das Gebiet mit Albanien zu vereinigen unter der Voraussetzung, dass das Nachbarland der zu bildenden jugoslawischen Föderation beitrifft.⁷⁰ Allerdings erwiesen sich die internationalen Rahmenbedingungen wegen der Intervention der westlichen Alliierten in Griechenland für ein solches Vorgehen als ungünstig. So wurde entschieden, dass Kosova bei Serbien verbleiben sollte, obwohl sich führende serbische Politiker durchaus vorstellen konnten, das umstrittene Territorium bei gleicher Entwicklung Albanien, d. h. nach der Befreiung und einem Sieg der neuen Ordnung, mit dem Mutterland zusammenzuführen.⁷¹ Die Option, die Kosovafrage im Rahmen einer – wie auch immer garteten – balkanischen Föderation zu lösen, scheiterte auch an der ablehnenden Haltung der albanischen Führung. Enver Hoxha schien dem Projekt anfangs zumindest nicht abgeneigt gewesen zu sein, erhoffte er sich doch eine vertraglich geregelte Vereinigung mit dem Mutterland. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, dass lediglich ein Teil Kosovos zur albanischen föderalen Einheit gehören sollte,⁷² blieb der Vorkriegszustand letztlich erhalten.

Die politischen Vorgaben des führenden jugoslawischen Parteigremiums wurden zum Programm erhoben. Im Frühjahr 1945, noch vor Kriegsende, kam es zu einem Treffen zwischen einer von Bedri Spahiu geleiteten Delegation der Nationalen Befreiungsarmee Albanien und Tito im jugoslawischen Hauptquartier auf der Insel Vis. Dort wurde vom Gastgeber erstmals ausgesprochen, dass man einem Zusammenschluss Kosovos mit Albanien nicht zustimmen werde.⁷³ Der formale Beschluss über die Eingliederung in ein neues Jugoslawien erfolgte erst, nachdem die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee das gesamte Gebiet von Ko-

68 Siehe Dušan T. Bataković: *The Serbian-Albanian conflict: a historical perspective*, in: *Kosovo-Kosova*, S.8.

69 Siehe *Historia e Shqipërisë*, S.313; siehe auch Thomas Kacza: *Zwischen Feudalismus und Stalinismus. Albanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 2007, S.116.

70 Siehe Malte Olschewski: *Der Krieg um den Kosovo. Serbiens neue Schlacht ums Amselfeld*, o. O. u. J., S.164.

71 Siehe Horvat, *Kosovsko Pitanje*, S.58; siehe auch Malcolm, *Kosova*, S.328.

72 Siehe Kosta Čavoški: *Die Kommunistische Partei Jugoslawiens und die Kosova-Frage*, in: *Kosovo und Metochien*, S.403-422, hier S.421.

73 Siehe Ramadan Marmullaku: *Albanians in Yugoslavia: A Personal Essay*, in: Dejan Djokić (Hrsg.): *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea. 1918-1992*, London 2003, S.311.

sova unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Am 10. Juli 1945 stimmten ausgesuchte Delegierte – von 142 Teilnehmern waren nur 33 Albaner⁷⁴ – auf einer Konferenz in Prizren zu, Kosova-Metohija mit autonomem Status in das föderale System Jugoslawiens einzugliedern, womit die Beschlüsse der Konferenz von Bujan außer Kraft gesetzt wurden.⁷⁵

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Forderungen der Konferenz von Bujan wurden nicht nur nicht erfüllt. Die Albaner wurden im weiteren Verlauf auf verschiedene föderale Einheiten (Serbien, Makedonien und Montenegro) aufgeteilt, was den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung zuwider lief. Der Status von Kosova-Metohija (Kosmet) als autonome Region im Rahmen der Republik Serbien unterschied sich auch von dem anderer Provinzen. Während beispielsweise in der Vojvodina ein eigenes Parlament gebildet werden konnte, musste sich das Kosmet mit lokaler Selbstverwaltung begnügen. Die Entscheidungen wurden in allen wesentlichen Bereichen zentral in Belgrad getroffen. Erst mit der neuen Verfassung Jugoslawiens von 1963 erfolgte die statusmäßige Anhebung als Autonomes Sozialistisches Gebiet. Es wurde 1989 vom serbischen Präsidenten Slobodan Milošević wieder aufgehoben.

Die Wiederveröffentlichung der Resolution sowie des Aufrufes der Konferenz von Bujan in albanischer Sprache erfolgte im Jahre 1955.⁷⁶ Weitere Materialien, darunter die Referate von Mehmet Hoxha,⁷⁷ dem Vorsitzenden des Nationalen Befreiungsrates, und Xhavit Nimani sowie die Diskussionsbeiträge, sind nicht wieder veröffentlicht worden. Es ist nicht klar, ob sie erhalten sind. Erhalten geblieben sind die genannte EntschlieÙung und der Aufruf, die in der 1944 illegal herausgegebenen Zeitung „Liria“ (albanisch) und „Sloboda“ (serbokroatisch) verbreitet worden waren.⁷⁸ Radošin Rajović, der diese Angaben bestätigt, verweist darauf, dass sich die serbokroatische Fassung der Resolution im Parteiarchiv der KPJu befindet.⁷⁹

Meine Übersetzung stützt sich auf die albanische Ausgabe aus dem Jahre 1955, auf die sich auch alle nachfolgenden Veröffentlichungen beziehen.⁸⁰ Die albanische und die serbokroatische Fassung sind von mir abgeglichen worden. Die Dokumente werden in deutscher Sprache erstmals in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht. Mein Dank für kollegiale Unterstützung gilt dem Institut für Geschichte in Prishtina sowie Prof. Dr. Jusup Bajraktari.

74 Siehe Malcolm, Kosova, S.328.

75 Siehe Rajović, Autonomija Kosova, S.214, 224.

76 Siehe Këshilli populluer.

77 Mehmet Hoxha (1908-1988), ehemaliger Präfekt in Elbasan sowie in Prizren und Dibra, seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei zu jener Zeit ist nicht klar, nach der Befreiung übte er leitende politische Funktionen, u. a. in der Regierung von Kosova aus.

78 Siehe Sami Repishti: Rezoluta e Bujanit. Një vështrim historik [Die Resolution von Bujan. Ein historischer Blick], in: Albanian (London), 2007, Nr. 1-4, S.20-22, hier S.21.

79 Siehe Rajović, Autonomija Kosova, S.208, 433.

80 Siehe Fußnote 10.

Dokument 1

Resolution der Ersten Konferenz des Nationalen Befreiungsrates für Kosova
und die Ebene von Dukagjin,
verabschiedet auf der Konferenz von Bujan (31.12.1943-2.1.1944)

Abgesandte aus allen Teilen Kosovos und der Ebene von Dukagjin – Albaner, Serben und Montenegriner: Nationalisten, Kommunisten, Vertreter der antifaschistischen und kommunistischen Jugend, antifaschistisch eingestellter Frauen, der Nationalen Befreiungsarmee und weitere Teilnehmer – sind zusammgekommen in einer nunmehr klaren äußeren wie inneren Situation, inspiriert von dem hehren Ideal, die verschiedenen politischen Strömungen zusammenzuführen, die Bevölkerung Kosovos und der Ebene von Dukagjin aufzurütteln⁸¹ und zu vereinen sowie den organisierten bewaffneten Kampf unserer Volksmassen gegen die faschistischen Eroberer und ihre Lakaien zu stärken. Sie haben die bisherige Tätigkeit der Nationalen Befreiungsräte⁸² erörtert und die Leitung des Nationalen Befreiungsrates gewählt⁸³.

Die Konferenz stellte fest:

I.

A) Die internationalen Ereignisse entwickeln sich rasch zum Nachteil des deutschen Faschismus, dessen Niederlage unvermeidlich ist und bevorsteht.

Die Rote Armee, die den Widerstand der Deutschen bricht, kommt unaufhaltsam in Richtung Westen voran und befindet sich bereits an den Grenzen zu Polen, Finnland, Ungarn und am Rand des Balkans, wodurch die Befreiung der versklavten Völker beschleunigt wird. Die Anstrengungen der Sowjetunion und ihr Krieg, den sie zur Vernichtung des faschistischen Untiers führt, machen dieses Land zum Befreier der geknechteten Völker.

Italien musste nach den großen Verlusten seiner Truppen an der Ostfront sowie infolge seiner Niederlagen in Afrika, auf Sizilien, in den unterdrückten Ländern und insbesondere in Jugoslawien kapitulieren.

Die anglo-amerikanischen Truppen dringen in Italien vor, unterstützt auch durch den Kampf des freiheitsliebenden Teils des italienischen Volkes. Vom befreiten Teil Italiens aus ist es möglich, Aktionen großen Ausmaßes gegen das faschistische Deutschland durchzuführen. Die alliierte Luftwaffe versetzt der Kriegsinindustrie Nazideutschlands vernichtende Schläge.

81 Im serbokroatischen Text: zu verbrüdern.

82 Gemeint sind die Räte auf lokaler Ebene.

83 Im serbokroatischen Text: ... um den Rat zu wählen.

Die unlängst veranstaltete Konferenz in Moskau⁸⁴ sowie das Treffen und die Erklärung von Teheran haben die starke und aufrichtige Allianz zwischen der Sowjetunion, England und Amerika gefestigt. Es wurden Tag und Ort für die Eröffnung der Zweiten Front und den unmittelbaren Sturm auf „Hitlers Festung“ vom Osten, Süden und Westen her festgelegt.

Der Kampf der unterdrückten Völker nimmt in Frankreich, Griechenland, Polen, Albanien⁸⁵ und anderen Ländern immer mehr den Charakter eines allgemeinen und bewaffneten Volksaufstandes an, wodurch die Zerschlagung des Faschismus vorangetrieben wird.

Der erste Platz im Nationalen Befreiungskampf kommt den Völkern Jugoslawiens zu, die mit übermenschlichen Anstrengungen und unter großen Opfern die unschlagbare Nationale Befreiungsarmee geschaffen haben. Diese führt seit nunmehr zweieinhalb Jahren einen ununterbrochenen Kampf gegen die faschistischen Eindringlinge und deren Lakaien und hat über ein Drittel Jugoslawiens befreit. Die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens ist aufgrund ihres Kampfes von den Alliierten als ein unabhängiger und gleichberechtigter Verbündeter anerkannt worden.

In diesem Kampf wurden die Voraussetzungen geschaffen, ein Nationalkomitee zur Befreiung unter Führung des Kommandeurs der Nationalen Befreiungsarmee, Marschall Tito, zu bilden.⁸⁶ Dieses Komitee bietet die Garantie für die Befreiung aller Völker Jugoslawiens, für ihre Unabhängigkeit, für gleiche Rechte sowie für das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung.

B) Der Erste imperialistische Krieg endete mit dem Vertrag von Versailles, der neben weiteren Ungerechtigkeiten auch die Entstehung eines Jugoslawischen Staates brachte, der die von König Alexander angeführte hegemoniale Clique der Großerben zufriedenstellen sollte. Dieses Jugoslawien, das gegen den Willen des Volkes und ohne das Volk zu fragen geschaffen wurde, steht in Europa beispielhaft für nationale, politische und wirtschaftliche Unterdrückung.

Die Bevölkerung von Kosova und der Ebene von Dukagjin wurde nicht nur politisch, national und wirtschaftlich geknechtet, sondern war auch der physischen Vernichtung ausgeliefert. Ihr waren alle nationalen Rechte versagt (es gab keine Schulen in der Muttersprache, die politische und kulturelle Entwicklung wurde behindert). Die sogenannten Volksvertreter waren treue Agenten der hegemonialen Clique der Großerben bei der Ausplünderung und Unterdrückung.

84 Vom 19.-30.10.1943 hatten sich in Moskau die Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens getroffen und waren übereingekommen, die Zweite Front in Westeuropa so rasch wie möglich zu eröffnen.

85 Im serbokroatischen Text: Spanien.

86 Das Nationalkomitee wurde auf der Tagung des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens am 29.11.1943 in Jajce gebildet und übernahm die Funktion einer provisorischen Regierung.

Den Gipfel der wirtschaftlichen Ausbeutung bildete die Agrarreform, die zum Ziel hatte, den chauvinistischen Hass zwischen dem albanischen, serbischen und montenegrinischen Volk anzufachen und die Albaner so weit in die Armut zu treiben, dass sie gezwungen würden auszuwandern. Unter diesen Bedingungen sollte die Reaktion mit ihren Ablegern in Kosova und der Ebene von Dukagjin gestützt werden.

Die albanische Bevölkerung in Kosova und der Ebene von Dukagjin verfügte nicht über das erforderliche politische Bewusstsein und war, nachdem man ihr das Messer an die Kehle gesetzt hatte, bereit, jeden als Freund zu begrüßen, der diesen Zustand beseitigen würde. Das hielt bis zu dem Zeitpunkt an, da die blutgierigen Soldaten des Faschismus, an deren Händen das Blut der Landsleute in Albanien klebte, sich als Retter präsentierten. Der Chor der Verräter in Albanien, der Vërlaci,⁸⁷ Kruja,⁸⁸ Kolë Biba⁸⁹ und anderer, vereinte seine Stimme mit der unserer Verräter,⁹⁰ Agushi,⁹¹ Draga,⁹² Deva,⁹³ Xhevat, Rifat und Sefedin Begolli⁹⁴ und anderer, und stimmte ein in den traurigen Marsch beim Zusammenschluss Kosovos mit dem von den Klauen des italienischen faschistischen Imperialismus verklavten Mutterlands Albanien. Diese Verräter, die die Lage der albanischen Massen unter der großserbischen Herrschaft ausnutzten, haben die hiesige albanische Bevölkerung betrogen und verhindert, dass sie die wahre Stimme ihrer eigenen Söhne vernimmt, die ihr erklärten, dass der Faschismus der Feind eines jeden Volkes und daher auch des albanischen Volkes ist.

Doch es verging nicht viel Zeit, und der Faschismus begann, sein hässliches Gesicht als Regime der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Knechtung zu offenbaren.

Kosova, die Kornkammer des Balkans, wurde zur Beute der räuberischen italienisch-albanischen Gesellschaften EAGA, SASTEB⁹⁵ und anderer. Der Faschismus verfolgte mithilfe der Fünften Kolonne in Kosova und der Ebene von Dukagjin die Politik des „Teile und Herrsche“. Er säte unter Mitwirkung der Verrä-

87 Shefqet Vërlaci (1878-1946), Grundbesitzer aus Mittelalbanien, Ministerpräsident 1924 und der ersten Quisling-Regierung 1939-1940.

88 Mustafa Kruja (1887-1958), Ministerpräsident der albanischen Kollaborationsregierung von Dezember 1941 bis Januar 1943.

89 Kolë Bib Mirakaj, Innenminister in der Regierung Mustafa Krujas, organisierte die faschistische Miliz.

90 Unsere Verräter – gemeint sind die Vertreter der inneren Reaktion aus Kosova.

91 Iljas Agushi.

92 Ferhat Draga. In den Zwanzigerjahren Führungspolitiker der Xhemijet-Partei.

93 Xhafer Deva war von der deutschen Besatzungsmacht als Leiter der albanischen Verwaltung in Mitrovica eingesetzt worden und Mitbegründer der II. Liga von Prizren.

94 Der Begolli-Clan gehörte zu den 40 Vertretern der albanischen Führungsschicht, die am 21.4.1941 mit dem Divisions-Kommandeur Eberhard in Mitrovica zusammentrafen, um eine Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern zu vereinbaren.

95 Italienische Bank (EAGA) bzw. Interessenvereinigung (Societa Anonima) zur Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

ter Zwietracht zwischen Albanern und Serben-Montenegrinern sowie zwischen Muslimen und Katholiken, um den Zusammenschluss dieser Völker zu verhindern und die Flamme der Freiheitsliebe unserer Völker zu ersticken.

Die Kommunisten und andere Patrioten haben durch unermüdliche Arbeit und Kampf gegen den Eroberer dazu beigetragen, dass das Volk die Absichten des Faschismus nun zu erkennen beginnt. Auf diese Weise wurde der chauvinistische Hass gemindert. Es setzte ein bewaffneter Kampf gegen den Okkupanten ein, zu dem alle unsere Völker ohne Unterschied der politischen, nationalen und gesellschaftlichen Stellung ständig aufgerufen waren und sind. Die nach Vergeltung rufenden Gewehre hallten in den Bergen, Dörfern und Städten wider. Die Abteilungen von Partisanen und Freiwilligen, angeführt von Fadil Hoxha und weiteren militärischen Führern, fügten den faschistischen Eroberern und den Verrätern im Innern schwere Verluste zu (in Karadaku i Shkupit, Cernaleva, Shemri, Shar, Gjakova, Prizren, Peja, Ferizaj, Prishtina, Dibra, Peshkopia, Kërçova usw.).

Der Faschismus, der die Freiheit jedes Volkes fürchtet, stürzte sich, als er auch hier Schläge einstecken musste, wie ein wildes Tier auf unsere Völker und terrorisierte sie auf bestialische Weise (in Mitrovica, Peja, Prizren, Gjakova, Bellac und anderswo). Kinder wurden vor den Augen der Eltern und Eltern vor denen der Kinder getötet und verstümmelt, man fand Tote mit verbrannten Gliedmaßen (in Gjakova, Garbolla, Vrella, Vitimirica und anderen Orten).

C) Kosova und die Ebene von Dukagjin wurden nach der Kapitulation Italiens vom deutschen Faschismus besetzt, einem Meister in Demagogie und Terror, einem hinterhältigen Eroberer, der es versteht, den Stein zu werfen und die Wurffhand zu verbergen. Mit dem Einzug der deutschen Besatzer gingen Raub, Einkerkierungen, massenhafte Gewalt, Zwangsrekrutierung für die Armee, Zwangsarbeit, Brandschatzung und Zwangsvertreibung weiter. Der deutsche Eroberer verpflichtete als seine Agenten die ehrlosesten Verräter und Mörder vom Typ der Nedić-Leute⁹⁶ wie Xhafer Deva, der unmenschliche Folterungen, Morde und Plünderungen in Ferizaj und Prishtina bis hin nach Mitrovica, Peja, Prizren und anderswo beging. Das alles geschah, um die Zeit Hitlers und der einheimischen Verräter zu verlängern.

Heute haben unsere Völker deutlich erkannt, welche Art von Freiheit ihnen der deutsch-italienische Faschismus gebracht hat und dass diese Freiheit nationale, politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausplünderung bedeutet.

Die Deutschen betrachten Kosova als Tauschobjekt⁹⁷, mal bieten sie es den großserbischen Hegemonisten an, mal ködern sie damit die großalbanischen Reaktionäre (Balli Kombëtar und andere), und versuchen, deren gegensätzliche Ansprüche für eigene militärische Zwecke gegen die nationale Befreiungsbewegung zu nutzen.

96 Milan Nedić (1882-1946), stand von August 1941 bis zur Befreiung an der Spitze der Kollaborationsregierung in Serbien.

97 Im Original: Zankapfel.

Verschiedene Volksfeinde haben sich im Vorgehen gegen die nationalen Befreiungskämpfer um den deutschen Eroberer geschart. Eine wichtige Rolle übernehmen die Agenten von Balli Kombëtar im engen Zusammenwirken mit denen des Draža Mihajlović⁹⁸. Sie betreiben nach dem Willen des Eroberers die massenhafte Vertreibung der serbischen und montenegrinischen Bevölkerung aus Kosova und der Ebene von Dukagjin nach Serbien, um sie auf diese Weise in die Reihen des Draža Mihajlović zu zwingen, der ebenso wie die Banden des Balli Kombëtar aufseiten der Deutschen gegen die Nationale Befreiungsarmee kämpft. Sie mobilisieren Albaner und schicken sie in den Krieg gegen die Nationale Befreiungsarmee der Völker Jugoslawiens und gegen die Nationale Befreiungsarmee Albanien für die Interessen der deutschen Besatzer.⁹⁹ Die albanischen Ballisten verfolgen im Namen Großalbanien die gleiche Politik wie die Anhänger des Draža im Namen Großjugoslawiens. Die albanischen und jugoslawischen Reaktionäre fürchten die Völker, die zu den Waffen gegriffen haben, um für ihre Freiheit und die eigenen Rechte zu streiten. Balli Kombëtar, ein Kumpan von Draža Mihajlović, möge noch so sehr die serbisch-montenegrinische Gefahr beschwören, der Nationale Befreiungskampf der jugoslawischen Völker, in dem die četniks, die Erzfeinde des albanischen Volkes, vernichtet werden, wird diese Legende widerlegen. In den Bergen Montenegros, Bosniens und Herzegovinas, in Dalmatien und anderswo wird den jugoslawischen Hegemonisten, den Feinden der Freiheit des albanischen Volkes und anderer Völker, das Grab bereitet werden.

Kosova und die Ebene von Dukagjin bilden eine Region, die mehrheitlich von Albanern besiedelt ist, die wie eh und je wünschen, mit Albanien vereint zu sein. Folglich ist es unsere Aufgabe, den richtigen Weg für die albanische Bevölkerung aufzuzeigen, um ihre Hoffnungen zu realisieren. Der einzige Weg für die Albaner von Kosova und der Ebene von Dukagjin, sich mit Albanien zu vereinigen, führt über den gemeinsamen Kampf mit den anderen Völkern Jugoslawiens gegen die blutgierigen nazistischen Invasoren und ihre Söldlinge. Denn es ist der einzige Weg, die Freiheit zu erringen, die allen Völkern – also auch dem albanischen Volk – die Möglichkeit eröffnen wird, selbst über sein Schicksal auf der Grundlage des Rechts auf Selbstbestimmung bis zur Loslösung zu entscheiden. Die Garanten dafür sind die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens und die Nationale Befreiungsarmee Albanien, mit denen das albanische Volk sehr eng verbunden ist. Garantien bieten außerdem unsere großen Verbündeten, die Sowjetunion, England und Amerika (Atlantikcharta, Konferenzen von Moskau und Teheran).

98 Draža Mihajlović (1893-1946), Anführer serbischer četniks, kämpfte anfangs gegen die deutsche Besatzung, vollzog jedoch einen „Frontwechsel“ und wandte sich gegen die kommunistisch geführten Partisanen.

99 Dieser Satz fehlt im serbokroatischen Text.

II.

Wir, die Vertreter von Kosova und der Ebene von Dukagjin, grüßen das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens unter Führung von Marschall Tito und solidarisieren uns mit dem gerechten Protest gegen die nach London geflohene jugoslawische Verräterregierung sowie gegen die Rückkehr des Königs Peter II. Gleichfalls verlangen wir, dass diese und alle anderen Blutsauger vor das Volksgericht gestellt werden, wo sie sich für alle ihre Verbrechen zu verantworten haben.

III.

Der Nationale Befreiungsrat ist keine Partei, sondern ein gemeinsames Organ, in dem alle politischen Strömungen vertreten sind. Deshalb fordern wir alle ehrlichen Patrioten ohne Unterschied der Nationalität, der Religion, der politischen Richtung und gesellschaftlichen Stellung auf, sich in diesem entscheidenden Augenblick für den Sieg der wirklichen Freiheit um den Nationalen Befreiungsrat im Kampf gegen den Eroberer und seine Helfershelfer zu scharen. Wir laden auch diejenigen ein, die im Dienst des Eroberers standen, ihre Hände aber nicht mit dem Blut des Volkes besudelt haben.

IV.

Unsere Nationale Befreiungsarmee und die Partisanengliederungen wachsen von Tag zu Tag. Ihr Bedarf an Versorgungsgütern nimmt täglich zu, deshalb ist es erforderlich, dass das ganze Volk tätig wird, um unsere Kämpfer zu unterstützen.

V.

Die Konferenz wählte die Leitung bestehend aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Mitgliedern.

VI.

Nach Anhören der Referate und Beendigung der Diskussionen wurden dem Nationalen Befreiungsrat die folgenden

A U F G A B E N

übertragen: Er soll

1. erklären, dass die Nationalen Befreiungsräte unter den gegenwärtigen Bedingungen Kampforgane gegen den Eroberer und Keimzellen der künftigen Volksmacht sind;

2. die Nationale Befreiungsarmee bekannt machen und dafür sorgen, dass ihr Kampf mit allen Mitteln unterstützt wird und möglichst viele Menschen mobilisiert werden;
3. die Räte, die bisher entstanden sind, miteinander verbinden und aktivieren;
4. Nationale Befreiungsräte dort bilden, wo bisher noch keine bestanden haben;
5. die Verbrüderung unserer Völker (Albaner, Serben und Montenegriener) noch mehr festigen und Chauvinismus bekämpfen, den breiten Volksmassen erklären, dass die chauvinistische Politik eine Waffe in den Händen des Eroberers und der Volksverräter ist, die die Verbrüderung der Völker und die Entfaltung des Nationalen Befreiungskampfes in unserer Region sowie die Erringung der Freiheit zu verhindern trachten;
6. ein eigenes Organ herausgeben;
7. das Wirken der Nationalen Befreiungsarmee der Völker Jugoslawiens popularisieren;
8. die Ziele der Nationalen Befreiungsarmee Albaniens in die Öffentlichkeit tragen;
9. die Ziele des Nationalkomitees zur Befreiung Jugoslawiens gemeinverständlich vermitteln;
10. die Ziele des Nationalen Befreiungsrates Albaniens popularisieren;
11. mit allen möglichen Mitteln die Mobilisierung des Volkes gegen die Nationalen Befreiungsarmeen Jugoslawiens und Albaniens verhindern, indem klargemacht wird, dass jeder, der gegen die Nationalen Befreiungsarmeen vorgeht, gegen sich selber kämpft;
12. Dokumente über die Verbrechen sammeln, die von den faschistischen Besatzern und den Verrätern begangen wurden;
13. den Eroberer und die reaktionären Cliquen aller Schattierungen enttarnen und bekämpfen sowie die Mobilisierung unserer Völker für Dienste des Eroberers verhindern;
14. die Leistungen der von Marschall Stalin geführten Roten Armee popularisieren;
15. die Rolle der antifaschistischen englisch-sowjetisch-amerikanischen Allianz in der Öffentlichkeit propagieren;

16. die Verbrüderung und den Nationalen Befreiungskampf aller unterdrückten Völker popularisieren;

17. die Verbrüderung der Balkanvölker vermitteln;

18. eine Hilfskampagne für die Familien derer durchführen, die eingekerkert, interniert, gewaltsam vertrieben und im Kampf gefallen sind; ebenso für jene Familien, deren Häuser niedergebrannt wurden, sowie für diejenigen, deren Angehörige in der Nationalen Befreiungsarmee kämpften.

Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volk!

Die Leitung¹⁰⁰:

1. M. Hoxha,
2. P. Jovičević,¹⁰¹
3. R. Berisha,¹⁰²
4. Xhevdet Doda,¹⁰³
5. Fadil Hoxha,
6. Hajdar Dushi,¹⁰⁴
7. Zekerija Rexha,¹⁰⁵
8. [Milan Zečar]¹⁰⁶
9. [Ali Shukrija]¹⁰⁷

100 Die folgenden Namen sind - mit Ausnahme der in Klammern [] gesetzten – mit Unterschrift belegt.

101 Pavle Jovičević (1910-?), stellvertretender Vorsitzender des Befreiungsrates, serbischer Arbeiter aus Peja, Kommunist, politischer Sekretär des Gebietskomitees der KPJu für Kosova, spielte auch nach der Befreiung eine zentrale politische Rolle. (Die serbischen Personennamen sind im albanischen Text transliteriert worden).

102 Rifat Berisha (1910-1949), stellvertretender Vorsitzender des Befreiungsrates, Offizier der albanischen Armee und Unterpräfekt in Gjilan, Vertreter der kampfbereiten bürgerlich-nationalen Kräfte auf der Konferenz.

103 Xhevdet Doda (1906-?), Schuldirektor aus Prizren, Kommandant des Partisanenbataillons „Ramiz Sadiku“.

104 Hajdar Dushi (1916-1944), Mitglied der KP Albanien und der albanischen Befreiungsarmee, unterstützte auf Bitte des Gebietskomitees der KPJu seit November 1943 den politischen und militärischen Widerstand in Kosova.

105 Zekerija Rexha (1910-1972), Professor für Philosophie aus Gjakova und Mitglied der KP, war als ehemaliger Sekretär im Bildungsministerium in Tirana maßgeblich an der Ausarbeitung der Resolution beteiligt, nach 1945 Bildungsminister in der Gebietsregierung, 1958 als „unerwünschte“ Person nach Albanien abgeschoben.

106 Milan Zečar (1906-1944), Neusiedler (Kolonist) aus der Herzegowina; beteiligte sich aktiv am Widerstand.

107 Ali Shukrija, Student aus Mitrovica, Sekretär des örtlichen Komitees der KP, nach der Befreiung Staatsanwalt in Kosova und mitverantwortlich für die politische Verfolgung

Die Mitglieder des Rates:¹⁰⁸

Ismail Gjinali, Mehmet Dermeni, Tefik Çanga, Qamil Brovina, Qamil Luzha, Gani S. Çavdarbashi, Xheladin Hana, Sul B. Alaj, Halil Haxhija, Shaban Kajtazi, Ismet Shaqiri, Ferid Perolli, Adem Miftari, Haxhi Morina, Ismail Isufi, Xhavid Sh. Nimani, Sabrije Vokshi, Reshat Isa, Veliša Mićković, Mehmet Bajraktari, Ljubomir Canić, Veli Niman Doçi, Abdyl Kerim Ibrahim, Rasim Cokli, Spira Veljković, Sadik Bekteshi, Xhevat Tahiri, Jaho Bajraktari, Ymer Pula, Shaban Haxhija, Ethem Zurnaxhiu, Alush Gashi, Ingenieur Nexhat Basha, Beqir Ndou, Ajdin Bajraktari, Xhafer Vokshi, Bejto Shahmanović, Sima H. Vasiljević, Milan A. Mićković, Enver Dajçi, Zymer Halili, Maxhun Doçi Nimani.

Quelle: Këshilli populluer i Krahinës Autonome të Kosovë-Metohisë 1943-1953 [Der Volksrat des Autonomen Gebietes von Kosova-Metohija], Prishtina 1955, S.7-12.

Dokument 2

Aufruf der Ersten Konferenz des Nationalen Befreiungsrates für Kosova und die Ebene von Dukagjin, verabschiedet auf der Konferenz von Bujan (31.12.1943-2.1.1944)

Völker von Kosova-Metohija!¹⁰⁹

Brüder aller Nationalitäten und Glaubensrichtungen!

Hitlerdeutschland wird geschlagen und steht vor dem Zusammenbruch. Die Rote Befreiungsarmee treibt mit wuchtigen Schlägen die deutsch-faschistische Bestie zurück und vernichtet sie; sie steht bereits vor den Toren Rumäniens und Polens. Die Armeen der Alliierten, die den Widerstand der Hitlerbanden in Italien brechen, nähern sich Rom. Ihre Luftwaffe legt die faschistische Industrie in Schutt und Asche. Alle Bedingungen zum Sturm auf die „europäische Festung“ Hitlers (Beschluss der Konferenz von Teheran) sind herangereift.

Die unterdrückten Völker verstärken ihren Kampf gegen den Eroberer und die Verräter im Innern.

Die Völker Jugoslawiens führen bereits zweieinhalb Jahre einen gnadenlosen, beharrlichen und schwierigen Kampf. Der Volksaufstand hat begonnen, und die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens befreit Dörfer, Städte und wichtige Industrieanlagen; sie weitet die befreiten Territorien aus. In Kosova-Metohija verstärkt sich der bewaffnete Kampf gegen den Eroberer, unsere Nationale Befreiungsarmee vergrößert sich; die Reihen der Partisanen wachsen, die Aktivitätä-

albanischer Oppositioneller. Zečar und Shukrija, die ihr Einverständnis mit den Dokumenten erklärten, wurden als Mitglieder der Leitung gewählt.

108 Die folgenden Namen sind durch Unterschrift festgehalten.

109 Im Unterschied zur Resolution, in der die Bezeichnung „Kosova und die Ebene von Dukagjin“ verwendet wurde, wird hier der offiziell gebräuchliche Begriff „Kosova-Metohija“ benutzt.

ten des Volkes gegen die faschistischen Okkupanten und ihre Handlanger nehmen zu. Zugleich führen die Besatzer mit Unterstützung verschiedener Gruppen von Verrätern wie Xhafer Deva und anderen Verrätern des albanischen Volkes einen grausamen und beispiellosen Terror gegen unsere Völker, um die Zeit des Faschismus zu verlängern.

In dieser Situation sind Vertreter aus allen Teilen unserer Region ohne Unterschied der Nationalität und politischer oder wirtschaftlicher Differenzen zusammengekommen mit dem Ziel, unsere Völker, Albaner, Serben und Montenegriener, zu vereinen und den bewaffneten Befreiungskampf gegen den Eroberer und seine Helfer – die Verräter des Volkes – zu verstärken.

Brüder! Albaner, Serben und Montenegriener!

Diese Konferenz ist kein zufälliges Ereignis. Sie ist das Ergebnis des gemeinsamen, ständigen Kampfes unserer Völker gegen den Okkupanten und die Verräter, eines Kampfes, bei dem die besten Söhne unserer Völker ihr Blut vergossen haben. Die Einberufung der Konferenz wäre ohne diesen Kampf, ohne diese Opfer und die Bildung der Nationalen Befreiungsarmee, der Kompanien und Bataillone nicht möglich gewesen. Die Zusammenkunft auf dieser Konferenz der nationalen Befreiungsbewegung ist der beste Beweis dafür, dass die kriminelle Politik des faschistischen Eroberers und seiner Helfer unter der Losung „Stifte Streit und herrsche“ gescheitert ist. Die Konferenz ist ein Schlag gegen unsere Verräter, gegen Balli Kombëtar und die Agenten des Draža Mihajlović, die den chauvinistischen Hass, der von den hegemonialen großserbischen Cliquen ausgeht und vom Eroberer weiter angestachelt worden ist, fortgesetzt schüren wollen, um auf diese Weise unsere Völker noch mehr zu unterdrücken.

Völker von Kosova-Metohija!

Die Erste Konferenz des Nationalen Befreiungsrates von Kosova-Metohija besitzt historische Bedeutung. Hier haben die Delegierten im edelsten Geist der Einheit und Verbrüderung die Manöver des Eroberers und der reaktionären verräterischen Cliquen demaskiert. Sie verurteilten jene, die alles versuchen, um zum einen die Rückkehr zu den alten Zeiten zu sichern und zum andern die faschistische Sklaverei zu verewigen. Deshalb muss der Kampf gegen die deutschbulgarischen Okkupanten auch den Kampf gegen all jene umfassen, die ihnen dienen. Das sind Verräter wie Xhafer Deva, Sefedin Begu, Pop Miloš Vujošević, Xhevat und Rifat Begu,¹¹⁰ Sava Miličević usw.

Der gegenwärtige Nationale Befreiungskampf gegen den Faschismus ist notwendig und der einzige Weg, die Befreiung zu erlangen und ein glückliches Leben unserer Völker zu sichern. Das ist die Garantie dafür, dass unsere Völker über ihr Schicksal und über die eigene Zukunft ohne jedwede Einmischung von außen entscheiden können.

110 Sefedin, Xhevat und Rifat Begu gehörten zum Begolli-Clan.

Brüder! Albaner, Serben und Montenegriner!

Die Vergangenheit muss für uns eine Lehre sein. Wir wollen die alte Ordnung nicht. Und wir brauchen jene nicht, die im Dienste des Eroberers stehen. Wir wollen die vollständige Freiheit und, dass das Volk auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Lostrennung selbst über sein Schicksal entscheiden kann.

Die Vertreter der Völker von Kosova-Metohija begrüßen freudig die Bildung des Nationalkomitees zur Befreiung Jugoslawiens mit Marschall Tito an der Spitze und die Haltung gegenüber der Verräter-Regierung im Exil unter König Peter II. Dieser Beschluss ist ein erfreulicher Akt für alle Völker von Kosova-Metohija. Er bekräftigt, dass das Jugoslawien von Versailles, der Staat der nationalen, sozialen und politischen Unterdrückung, ein für allemal begraben wurde.

Brüder!

Heute scharen sich die unterschiedlichsten Agenten um die deutsch-bulgarischen Eroberer im Kampf gegen das Volk. Sie mobilisieren unsere Völker für die blutigen Interessen des Okkupanten, für Arbeits- und Militärlager, für den Kampf gegen die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens. Sie schicken Söldnerbanden, angeführt von Xhafer Deva, gegen die Nationale Befreiungsarmee in Albanien. Ebendiese Agenten wirken im Interesse des Eroberers und der Absichten von Draža Mihajlović, dem Feind des Volkes. Es zeigte sich, dass die Verräter und Handlanger des Eroberers ohne Unterschied der Nationalität dieselben Feinde unserer Völker sind. Die Aufgabe besteht daher darin, einen gemeinsamen Kampf gegen die vereinten und gegen unsere Völker verschworenen Feinde zu führen. Im Interesse des Okkupanten begehen sie Verbrechen und üben beispiellosen Terror aus, die einen unter der Losung eines „Großalbanien“ und die anderen unter der Parole eines „Großjugoslawien“. Sie setzen alle Kräfte ein, um die Versklavung aufrechtzuerhalten.

Vergeblich beschwören heute die Agenten des Balli Kombëtar lautstark die von Serben und Montenegrinern ausgehende Gefahr. Das Volk hat begriffen, dass es sich nur um Betrug handelt. Denn ebendiese Verräter schicken ihre Banden gegen die Nationale Befreiungsarmee Albaniens und gegen die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens aus. Alle wissen, dass sowohl die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens als auch die Nationale Befreiungsarmee Albaniens gegen den Eroberer und alle seine Handlanger kämpfen, das heißt auch gegen die Verräter unserer Völker. Alle Lügen über die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens sind durch ihren Kampf in den Bergen von Montenegro, in Bosnien-Herzegovina, Dalmatien und anderswo widerlegt. Den großserbischen Hegemonisten und ihren Agenten ist das Grab bereitet, ebenso den Verrätern vom Typ Xhafer Deva und seinen Kumpanen. In Albanien wird ein solches Grab auch für Balli Kombëtar gegraben, der die Versklavung des albanischen Volkes ewigen will.

Albanische Brüder!

Die faschistischen Imperialisten sowie die großserbischen Hegemonisten und die großalbanischen Reaktionäre haben euch Unglück und Sklaverei gebracht. Das albanische Volk von Kosova-Metohija ist zum Spielball ihrer imperialistischen, räuberischen Interessen geworden. Eure Freiheit liegt in eurem Kampf.

Wir, die Vertreter aller Völker von Kosova-Metohija, rufen euch zum entschlossenen Kampf gemeinsam mit den Serben, Montenegrinern und den anderen Völkern Jugoslawiens gegen den Okkupanten auf. Nur der gemeinsame bewaffnete Kampf gegen den Eroberer und seine Helfer bereitet den Weg, auf dem ihr die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung und auf Lostrennung gewinnen werdet.

Wir sind nicht allein. Die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens ist der Garant für die Freiheit aller Völker Jugoslawiens. Mit uns sind unsere großen Verbündeten, an erster Stelle die mächtige Sowjetunion mit ihrer Roten Befreiungsarmee, auch England und Amerika (Atlantik-Charta, Konferenzen von Moskau und Teheran) sowie die nationalen Befreiungsarmeen der versklavten Völker, zuvorderst die Nationale Befreiungsarmee Albaniens.

Serbische Brüder!

Ihr habt die Folgen der großserbischen hegemonialen Herrschaft am eigenen Leib erfahren. Nur im bewaffneten Kampf gemeinsam mit den Albanern und Montenegrinern könnt ihr die Freiheit und Gleichheit endgültig erringen. Entfacht deshalb den entschlossenen Kampf gegen den Okkupanten und seine Handlanger.

Montenegrinische Brüder!

Ihr seid während der gesamten Besetzung unseres Landes auf grausame Weise und unbarmherzig getötet, ausgeraubt und terrorisiert worden. Ihr habt das blutrünstige Regime der zwanzigjährigen Herrschaft der großserbischen Hegemonisten am meisten zu spüren bekommen. Wir fordern euch auf, euch mit den Albanern und Serben zum Kampf gegen den faschistischen Eroberer und alle seine Helfer zusammenzuschließen. Wir rufen euch auf, euch der Vertreibung zu widersetzen, die die Verräter nach den Wünschen und im Interesse der Besatzer vollziehen. Eure Freiheit liegt in eurem Kampf. Erhebt euch alle zum Kampf gegen den Okkupanten und die Verräter.

Völker von Kosova-Metohija!

Wir fordern euch auf, euch um den Nationalen Befreiungsrat zu scharen und mit allen Mitteln dazu beizutragen, dass sich unsere Völker im gemeinsamen bewaffneten Kampf gegen den Eroberer und die Verräter vereinigen und verbrüdern. Die Freiheit kann nur im gemeinsamen und gnadenlosen Kampf gegen den Okkupanten und die Verräter errungen werden. Bildet Kompanien und Bataillone, helft der Nationalen Befreiungsarmee und den Partisaneneinheiten. Organisiert Nationale Befreiungsräte in jedem Ort. Verhindert mit allen Kräften die Mobili-

sierung des Volkes gegen die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens und die Nationale Befreiungsarmee Albaniens, verhindert die Aktivierung für Arbeitslager und für Betriebe, in denen für Hitler gearbeitet wird.

Die Losung lautet: „An die Front, alles für den Sieg! Auf zum Kampf gegen den Eroberer und die Verräter!“

Es lebe die kämpferische Vereinigung der Albaner, Serben und Montenegriner!

Es lebe die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens!

Es lebe der Antifaschistische Nationale Befreiungsrat Jugoslawiens!

Es lebe das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens!

Es lebe die Nationale Befreiungsarmee Albaniens!

Es lebe die Nationale Befreiungsarmee des Kosmet¹¹¹!

Es lebe die Rote Befreiungsarmee unter der Führung Marschall Stalins!

Es lebe die große englisch-sowjetisch-amerikanische antifaschistische Allianz!

Tod den deutschen Eroberern und den Verrätern im Innern!

Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volk!

Der Nationale Befreiungsrat von Kosova-Metohija

Die Leitung

1. Vorsitzender Mehmet Hoxha, ehemaliger Präfekt von Gjakova,
2. Stellvertretender Vorsitzender H. U.,¹¹² Offizier der alten albanischen Armee,
3. Pavle Jovičević, Arbeiter aus Peja,
4. Mitglieder: Zekerija Rexha, Professor aus Gjakova und ehemaliger Leiter im Ministerium für Bildung,
5. Xhevdet Doda, Schuldirektor aus Prizren,
6. Milan Zečar, Landwirt aus Retkoci (Ferizaj),
7. Fadil Hoxha, Lehrer aus Gjakova,
8. Ali Shukrija, Student aus Mitrovica,
9. Hajdar Dushi, Bankangestellter aus Prizren.

Quelle. Këshilli populluer i Krahinës Autonome të Kosovë-Metohisë 1943-1953 [Der Volksrat des Autonomen Gebietes von Kosova-Metohija], Prishtina 1955, S.13-16.

111 Abkürzung für: Kosova-Metohija.

112 Rifat Berisha.

Nadežda Konstantinovna Krupskaja (1869-1939): Briefe aus den Jahren 1923 bis 1938

Christa Hinckel

Im Februar 2009 jährt sich zum 140. Mal der Geburtstag (26. Februar) und zum 70. Mal der Todestag (27. Februar) von Nadežda Konstantinovna Krupskaja, einer hervorragenden Persönlichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung Russlands. N. K. Krupskaja, seit 1894 mit Vladimir Il'ič Uljanov-Lenin in der politischen Arbeit unter den Petersburger Arbeitern verbunden und seit 1898 seine Ehefrau, wurde zu Lenins engster Vertrauten und Mitarbeiterin. Für ihre politische Tätigkeit nahm N. K. Krupskaja zusammen mit Lenin sibirische Verbannung und langjähriges Exil auf sich. An seiner Seite und Hand in Hand mit ihm wirkte sie vom Ausland her zwischen 1899 und 1917 – mit einer kurzen Unterbrechung während der 1905er Revolution – für den politischen Zusammenschluss der revolutionären Arbeiter in Russland. Krupskaja hatte durch den von ihr organisierten, regelmäßigen konspirativen Briefverkehr von und nach Russland gewichtigen Anteil daran, dass trotz der räumlichen Entfernung der Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Lenin und den revolutionären Organisationen in Russland über Grenzen hinweg funktionierte und Früchte trug. Ihr Name ist vom Werden und Wirken der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki) nicht zu trennen.

Nach der Rückkehr nach Russland im April 1917 warb sie als viel gefragte Propagandistin in zahlreichen Zusammenkünften mit Werktätigen, Frauen und Jugendlichen für die Ideen des Sozialismus und wirkte als Organisatorin des Kampfes für den Sieg der Revolution.

Nach dem Oktober 1917 bekleidete Krupskaja hohe Ämter in staatlichen und Parteiinstitutionen. Verdienste erwarb sie sich auf dem Gebiet des Bildungswesens. Sie hatte sich in der Emigrationszeit in den Bibliotheken ihrer Gastländer umfangreiche, solide Kenntnisse über fortschrittliche Bildungsinhalte, über neue, moderne Formen des Schulwesens und der Pädagogik angeeignet, die für ihre Tätigkeit in dem neuen Zeitabschnitt von immenser Bedeutung wurden. Da unter der Zarenherrschaft noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwei Drittel der Millionenbevölkerung des Riesenreiches Analphabeten waren, stand der junge Sowjetstaat vor einer kolossalen Herausforderung: mit den Millionen schlecht gebildeter Menschen ein Staatswesen aufzubauen, wie es noch nirgends in der Welt existierte.

Mit Energie, Zielstrebigkeit und Systematik stellte sich Krupskaja dieser Aufgabe an leitender Stelle im Volkskommissariat für Bildungswesen. Angefangen mit der Schaffung so elementarer Grundlagen wie die Einführung des obligatorischen, unentgeltlichen Schulbesuchs für alle Kinder in weltlichen, polytechnischen Gemeinschaftsschulen, einer groß angelegten Kampagne zur Beseitigung des Anal-

phabetismus, der Schaffung von Einrichtungen für die außerschulische Erwachsenenbildung gelang es ihr und ihren Mitarbeitern, in langjähriger Arbeit das Gerüst eines einheitlichen, modernen, fortschrittlichen Bildungswesens zu schaffen. Zeit ihres politischen Wirkens setzte sich Krupskaja mit großer Energie für die Gleichberechtigung der Frauen ein. Für dieses Ziel wirkte sie vor 1917 vor allem publizistisch und beteiligte sich aktiv an internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen. Nach 1917 war dieses Thema immanenter Bestandteil ihrer gesamten Arbeit, das sie nie aus dem Auge verlor.

Als seine Ehefrau und Mitstreiterin war Krupskaja auch Biografin Lenins. Neben ihren nach Lenins Tod verfassten „Erinnerungen an Lenin“, in denen sie über ein Vierteljahrhundert gemeinsamen Lebens und Wirkens berichtet, erweisen sich ihre Briefe als ergiebige biografische Quelle. In zahlreichen Briefen an Lenins Mutter und Geschwister, geschrieben in den Jahren der Verbannung und des Exils, finden sich viele Einzelheiten über den Menschen Lenin, sein Naturell und seinen Charakter.¹

Besonders bewegend sind jene Briefe, die Krupskaja im letzten Lebensjahr Lenins an Freunde und Genossen schrieb. Sie reflektieren das aus der täglichen Nähe zu dem kranken Gefährten erwachsende, quälende Auf und Ab zwischen Hoffnung und Zweifel. Seit Mai 1922 schwer krank, konnte Lenin 1923 nur noch sehr begrenzt geistig und politisch tätig sein. Erschwerend für seinen Zustand wirkten auf ihn, so Krupskaja in einem Brief an Grigorij Evseevič Zinov'ev, „die Sitten, die sich in unseren Spitzen eingebürgert haben“, – „eine Atmosphäre solchen Gezänks und persönlicher Abrechnung“ (Dok. 2). Wir veröffentlichen hier u. a. Briefe aus dieser schweren Zeit des körperlichen Verfalls Lenins.

In den 1937/38 geschriebenen drei Briefen Krupskajas an Stalin, die wir hier gleichfalls edieren, spiegelt sich die zunehmende Entartung des politischen Systems in der Sowjetunion: Bürokratisierung, entrechtender Umgang mit Nationalitäten, Sippenhaft.

Zugleich vermittelten die Briefe das Bild einer empfindungsreichen und seelisch starken Frau, die sich von humanistischen Idealen leiten ließ.

Dokument 1/1

N. K. Krupskaja an P. N. Mostovenko², vor dem 6. März 1923

Genosse Mostovenko,
heute, beim Tee mit Vladimir Il'ič, erwähnte V. A. Obuch³ Ihren Namen. Vladi-

1 Siehe W. I. Lenin: Briefe, Bd. X: Briefe an die Angehörigen 1893-1922. Anhang II: Briefe von N. K. Krupskaja, Berlin 1976, S.381-447.

2 Pavel Nikolaevič Mostovenko (1881-1938), seit 1922 Bevollmächtigter Vertreter der RSFSR in der Tschechoslowakei.

3 Vladimir Aleksandrovič Obuch (1870-1934), behandelnder Arzt Lenins.

mir Il'ič reagierte sehr lebhaft darauf und bat, Ihnen einen Gruß auszurichten. Er erkundigte sich dann, wer Ihr Nachfolger ist, und bat, Sie nach Ihrer Arbeit in der Tschechoslowakei zu befragen. Wenn es etwas gibt, was ihn nicht aufregt, schreiben Sie mir, damit ich es ihm erzählen kann. Aber es darf nichts Aufregendes sein. Und schreiben Sie möglichst bald, sonst wird er jeden Tag nachfragen. Irgendetwas Lebendiges, Anschauliches, Charakteristisches. Bitte, seien Sie so gut.

Ich drücke Ihnen fest die Hand. Vladimir Il'ič und ich dachten an den Parteitag 1905 zurück, wo wir Sie zum ersten Mal trafen.⁴

Dokument 1/2

N. K. Krupskaja an I. A. Armand⁵, 6. Mai 1923

6.V. Teure, liebe Inna, Du machst mir Vorwürfe, dass ich Dir nicht schreibe, aber Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was sich bei uns tut. Die Ärzte sagen, dass Volodja wieder gesund werden kann, aber sie sagen auch selbst, dass es keine Gewissheit gibt. Was allerdings jetzt vor sich geht, kann man nicht beschreiben. Alle alten Maßstäbe sind irgendwohin verschwunden, und manches Mal, wenn du ins reale Leben zurückkehrst, scheint es dir unendlich fern. Und auch die Menschen haben sich zurückgezogen – sie drücken ihre Teilnahme aus, fürchten sich aber zu kommen (nur Varja⁶ kommt). Ich lebe nur davon, dass Volodja sich morgens über meine Gegenwart freut, meine Hand nimmt, und manchmal reden wir ohne Worte über verschiedene Dinge, die man sowieso nicht benennen kann.

Lebwohl, meine liebe Inuša, ich wünsche Dir großes allumfassendes Glück im Leben. Ich küsse Dich herzlich

N. K.

Dokument 1/3

N. K. Krupskaja an I. A. und W. A. Armand, 29. Juli 1923

29/VII. Meine lieben Mädchen, in Gedanken habe ich schon lange an Euch geschrieben, aber wirklich tue ich es erst heute. Volodja ist vor drei Wochen an Malaria und an irgendeiner Magengeschichte erkrankt. Er war tüchtig geschwächt, aber nach einer Woche Bettruhe hat schnell eine Besserung eingesetzt – der Schlaf ist wieder in Ordnung, er schläft nachts durch, ohne aufzuwachen, der Magen hat sich beruhigt, er kann schon,

4 N. K. Krupskaja irrt hier. Mostovenko war Delegierter der Tverer Parteiorganisation auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR 1907.

5 Inna Aleksandrovna Armand (1898-1971), älteste Tochter von Inès Armand, arbeitete seit 1923 in der Handelsvertretung der RSFSR in Deutschland.

6 Varja – Varvara Aleksandrovna Armand (1901-1987), Tochter von Inès Armand, seit 1921 Studentin der Höheren künstlerischen Werkstätten.

wenn er sich auf etwas stützen kann, einige Schritte machen, und, was die Hauptsache ist, seine Stimmung hat sich verändert. Ganze Tage verbringt er, wenn es nicht regnet, im Garten, sucht mit Begeisterung Pilze, sitzt stundenlang in der Sonne. Nur das Sprechen will nicht funktionieren (er boykottiert den Sprachspezialisten), aber die Ärzte sagen, dass die Sprache vom Allgemeinzustand abhängt, und wenn sich die Gesundheit im Allgemeinen bessert, wird auch das Sprachvermögen zurückkehren. Man hat Furcht, in die Zukunft zu sehen. Ich glaube keinem Arzt – und was weiter wird, weiß ich nicht, doch vorerst haben wir etwas aufgeatmet und wollen über die Zukunft nicht grübeln. Man steckt wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand, um nichts zu sehen. Ich verbringe jetzt die ganzen Tage mit Volodja, und abends schlafe ich ein wie erschlagen. Deshalb tue ich nichts, lese nichts, lebe so dahin. Das ganze Publikum ist krank oder verreis, und Moskau gleicht zur Zeit einer richtigen arabischen Wüste, sogar mein lieber GUS⁷ ist auseinandergelaufen.

So, da habt Ihr alles über mich.

Sehnlichst warte ich auf ein baldiges Wiedersehen mit Varjuška. Es ist schrecklich ärgerlich, dass Ihr beide schon wieder abnehmt, was ihr an Gewicht zugelegt hattet. Gibst Du auf Dich acht, Inuška? Es ist furchtbar schade, dass Du so weit weg bist. Du weißt, dass ich sehr schnell die Sympathien von Kindern erringen kann, ich kann solche Gesichter schneiden, solche Augen machen, dass sie sich zu mir mit aller Macht hingezogen fühlen. Durch Erfahrung keinen „Roman“ anzufangen. Ich hatte einmal zu einem kleinen Jungen ein sehr enges Verhältnis, die Eltern haben ihn jedoch fortgeschafft, und obgleich der Junge trotz allerdümmster Erziehung aufs Beste gediehen war, ist er dann durch die elterliche Habsucht und Dummheit zugrunde gegangen. Seitdem bin ich bestrebt, Kinder nicht ins Herz zu schließen, aber Dein Söhnchen wäre wie mein eigenes, ihn lieb zu gewinnen würde ich mich nicht fürchten. Schreib mir bitte häufiger, Inusja. Es ist so schön, Eure Briefe zu bekommen. Ich habe wohl schon geschrieben, dass ich mich in meinem ganzen Leben nie so allein gefühlt habe wie jetzt. Manchmal scheint es, als ob niemand mehr an mich denkt. Man ist eben verwöhnt. Aber dann kommt ein Briefchen von meinen Mädchen, und ich taue auf.

Ich küsse und umarme Euch ganz kräftig.

Eure N. K.

Dokument 1/4

N. K. Krupskaja an I. A. Armand, 2. September 1923

2/IX. Meine liebe Inočka, ich habe eine Ewigkeit nicht an Dich geschrieben, obwohl ich täglich an Dich denke. Aber es ist so, dass ich jetzt ganze Tage mit Volodja zubringe, der sich rasch erholt, und abends bin ich dann völlig erledigt und unfähig, noch Briefe zu schreiben. Die Genesung geht gut voran – er schläft

⁷ GUS – Staatlicher Wissenschaftlicher Rat beim Volkskommissariat für Bildungswesen der RSFSR. N. K. Krupskaja war von 1919 bis 1932 Mitglied seines Präsidiums.

die ganze Zeit ausgezeichnet, der Magen ist auch in Ordnung, die Stimmung ausgeglichen, er läuft jetzt (mit Unterstützung) viel und steigt selbstständig, gestützt auf das Geländer, die Treppen hinauf und hinunter. Für die Hand bekommt er Bäder und Massagen, und auch sie beginnt sich zu bessern. Auch das Sprechen macht große Fortschritte – Foerster und die anderen Neuropathologen sagen, dass die Sprache jetzt ganz bestimmt wiederhergestellt wird. Das, was im letzten Monat erreicht worden ist, braucht gewöhnlich mehrere Monate. Seine Stimmung ist sehr gut, jetzt sieht auch er, dass er wirklich auf dem Wege der Besserung ist. Ich biete mich ihm schon als Privatsekretär an und beabsichtige, Stenografie zu erlernen. Jeden Tag lese ich ihm die Zeitung vor, jeden Tag gehen wir lange spazieren und üben. Nur heute haben wir alle einen fürchterlichen Schreck bekommen: Er hat, als er die Treppe hinunterging, die gesunde Hand überanstrengt, so dass sie verkrampfte, und er glaubte, er hätte erneut einen Anfall, und hat sich unheimlich erschrocken und wir nicht minder. Ich bin jetzt sehr gefragt und bin die ganze Zeit mit Volodja zusammen; in die Stadt fahre ich nicht, habe aber eine Unmenge Geschäftchen am Hals.

Mal schickt das ZK ein Briefchen, ich möchte mindestens einen Artikel pro Woche für die „Pravda“ schreiben, mal bedrängt mich die Jugend, mal der GUS, mal der Glavpolitprosvet⁸.

Ich werde von allen Seiten in die Pflicht genommen.

Ich bin Dir gegenüber, meine Liebe, Teure, schrecklich mit Schuld beladen, ich schreibe nicht, schicke Dir keine Bücher, kümmere mich überhaupt nicht um Dich. Auch von Dir habe ich furchtbar lange nichts gehört. Um meine Schuld Dir gegenüber irgendwie wieder gutzumachen, schicke ich Dir das letzte Foto von Volodja. Es ist schön, nicht? Es ist mein eigenes, ein zweites habe ich momentan nicht, aber ich hoffe, für mich und Varjuša noch eins zu ergattern. Richte bitte Anna Evgen'evna⁹ folgendes aus: Molotov¹⁰ hatte versprochen, alles bezüglich ihres Sohnes¹¹ zu regeln, ich habe ihm vertraut und mich beruhigt. Als ich ihren Brief bekam, habe ich angefangen nachzuforschen. Es stellt sich heraus, Molotov ist weggefahren, laut meinen Recherchen ist diese Frage im Orgbüro nicht gestellt worden. Ich bat Rudzutak¹², sie vorzubringen, aber nun stellte sich heraus, dass das ZK für derartige Ausgaben keine Kredite hat, sie wurden gesperrt, und es gibt Kredite ausschließlich für Heilzwecke. Das ärgert mich sehr.

8 Glavpolitprosvet – Hauptausschuss für politisch-kulturelle Aufklärung. In den Jahren 1921 bis 1930 war N. K. Krupskaja dessen Vorsitzende.

9 Anna Evgen'evna Konstantinovič (geb. Armand) (1886-1936), Tante von Inna und Varvara Armand, arbeitete in der Handelsvertretung der RSFSR in Deutschland.

10 Vjačeslav Michajlovič Molotov (1890-1986), zu jener Zeit Sekretär des ZK der KPR(B).

11 Es ging hierbei um die finanzielle Unterstützung des Sohnes von A. E. Konstantinovič, die ihm die Fortsetzung seines Studiums an einer Schweizer Polytechnischen Hochschule ermöglichen sollte.

12 Jan Ernestovič Rudzutak (1887-1938), 1923/1924 Sekretär des ZK der KPR(B).

Wann hast Du vor, nach Moskau zu kommen? Wie geht es Deinem Kindchen?
Wie Dir selber?

Ich küsse Dich ganz, ganz kräftig und grüße Hugo¹³.

Deine N. K.

PS. Schreib mir bitte recht bald und schreib auch, welche Bücher ich Dir schicken soll.

PPS. Ich lege einen Brief von Varjuška bei.

Dokument 1/5

N. K. Krupskaja an I. A. Armand, 13. September 1923

13/IX

Liebe Inuša, eine ganze Ewigkeit keine Nachrichten von Dir, was mich sehr beunruhigt und mich auf alle möglichen Gedanken bringt. Hast Du mein Paket bekommen? Ich bin ein schrecklicher Dummkopf in dieser Beziehung, Du müsstest mir aufschreiben, was ich schicken soll.

Hast Du meinen Brief mit Volodjas Foto erhalten? Bei uns schreitet die Genesung weiter voran, obwohl das alles verteuftelt langsam geht. Volodjas Selbstbeherrschung ist grandios, er bemüht sich vor allen zu verbergen, wie sehr er leidet. Im Übrigen kann niemand sagen, bis zu welchem Punkt die Genesung gehen wird, kann sein, bis zur vollständigen Wiederherstellung. Es bleibt nur eins – sich in Geduld fassen. Wir machen weite Fahrten mit dem Auto in den Wald, lesen Zeitung, fahren im Garten umher.

Ich sehe überhaupt niemanden außer den Ärzten und manchmal unsere Leute vom Volkskommissariat, Zeitungen lese ich kaum, jede freie Minute ist vollgestopft mit Arbeit fürs Volkskommissariat. Deshalb kann ich Dir, meine Liebe, nichts Geistvolles schreiben.

Ich umarme und drücke Dich, mein geliebtes Mädchen, bleib gesund, grüße Hugo. Umarme mich, so fest Du kannst.

Deine N. K.

PS. Eben bekam ich Deinen Brief. An Varja übersende ich ihn eingeschrieben. Ich freue mich sehr, meine Liebe, dass es Dir gut geht. Ich werde mich bemühen, Hugo zu treffen. Wird er für länger hierbleiben? Das Foto hat Maria Il'inična¹⁴ geschossen. Ich habe sie gefragt, sie hat nichts dagegen, dass das deutsche ZK es kopiert, hier wird man es anscheinend auch vervielfältigen.

13 Hugo Eberlein (1887-1941), deutscher Kommunist, einer der Führer des „Spartakusbundes“, Mitglied des ZK der KPD, Ehemann von Inna Armand.

14 Maria Il'inična Uljanova (1878-1937), jüngste Schwester V. I. Lenins, Mitglied des Redaktionskollegiums und verantwortlicher Sekretär der „Pravda“.

Maruša fotografiert Volodja unaufhörlich, jeden Tag, aber mir gefallen nur wenige von den Fotos.

Nun, ich umarme Dich nochmals ganz fest. Wie schade, dass Du nicht auch herkommst.

Mein liebes Mädchen.

Dokument 1/6

N. K. Krupskaja an I. A. Armand, 28. Oktober und 6. November 1923

28/X

Meine liebe Inočka, eine ganze Ewigkeit habe ich Dir nicht geschrieben, obgleich ich ständig an Dich denke, aber das Schreiben fällt irgendwie schwer.

Jetzt ist bei uns Herbst, der Park ist verödet, es ist langweilig in ihm. Im Sommer drängten sich die Leute, jetzt ist niemand da und V(olodja) ist recht bedrückt, besonders während der Spaziergänge. Jeden Tag gibt es bei ihm einen gewissen Fortschritt, aber alle Fortschritte sind mikroskopisch klein, und immer hängen wir weiterhin irgendwie zwischen Leben und Tod. Die Ärzte sagen, alles spreche dafür, dass er genesen wird, aber ich weiß jetzt mit Bestimmtheit, dass sie überhaupt nichts wissen, wissen können.

Ich habe Dir den „Prožektor“¹⁵ nicht geschickt, weil Volodja dort entstellt abgebildet ist, und ich will nicht, dass Du dieses Foto hast.

Die Ärzte wissen nichts, und dieser Zustand der Ungewissheit ist sehr quälend. Deshalb schreibe ich Dir auch nicht.

6/XI

Ich habe den vor einer Woche angefangenen Brief an Dich, meine Liebe, unvollendet liegen gelassen. Den heutigen Brief schreibe ich am frühen Morgen an Dich – es ist jetzt 6 Uhr morgens –, abends bin ich völlig außerstande zu denken. Ich weiß übrigens auch jetzt nicht, was ich schreiben soll – unsere Fortschritte sind für das bloße Auge zu langsam, als dass es sich lohnen würde, darüber zu schreiben.

Volodja und ich lesen täglich die Zeitungen, er hat mit Interesse die Ereignisse in Deutschland verfolgt, er hat auch alles, was man vor ihm verheimlichen wollte, herausgelesen oder uns aus der Nase gezogen – die Ermordung Vorovskijs¹⁶, Martovs Tod¹⁷ usw.

15 Die Fotografie V. I. Lenins wurde in der Zeitschrift „Prožektor“ (Scheinwerfer) Nr.14 (August) und nochmals in Nr. 15 (September) 1923 abgedruckt.

16 Vaclav Vaclavovič Vorovskij (1871-1923), Bolschewik, nach der Oktoberrevolution im diplomatischen Dienst der RSFSR, Teilnehmer an den internationalen Konferenzen in Genua (1922) und Lausanne (1922/23), in Lausanne von einem weißgardistischen Emigranten ermordet.

17 Lev Martov (1873-1923), Mitbegründer und Redakteur der leninschen „Iskra“. Nach dem II. Parteitag der SDAPR 1903 Führer der Menschewiki, Gegner der Sowjetmacht,

Schrecklich unverantwortliche Mitteilungen werden über den Gesundheitszustand von Vladimir Il'ič in den Zeitungen gedruckt und von den Genossen gemacht.¹⁸

Wir haben das ZK gebeten zu beschließen, dass das unterlassen wird, so dass von jetzt an nur Bulletins veröffentlicht werden.

In die Stadt fahre ich sehr selten, jetzt noch seltener als früher, und wenn ich hinfahre, bleibe ich im Volkskommissariat hängen, so dass ich niemanden sehe und nichts erfahre. Zu uns kommt jetzt auch niemand – manchmal scheint es, als ob alle dich vergessen haben. Varjuška sehe ich überhaupt nicht und rufe sie sogar selten an. Ich bin jetzt erst zu später Stunde frei, und da will ich sie nicht aufwecken.

Morgen ist Feiertag. Sechs Jahre sind vergangen seit der Eroberung der Macht. Wie viel ist in dieser Zeit im gesellschaftlichen wie im persönlichen Leben geschehen.

Schreibe mir, mein liebes, teures Mädchen, unabhängig von meinen Briefen. Ich werde mich auch bemühen, akkurater zu sein und Dir nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu schreiben.

Wie geht es Deinem Kindchen?

Grüße Hugo und auch Dein Kindchen.

Ich küsse Dich innig und umarme Dich fest.

Deine N. K.

Dokument 1/7

N. K. Krupskaja an A. M. Kalmykova¹⁹, 4. Januar 1924

Verehrte Aleksandra Michailovna,
man hat mir geschrieben, dass Sie materiell ungenügend versorgt sind, kein Geld für notwendige Ausgaben haben und dass bisher irgendein Herausgeber für Sie

lebte seit 1920 in Deutschland.

18 In der „Pravda“, der „Izvestija“ und der „Petrogradskaja Pravda“ gab es Informationen über Redebeiträge von L. B. Krasin, A. V. Lunačarskij, V. M. Molotov, N. A. Semaško und M. N. Ljadov auf verschiedenen Sitzungen und Versammlungen, in denen sie auch über eine bedeutende Verbesserung des Gesundheitszustandes von Vladimir Il'ič berichteten, was nicht der Wirklichkeit entsprach. Am 27.4.1923 hatte das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPR(B) beschlossen, nachdem es den Bericht G. E. Zinov'evs und L. D. Trockijs entgegengenommen hatte: „Das Politbüro wird beauftragt, die politische Kontrolle über jegliche Information zum Gesundheitszustand Il'ičs zu übernehmen.“

19 Aleksandra Michajlovna Kalmykova (1849-1926), Buchhändlerin und Verlegerin, Volkstümelerin, hatte die russischen Sozialdemokraten finanziell und durch Herausgabe legaler marxistischer Schriften vor der Revolution unterstützt.

ins Cekubu²⁰ Geld einzahlt, aber nicht bekannt ist, ob er das weiterhin tun kann. All das beunruhigt Sie.

Teure Aleksandra Michailovna, ich habe seinerzeit den Sekretär des VCIK²¹ eindringlich gebeten, sich um Sie zu kümmern, und er hat mir das versprochen, so dass ich beruhigt war. Nun stellt sich heraus, dass es nicht so ist, wie ich dachte.

Gestern habe ich mit Semaško²² über Sie gesprochen. Er macht Ihnen den Vorschlag, hierher umzuziehen, wo sie ein Erholungsheim für Schriftsteller haben, in dem es scheint's wirklich schön ist. Ich habe ihm gesagt, dass Ihnen das kaum recht sein wird, weil Sie eine eingefleischte Petrograderin sind. Daraufhin bot er an, Sie in Petrograd entweder in dem Haus, in dem anscheinend Vera Ivanovna²³ gewohnt hat, unterzubringen oder Ihnen einen Platz in dem Sanatorium sicherzustellen, in dem Sie sich zur Zeit befinden. Und er schlug mir vor, Ihnen zu schreiben und in Erfahrung zu bringen, wie Sie selbst sich eigentlich Ihre Unterbringung vorstellen. Das ist natürlich richtig. Schreiben Sie mir baldigst Ihre Wünsche, damit man weiß, was unternommen werden muss.

Nun, ein gutes neues Jahr! Ich wünsche Ihnen Gesundheit und innere Ruhe.

Für uns war das alte Jahr sehr belastend. Die Ärzte hoffen auf Vladimir Il'ič's vollständige Genesung, zurzeit ist er fast vollständig wiederhergestellt. Physisch fühlt er sich ganz gut, verfolgt aufmerksam die Zeitungen und neu erschienene Literatur, unsere und die weißgardistische, aber arbeiten kann er noch nicht. Er lässt Sie grüßen.

Adresse: Kreml, an mich.

Ich drücke Ihnen fest die Hand.

N. Krupskaja

Dokument 1/8

N. K. Krupskaja an I. A. Armand, 31. Dezember 1928

31/XII. 28

Meine liebe Inočka!

Du hast total vergessen, dass es mich gibt, und das, mein Kind ist ganz und gar gewissenlos.

Trotzdem küsse und umarme ich Dich fest.

Prosit Neujahr! So sagt man ja wohl bei Euch.

20 Cekubu – Zentrale Kommission zur Verbesserung der Lage der Wissenschaftler.

21 Avel' Safronovič Enukidze (1877-1937), seit Oktober 1918 Mitglied und Sekretär des Präsidiums des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees (VCIK) und von Dezember 1922 des Zentralexekutivkomitees der UdSSR.

22 Nikolaj Aleksandrovič Semaško (1874-1949), 1918-1930 Volkskommissar für Gesundheitswesen der RSFSR.

23 Vera Ivanovna – gemeint möglicherweise V. I. Zasulič (1849-1919), Mitglied der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ und der „Iskra“-Redaktion.

Bei Anna Il'inična²⁴ haben sich Briefe von Vladimir Il'ič aus der Zeit der sibirischen Verbannung angefundnen. Sie werden demnächst in der „Proletarskaja Revolucija“²⁵ veröffentlicht. So lebendig ersteht vor den Augen jene Zeit einer ursprünglichen Unversehrtheit und Daseinsfreude. Alles war so ursprünglich, die Natur – Sauerampfer, Pilze, Jagd, Schlittschuhlaufen –, der enge Freundschaftskreis der Genossen. Wir fuhren zu Feiertagen – das liegt ca. 30 Jahre zurück – nach Minussinsk²⁶, der enge Freundeskreis der Genossen, gemeinsame Spaziergänge, das Singen und eine gemeinsame, irgendwie naive Fröhlichkeit. Zu Hause wirkte Mama²⁷, die Hauswirtschaft war ebenfalls ursprünglich, halbe Naturalwirtschaft, unser Leben – gemeinsame Arbeit, ein und dieselben Erlebnisse und Reaktionen, wir erhalten den Bernstein²⁸, ereifern und empören uns usw. Heute scheint mir schon, ein solches Leben ist ganz unmöglich. Die Lage ist viel zu kompliziert geworden. Was ist in den dreißig Jahren nicht alles geschehen, und was haben wir nicht alles auf unsere Schultern genommen.

Das war ein bisschen Lyrik für Dich ---

Aber wahrscheinlich ist doch vieles aus jener Zeit auch erhalten. Die gleiche Wirkung – ich lese und lese Vladimir Il'ič, vieles verstehe ich weitaus gründlicher; die gleiche Ausrichtung des Denkens. Du schaust auf das Leben der Massen, das sich heute irgendwie besonders stürmisch entfaltet. Inuša, ich warte auf eine Nachricht von Dir, schreib bitte. Gruß an Hugo und eine Umarmung für Dein Kind.
Deine N. K.

PS. Ich denke immer, wie nötig jetzt eine Synthese der russischen und der deutschen Erfahrungen ist und unter was für günstigen Bedingungen Du Dich in dieser Beziehung befindest. Wir sind trotz allem noch schrecklich zurückgeblieben, und diese Zurückgebliebenheit fesselt uns bei jedem Schritt. Lerne nur bitte so viel wie möglich aus dem Leben der breiten Massen, und lerne zu schreiben. Für Dich kann vieles sichtbar werden. Nun, ich umarme Dich nochmals. Grüße die Genossen.

Quelle: Izvestija ZK KPSS, Moskau, 1989, Nr. 4. Die aus der Quelle stammenden Anmerkungen wurden von der Redaktion präzisiert. *Aus dem Russischen übersetzt von Christa Hinkel.*

24 Anna Il'inična Uljanova-Elizarova (1864-1935), älteste Schwester V. I. Lenins, zu jener Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lenin-Instituts, Sekretär und Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Proletarskaja Revolucija“.

25 Die Briefe V. I. Lenins an die Angehörigen aus den Jahren 1897 bis 1899 wurden mit einer Vorbemerkung von A. I. Uljanova-Elizarova in der Zeitschrift „Proletarskaja Revolucija“, 1929, Nr. 2-9 veröffentlicht. Heute bilden sie einen Teil des Bandes 55 der Vollständigen Ausgabe der Werke V. I. Lenins, deutsch in: Lenin, Briefe, Bd. X, S.22-180.

26 Krupskaja meint die Strafkolonisten, die Genossen V. I. Lenins aus dem Petersburger „Kampfbund“ und anderer, mit denen er erst in der Verbannung bekannt wurde.

27 Elizaveta Vasil'evna Krupskaja (1842-1915), N. K. Krupskajas Mutter, lebte mit Lenin und Krupskaja in der Verbannung und Emigration, führte ihnen den Haushalt und unterstützte sie bei der revolutionären Arbeit.

28 Eduard Bernstein (1850-1932), ein Führer der deutschen Sozialdemokratie. Krupskaja meint das Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“.

Dokument 2

N. K. Krupskaja an G. E. Zinov'ev, 31. Oktober 1923

31. X. Lieber Grigorij, nach dem Plenum²⁹ habe ich Ihnen einen Brief geschrieben, aber Sie sind weggefahren, und der Brief blieb liegen. Jetzt beim Durchlesen habe ich mich entschlossen, ihn nicht abzuschicken, denn alle Fragen darin sind zuge-spitzt. In der Atmosphäre jener „Redefreiheit“,³⁰ die auf dem Plenum herrschte, war er angebracht und verständlich, eine Woche später klingt er anders.

Ich werde darlegen, was ich in dem Brief geschrieben hatte.

Sie werden verstehen, dass ich vor den Osinskij, Rafail und Co.³¹ nicht anders auf-

29 Das gemeinsame Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission der KPR(B) mit Vertretern der Parteiorganisationen von Petrograd, Moskau, Ivanovo-Voznesensk, Nižnij-Novgorod, Charkov, Doneck, Ekaterinburg, Rostov, Baku und Tula fand vom 25. bis 27. Oktober 1923 statt. Auf dem Plenum wurden folgende Fragen behandelt: 1. Über die innerparteiliche Lage im Zusammenhang mit den Briefen L. D. Trockijs. 2. Über die Ereignisse in Bulgarien. 3. Über die Ereignisse in Deutschland. 4. Information über den Gesundheitszustand V. I. Lenins u. a. Auf dem Plenum war auch N. K. Krupskaja anwesend. Ein Stenogramm der Sitzung konnte nicht aufgefunden werden, vielleicht wurde es gar nicht geführt. Erhalten sind nur die Protokolle des Plenums sowie Konzepte der Schlussreden I. V. Stalins und L. D. Trockijs.

30 In der angespannten polemischen Situation überschritten die Diskussionsteilnehmer bisweilen die Grenze des Erlaubten, es wurden taktlose Ausdrücke und unverantwortliche Ausfälle zugelassen wie beispielsweise die Beschuldigung gegenüber L. D. Trockij, an V. I. Lenins Krankheit schuld zu sein, die G. I. Petrovskij in der zweiten Sitzung am 25. Oktober gebraucht hatte. Wenn N. K. Krupskaja von „Redefreiheit“, von „Gezänk und persönlicher Abrechnung“ sprach, hatte sie möglicherweise eben dies im Auge, aber auch die scharfen Ausfälle gegen L. D. Trockij, die sie, nach dem zweiten Teil des Briefes zu urteilen, nicht billigte.

31 Gemeint sind die Vertreter der „Plattform der 46“, die zum Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPR(B) eingeladen worden waren. Osinskij, N. (Obolenskij, V. V., 1887-1937), Mitglied der Partei seit 1907, nach der Oktoberrevolution Leiter der Staatsbank der RSFSR, erster Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrats, 1921 bis 1923 Stellvertreter des Volkskommissars für Landwirtschaft, auf dem X. Parteitag war er zum Kandidaten des ZK der KPR(B) gewählt worden; Rafail (Farbman, R. B., 1893-1966), Parteimitglied seit 1910, 1920 Sekretär des ZK der KP(B) der Ukraine, später Leiter der Moskauer Abteilung für Volksbildung, 1933 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen. Unter den anderen zum Plenum Eingeladenen von den Vertretern der „Plattform der 46“ waren ferner: V. V. Kosior (1891-1938), Parteimitglied seit 1907; M. I. Lobanov (1887-1937), Parteimitglied seit 1904; N. I. Muralov (1877-1937), Parteimitglied seit 1903; J. A. Preobraženskij (1886-1937), Parteimitglied seit 1903; T. V. Sapronov (1887-1939), Parteimitglied seit 1902; L. P. Serebrjakov (1888-1937), Parteimitglied seit 1905; I. N. Smirnov (1887-1937), Parteimitglied seit 1907; I. N. Stukov (1888-1937), Parteimitglied seit 1905; V. N. Jakovleva (1885-1944), Parteimitglied seit 1904, und A. G. Šljapnikov (1885-1937), Parteimitglied seit 1901. Sie alle wurden gesetzwidrig Repressalien unterworfen, die meisten erschossen und postum rehabilitiert.

treten konnte, als ich aufgetreten bin. Aber für all das Abscheuliche – Sie werden zugeben, dass der ganze Vorfall durchweg abscheulich war – darf man keinesfalls Trockij allein die Schuld geben.³² Für alles, was geschehen ist, trägt auch unsere Gruppe Schuld: Sie, Stalin und Kamenev.³³ Sie konnten natürlich, wollten aber diesen Unfug nicht verhindern. Hätten Sie es *nicht* gekonnt, würde das die völlige Ohnmacht unserer Gruppe, ihre völlige Hilflosigkeit beweisen. Nein, es geht nicht darum, dass es nicht möglich war, sondern darum, dass man es nicht wollte. Unsere ergriffen selbst einen falschen, unzulässigen Ton. Man darf nicht eine Atmosphäre solchen Gezänks und persönlicher Abrechnung schaffen.

Die Arbeiter – ich rede nicht von Arbeitern wie Evdokimov³⁴ oder Zaluckij³⁵, Arbeitern der Herkunft nach, die aber schon lange zu Professionellen³⁶ geworden sind, sondern von Arbeitern aus dem Werk und der Fabrik – sie würden nicht nur Trockij scharf verurteilen, sondern auch uns. Der gesunde Klasseninstinkt der Arbeiter würde sie veranlassen, sich scharf gegen beide Seiten auszusprechen, besonders scharf jedoch gegen unsere Gruppe, die für den allgemeinen Ton *verantwortlich* ist.

Daher haben sich alle so sehr davor gefürchtet, dass dieses ganze Gezänk in die Massen getragen wird. Vor den Arbeitern muss der ganze Vorfall³⁷ *verborgen bleiben*. Aber Führer, die vor den Arbeitern etwas zu verbergen haben (ich rede nicht von rein konspirativen Dingen – das ist ein Kapitel für sich), die es nicht wagen, ihnen alles zu sagen – was soll das?! So geht es nicht.

Völlig unzulässig ist auch der Missbrauch des Namens von Il'ič, den es auf dem Plenum gegeben hat. Ich stelle mir vor, wie empört er wäre, wenn er wüsste, wie sein Name missbraucht wird. Gut, dass ich nicht da war, als Petrovskij³⁸ sagte,

Eine der Hauptforderungen der Anhänger der „Plattform der 46“ war die Aufhebung des Beschlusses des X. Parteitags der KPR(B) über das Verbot von Fraktionen und Gruppierungen, womit N. K. Krupskaja nicht einverstanden war.

32 L. D. Trockij kritisierte die Bürokratisierung des Parteiapparats, die er vor allem in der Stärkung der Macht des Sekretariats des ZK der KPR(B) mit I. V. Stalin an der Spitze sah.

33 G. E. Zinov'ev, I. V. Stalin und L. B. Kamenev traten für die strikte Erfüllung der Beschlüsse des X. Parteitags der KPR(B) über das Verbot von Fraktionen und Gruppierungen ein.

34 G. J. Evdokimov (1884-1936), Parteimitglied seit 1903, 1923 Mitglied des ZK der KPR(B), Vorsitzender des Petrograder Rats der Gewerkschaften.

35 Petr Antonovič Zaluckij (1887-1937), Parteimitglied seit 1907, 1923 Mitglied des ZK der KPR(B), Sekretär des Uraler Büros des ZK der KPR(B).

36 Professioneller – in diesem Fall ein Parteifunktionär, der sich nur mit Parteiarbeit beschäftigte und von der Partei bezahlt wurde. Der Ausdruck war seit der vorrevolutionären Zeit in Gebrauch.

37 Der Vorfall – Spaltung im Politbüro und im ZK, für die nach Meinung von N. K. Krupskaja die Arbeiterklasse, wenn sie davon erfahren hätte, die Parteiführung verurteilt hätte. Auf dem Plenum wurde einstimmig beschlossen, die Briefe L. D. Trockijs und die „Erklärung der 46“ sowie eine zu diesen Dokumenten angenommene Resolution nicht zu veröffentlichen. N. K. Krupskaja ordnete sich dem Beschluss des Plenums widerspruchlos unter.

38 G. I. Petrovskij (1878-1958), Parteimitglied seit 1897, 1923 Mitglied des ZK der KPR(B), Vorsitzender des Gesamtukrainischen Zentralexekutivkomitees.

Trockij sei schuld an Il'ičs Krankheit, ich hätte geschrien: Das ist eine Lüge, am meisten beunruhigte V. I. nicht Trockij, sondern die nationale Frage³⁹ und die Sitten, die sich in unseren Spitzen eingebürgert haben.⁴⁰ Sie wissen, dass V. I. die Gefahr einer Spaltung nicht nur in den persönlichen Eigenschaften Trockij sah, sondern auch in den persönlichen Eigenschaften Stalins und anderer. Und da Sie das wissen, waren die Bezugnahmen auf Il'ič unzulässig, unaufrichtig. Man durfte sie nicht zulassen. Sie waren heuchlerisch. Mir persönlich bereiteten sie unerträgliche Qual. Ich dachte bei mir: Lohnt es sich für ihn, gesund zu werden, wenn die nächsten Genossen und Mitstreiter sich ihm gegenüber so verhalten, so wenig auf ihn hören, ihn so entstellen?

Und jetzt die Hauptsache. Der Augenblick ist zu ernst, um eine Spaltung zu veranstalten und für Trockij die Arbeit psychologisch unmöglich zu machen. Man muss versuchen, sich mit ihm *kameradschaftlich* zu verständigen. Formell wird jetzt das ganze Odium für die Spaltung auf Trockij abgewälzt, aber eben abgewälzt, denn im Grunde genommen – hat man Trockij nicht dahin gebracht? Details kenne ich nicht, und um sie geht es auch nicht – oft sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht –, das Wichtigste aber ist, dass man Trockij als Kraft der Partei betrachtet und es versteht, eine solche Situation zu schaffen, da man diese Kraft maximal für die Partei nutzen kann.

Nun, ich habe gesagt, was mir auf der Seele liegt.

V. I. hat die Ankündigung der „Zvezda“ und seines Artikels darin⁴¹ gelesen. Er bittet darum, ihn sofort nach Erscheinen zu besorgen. Er erinnert sich klar an diesen, seinen Artikel. Ich würde sehr darum bitten, dass mir die Nummer mit dem Artikel von Il'ič sofort nach Erscheinen zugeschickt wird.

Alles Gute. N. Krupskaja

Quelle: Izvestija ZK KPSS, 1989, Nr. 2, S.201-203. Die aus der Quelle stammenden Anmerkungen wurden von der Redaktion präzisiert.

Aus dem Russischen übersetzt von Erika Segendorf.

39 Siehe W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“, in: Werke, Bd. 36, S.590-596. Mit der Bitte, zur „georgischen Angelegenheit“ auf dem Plenum des ZK zu sprechen, hatte sich V. I. Lenin im Brief vom 5. März 1923 an L. D. Trockij gewandt. Siehe W. I. Lenin: Briefe, Bd. IX: November 1921-März 1923, Berlin 1974, S.335.

40 Wie aus den letzten Briefen und Artikeln V. I. Lenins folgt, beunruhigte ihn die Gefahr einer Spaltung im ZK, die vor allem mit den Beziehungen zwischen I. V. Stalin und L. D. Trockij verbunden war, sehr. Zur Verhinderung einer möglichen Spaltung und der Gefahr der Bürokratisierung des Apparats schlug V. I. Lenin vor, „eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur“ vorzunehmen. (Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 36, S.577-582, Bd. 33, S.468-473, Zitat: Bd. 36, S.577.) Im Herbst 1923 verschärfte sich die Gefahr einer Spaltung im ZK.

41 V. I. Lenins Artikel „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ (siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S.18-71) wurde 1924 in den Nummern 1 und 2 der Zeitschrift „Zvezda“ veröffentlicht. Nach Erhalt der Zeitschrift las N. K. Krupskaja V. I. Lenin seinen Artikel vor.

Dokument 3/1

N. K. Krupskaja an I. V. Stalin, 5. Juli 1937

Teurer Iosif Vissarionovič, zurzeit wird eine umfangreiche Arbeit zur Festigung der Parteiorganisation geleistet, und ich möchte Ihnen berichten, worüber ich die letzte Zeit nachdenken musste.

Erstens – *die Parteiorganisation des Volkskommissariats*⁴². Ich will nicht verallgemeinern, ich werde nur über unser Parteikomitee sprechen. Auf dem Plenum hat Bubnov⁴³ es sich als Verdienst angerechnet, dass er der Erziehung des Parteiapparats viel Zeit widmet.

Die Macht des Volkskommissars ist im Volkskommissariat unbegrenzt. Und nicht jeder Volkskommissar nutzt diese Macht so, wie es sein sollte. Aber das ist bereits eine andere Sache, hier muss man unter einem anderen Aspekt reden. Was man *jedoch nicht zulassen darf, das ist die Umwandlung des Parteikomitees in ein einfaches Werkzeug zur Erfüllung des Willens des Volkskommissars.* Es darf nicht sein, dass der Volkskommissar nicht nur mit Entlassung droht, sondern auch mit Ausschluss aus der Partei. Das verstärkt maßlos den Bürokratismus, die Lobhudelei, die ohnehin im Volkskommissariat blüht. Es darf nicht sein, dass der Sekretär des Parteikomitees einfach der Vollstrecker des Willens des Volkskommissars ist.

Es entsteht eine Atmosphäre des Intrigierens, des Klatsches, des Gedankenlebens, es ergibt sich endloses Gezänk.

Ich erinnere mich, wie Il'ič stets gegen eine Atmosphäre des Gezänks gekämpft hat, das war so in Sibirien, in London.

Im Auftrag des Volkskommissars bedient das Parteikomitee auch die Presse. Die Leute schreiben unter Pseudonymen, verleumden die Mitarbeiter verantwortungslos. Das geht nicht.

All das *wirkt sich unheilvoll auf die Arbeit aus.*

Ich denke, in den anderen Volkskommissariaten sieht es besser aus, und in den Betrieben gibt es das nicht.

Eine andere Frage – *das ist der ungenügend in Gang gesetzte Kampf gegen den Bürokratismus, nicht der Kampf in Worten, sondern in der Tat.*

Mir scheint, dass einer der Gründe dafür, warum die Leute einander so schlecht kennen, der Bürokratismus ist. Die Menschen arbeiten jahrelang zusammen und kennen einander nicht, wissen nicht, wer wie lebt, was ihm Sorgen bereitet. Irgendwann hatte ich unter Leitung von Il'ič diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsorganisation im Volkskommissariat zu bearbeiten: Wie kann man die

42 Gemeint ist das Volkskommissariat für Bildungswesen der RSFSR.

43 A. S. Bubnov (1883-1938), sowjetischer Staatsmann und Parteifunktionär, Parteimitglied seit 1903, aktiver Teilnehmer der Oktoberrevolution und des Bürgerkriegs. 1929 bis 1937 Volkskommissar für Bildungswesen der RSFSR, 1938 zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für die zu leistende Arbeit erhöhen, wie kann man die kollektive Arbeit, den Erfahrungsaustausch, die Verbindung mit den Massen, die Berichterstattung organisieren.

Die Umgestaltung der Arbeit geht langsam voran, oft sehr oberflächlich, es wird mehr geredet.

Drittens. Ich war auf der Parteikonferenz des Kujbyšev-Stadtbezirks und auf der Moskauer Parteikonferenz. Die *Selbsteinschätzung der Kandidaten* verlief sehr gut, besonders auf der Stadtkonferenz.

Die übergroße Mehrheit der Kandidaten kam aus Arbeiterfamilien oder aus Familien armer Bauern, hat einen langen Weg des Kampfes zurückgelegt. Verblüffend war ihre Bescheidenheit. Da sagt jemand: Während des Bürgerkriegs kämpfte ich dort und dort, dann leistete ich die und die Partei- und Sowjetarbeit. Für denjenigen, der die Geschichte der Partei kennt, die Geschichte des sowjetischen Aufbaus kennt, ist klar, welch riesige Arbeit der Mensch geleistet hat, aber er selbst sprach darüber wie über etwas Selbstverständliches. Dann fiel ins Auge, wie hellhörig die Parteiorganisation für jede Unaufrichtigkeit, Heuchelei war. Bemerkenswert gut.

Aber trotzdem *musste man vieles aufs Wort glauben*. Man muss die Arbeit der Stadtbezirkskomitees und der Stadtkomitees so gestalten, dass man *einander besser aus der gemeinsamen kollektiven Arbeit beim Parteaufbau kennenlernt*.

Ich schreibe dies alles, weil mich *die Wahlen zu den Sowjets*⁴⁴ *beunruhigen*. Auf dem Lande, in den Kolchosen, dort wird man einander kennen, aber wie wird es in den Stadtbezirken sein? Wie wird man die Kandidaturen beurteilen? Wird man nicht zuviel aufs Wort glauben? Das würde dem Feind in die Hände spielen. Vielleicht sollte man bei der Aufstellung der Kandidaten ihre Charakteristiken in die Presse geben.

Mit kommunistischem Gruß

N. Krupskaja

5. VII. 37

Dokument 3/2

N. K. Krupskaja an I. V. Stalin, 7. März 1938

Teurer Iosif Vissarionovič, wie gewohnt schreibe ich Ihnen über eine mich beunruhigende Frage.

Wir führen den obligatorischen Russischunterricht in der gesamten UdSSR ein.⁴⁵

44 Gemeint sind die Vorbereitungen zu den ersten Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR (12.12.1937).

45 Auf Beschluss des Oktoberplenums (1937) des ZK der KPdSU(B) wurde mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den obligatorischen Russischunterricht in den Schu-

Das ist gut. Das wird bei der Vertiefung der Freundschaft der Völker helfen. Aber mich beunruhigt sehr, *wie* wir diesen Unterricht durchführen werden. Mir kommt es manchmal so vor, als beginne der Großmachtchauvinismus seine Hörner ein bisschen zu zeigen. Beispielsweise halte ich es für schädlich, den Schreib- und Leseunterricht im ersten Schuljahr nicht nur in der Muttersprache, sondern auch in der russischen Sprache einzuführen, ich halte die Einführung einer einheitlichen Fibel für alle Völkerschaften, einer Fibel, die aus dem Russischen übersetzt wurde, für schädlich. Ich halte es für sehr wichtig, die Lehrkräfte für die russische Sprache richtig vorzubereiten. Wenn Sie eine freie Minute finden und Lust haben, sehen Sie sich bitte an 1. meine Meinung zur Fibel für die spanischen Kinder, 2. meine Ausführungen über den Unterricht der russischen Sprache und die Kopie des Artikels einer Freundin von mir – einer Lehrerin an der Sonntags- und Abendschule des Volodarskij-Stadtbezirks.⁴⁶ Unter den Kindern ist das Schimpfwort „Jude“ aufgetaucht; ein kleines Mädchen sagt: „Großväterchen, ich möchte keine Lettin sein“. Zwar sind das einstweilen Einzelfälle, aber trotzdem ist eine gewisse Wachsamkeit notwendig.

Mit kommunistischem Gruß
N. Krupskaja

7. III. 38

Dokument 3/3

N. K. Krupskaja an I. V. Stalin, 14. Juni 1938

14. VI. 38. Teurer Iosif Vissarionovič, Sie kennen natürlich Nikolaj Aleksandrovič Emel'janov⁴⁷, bei dem sich Il'ič 1917 verbergte. Il'ič liebte Nikolaj Aleksandrovič Emel'janov und seine Frau Nadežda Kondrat'evna⁴⁸ sehr, er hat mir aufgetragen, mich um sie zu kümmern. Ich kenne sie sehr gut, beide sind

len der nationalen Republiken und Gebiete begonnen. Die Fragen der Einführung des obligatorischen Russischunterrichts in den nichtrussischen Schulen wurden auf einer Beratung im ZK der KPdSU(B) am 7.3.1938 erörtert. Der Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der KPdSU(B) „Über den obligatorischen Russischunterricht in den Schulen der nationalen Republiken und Gebiete“ wurde am 13.3.1938 angenommen.

46 Die erwähnten Materialien konnten nicht aufgefunden werden.

47 M. A. Emel'janov (1871-1958), Parteimitglied seit 1904, Arbeiter, aktiver Teilnehmer der revolutionären Bewegung, im Juli/August 1917 verbergte sich V. I. Lenin bei ihm in Razliv.

48 N. K. Emel'janova (1877-1961), Parteimitglied seit 1907, 1925 schied sie wegen ihres Gesundheitszustandes aus der Partei aus.

grundehrliche, der Partei ergebene Menschen. Im Zusammenhang mit der Verhaftung der ältesten Söhne wurde auch der alte Emel'janov ausgewiesen. Er lebt mit seiner Frau in Sarapul. Er erhielt die ganze Zeit eine Rente von 400 Rubel, der alte Mann ist krank, kann nichts verdienen.

Plötzlich nahm man ihm in diesem Jahr die Rente weg und erklärte sogar, dass man von ihnen die Zahlungen für die früheren Jahre zurückverlangen werde. Sie nahmen ihm den Rentenausweis weg, und die alten Leute quälen sich.

Ich habe mit Nikolaj Ivanovič Ežov⁴⁹ gesprochen, er sagte mir, er habe nichts dagegen, mögen sie die Rente bekommen, er sagte das sofort, ohne zu überlegen. Aber die Rente zahlt man ihnen nicht.

Ich bitte Sie sehr, eine Anweisung zu geben. Warum sollen die alten Leute in äußerster Armut leben, das haben sie nicht verdient. Ich wollte Sie nicht beunruhigen, aber Il'ič liebte sie sehr, und sie sind gute Genossen.

Mit kommunistischem Gruß

N. K. Krupskaja

Die Adresse Emel'janovs:
Sarapul, Udmurtische ASSR
Gorkijstr., Haus 20, Zi. 5

Quelle: Izvestija ZK KPSS, 1989, Nr. 3, S. 177-180. Die aus der Quelle stammenden Anmerkungen wurden von der Redaktion präzisiert.

Aus dem Russischen übersetzt von Erika Segendorf.

49 N. I. Ežov (1895-1940), zu dieser Zeit Kandidat des Politbüros, Sekretär des ZK der KPdSU(B), Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR.

Regionales

Disziplinierung auf dem Schlachtfeld. Eine fast vergessene Episode aus dem Revolutionsjahr 1848/49 im Königreich Sachsen

Manfred Lachmann

Im Verlaufe der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 wurden in verschiedenen deutschen Staaten Teile des Militärs von den politischen Ereignissen derart betroffen, dass sie der jeweiligen Führung aus der Hand zu gleiten drohten. In Preußens westlichen Landesteilen erwiesen sich vor allem Landwehrformationen als unzuverlässig. In Baden kämpfte im Frühjahr 1849 die gesamte Armee auf der Seite der Aufständischen, und in der Pfalz traten gleichzeitig viele bayerisch-pfälzische Soldaten in die Volkswehr-Bataillone ein.¹

Zu jener Zeit spielten sich auch in Sachsen, konkret in der Stadt Wurzen, militärhistorisch interessante Ereignisse ab. Gerade angesichts der bereits seit Längerem in Deutschland zunehmenden Ignoranz gegenüber vergangenen wie aktuellen militärischen und militärpolitischen Problemen sollten sie nicht in Vergessenheit geraten. Zu ihrem Verständnis seien einige einführende Bemerkungen vorausgeschickt.

Aus landespolitischer Sicht nahm Wurzen mit seinem Umland in Kursachsen bis ins 19. Jahrhundert hinein einen besonderen Platz ein. Die einst zum Bistum Meißen gehörende und im 16. Jahrhundert von dessen Bischöfen als Residenz genutzte Stadt wurde später bis 1818 von einer kurfürstlichen Stiftsregierung verwaltet. Noch im 20. Jahrhundert besaß der Ort als kreisfreie, von 1952 bis 1995 als Kreisstadt eine hervorgehobene Position im Leipziger Land. Gleichzeitig war er von außergewöhnlicher militärischer Bedeutung.

In unmittelbarer Nähe der Stadt Wurzen überquert seit jeher mit der „Hohen Straße“ ein Fernhandelsweg, der aus Westeuropa über Frankfurt am Main, Erfurt, Breslau, Krakau und Kiew in den Fernen Osten führt, die Mulde. Der außerordentliche verkehrstechnische und militärstrategische Wert dieses zugleich an der kürzesten Verbindung zwischen der Residenzstadt Dresden und Leipzig, der zweiten bedeutenden Stadt Sachsens, gelegenen Flussüberganges wurde schon frühzeitig erkannt. Bereits ab 1612 war Wurzen auf der Grundlage eines landesherrlichen Ediktes zusätzlich zu der schon seit Mitte des 16. Jahrhunderts nachgewiesenen Bürgermiliz mit Defensionern belegt.²

1 Siehe Kurzer Abriß der deutschen Militärgeschichte, Berlin 1974, S.139-144.

2 Dieses neben der Ritterschaft aus angessenen Männern bestehende Defensionswerk war ein Vorläufer des stehenden Heeres.

Mit dem Aufkommen des stehenden Heeres, als dessen Ursprung in Sachsen das Jahr 1682 gilt, übernahm aktives Militär die Sicherung des Muldeübergangs. Seitdem war Wurzen nahezu ununterbrochen Garnison von Zeit zu Zeit wechselnder Regimenter der sächsischen Linieninfanterie.³ Während der Schlesischen Kriege und in der Napoleonischen Zeit umkämpft und wiederholt von preußischen bzw. französischen Truppen besetzt, befand sich Wurzen mit seinem wichtigen Flussübergang im Ergebnis der vom Wiener Kongress 1815 beschlossenen territorialen Reduzierung Sachsens über Nacht nicht mehr im Zentrum des einstigen kursächsischen Territoriums, sondern in unmittelbarer Grenznähe zu Preußen. Das hatte zur Folge, dass die Stadt bei der Ende 1818 erfolgten Rückkehr der sächsischen Armee aus Nordfrankreich anstelle der dort bis 1812 untergebrachten Linieninfanterie sofort mit einer Eliteformation belegt wurde.

1809 war nach französischem und preußischem Vorbild auch in der sächsischen Armee als spezifischer Zweig der Fußtruppen die Leichte Infanterie entstanden. Sie bestand anfangs aus einem Jägerkorps sowie zwei 1810 zu Regimentern aufgestockten Schützen-Bataillonen. Deren Soldaten verfügten durchgängig über Waffen mit gezogenem Lauf. Eine spezielle Schieß- und Geländeausbildung befähigte sie zum Schützengefecht in geöffneter Ordnung sowie zum Vorposten- und Erkundungsdienst. Auf verschiedenen Schlachtfeldern bewährte sich diese Leichte Infanterie hervorragend. Gleiches tat sie einige Jahre später bei der Unterdrückung der Volksbewegungen im eigenen Land.

Anfang 1819 bezog das sächsische Jäger-Bataillon sein Friedensquartier in Wurzen. Im Ergebnis einer Reorganisation der sächsischen Armee wurde 1822 daraus das von Major Friedrich Wolf von Jeschki geführte III. Schützen-(Jäger-)Bataillon der Halb-Brigade Leichte Infanterie. Der Stab der Halb-Brigade sowie das I. und das II. Schützen-Bataillon lagen seit 1832 in Leipzig.

Diesem III. Bataillon war ein besonderer Auftrag übertragen worden. Er bestand in der Kontrolle und im zuverlässigen Schutz des Übergangs über die Mulde. Eine solche Aufgabe hatte nach der Errichtung einer hölzernen Straßenbrücke, die seit 1831 die seit Jahrhunderten existierende und zu Hochwasserzeiten manchmal eingeschränkte Fährverbindung ersetzte, vor allem aber mit dem Bau der Eisenbahnbrücke an der von Leipzig nach Dresden führenden ersten deutschen Fernbahnlinie über den Fluss im Jahre 1835 zusätzliche Bedeutung erlangt. Soviele zum besonderen Charakter und zur spezifischen Aufgabe des in der Muldestadt stationierten Elite-Truppenteils der Königlich Sächsischen Armee.

Zum besseren Verständnis der nachfolgend geschilderten Ereignisse nunmehr einige Bemerkungen zum damaligen Zustand der Königlich Sächsischen Armee. Parallel zur vom Wiener Kongress beschlossenen Verkleinerung des Landes

3 Siehe Manfred Lachmann: *Gliederung und Garnisonen der sächsischen Armee vom Aufkommen des stehenden Heeres bis zum Ende der Monarchie*, Leipzig-Dresden 2008, S.69.

waren auch dessen Streitkräfte empfindlich reduziert worden.⁴ Zugleich verlagerte sich deren Hauptaufgabe zunehmend auf die Niederhaltung der eigenen Bevölkerung. Im Rahmen des vom Kabinett des Kanzlers Bernhard August von Lindenau auf Druck der sächsischen Bevölkerung realisierten liberalen Reformwerkes begann auch eine entsprechende Umgestaltung des sächsischen Militärwesens. Seit dem 7. November 1831 gab es erstmals einen zwar vom König noch berufenen, nunmehr jedoch gegenüber dem Landtag verantwortlichen Kriegsminister. Für das innere Gefüge der Armee hatte dieser Schritt vorerst marginale Bedeutung, da sich die Militärs jeglichen bürgerlichen Einflüssen entschieden widersetzen. Die Truppen behielten ihren durchaus feudalen Charakter. Die je nach Rangfolge in der militärischen Hierarchie abgestufte Befehlsgewalt blieb uneingeschränkt bei den Vorgesetzten, deren Befehle und Weisungen die Untergebenen in absolutem Gehorsam bedingungslos zu erfüllen hatten. Harter Drill, ein gehöriges Maß an religiös-royalistischer Demagogie sowie strenge Strafen dienten dazu, „Manneszucht“, Ordnung und Disziplin der Soldaten zu gewährleisten und Fahnenflucht (Desertion) zu verhindern.⁵

Am 26. Oktober 1836 wurde für Sachsen ein neues „Gesetz über die Erfüllung der Militärpflicht“ erlassen. Formal bekannte es sich nicht zuletzt nach preußischem Vorbild zum Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. In der Praxis wurde es damals allerdings nur bedingt erfüllt. Wehrpflichtig waren laut Gesetz nahezu ausnahmslos alle gesunden jungen Männer ab dem 20. Lebensjahr.⁶ Allerdings war die Anzahl der potenziell verfügbaren höher als der jährlich real anfallende Bedarf an neuen Rekruten. Deshalb ließ man bei der Musterung durch Losentscheid bestimmen, wer unverzüglich einrücken musste oder wer in die Dienstreserve eingeschrieben wurde, um im Bedarfsfall zu einem späteren Zeitpunkt einberufen zu werden. Noch schwerwiegender erwies sich eine Durchführungsverordnung zum Gesetz, die es jedem Wehrpflichtigen gestattete, sich vor oder nach der Losziehung gegen einen Betrag von 200 Talern gänzlich vom Wehrdienst freizukaufen. Weiterhin war es möglich, sich durch „Subjecte“ vertreten zu lassen, die ihre aktive Militärzeit bereits beendet hatten oder im letzten Jahr vor der Entlassung standen und ihre Armeezugehörigkeit verlängern wollten.

Das Prinzip von Loskauf und Stellvertretung wirkte praktisch wie ein gut funktionierendes Netz zur Gewährleistung des sozialen Gefüges der sächsischen Ar-

4 1814 betrug ihre Stärke rund 40.000 Mann, 1822 lediglich noch 13.162 Generale, Offiziere und Mannschaften. Siehe Lachmann, Gliederung, S.7.

5 Erst mit dem am 5. April 1838 erlassenen Militärstrafgesetzbuch wurden in der sächsischen Armee der Spießbrutenlauf, die verschärfte Todesstrafe – dazu legte der Henker die Leiche des Erschossenen zusätzlich aufs Rad – sowie der Kettenarrest im dunklen Verließ abgeschafft. Siehe Volker Ruhland: Die Liberalisierung des sächsischen Heeres zwischen 1830 und 1866/67, in: Dresdener Hefte, Beiträge zur Kulturgeschichte H. 53, Dresden 1998, S.16.

6 Befreit waren lediglich die fürstliche Familie derer von Schönburg, sozial Schwache sowie einzig verbliebene Söhne von Familien, die bereits alle übrigen männlichen Nachkommen im Armeedienst verloren hatten. Siehe ebenda, S.15.

mee. Es schützte den Nachwuchs der Besitzenden – soweit er nicht Berufssoldat werden wollte – vor dem generell unbeliebten Militärdienst. Dieser blieb den ärmeren und besitzlosen Schichten, speziell den Söhnen der Tagelöhner, der Häusler und des Gesindes, vorbehalten. Damit blieb die gewollte Homogenität sowohl des mehrheitlich adligen Offizierskorps als auch der Masse der gemeinen Soldaten gewahrt.⁷ Generalität und Offiziere waren durchweg konservativ und königstreu eingestellt. Vom Prinzip her galt das auch für die oft bis zur Invalidität dienenden Unteroffiziere. Sie stammten zwar meist aus den unteren Schichten, doch versprachen sie sich durch den Militärdienst sozialen Aufstieg und materielle Sicherheit.⁸ Die meisten der gemeinen Soldaten betrachteten dagegen den Wehrdienst als eine lästige Pflicht. Deshalb waren sie gegenüber progressivem Gedankengut durchaus nicht immun, zumal sie nur mit erheblichen Unterbrechungen unter dem Einfluss ihrer Vorgesetzten standen. Offiziell hatten die einberufenen Soldaten sechs Jahre zu dienen. Von denen befanden sich die Infanteristen – und zu jenen gehörten die Schützen und Jäger – lediglich 26 Monate zur Ausbildung und während der alljährlichen vierwöchigen Herbstmanöver bei der Truppe. Da es zu jener Zeit Kasernen im heutigen Sinne noch nicht gab, waren sie in Gemeinschaftsquartieren oder in Feldlagern untergebracht. Die übrige Zeit galten sie als beurlaubt und lebten in ihrem gewohnten zivilen Umfeld. Dort partizipierten sie naturgemäß am Alltagsgeschehen. Ungehindert erlebten sie die Sorgen, Nöte und Hoffnungen ihrer Umgebung, wurden sie von den politischen Strömungen, Meinungen und Ereignissen berührt, die damals die gesellschaftliche Entwicklung bestimmten.

Nach diesem Exkurs zurück in die Garnisonstadt Wurzen. Wie in anderen deutschen Staaten waren auch in Sachsen die sozialen Spannungen mit den Missernten von 1845 und 1846 sowie der 1847 einsetzenden allgemeinen Wirtschaftskrise sprunghaft angewachsen. Die Nachrichten von der Februar-Revolution 1848 in Frankreich wirkten als Fanal und lösten in großen Teilen des sächsischen Königreiches wie anderenorts in Deutschland und Europa vielfältige revolutionäre Aktionen bis hin zum offenen Aufstand aus. In Wurzen griff die gegen Reaktion und feudalistische Relikte gerichtete Bewegung bereits frühzeitig auf Teile der Garnison über. Repräsentant der sich in der Kommune sammelnden progressiven Kräfte war der Rechtsanwalt Julius Theodor Schmidt. 1811 in der Stadt geboren, hatte er nach dem Besuch der Fürstenschule in Grimma an der Universität Leipzig Rechtswissenschaften studiert. 1845 war er zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden. Am 31. März 1848 nahm er an der Konstituierung

7 Damit hatte sich die sächsische Militärverwaltung nicht allzuweit von der vor 1809 üblichen Rekrutierungspraxis entfernt, nach der Obrigkeit und Gemeinden verpflichtet gewesen waren, in erster Linie „müßige, dienstlose und unnütze Purschen“ der Truppe als Rekruten zuzuführen. Siehe Max Barthold/Fritz Heinrich August Verlohren: Stammregister und Chronik der Kur- und Königlich Sächsischen Armee von 1670 bis zum Beginne des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1910, S.5f.

8 Ehrenhaft ausgeschiedene Unteroffiziere wurden zumeist in den zivilen Staatsdienst übernommen.

des aus Landtagsabgeordneten aller deutschen Bundesländer bestehenden Vorparlaments in Frankfurt am Main teil. In der Frankfurter Nationalversammlung gehörte er zu den Vertrauten von Robert Blum. Als Vertreter des damaligen 19. Wahlbezirks wurde er auch in die II. Kammer des Sächsischen Landtags gewählt.⁹ Sein Wirken beförderte in der Muldestadt den zunehmenden Einfluss des vornehmlich aus Kleinbürgern, Handwerkern und deren Gesellen bestehenden demokratischen „Vaterlandsvereins“, der rasch mehr als 800 Mitglieder zählte. Diesem standen die im „Deutschen Verein“ organisierten Konservativen, an ihrer Spitze die Masse der Offiziere der Garnison sowie verschiedene Ritterguts- und Grundbesitzer der näheren Umgebung, gegenüber.

Mit dem Ausbruch der Revolution wurde der unmittelbare Einfluss des Königs auf die Armee noch mehr eingengt. Am 22. März 1848 wurde die bis dahin streng monarchistische sächsische Armee im Rahmen liberaler Zugeständnisse des Königs auf die Verfassung vereidigt. Diese Situation hatte für die in Wurzen stationierte Truppenformation vordem unvorstellbare Konsequenzen. In einer aus dem Jahr 1932 stammenden Darstellung,¹⁰ die sich auf zu jener Zeit noch im Wurzener Ratsarchiv befindliche Dokumente stützt, werden die damaligen Ereignisse wie folgt geschildert: Zum Unbehagen der überraschten Vorgesetzten schloss sich im Frühjahr 1848 ein Teil der Mannschaften des III. Schützen-(Jäger-)Bataillons der progressiven Bewegung an und bildete gar einen speziellen Zweig des demokratischen Vaterlandsvereins. Am 25. April 1848 nahmen rund 150 Soldaten entgegen der Weisung ihres Bataillonskommandanten¹¹, Major Eugen von Klüchtzner, an einer Wahlversammlung dieses Vereins teil. In deren Verlauf wurden sie von Bürgermeister Schmidt u. a. dazu aufgerufen, zumindest außerhalb des Dienstes von ihren neuen Rechten als freie Staatsbürger Gebrauch zu machen. Major von Klüchtzner, der bereits zuvor den Soldaten seines Bataillons jegliche progressive Aktivitäten verboten sowie angewiesen hatte, ihnen Listen und Stimmzettel des Vaterlandsvereins abzunehmen, bezichtigte nach der Versammlung Bürgermeister Schmidt der Aufwiegelei und wertete die dem „guten Geist der Truppe“ abträglichen Geschehnisse als Meuterei. Doch das allein genügte ihm nicht. Um das in Bürger- und Massenquartieren untergebrachte Bataillon dem weiteren politischen Einfluss durch die Bewohner der Stadt zu entziehen, ließ er die Truppe am 29. April 1848, zwei Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung, alarmieren und zum Feldbiwak in die Gegend zwischen Dahlen und Oschatz ausrücken. Damit verhinderte er eine Teilnahme der Angehörigen seines Bataillons an der Wahl und nahm vor allem den progressiv einge-

9 Siehe Werner Breuer: Julius Theodor Schmidt, ein Wurzener Freiheitskämpfer. Festschrift zur Tausendjahrfeier, Wurzen 1961, S.86-95.

10 Siehe Josef Richter: Wie die Wurzener einmal um ihre Garnison streiten mussten, in: Wurzener Erzähler für Heimatkunde und Unterhaltung, 1932, Nr. 34. (Der „Wurzener Erzähler“ erschien als Sonntagsbeilage ohne Seitenangabe).

11 Nach österreichischem Vorbild wurden in der sächsischen Armee die Befehlshaber von Truppenformationen seit 1815 als „Commandanten“ bezeichnet. Der preußische Begriff „Kommandeur“ wurde erst 1869 übernommen.

stellten Soldaten die Möglichkeit, im Sinne des demokratischen Vaterlandsvereins zu votieren.

Zusätzlich legte Major von Klüchtzner am 3. Mai 1848 aus dem Cantonnementsquartier Lampertswalde bei seinen militärischen Vorgesetzten scharfen Protest gegen den Wurzener Bürgermeister Julius Theodor Schmidt und dessen Gesinnungsgenossen, den Gutsbesitzer Gast aus Pausitz, ein. Beiden warf er vor, sie hätten versucht, „die Soldaten vom Wege ihrer Pflicht abzulenken und sie gegen ihre Vorgesetzten aufzureizen“.

Nachdem ein sofortiger Protest der Wurzener Ratsdeputierten gegen diese Vorwürfe und die mit der Verlegung ins Biwak verhinderte Teilnahme der Wurzener Garnison an der Wahl zur Nationalversammlung vom Königlich Sächsischen Kriegsministerium abgewiesen worden war, wandten sich Rat und Stadtverordnete empört an die Dritte Deputation der Zweiten Kammer des Landtags. Ihre Beschwerde hatte Erfolg. Nach einer entsprechenden Intervention sah sich die oberste Militärverwaltung zu der Weisung veranlasst, den Stab sowie eine Kompanie des III. Schützen-(Jäger-)Bataillons versuchsweise nach Wurzen zurückzuverlegen. Zugleich wurde allerdings angedroht, die Stadt bei weiterem Fortdauern politischer Einflussnahme auf die Soldaten als Garnisonsort gänzlich aufzugeben.

Unmittelbar vor dem am 13. Juni 1848 als alljährliches Volksfest begangenen Königsschießen – es sollte ausdrücklich als „aller politischen Tendenzen freies“ Ereignis stattfinden – kehrte vorerst eine mit scharfen Patronen versehene Kompanie des Bataillons aus dem Feldbiwak in ihre Garnison zurück. Das versetzte die Stadt Wurzen gleichsam in Kriegszustand, zumal einige Unteroffiziere gegenüber den Bürgern zu erkennen gaben, man werde notfalls bedenkenlos von der Waffe Gebrauch machen. Dagegen legte der Vaterlandsverein erneut entschiedene Beschwerde bei der Ständeversammlung des Landtags ein. Mit Nachdruck forderten die Vertreter der Kommune die Rückkehr der geschlossenen Formation sowie ihr bedingungsloses weiteres Verbleiben in Wurzen. Das Kriegsministerium versuchte zu lavieren. Erst nach dem Veto der Zweiten Kammer des Landtags wurde die Angelegenheit zugunsten der Stadt entschieden. Auch die anderen Kompanien kehrten in die Stadt zurück, und der Fortbestand der Garnison wurde scheinbar endgültig zugesichert. Wie sich schnell erweisen sollte, sind dem Bataillon tatsächlich schwerwiegende Konsequenzen erwachsen. Schon einige Monate später sollte es die Gelegenheit erhalten, auf dem Schlachtfeld seine „Ehre“ wiederherzustellen.

Der Dänisch-Deutsche Krieg von 1848 bis 1851, bei dem es um die Unabhängigkeit von Teilen des Herzogtums Schleswig von Dänemark ging, hatte die von revolutionären Tendenzen bestimmte politische Situation in Deutschland zusätzlich verschärft und kompliziert. Schon am 3. April 1848 waren vom Deutschen Bundestag die Bundesexekution gegen Dänemark erklärt, Preußen mit der Durchführung beauftragt und die übrigen Bundesstaaten zu dessen Unterstützung verpflichtet worden. Das galt natürlich auch für Sachsen. Aus den Unterlagen des sächsischen Kriegsministeriums zur Mobilisierung des für den Kriegs-

schauplatz in Schleswig-Holstein vorgesehenen, aus Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Train, Pionieren und Sanität bestehenden, Kontingents lassen sich Stärke und Spezifik der vorgesehenen Truppenteile exakt ablesen. Zu diesem Detachement sollte selbstverständlich auch Leichte Infanterie gehören. Zur Mobilmachung war ein aus vier Kompanien bestehendes und auf Kriegsstärke in Höhe von 879 Streitenden und 17 Nichtstreitenden gebrachtes Schützen-Bataillon vorgesehen.

Die Gesamtstärke jenes sächsischen Expeditionskorps sollte nach erster Planung mehr als 5.000 Mann betragen. Mit einem Mobilmachungssoll von insgesamt 900 Offizieren und Mannschaften war der Personalbestand des Schützen-Bataillons vergleichsweise erheblich umfangreicher als jener der Infanterie- und Kavallerieformationen. So zählten die beiden aus je zwei Bataillonen bestehenden Infanterie-Regimenter insgesamt rund 3.300 und das aus vier Schwadronen bestehende Reiter-Regiment lediglich rund 560 Offiziere und Mannschaften.¹² Ein solch eigentlich ungewöhnliches Übergewicht der Schützen war gewiss nur zum Teil ihrem Ruf als Elitetruppe geschuldet. Auch wurde keines der beiden Leipziger, sondern ausgerechnet das Wurzener Bataillon für den Kriegseinsatz vorgesehen. Das erlaubt den Verdacht, im konkreten Fall dürfte die Absicht der sächsischen Militärführung, jene Truppe dem aus ihrer Sicht negativen Einfluss ihres zivilen Umfeldes zu entreißen und sie auf dem Schlachtfeld endgültig zu disziplinieren, zumindest mitgespielt haben.

Wenige Monate später wurde aus der Planung Realität. Als im März des Revolutionsjahres 1849 auf Beschluss des Deutschen Bundestages das sächsische Korps mit einem Gesamtbestand von 6.000 Mann zum Feldzug gegen Dänemark ausrückte, gehörte ihm das verstärkte Wurzener III. Schützen-(Jäger-)Bataillon an. Offensichtlich sah die militärische Führung im vorübergehenden Verzicht auf den zuverlässigen Schutz des strategisch wichtigen Muldeübergangs das kleinere Übel, denn selbst die durchaus mögliche vorübergehende Verlegung eines anderen Truppenteiles nach Wurzen ist nicht erfolgt.

Durch den Kriegseinsatz in Dänemark wurde das Wurzener Bataillon endgültig den demokratischen Einflüssen, die man in der Garnison mit Recht immer noch vermutete, entzogen. Zusätzlich sollte sich erweisen, ob die Truppe wieder zuverlässig funktionierte. Diese Rechnung ging auf. Am 13. April 1849 begann das Bataillon als Avantgarde gemeinsam mit den sächsischen Pionieren den opferreichen Sturm auf die von dänischen Truppen hartnäckig verteidigten Düppeler Schanzen. Dabei fielen Hauptmann von Holleufer und 14 Schützen. Hauptmann von Teutscher, der vormalige Kommandant der Wurzener Kommunalgarde, Leutnant von Ende und 14 Mannschaften wurden verwundet.¹³

12 Siehe Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsStA – HStAD) 11248, Sächsisches Kriegsministerium Nr. 3178: Die Mobilisierung des nach Schleswig bestimmten Königl. Sächs. Truppen-Contingents von 6.000 Mann betreffend.

13 Siehe Otto Seidler: Wurzen als Standort sächsischer Truppenteile, in: Wurzener Erzähler für Heimatkunde und Unterhaltung, 1926, Nr. 40, o.S.

Damit hatte sich das Bataillon aus der Sicht der Armeeführung mit Blut rein-gewaschen.

In jenen bewegten Monaten vollzog sich überall in Sachsen ein deutlicher poli-tischer Differenzierungsprozess. Er erfasste auch die seit 1831 bestehende Wurze-ner Kommunalgarde, die nach dem Auszug des III. Bataillons an dessen Statt mili-tärische Aufgaben erfüllte. Seit 1844 zählten zu ihren Kompanieführern der progressive Advokat Longo und der spätere Bürgermeister Julius Theodor Schmidt. Als Hauptmann von Teutscher, seit 1844 Kommandant der Garde, mit dem Schützen-Bataillon ins Feld rückte, wurde der Kaufmann Sigismund Eck-hardt dessen Nachfolger. Nach dem Ausmarsch des Bataillons aus Wurzen hatte die Kommunalgarde vom Militär mit dem Gebäude der Hauptwache neben dem Alten Rathaus die alleinige Verantwort für die Gewährleistung von Ruhe, Ord-nung und Sicherheit in der Stadt übernommen. Allerdings stellte die Kommunal-garde längst keine homogene Formation mehr dar, denn auch in ihren Reihen häuften sich die vorerst verbalen Auseinandersetzungen zwischen den Anhän-gern der demokratischen und der konservativen Richtung.¹⁴ Im Frühjahr 1849 spitzten sich diese Meinungsverschiedenheiten wie im ganzen Lande zu.

Die Abwesenheit rund eines Drittels der sächsischen Armee begünstigte das Aufflammen des Volkszorns gegen die von König Friedrich August II. am 28. April 1849 angeordnete Auflösung des Landtages im ganzen Königreich. In Dresden brach am 3. Mai 1849 der bewaffnete Volksaufstand aus. Bürgermeister Schmidt, der dort am 4. Mai die Provisorische Regierung Zschirner, Heubner und Todt mitgewählt hatte, kehrte danach unverzüglich nach Wurzen zurück, um für die Unterstützung der neuen Regierung zu wirken, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, die von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung in Sachsen zu verwirklichen. Noch in der Nacht ließ er durch Generalmarsch die Wurze-ner Kommunalgarde alarmieren und informierte sie über die Ereignisse in der Hauptstadt des Königreiches.

Am Folgetag, dem 5. Mai 1849, fand auf dem Marktplatz eine große Volksver-sammlung statt. In deren Verlauf brachte ein bedeutender Teil der Wurze-ner Einwohner seinen Unmut gegenüber der Haltung des Königs und seiner reaktio-nären Umgebung, von denen preußisches Militär ins Land gerufen worden war, deutlich zum Ausdruck. Zugleich sicherten die Versammelten der am Vortag in der Hauptstadt gebildeten Provisorischen Regierung ihre volle Unterstützung zu. Begünstigt durch die Tatsache, dass sich kein Militär in der Stadt befand, begnü-ten sich die Wurze-ner Demokraten nicht mit dem verbalen Aufruf zur Solidarität mit den Barrikadenkämpfern. Auf Veranlassung ihres progressiven Bürgermeis-ters Julius Theodor Schmidt, der als demokratischer Abgeordneter der Frankfur-ter Nationalversammlung weit über lokale und kleinstaatliche Grenzen hinaus-dachte, wurden nach einem Beschluss des Stadtrates aus dem Exerzierhaus des abwesenden Schützen-Bataillons am Eilenburgischen Platz 400 Gewehre heraus-geholt. Diese Waffen sollten für die Unterstützung der Dresdener Aufständi-

14 Siehe ders.: Heimatliche Zeitbilder aus Urgroßvaters Tagen, in: ebenda, Juli 1937, S.12.

schen verwendet werden. Sie wurden umgehend an Wurzener Bürger sowie auf dem Weg nach Dresden in der Stadt angekommene Freischärler aus Werdau und Crimmitschau verteilt. Jene Aktion ist durchaus mit dem Sturm auf das von Bürgerwehr und preußischem Militär bewachte Berliner Zeughaus am Abend des 14. Juni 1848 oder der gewaltsamen Beschaffung von Waffen und Munition durch eine erregte Menge beim Bekanntwerden der Nachricht vom Anrücken preußischer Truppen aus dem sächsischen Hauptzeughaus in Dresden am 3. Mai 1849 vergleichbar.¹⁵

Zum Einsatz sind die der Königlich Sächsischen Armee, speziell die deren III. Schützen-(Jäger-)Bataillon gehörenden Gewehre allerdings nicht mehr gelangt. Denn in der Landeshauptstadt hatte inzwischen sächsisches Militär, darunter die im Lande verbliebenen, in Leipzig stationierten und per Bahn unverzüglich in die Residenzhauptstadt verlegten beiden anderen Bataillone der Halb-Brigade Leichte Infanterie, den Dresdener Mai-Aufstand blutig niedergeschlagen.¹⁶ Das geschah im engen Zusammenwirken mit preußischen Truppen. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hatte sie seinem auf die Festung Königstein geflohenen Schwager, König Friedrich August II. von Sachsen, auf dessen dringliche Bitte hin unverzüglich zu Hilfe geschickt. Trotz heldenhaften Kampfes erlitten die Aufständischen am 9. Mai eine Niederlage. Sofort setzte ein grausames Strafgericht ein. Dabei wurde Wurzen keineswegs vergessen.

Unmittelbar nach dem Untergang der Provisorischen Regierung wurden in der Muldestadt die progressiven Demokraten aufgrund ihres „auführerischen Agierens“ – dabei war mit Sicherheit auch deren erfolgreiches Bemühen um die Angehörigen des Wurzener Schützen-Bataillons im Frühjahr 1848 gemeint – wegen Hochverrats zur Verantwortung gezogen. Zusätzlich belastet wurde dieser Vorwurf durch den Hinweis auf die zumindest mit dem Einverständnis des Wurzener Bürgermeisters durchgeführte erfolgreiche Waffenbeschaffung für die Aufständischen aus den Beständen des im Felde eingesetzten Bataillons. Wegen des Fehlens der Garnisonstruppen, die sich zu jener Zeit noch auf dem Kriegsschauplatz in Dänemark befanden, musste am 10. Mai 1849 ein Kommando des I. Schützen-Bataillons bei der Rückkehr vom Einsatz gegen die Dresdener Aufständischen in ihre Leipziger Garnison den Bahntransport in Wurzen unterbrechen, um die Anführer der Wurzener Insurrektion unverzüglich festzunehmen.

Zeitgleich mit Bürgermeister Schmidt wurden u. a. seine Gesinnungsgenossen, der Advokat und Gerichtsdirektor Longo, zeitweiliger Kommandant der Kommunalgarde, der Rektor Grauert, der Kaufmann Heisterbergk, der Druckereibesitzer Andrá, der Seilermeister Seyfert, die Schuhmachermeister Vorberger und Seidel, die Töpfermeister Kunze und Seiß sowie die Handarbeiter Billinger, Be-

15 Siehe Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Berlin 1984, S.311, 386.

16 Von der brutalen Härte, mit der die sächsischen und die preußischen Truppen gegen die Aufständischen vorgegangen sind, zeugen nicht zuletzt deren 250 Tote allein in Dresden.

cker, Haugk, Phillip und Rössel in Untersuchungshaft genommen.¹⁷ Dieser Akt ist nicht nur bezeichnend für die aus den Fugen geratene Sicherheitslage. Er kennzeichnete zugleich die inzwischen entstandene feste strukturelle und verwaltungsmäßige Verbindung der Wurzener Garnison mit Leipzig. Dort hatte sich inzwischen neben Dresden ein zweites militärisches Zentrum im Königreich Sachsen herausgebildet, dessen Bedeutung in der Folgezeit rasch zunehmen sollte.

Wegen ihrer insgesamt zwiespältigen Haltung, speziell ihrer teilweise aktiven Beteiligung am Dresdener Mai-Aufstand, aber auch am Wurzener Aufruhr, waren wie überall in Sachsen nicht zuletzt in der Muldestadt die Tage der Kommunalgarde gezählt. Mit einer Königlichen Verordnung wurde sie am 17. Juni 1852 ersatzlos aufgelöst. Ihre Waffen und Ausrüstungsgegenstände hatten die Kommunen zur Magazinierung auf der Festung Königstein abzugeben. Dorthin sind auch die in Wurzen noch auffindbaren Bestände jener zeitweiligen Bürgersoldaten gelangt.

Das III. Schützen-(Jäger-)Bataillon kehrte nach der Auflösung des gegen Dänemark eingesetzten sächsischen Truppenverbandes nicht mehr in seine alte Garnison Wurzen zurück. Es verblieb weiterhin im Bestand der 1849/50 im Rahmen der generellen Umgestaltung der Königlich Sächsischen Armee zu einer nunmehr auf vier Bataillone aufgestockten Brigade Leichte Infanterie. Während deren Stab mit drei Bataillonen 1850 seinen Standort in der Leipziger Pleißenburg bezog, wurde das ehemals Wurzener Bataillon von Dänemark aus nach Dresden verlegt.¹⁸ Ein solcher Standortwechsel sollte die Erinnerung an die nicht nur für die militärischen Kommandobehörden unangenehmen Ereignisse möglichst schnell verblassen lassen. Allerdings entstand damit ein neues Problem. Angesichts der mit den beiden Muldebrücken gegebenen strategischen Bedeutung konnte man Wurzen nicht ohne militärischen Schutz belassen. Deshalb wurde noch im gleichen Jahr das XII. Bataillon der neu gebildeten 3. Infanterie-Brigade aus Dresden in die Muldestadt verlegt und verblieb dort bis zur Teilnahme am Deutsch-Österreichischen Krieg im Sommer 1866. Deren andere drei Bataillone samt dem Brigadestab waren weiterhin in Dresden stationiert. Erst fast vier Jahrzehnte später, im Jahre 1887, kehrte mit dem neu geschaffenen 3. Königlich Sächsischen Jäger-Bataillon Nr. 15 ein Eliteverband in die Garnison Wurzen zurück.¹⁹ Mit seinem Vorgänger hatte das bereits 1900 nach Chemnitz

17 Obwohl im Wurzener Landgerichtsgefängnis in Untersuchungshaft gehalten, wurde Schmidt im Oktober 1849 erneut in die II. Kammer des Sächsischen Landtages gewählt. Der 1852 ausgesprochenen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus wegen Teilnahme am Hochverrat konnte er sich mit Hilfe von Freunden durch rechtzeitige Flucht nach den USA erfolgreich entziehen. Siehe Breuer, Julius Theodor Schmidt, S.94f.

18 Siehe Otto Franz Ernst Erich Johannes Samuel von Berger/Arndt Friedrich Hans von Kirchbach: Geschichte des Königlich Sächsischen Schützen-Regiments „Prinz Georg“ Nr. 108, Leipzig o. J., S.55. Dort bildete es später den Stamm für das 2. Jäger-Bataillon Nr. 13.

19 Siehe SächsStA – HStAD 11248 Sächs. Kriegsministerium Nr. 2052.

verlegte und dort gleichzeitig zur Stamm-Formation für das neu aufgestellte 15. Königlich Sächsische Infanterie-Regiment Nr. 181 umgewandelte Bataillon außer der Bezeichnung jedoch nicht das Geringste gemein.²⁰

Tausende Deutsche, die nach 1933 wegen politischer und/oder rassistischer Verfolgung Nazideutschland verlassen mußten, reichten sich in die Widerstandsbewegungen der von der deutschen faschistischen Wehrmacht besetzten Länder ein. Frauen aus Deutschland waren von Anfang an dabei.

In der Dokumentation geht es u. a. um ihren hervorragenden Anteil an der Travail allemand (TA, Deutsche Arbeit), einem besonderen Teil der Résistance, der seit September 1940 für die politische Arbeit unter den Angehörigen der Besatzungsmacht organisiert wurde.

Es werden 132 der an der Résistance in Frankreich aktiv beteiligten Frauen aus Deutschland genannt, deren Namen aus Archiven und Literatur bisher ermittelt werden konnten, versehen mit kurzen Auskünften zur Biographie. 31 dieser Frauen werden anhand zeitgenössischer Dokumente und Fotos im einzelnen vorgestellt.

Plener, Ulla: Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance
 korr. u. stark erw. Aufl., 334 S., zahlreiche, teils farbige Abb.,
 21 x 14 cm, 24,80 € · edition bodoni · ISBN 13: 978-3-929390-90-2
 Linienstraße 71 · 10119 Berlin · Telefon: 030-2 82 51 37 · info@bodoni.org



²⁰ Siehe Lachmann, Gliederung, S.46-50.

Berichte

1968 aus globaler Perspektive. 44. Konferenz der ITH

Günter Benser

„1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive“ so lautete exakt das Thema der 44. Linzer Konferenz der ITH (International Conference of Labour and Social History), die vom 11. bis 13. September 2008 tagte. Die für einen dreijährigen Zyklus vorgesehene übergreifende Thematik „Geschichte der abhängig Arbeitenden, ihrer Organisation und verwandter Bewegungen weltweit“ wurde somit an einer herausragenden, hochaktuellen Ereigniskette erörtert. Anders als in der BRD, wo uns meist nur eine eng begrenzte, oft engstirnige Rückschau auf das Jahr 1968 oder gar nur auf den „deutschen Herbst“ präsentiert wird, stand in Linz ein zeitlich und räumlich wesentlich weiter gefasstes Geschehen zur Diskussion. Zeitlich spannte sich der Bogen von Anfang der Sechziger- bis Ende der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts; räumlich erstreckte er sich von Lateinamerika über Asien bis nach Europa mit Verweisen auf die antikoloniale Befreiungsbewegung in Afrika. Auch in diesem Bericht steht „68“ immer als Kürzel für einen übergreifenden Prozess, indem 1968 durchaus nicht überall als Schlüsseljahr geortet werden kann.

Es erwies sich als erkenntnisfördernd, dass im Unterschied zu früheren Tagungen die „Dritte Welt“ nicht am Ende der Beratungen aufgerufen wurde, sondern diesmal am Anfang stand. Zwar waren kaum Wissenschaftler aus diesen Ländern vertreten, doch die – vorwiegend jüngeren – Spezialisten aus Europa boten mit ihren Beiträgen gut fundierte, anregende Diskussionsgrundlagen. Die Tagung zeichnete sich nicht nur dadurch aus, dass sie mehr Raum für die freie Diskussion ließ. Zwischenbilanzen, die wieder auf übergreifende Probleme und offene Fragen hinlenkten, erwiesen sich als sehr günstig. So kamen wesensbestimmende Vorgänge wie die Bewegung gegen die US-amerikanische Aggression in Vietnam, die Ausstrahlung der kubanischen Revolution, die chinesische Kulturrevolution, der „Prager Frühling“ und seine Niederschlagung wie auch gegenseitige Lernprozesse unter verschiedenen Aspekten und in unterschiedlichen Zusammenhängen zur Sprache. Den Ertrag solcher Dispute einzufangen ist allerdings schwierig und wird dem Berichtersteller nur bedingt gelingen.

Den Auftakt gab *Kees van der Pijl* (Sussex) mit seinem Einführungsvortrag „Der Mai 1968 und die alternative Globalisierungsbewegung“. Die 68er-Bewegung, die er als Reaktion auf erstarrte Strukturen (auch in der Arbeiterbewegung), als Protest gegen „reglementiertes Leben“ interpretierte, wies für ihn viele Widersprüche auf – von ihm festgemacht an Erscheinungen wie chinesische Kulturrevolution, „Prager Frühling“, Pariser Campus. Demgegenüber ist für ihn die heutige Antiglobalisierungsbewegung, der er insgesamt ein gutes Zeugnis ausstellte,

einheitlicher, weniger theoretisch, dafür lebensnaher, praxisbezogener, doch strukturell von den gleichen Kräften getragen. Der Referent brachte dies mit dem Marxschen Konzept des Gesamtarbeiters in Verbindung. Andere Redner waren in ihrem Optimismus bezüglich der heutigen Akteure und ihres Agierens zurückhaltender.

Die eigentlichen Verhandlungen der Konferenz eröffnete *Marcel van der Linden* (Amsterdam), indem er nochmals deren Anliegen umriss. Er demonstrierte an Beispielen aus verschiedenen Kontinenten die Breite der Bewegung und stellte die Frage, ob es sich hier um eine zufällige Parallelität oder um Interaktionen handle, ausgelöst durch gemeinsame oder sich nahekommende Ursachen und solidarisch miteinander verbunden. Mit der Fragestellung war natürlich die Richtung ihrer Beantwortung angezeigt. *Angelika Ebbinghaus* (Bremen) – wie van der Linden in der Vorbereitungsgruppe engagiert – ergänzte diese Orientierungen, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Spezifika der 68er-Bewegung und auf deren zeitgenössischen theoretischen Ausdruck hinlenkte. Damit war eine in den Beratungen wiederholt wiederkehrende Frage aufgeworfen, die nach dem Verhältnis zwischen „alter“ und „neuer“ Linken, mit der Rolle der Partei als Springpunkt und Scheidelinie.

Die Darbietung von Fallstudien begann mit dem Beitrag des indischen Literaturhistorikers *Avishkek Ganguly* (New York) über die Protestbewegung vor allem in Bengalen und deren Widerspiegelung in dem Schauspiel „Der Pfeil“ von Utpal Dutt, der in der kommunistischen Bewegung aktiv war und auch in der DDR aufgeführt wurde. Die Bauernrevolte in Bengalen 1967 war vor allem von Stammesangehörigen der autochthonen Bevölkerung getragen, die somit ein bislang kaum beachtetes Subjekt der 68er-Bewegung wurde. Ganguly betonte, dass es sich nicht um ein isoliertes Phänomen handelte, sondern sich Bezüge dieser Bewegung zu den Black Panthers in den USA wie auch zur Revolte in Frankreich nachweisen lassen. Später geriet diese Protestbewegung in den Strudel ethnischer Konflikte. Ganguly unterstrich, dass sich demgegenüber heute in der globalisierten Bewegung sehr unterschiedliche Individuen zusammenfinden, die ihre Identität nach Klasse, Geschlecht, Ethnos selbst bestimmen.

David Mayer (Wien) hatte seinen Beitrag überschrieben „Kubanischer Zyklus, Ungleichzeitigkeiten und transnationale Zusammenhänge 1968 aus und in Lateinamerika“. Ihn interessierte die Frage, ob sich ein lateinamerikanisches 1968 als großregionaler bzw. kontinentaler Zusammenhang begründen lässt. Er verwies auf die Ereignisse im argentinischen Cordoba und auf die Protestbewegung in Mexiko, die uneingelöste Versprechen der mexikanischen Revolution einforderte. Sie wurde unmittelbar vor Eröffnung der Olympischen Spiele brutal niedergeschlagen, wobei Hunderte Tote zu beklagen waren. Für viele lateinamerikanische Linke wirkte die kubanische Revolution als Ermutigung und Leitbild, was allerdings durch Fidel Castros Befürwortung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ beeinträchtigt wurde. Doch auch Bezüge und Kontakte zur europäischen Bewegung sind nachweisbar. Während jedoch in weiten Teilen Europas im Nachhall der Erhebungen der Sechzigerjahre eine Periode der Demokratisierung

und der Reformen einsetzte, erfuhren viele Lateinamerikaner die Siebzigerjahre als das dunkelste Jahrzehnt, kulminierend in der Errichtung antirevolutionärer Militärdiktaturen.

Die chinesische Kulturrevolution und deren internationale Ausstrahlung thematisierte *Susanne Weigel-Schwiedrzig* (Wien). Die ausgewiesene Sinologin erinnerte an das traditionelle chinesische Verständnis vom Reich der Mitte und Zentrum der Welt. Sie interpretierte die Politik der Volksrepublik China als das Bemühen, Peking gegenüber der Peripherie als symbolisches Zentrum zu etablieren. Entsprechend erfuhren revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika und Afrika vielfältige materielle und ideelle Unterstützung. Ursachen für die Ausstrahlungskraft der Kulturrevolution sah die Vortragende vor allem in deren fundamentalistischem, verbürokratisierte Strukturen infrage stellendem, „reinigendem“ Charakter, wobei – nicht zuletzt in Europa – weniger die Realität als Imaginationen von China rezipiert wurden. In diesem Zusammenhang kam zur Sprache, dass auch Singapur, Hongkong und Japan in beträchtlichem Maße in Bewegung geraten waren.

Die Diskussion griff die Problematik des Zentrums auf mit Verweisen auch auf die Rolle Kubas oder Vietnams, wobei die These unwidersprochen blieb, dass das Zentrum der Bewegung der langen Sechzigerjahre außerhalb Europas lag und gerade in jener Zeit das Selbstbewusstsein und die Handlungsfähigkeit der Akteure der Dritten Welt enorm gestiegen sind. Mehrere Redner gingen auf den sowjetisch-chinesischen Konflikt ein und hoben den Gegensatz zwischen Chruščevs Koexistenzpolitik und Maos weltrevolutionärer Theorie und Praxis hervor. Es wurde der Standpunkt vertreten, dass überhaupt erst durch diesen Konflikt jenes große internationale Interesse an China geweckt und eine Parteinahme für China ausgelöst worden sei.

Auf ein Land, das wohl die Wenigsten mit 1968 in Verbindung bringen würden, verwies *Samantha Christiansen* (Boston), nämlich auf Pakistan. In Ostpakistan, im heutigen Bangladesch, kam es zu heftigen Studentenprotesten, die sie als Teil der globalen Studentenbewegung bewertete, vermittelt auch durch Studentenaustausch und Ideentransfer. Eingefordert wurden politische und kulturelle Rechte, soziale Gerechtigkeit und Säkularität. Erst durch den Bürgerkrieg zwischen beiden Hälften Pakistans geriet diese Bewegung ins nationalistische Fahrwasser. Es wurde davor gewarnt – auch anhand (süd)koreanischer Erfahrungen –, die außereuropäischen Bewegungen in ein westliches Modell zu zwingen. Dominant waren die von Land zu Land unterschiedlichen eigenen Probleme, was indes solidarisches Handeln nicht ausschloss.

Hannes Lachmann (Prag) informierte über Reaktionen in der ungarischen Gesellschaft auf den „Prager Frühling“, der also nicht Thema einer eigenständigen Untersuchung war. Nach Einschätzung des Referenten blieben die Proteste in Ungarn im Vergleich zur ČSSR, zu Polen, Jugoslawien und selbst zur DDR relativ verhalten. Als Erklärung hierfür verwies er auf den in Ungarn angelaufenen Reformprozess, der nicht gefährdet werden sollte, wie auch auf die Erfahrungen

von 1956. Offenbar hatten sich die Machtorgane in Ungarn auch innenpolitisch gut abgesichert. Dass schloss indes Anteilnahme und Sympathie für das militärisch erstreckte tschechoslowakische Reformexperiment nicht aus. Über das Wirken von Georg Lukács war erst auf Nachfrage etwas zu erfahren. Sehr kontrovers wurde in der Diskussion die Rolle János Kádárs eingeschätzt. Konferenzteilnehmer aus Ungarn verwiesen auf die unterschiedliche Haltung von Vertretern verschiedener Generationen.

Bemerkenswerte Vorgänge in Italien behandelte *Devi Sacchetto* (Padua) anhand der politischen Kampagnen in Porto Marghera. Sein Beitrag beruhte wesentlich auf Erkenntnissen, die mit Methoden der Oralhistory gewonnen wurden. In dieser in der Provinz Venedig gelegenen Industriestadt kam es zu starken Differenzen und Konfrontationen zwischen der herkömmlichen Arbeiterbewegung, also den Parteien und Gewerkschaften, auf der einen Seite und aktiv werdenden Gruppen von Arbeitern und Intellektuellen auf der anderen Seite. Letztere kämpften gegen zu Entlassungen führende Umstrukturierungen, für eine arbeiterfreundliche Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und organisierten Arbeitsverweigerung bei gefährlichen Arbeitsbedingungen. Sie überwandten Barrieren zwischen Arbeitern und Universitäten, zwischen industrieller und Heimarbeit.

Ein in seiner Dimension bisher kaum berücksichtigtes Geschehen stellte *Paul Benedikt Glatz* (Berlin) vor, der die Agitation unter den amerikanischen GIs und die Unterstützung amerikanischer Deserteure während des Vietnamkrieges darstellte. Zivile Gruppen riefen außerhalb und innerhalb der Kasernen zu Desertion und Widerstand auf, nicht nur in den USA, sondern auch in Japan und Europa, nicht zuletzt in Westdeutschland und Westberlin. Gut abgesicherte Netzwerke verhalfen den Deserteuren zur Flucht, vor allem nach Schweden. Die bundesdeutsche Justiz erwies sich demgegenüber als ziemlich machtlos, zum einen, weil die Konspiration gut funktionierte, zum anderen, weil es sich beim Einsatz amerikanischer Truppen in Südostasien nicht um eine NATO-Aktion handelte, somit Aufforderungen zur Desertion keinen Straftatbestand bildeten.

Die theoretisch-ideologische Inspiration der 68er-Bewegung thematisierte als einziger *Christoph Kalter* (Potsdam) eingehender, und zwar am Beispiel des afroamerikanischen revolutionären Theoretikers und Psychiaters Frantz Fanon. Fanon, der mit seinem viel gelesenen Hauptwerk „Die Verdammten dieser Erde“ die Probleme der Dritten Welt und die Bauern dieser Länder als radikale Kraft und Hoffnungsträger ins Bewusstsein aller anticolonialistischen Kräfte gerückt hatte, gab damit auch einen wichtigen Impuls und eine verbindende Idee für die Bewegungen in den westlichen Gesellschaften. Kalter stellte Fanon als charismatische Persönlichkeit und Ideengeber in eine Reihe mit Che Guevara, Ho Chi Min und Lumumba.

Auf eine Thematik, die künftig sicherlich weiterer Erörterung bedarf, lenkte *Boris Kanzleiter* (Berlin) die Aufmerksamkeit hin – auf die Neue Linke und die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. In Jugoslawien erfuhr die 68er-Bewegung ihre eigenartige Ausprägung, indem vor allem Studenten und Professoren der besetzten „Roten Universität Karl Marx“ in Belgrad auf die umfassende Durch-

setzung der Arbeiterselbstverwaltung als „direkte Produzentendemokratie“ drängten und bürokratische Kontrollmechanismen, Privilegienwirtschaft und wachsende soziale und regionale Ungleichheiten kritisierten. Auch die Positionen der „Praxis“-Gruppe kamen in diesem Zusammenhang zur Sprache. Wenn „im Namen der Ideale gegen die Realität“ angegangen wurde, lässt sich allerdings nicht übersehen, dass die ökonomische Realität Jugoslawiens nachweislich mehr Effizienz und mehr Effektivität erforderte. Wie sich in den Auseinandersetzungen soziale und ethnische Konflikte zueinander verhalten, vor allem aber wie Produzentenselbstverwaltung funktionieren kann, bedarf weiterer Diskussionen, auch in Deutschland, wo das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ faktisch ad acta gelegt worden ist.

Max Henniger (Berlin) brachte eine Problematik in die Konferenz ein, die heutzutage selbst viele Linke nicht mehr unvoreingenommen und tiefgründig zu erörtern wagen – das Verhältnis zwischen antiautoritärer Revolte und bewaffnetem Kampf. Die Zahl der bewaffneten Bewegungen jener Jahre ist beträchtlich, und der MPLA, der Frelimo, der SWAPO und vergleichbaren Befreiungsbewegungen ist schwerlich die Berechtigung bewaffneter Kampfformen abzusprechen. Henniger verwies darauf, dass durchaus nicht überall antiautoritärer Protest in bewaffneten Kampf eingemündet ist, sondern auch die umgekehrte Abfolge stattgefunden hat, zum Beispiel in Uruguay. Er verglich vor allem die Entstehung und die Aktivitäten bewaffneter Untergrundgruppen in der BRD und in Italien. Für Italien stellte der Redner heraus, dass hier bereits Arbeitskämpfe oft mit hoher Gewaltbereitschaft von beiden Seiten abgelaufen waren. Für Deutschland widersprach er der verbreiteten Auffassung, dass ein Übergang von der Studentenbewegung zur RAF stattgefunden habe, denn es handelte sich bei den Gewalttätigen nicht um Studenten, sondern um eine Alternativzene, um Aussteiger. Es wäre allerdings eine schärfere Grenzziehung zwischen bewaffnetem Widerstand gegen bewaffnete Unterdrücker und Aktionen des individuellen Terrors, der von der marxistischen Arbeiterbewegung immer abgelehnt wurde, erforderlich gewesen.

Den Folgen der 68er-Jahre wandte sich *Peter Birke* (Hamburg) zu, der vor allem die These vom „Modernisierungsschub“ und der „kulturellen Revolution“ hinterfragte. Manche seiner Thesen wird man wohl erst noch nachlesen und überdenken müssen. Zustimmung verdient sein Standpunkt, dass die Modernisierung mehr ein Produkt der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg als Resultat der 68er-Bewegung ist, die zweifellos auch manches bewirkt hat; mehr noch seine Feststellung, dass die Konflikte nicht gelöst sind, dass zurzeit um alles gekämpft werden muss, was oft als Errungenschaften gerühmt wird, und dass wir uns einer Geschichtsinterpretation widersetzen müssen, welche die Unausweichlichkeit sozialer Kämpfe aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen sucht.

An letzter Stelle – was erwartungsgemäß prompt gerügt wurde – kamen die mit dem Schlüsseljahr 1968 verbundenen neuen Frauenbewegungen zur Sprache. In der Tat haben wir in Linz schon Konferenzen erlebt, auf denen die Genderfrage

besser und organischer in die Gesamthematik integriert worden war. *Ilse Lenz* (Bochum) sah die grundlegende Innovation der neuen Frauenbewegung vor allem in drei Bereichen: in Selbstbestimmung der Frauen in Alltag und Politik, in einem kollektiven Eros als Utopie und in der Kritik der Geschlechterungleichheit. Sie ging vor allem auf die Rolle von Frauen in der deutschen 68er-Bewegung ein, die sich erst nach deren Höhepunkt als feministische Bewegung verselbstständigten. Die Trennung der Frauenbewegung von der generellen sozialen Bewegung wurde in der Diskussion keineswegs von allen positiv bewertet. Gleichwohl, die Frauenbewegung hat mehr erreicht als die meisten anderen Strömungen der langen Sechzigerjahre, sichtbare Veränderungen, die indes auch überfällig waren.

Als Auftakt zur Schlussdebatte und als weiter zu bedenkende Probleme verwies *Gerd-Rainer Horn* (Warwick) vor allem auf drei Fragenkomplexe: 1. Auf das Verhältnis der Vorstellungen und Forderungen der 68er zu den real eingetretenen Reformen der Siebzigerjahre. Was hat sich eigentlich im Alltag geändert? 2. Auf die Wechselbeziehungen zwischen der Ersten und der Dritten Welt. Inwieweit beruhen sie inzwischen auf Gegenseitigkeit? 3. Auf das Erbe und/oder die Konsequenzen aus den 68er Ereignissen und Auseinandersetzungen. Welche Rolle spielen neue Parteien und neue Bewegungen?

Die Frage nach dem Erbe der 68er, nach dem Bleibenden und dem Vergänglichen bewegte auch ein gut besuchtes, von *Marcel van der Linden* moderiertes *Podium*, das am 12. September im neuen Wissensturm der Stadt Linz stattfand. Es diskutierten hier Akteure der Bewegung, und zwar *Frank Depppe*, *Jutta Ditfurth*, *Manfred Eder*, *Klaus Meschkat* und *Karl Heinz Roth*. Partiiell fielen die Antworten unterschiedlich aus. Konsens bestand in Linz, dass der Aufbruch der Sechziger- und Siebzigerjahre seine Verstetigung vor allem in der feministischen und der ökologischen Bewegung gefunden hat; hinsichtlich der heutigen Bewegung gegen Globalisierung gingen die Meinungen eher auseinander. Unübersehbar hat auch die herrschende politische Klasse – zumindest in den Metropolen des Kapitalismus – gesellschaftsstabilisierende Schlussfolgerungen gezogen, deren Wirkungen indes spürbar nachlassen. Uneingeschränkt gültig ist die Erkenntnis: Das herausragend Bleibende von 68 besteht darin, dass solch eine weltweite, zementierte Herrschaftsverhältnisse infrage stellende, riesige Massen erfassende, ein neues Selbstbewusstsein der Akteure offenbarende Bewegung überhaupt möglich war und auch in Zukunft möglich sein wird.

Mit etwas Abstand auf den Ertrag dieser Tagung zurückschauend, werden dem Berichterstatter auch manche Grenzen und Lücken stärker bewusst. Ob für die Beschreibung und Erklärung historischer Vorgänge eine so weitgehende Inanspruchnahme von Kategorien und Begriffen der Politologie und der Soziologie, wie dies manche Referenten praktizierten, tatsächlich hilfreich ist, darf angezweifelt werden. Die unterschwelligeren ökonomischen Prozesse, vor allem die unter dem Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution zusammengefassten umwälzenden Neuerungen im Bereich der Produktivkräfte und deren weitreichende Folgen für die Arbeitswelt, für die Beziehungen zwischen Kapital und

Arbeit wie auch für das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern des Kalten Krieges verdienen mehr Beachtung und bedürfen zur Erhellung der Ursachen der 68er Ereignisse noch einer genaueren Analyse. Die Spezifik der Auf- und Umbrüche der Sechziger- und Siebzigerjahre, vor allem auch das Verhältnis von „alter“ und „neuer“ Linker, wird sich tiefgründiger erst erschließen, wenn Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den Umbrüchen am Ausgang des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und auch zur „Wende“ von 1989/90, wo überall basisdemokratische Bewegungen hervortraten, klarer und differenzierter herausgearbeitet werden. Und noch etwas fiel auf. Während wir die Geschichte der Länder des „Realsozialismus“ (und die der DDR im Besonderen) in überbordendem Maße anhand der in den Sicherheitsorganen entstandenen Quellen präsentiert bekommen, spielten in Linz (wie dies generell der Fall ist) jene archivalischen Überlieferungen überhaupt keine Rolle, die Auskunft geben über die Wahrnehmungen und Gegenstrategien der politisch und ökonomisch Herrschenden, über das Handeln der Überwachungs-, Repressiv- und Justizorgane, über das Ausspionieren und Unterwandern von Protestbewegungen, obwohl dies alles stattgefunden haben muss und gewiss auch stattgefunden hat.

Die *Generalversammlung* der ITH bestätigte die Rechenschaftsberichte der Geschäftsführerin und des Kassierers. Die ungelösten Probleme einer dauerhaften finanziellen Absicherung der Linzer Konferenzen beschäftigten die Vereinsmitglieder erneut, zumal die erwogenen Initiativen und ein eigens gebildetes Gremium noch keine greifbaren Ergebnisse zeitigten. Auf der 45. Tagung wird im Jahre 2009 der Dreijahreszyklus, der sich mit transnationalen Vernetzungen befasste, seinen Abschluss finden mit der Thematik „Grenzüberschreitende Arbeitergeschichte. Konzepte und Erkundungen“. Dann wird sich die ITH den kulturellen und zivilisatorischen Leistungen der Arbeiterbewegung zuwenden, unter dem Arbeitstitel „Arbeiterbewegungen als Triebkräfte gesellschaftlichen Wandels“.

Traditionen des Linkssozialismus in der Arbeiterbewegung. Kolloquium

Rainer Holze

In der letzten Zeit ist in Deutschland wieder ein stärkeres Interesse an der Geschichte der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung festzustellen. Davon zeugt eine Reihe gründlicher biografischer Studien über Denker, die im Nachkriegsdeutschland zwischen KPD/SED und SPD gestanden haben.¹

So war es überfällig, dass sich das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. auf den Weg gebrachte Ständige Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung den Problemen und der Geschichte des Linkssozialismus zuwandte. Gemeinsam mit dem Helle Panke e. V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen einige der genannten Autoren und weitere Forscher aus dem In- und Ausland sowie den Vorsitzenden der Europäischen Linkspartei Lothar Bisky am 6. und 7. Juni 2008 nach Berlin zur Diskussion über den Linkssozialismus ein.

In seinem Eröffnungsstatement umriss *Klaus Kinner* (Leipzig) das Anliegen der Tagung. In den bisherigen Kolloquia seien die demokratischen Traditionen der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung noch nicht eingehend behandelt und deshalb das diesbezügliche überkommene Geschichtsbild von den Schlacken des Stalinismus noch nicht ganz befreit worden. Linke emanzipatorische Politik, die den heutigen Ansprüchen gerecht werden will, dürfe sich nicht auf die Geschichte des Parteikommunismus verengen lassen – sie müsse ihr Selbstverständnis aus der ganzen Fülle historischer Bezüge und Traditionen schöpfen. Zu diesen gehöre unverzichtbar das Erbe des Linkssozialismus, das lange – besonders in der DDR – unterbelichtet blieb. Im Lichte der Fusion von PDS und WASG zur Partei Die Linke sollte das linke Traditionsverständnis ausgeweitet werden. In Fortsetzung der vorangegangenen Kolloquia über verschiedene Theorieansätze in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung seien die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen theoretischen

¹ Zu nennen sind die Arbeiten von Andreas Diers: Arbeiterbewegung - Demokratie - Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948, Hamburg 2006; Ulrich (Uli) Schöler: Auf dem Weg zum Sozialismus - Wolfgang Abendroth, Hannover 2007; Mario Keßler: Ossip K. Flechthelm. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998), Köln u. a. 2007; Christoph Jünke: Sozialistisches Strandgut: Leo Kofler. Leben und Werk (1907-1995), Hamburg 2007; Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm: Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen 2007. Unbedingt zu nennen sind außerdem von Gregor Kritisidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, sowie die von Michael Buckmiller/Joachim Perels/Uli Schöler herausgegebenen und eingeleiteten zwei Bände der Gesammelten Schriften von Wolfgang Abendroth.

und politischen Auffassungen angesiedelten Positionen zu analysieren und fruchtbar zu machen.

Den Auftakt zur Diskussion bildete ein Podiumsgespräch mit *Lothar Bisky* (Berlin), *Andreas Diers* (Frankfurt/Main), *Jaroslav Leont'ev* (Moskau) und *Sascha Wagener* (Berlin). Dabei hob *Bisky* hervor, dass im gegenwärtigen Prozess der Identitätsfindung der Partei Die Linke und für ihr noch im Entstehen begriffenes Programm die linkssozialistische Tradition unbedingt auszuschöpfen sei, und er appellierte an die Wissenschaftler, dazu gesicherte Erkenntnisse bereitzustellen.

Daran anknüpfend referierte *Diers* über die Ursprünge linkssozialistischen Denkens vor 1917, dessen theoretische und politische Eckpunkte und Entwicklung nach 1917. Er machte auf zwei Probleme aufmerksam, vor die sich die mit Linkssozialismus beschäftigenden Forscher, Verleger und Politiker gestellt sehen. Zum einen existiere über dessen Wesen und inhaltliche Definition keine einheitliche Meinung; zum anderen komme es darauf an, Klarheit über dessen Unterschiede gegenüber anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung – wie etwa Parteikommunismus, Sozialdemokratie, Austromarxismus, Eurokommunismus – zu gewinnen. Weitgehende Übereinstimmung bestehe darin, dass Linkssozialismus innerhalb der Arbeiterbewegung eine selbstständige Strömung war. Ihr liege seit dem sogenannten Revisionismusstreit in der Sozialdemokratie um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das dialektische Verständnis von Reform und Revolution, von Demokratie und Diktatur zugrunde. Die antirevisionistische ebenso wie undogmatische marxistische Grundposition der Linkssozialisten habe ihren Ausdruck darin gefunden, dass sie eine an Marx orientierte Begrifflichkeit praktizierten und Marxsche Gedanken weiterentwickelten. So kollidierten sie zusehends mit theoretischen Auffassungen und praktischer Politik der sozialdemokratischen, nach 1918 auch der kommunistischen Parteien. Als parteiübergreifende politische und philosophische Strömung grenzten sich die Linkssozialisten nicht nur von der kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Politik ab; sie nahmen auch eine kritische Haltung gegenüber Konzepten und politischer Praxis der sogenannten radikalen Linken sowie trotzkistischen, maoistischen und spontaneistischen Gruppen ein.

Im Verlauf des Kolloquiums stand besonders die informative und engagierte Vorstellung der einzelnen Vertreter des Linkssozialismus im Blickpunkt. Mit Beiträgen von *Michael Krätke* (Amsterdam) über Paul Levi, von *Mario Keffler* (Berlin/Potsdam) über Arkadij Gurland, von *Christoph Jünke* (Bochum) über Leo Kofler, von *Uli Schöler* (Berlin) über Wolfgang Abendroth und von *Michael Buckmiller* (Hannover) über Peter von Oertzen wurde die von *Diers* dargestellte historische Entwicklung der linkssozialistischen Strömung konkret untersetzt. Nachdrücklich wurden diese Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus als Persönlichkeiten gekennzeichnet, die für ihre Überzeugungen stets mutig eingetreten waren, auch dann, wenn in der „eigenen“ Partei entgegengesetzte Auffassungen die Oberhand hatten, so Levi, Abendroth, Peter von Oertzen in der SPD. Die dargestellte Spezifik der Positionen einzelner Protagonisten verdeutlichte die Vielfalt des linkssozialistischen Spektrums und untermauerte die Aussage, dass

linkssozialistische Positionen nicht in erster Linie an Parteien und Organisationen zu binden seien, sondern als eine Aufklärungsbewegung zu begreifen sind.

In Konzepten der Linkssozialisten hatten Begriffe wie Demokratie, Basisinitiative, Selbstverwaltung eine zentrale Bedeutung. Ein Sozialismus ohne Demokratie war für sie undenkbar, ebenso ein politischer Avantgardismus. Bei den Auseinandersetzungen mit anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung ging es ihnen nicht nur um die Analyse und Darstellung möglicher Wege und Formen der Demokratisierung der Wirtschaft bis hin zur Umwandlung privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches und Gemeineigentum, sondern um das Aufzeigen der Grenzen der bürgerlichen Demokratie und des Charakters von Macht und Herrschaft im bürgerlich-demokratischen Staat. Dabei traten Linkssozialisten gegen eine ausschließlich reformistisch angelegte Politik auf, und zugleich bekämpften sie den Antikommunismus als politisches Disziplinierungsmittel der Arbeiterbewegung. Sie standen der starren Verpflichtung auf verbindliche historische Vorbilder bei revolutionären Veränderungen der Gesellschaft kritisch gegenüber und verfochten demokratische Diskussionsprozesse. So gerieten sie zwischen alle Stühle in den Arbeiterparteien.

Drei weitere Beiträge erweiterten und bereicherten die Tagungsproblematik. *Gregor Kritisidis* (Hannover) berichtete auf der Grundlage neu erschlossener Quellen über linkssozialistische Oppositionsgruppen und deren Vordenker in der BRD der Ära Adenauer, zeigte deren wichtige Brückenfunktion gegenüber der Protestbewegung von 1968 und unterstrich deren Beitrag zur Demokratisierung Westdeutschlands. Auf die internationale Dimension linkssozialistischer Positionen gingen Wagener, der über linkssozialistische Positionen in der Europäischen Linkspartei sprach, und Leont'ev, der ein Editionsprojekt über die Partei der linken Sozialrevolutionäre vorstellte, ein (wobei sich für die Teilnehmer der Bezug zum Tagungsthema nicht ganz erschloss).

Die intensive und teilweise kontrovers geführte Diskussion (u. a. ging es um die praktisch-politische Wirksamkeit des Linkssozialismus) macht deutlich, dass noch Klärungsbedarf besteht. Angeregt wurde, ein Kolloquium dem Austromarxismus zu widmen.

Für bürgerliche und/oder sozialistische Demokratie? Tagung zur Novemberrevolution 1918/1919

Rainer Holze

Die Novemberrevolution in Deutschland 1918/1919 – die antiimperialistische Volksbewegung vor 90 Jahren – war von allen Parteien der Weimarer Republik ungeliebt. In der heutigen öffentlichen Geschichtspropaganda und in der aktuellen akademischen Geschichtsschreibung wird sie so gut wie nicht beachtet. Nicht selten werden ihre Ergebnisse – so die durch sie erreichten bürgerlich-demokratischen Freiheiten – auch von Linken wenig geschätzt und die dieser Revolution innewohnenden demokratischen Potenzen nicht ausgelotet. Dabei sollte die deutsche Linke bei der Beschäftigung mit der Novemberrevolution sich den radikal-demokratischen und sozialistischen Akteuren und deren Gedankengängen zuwenden und immer wieder versuchen, Impulse daraus zu gewinnen. Das war ein Anliegen der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 31. Oktober/1. November 2008 in Berlin.

Werner Bramke (Leipzig) leitete die Tagung ein. Er würdigte kritisch die Debatten unter Historikern der alten Bundesrepublik und der DDR zur Novemberrevolution und stellte das Ausbleiben wissenschaftlicher Diskussionen und weiterführender Forschungsergebnisse der etablierten deutschen Geschichtswissenschaft seit 1989 fest. Sein interessanter Vergleich der Novemberrevolution 1918 mit der friedlichen Revolution in der DDR stieß in der Diskussion bei einigen Teilnehmern auf Widerspruch: die Bedingungen, unter denen die beiden Revolutionen stattgefunden haben, und deren Charakter seien doch recht unterschiedlich gewesen. Bramkes differenzierte Ausführungen sensibilisierten das Forum für die offenen Forschungsprobleme im Zusammenhang mit der Novemberrevolution. Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete *das Verhältnis von (bürgerlich-) demokratischen und sozialen (sozialistischen) Bestrebungen in der Revolution*, die sich 1918/19 vor allem an der Forderung nach *Sozialisierung* und in der Diskussion über die *Räte* niederschlugen. Darüber hinaus wurden im Verlauf der Tagung neue Fakten und Wertungen zur Novemberrevolution unterbreitet.

So ergänzte *Ottokar Luban* (Berlin) in seinem Vortrag unsere Kenntnisse über den Zeitpunkt, den Teilnehmerkreis, den Verlauf und die Auswirkungen der Oktober-Konferenz der Spartakusgruppe. Unter anderem wies er nach, dass diese Zusammenkunft nicht – wie bisher angenommen – am 7. Oktober, sondern am 12. und 13. Oktober 1918 stattgefunden hat, und belegte, dass sie nicht den ihr in der DDR zugeschriebenen Einfluss auf Vorbereitung und Verlauf der Revolution hatte.

Ulla Plener (Berlin) befasste sich am Beispiel des Deutschen Holzarbeiterverbandes unter besonderer Berücksichtigung der Positionen von dessen Vorsitzendem

Theodor Leipart mit der Stellung zur Revolution und zu zwei ihrer Grundprobleme – der Sozialisierung und den Räten – in Gewerkschaftskreisen. Dabei arbeitete sie deren radikal-demokratische Vorstellungen heraus, die darauf hinausliefen, auf dem Wege der Sozialisierung, verstanden als Demokratisierung der Wirtschaft, im Besonderen der Verfügungsgewalt über das Eigentum an den volkswirtschaftlich entscheidenden Produktionsmitteln, zum angestrebten Sozialismus zu kommen. Die Ideen der Wirtschaftsdemokratie seien auch für die heutige deutsche Linke von nicht geringem Interesse. In diesem Kontext verwies Plener auf Beispiele des solidarischen Wirtschaftens in der Gegenwart, die es zu beobachten gelte.

Reiner Tosstorff (Frankfurt/Main) und *Marvel Bois* (Hamburg) stellten die Novemberrevolution in den internationalen Kontext und gingen auf die vielfältigen revolutionären Aktionen (Massendemonstrationen, Protestkundgebungen, Streikaktionen, Bildung von Arbeiterräten) sowohl in den Weltkriegsgewinner- als auch in den Weltkriegsverliererländern ein. Diskutiert wurde u. a. die Frage der internationalen Stellung der Novemberrevolution und ihres Platzes im Verhältnis zur Oktoberrevolution. *Klaus Kinner* (Leipzig) zufolge komme ihr ein hoher Stellenwert zu als Revolution in einem Land der modernen Industriegesellschaft. Die Oktoberrevolution sei zwar eine Initialzündung für die revolutionären Bestrebungen in der Welt gewesen, ihr könne aber aufgrund der damaligen Rückständigkeit Russlands (zum Teil noch vorkapitalistische Strukturen, rudimentäre bürgerliche Demokratie, geringes Niveau der materiellen Produktion) keine Vorbildfunktion für Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern zukommen.

Der zweite Tagungstag war den regionalen und biografischen Aspekten der Novemberrevolution gewidmet. *Ingo Materna* (Berlin) präzierte – gestützt auf seine jahrzehntelangen Forschungen und die in den Jahren 1993 bis 2002 erschienene dreibändige Publikation „Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Versammlungen und des Vollzugsrates“ (er gehört mit Gerhard Engel zu den Herausgebern) – unsere Erkenntnisse über den Verlauf und die Spezifik der Revolution in der deutschen Hauptstadt. Er ging auf das ausgeprägte Bestreben des Vollzugsrates ein, von Berlin aus das Revolutionsgeschehen in den deutschen Ländern und Provinzen zu beeinflussen. Die Gründung der KPD sei ein gewichtiges Revolutionsereignis, nicht jedoch das wichtigste Ergebnis der deutschen Novemberrevolution gewesen.

Ralf Hoffrogge (Berlin) – unlängst ist im Berliner Karl Dietz Verlag sein Buch „Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution“ erschienen – verdeutlichte, dass die Revolutionären Obleute in Berliner Betrieben die „Macher“ der Revolution in Berlin gewesen waren, was bisher viel zu wenig bekannt war. Er stellte in diesem Zusammenhang die zentrale Rolle Richard Müllers, des Anführers der Obleute, bei der Vorbereitung des 9. November heraus und zeigte, dass Müller als Vorsitzender des „Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“ 1918 in Berlin in organisatorischer Hinsicht einen bedeutenderen Einfluss auf den Ablauf der Revolution hatte als Karl Liebknecht und die Spartakusgruppe.

Sebastian Zebelmair (Berlin/München) ging dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der Novemberrevolution am Beispiel der Bayerischen Räterepublik nach; *Judith Pakb* (Frankfurt/Main) und *Mario Hesselbart* (Jena) erläuterten einige Grundzüge der Revolution in Hessen bzw. in Thüringen – von den Historikern bislang weitgehend ausgesparte Regionen. *Günter Wehner* (Berlin) zeigte anschaulich, wie machtvoll sich die Arbeiter des AEG- Stahlwerks Hennigsdorf – inspiriert von Spartakusleuten – an der Revolution beteiligten; zeitweise übernahmen sie sogar den Betrieb.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete das *Phänomen der Spontaneität*, des elementaren Strebens der Massen nach Veränderung politischer und gesellschaftlicher Zustände, das neue Formen der gesellschaftlichen Organisation – im konkreten Falle die Arbeiter- und Soldatenräte – hervorbrachte. In der Bildung der Räte und in wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen schlug sich das radikal-demokratische und sozialistische Potenzial der Revolution nieder. Im Wirken der Revolutionären Obleute zeigte sich die wichtige Rolle basisdemokratischer Strukturen.

Der letzte Teil der Konferenz war vorrangig dem Wirken einiger linker Intellektueller in der Revolution gewidmet. *Gerhard Engel* (Klausdorf/Brandenburg) stellte auf der Grundlage seiner langjährigen Forschungen über Johann Knief ein überzeugendes und differenziertes Bild dieses führenden Bremer Linksradikalen vor. Sichtbar wurde, wie dieser – obwohl formal ohne organisatorische Funktion – der anerkannte Kopf des Revolutionsgeschehens in Bremen war. Obwohl auf ganz linken Positionen stehend (er trat zum Beispiel für die sofortige Diktatur des Proletariats ein), hatte er sich den Blick für die konkreten Stimmungen der Bremer Arbeiter bewahrt. Die Forderungen der Spartakus-Konferenz vom Oktober 1918 hatten in einer Resolution des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates ihren Niederschlag gefunden.

Temperamentvoll schilderte *Florian Wilde* (Hamburg) die Rolle des führenden Spartakusvertreters Ernst Meyer am Vorabend und während der Novemberrevolution. *Christina Borgwarth* (Rostock) unterbreitete ihre ersten Überlegungen für eine politische Biografie von Paul Levi, der – darauf machte Engel in der Diskussion aufmerksam – in jenen Revolutionsmonaten von seinen späteren linkssozialistischen Positionen noch weit entfernt war. *Mirjam Sachse* (Kassel) stellte am Beispiel der Sozialdemokratin Marie Juchacz – sie hatte 1917 mit Heinrich Schulz die Redaktion der sozialdemokratischen Frauenzeitung „Die Gleichheit“ übernommen – den angepassten, disziplinierten Funktionärstyp vor, der wenig Verständnis für die Revolution hatte. *Eckhart Müller* (Berlin) umriss in seinem Beitrag die Rolle Adolph Hoffmanns als preußischer Kultusminister im ersten Revolutionsmonat, u. a. bezüglich der Trennung von Staat und Kirche.

Abschließend zog Bramke ein positives Fazit der wissenschaftlichen Tagung. Besonders hervorhebenswert sei, dass so viele jüngere Historiker und Historikerinnen mit eigenen Konferenzbeiträgen auftraten und zur intensiven, teilweise kontroversen Diskussion beitrugen, was in diesem Ausmaß auf wissenschaftlichen Veranstaltungen selten vorkomme. So werde eine enge Zusammenarbeit

zwischen jüngeren und älteren Fachkollegen gefördert. Auf die spezifischen Konferenzthemen eingehend, schätzte Bramke ein: Die Tagung habe das Problembewusstsein für das Verhältnis von Politik und Geschichte, Theorie und Politik befördert. Für die Beurteilung der Novemberrevolution 1918/19 sei es wichtig, ihre radikal-demokratischen und sozialistischen Potenzen (festzumachen u. a. an den basisdemokratischen Strukturen, der Räte- und an der Sozialisierungsforderung) hervorzuheben. Es ging seinerzeit um eine neue soziale Demokratie jenseits von Diktatur des Proletariats und bürgerlicher Demokratie. Jedoch dürften die durch die Novemberrevolution erreichten Ergebnisse – der Sturz des Kaiserreiches, die Errichtung der Republik, die Festschreibung bürgerlich-demokratischer Freiheitsrechte in der Weimarer Verfassung – in keinem Fall gering geschätzt werden.

Die Tagung erbrachte eine vertiefende Sicht auf das Verhältnis von Zentrum und Peripherie im Revolutionsgeschehen: Es sollten die in der bisherigen Forschung vernachlässigten revolutionären Abläufe in einzelnen Regionen und Orten stärker als bisher untersucht werden. Der Konferenzverlauf machte aber auch deutlich, dass die Forschungen zur Teilnahme der Frauen, der Mittelschichten und der Intelligenz an der Revolution noch ungenügend sind; auch sollte die künstlerische Verarbeitung des Revolutionsgeschehens in der historischen Forschung mehr berücksichtigt werden. Da stand der Auftritt eines Künstlers – Regisseur *Günter Reisch* (Berlin) sprach in der Diskussion über Filme zur Revolutionsproblematik – der Konferenz gut zu Gesicht. In den folgenden Debatten sollte auch der gewaltsame (bewaffnete, politische und geistige) Widerstand der gegenrevolutionären Kräfte stärker, als auf der Tagung geschehen, akzentuiert werden.

Zusammenfassend zeigte die Tagung überzeugend, dass es sich für die Linke lohnt, die Novemberrevolution neu zu befragen. Deshalb wäre es zu begrüßen, wenn die Konferenzbeiträge baldigst veröffentlicht würden, damit sie für die weitere linke Geschichtsdiskussion und ihre auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Debatten genutzt werden können. Denn – so Werner Bramke – die Linke steht heute vor der gleichen Alternative wie 1918/19: Kapitalismus oder soziale, also radikale Demokratie.

Informationen

Die Vogtländer und Max Hoelz

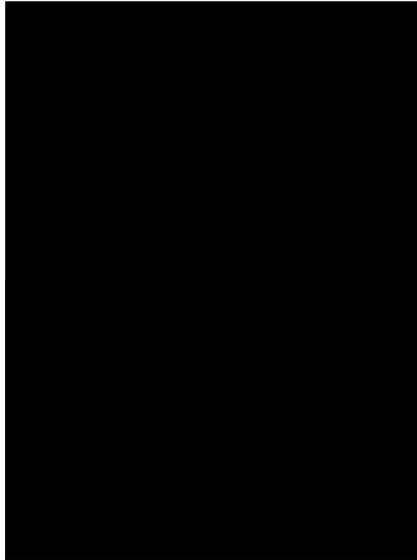
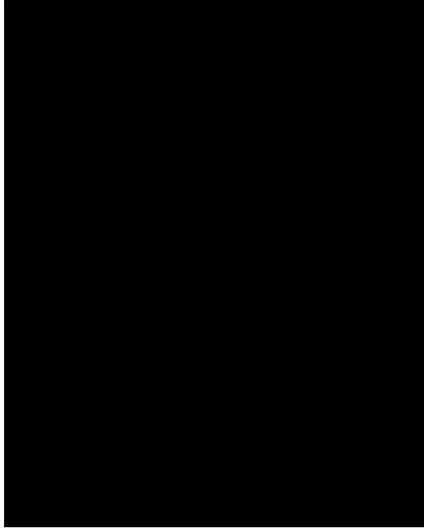
Peter Giersich

Ende Mai 2008 fand sich im vogtländischen Falkenstein eine Schar Geschichtsinteressierter mit dem Ziel zusammen, sich für ein gerechtes öffentliches Bild des früher weithin bekannten Revolutionärs der Zwanzigerjahre Max Hoelz einzusetzen. Er ist für sie Sinnbild des Aufbegehrens der vogtländischen Arbeiter gegen Krieg und soziale Ungerechtigkeit. Deshalb beschränken sie ihr Engagement nicht nur auf die Person von Hoelz, sondern wollen die Geschichte der vogtländischen Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes bewahren und in die Öffentlichkeit tragen - als Reaktion auf die gegenwärtige einseitige offiziöse Geschichtsschreibung vor allem in den Medien.

Im Raum Falkenstein gehen die Meinungen über diese markante Persönlichkeit weit auseinander. Sie reichen von Heldenverehrung bis zur völligen Ablehnung. Bei diesen Einschätzungen spielen konkrete, belegbare historische Fakten oft nur eine untergeordnete Rolle.

Der mittlerweile eingetragene Verein „Freundeskreis Max Hoelz“ stellte sich zum „Max-Hoelz-Jahr“ die Aufgabe, zwischen Hoelz' 75. Todestag (15. September 2008) und seinem 120. Geburtstag (14. Oktober 2009) öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, um die Vogtländer, insbesondere die Jugend, über diesen „Stülpner-Karl des 20. Jahrhunderts“ zu informieren. Daneben, aber nicht weniger wichtig, werden Nachforschungen angestellt, um aus Archiven über markante Punkte seines Lebens genauere Informationen zu erhalten. Dabei erhält der Verein die Unterstützung deutscher und russischer Historiker.

Schon im Herbst 2006 hatte ein heutiges Vereinsmitglied gemeinsam mit seinem russischen Freund die Grabstätte, die zuletzt von der damaligen DDR-Botschaft zum 100. Geburtstag 1989 instand gesetzt worden war, wiederentdeckt. Bis zum 75. Todestag erfolgte die Restaurierung, und am 15. September 2008 lagen wieder Blumen auf seinem Grab.



Max Hoelz Grab 2006 und zu seinem 75. Todestag im September 2008.
Fotos: Aleksander Ignatov

Als Mitte August 2008 die hiesige Regionalpresse verkündete, „2008/09 wird Hoelz-Jahr“, erregten sich die Gemüter. In Leserbriefen wurde eine Ehrung des „Zündl-Max“ und „Bandenführers“ Hoelz empört abgelehnt; andererseits erhielt der Verein Zustimmung, Anerkennung und Ermunterung für seine Vorhaben. Am 13./14. September erschien in der „Freien Presse“, Regionalausgabe Vogtland, eine ganze Seite unter der Überschrift „Max Hoelz: Terrorist oder Robin Hood?“ Darin wurde ein Rückblick auf die Hoelz-Ehrungen 1989 in der DDR vorgenommen sowie ein Interview mit dem Vorsitzenden des „Freundeskreises Max Hoelz“ veröffentlicht. Allerdings durfte auch ein Seitenhieb auf die DDR nicht fehlen: Unter der Abbildung einer Spendenmarke der Roten Hilfe Deutschlands aus den Zwanzigerjahren wurde vermerkt: „Max Hoelz als Held – so wurde er zu DDR-Zeiten dargestellt“.

Am 16. September 2008 lud der Freundeskreis zu drei Veranstaltungen ein: Am frühen Nachmittag trafen sich Interessierte vor dem Falkensteiner Rathaus, wo der frühere Leiter des Pionierhauses „Max Hoelz“, Heinz Kraus, einen Stadtrundgang „Auf den Spuren von Max Hoelz“ begann. Er vermittelte sowohl historisch belegte Fakten über Hoelz' Wirken in Falkenstein, erzählte aber auch einige Geschichten, die so nicht belegt sind, aber in der Bevölkerung kursieren. Geplant waren 45 Minuten, gedauert hat der Rundgang anderthalb Stunden. Die Teilnehmer hatten „zu viele“ Fragen. Bereichert wurde die kleine Exkursion durch Falkenstein und die Vergangenheit mit vorbereiteten Mappen, die Zeitdokumente und Fotos enthielten, so dass sich jeder konkrete Vorstellungen von jener Zeit und den damaligen Vorgängen machen konnte.

Vor dem Falkensteiner Schloss, einst Sitz der Barone von Trützschler und jetzt Filiale der Sparkasse, trafen sich nach dem Rundgang reichlich zwanzig Vogtländer, um in einer kurzen Gedenkveranstaltung des „Partisans der deutschen Revolution“ zu gedenken. Der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Sachsen, Frido Seydewitz, der selbst von den Nazis verfolgt wurde und später unter falschen Anschuldigungen viele Jahre in sowjetischen Lagern zubringen musste, sandte dem Meeting seine Grüße: „Max Hoelz war in den 20er und 30er Jahren als junge, vorwärtsdrängende Kraft in ganz Deutschland bekannt. Ehrlichen, heißen Herzens verfocht er die Sache der Armen und Rechtlosen. Die furchtbaren Erlebnisse des Weltkrieges hatten ihn geformt und zum Rebellen gegen die bestehende Ordnung gemacht. Für die proletarische Jugend wurde er zum Vorbild, der Wort und Tat bedingungslos miteinander verknüpfte.“

Höhepunkt dieses Tages war ein gemeinsames Geschichtsforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und des Freundeskreises Max Hoelz. Prof. Klaus Kinner (Leipzig) sprach über die Entwicklung und die Probleme der deutschen kommunistischen Bewegung bis in die Dreißigerjahre, und Dr. Ulla Plener (Berlin) zeichnete anhand von Briefen und anderen Zeitdokumenten ein Bild der Persönlichkeit Max Hoelz' und seiner politischen Auffassungen nach. Kinner nahm eine kritische Einschätzung des Weges der KPD vor, die viele Jahre durch ihre Erwartungshaltung auf den Ausbruch der Weltrevolution neben den tatsäch-

lichen Problemen der Bevölkerung agierte und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf das Alltagsleben ungenügend nutzte. Eine realere, praktikable Politik, wie sie von Rosa Luxemburg und Paul Levi begründet wurde, konnte in der Partei nicht durchgesetzt werden. Ernst Thälmann sei „kein Glück für die kommunistische Partei“ gewesen, weil er zu oft seine Positionen gewechselt habe und zunehmend zum Gewährsmann Stalins in der KPD wurde. Ulla Plener hob besonders das Verhältnis von Hoelz zur Partei hervor, das von unbedingter Treue geprägt war. Bezogen auf das Verhältnis zwischen den Massen und den Einzelnen zitierte sie Arthur Koestler, der aufgrund eigenen Erlebens geschrieben hatte, dass die Kommunisten die Idee von der Menschheit über die Idee vom Menschen gestellt hatten. Das führte zur Unterschätzung der Rolle des Individuums, was wohl einer der größten Fehler der kommunistischen Bewegung – nicht nur der damaligen Zeit – war.

Naturgemäß nahm in der sehr lebhaften Diskussion die Frage nach den Umständen seines Todes einen größeren Raum ein. Am Ende blieb die Vermutung, dass es drei mögliche Varianten gebe: GPU-Mord, Freitod oder ein Unglücksfall. Der Freundeskreis Max Hoelz hat russische Historiker an seiner Seite, die in Moskau und Nižni Novgorod zurzeit nach Dokumenten zu den letzten Tagen von Hoelz forschen.

Die Veranstaltungen des Max-Hoelz-Freundeskreises vom 16. September 2008 fanden ein lebhaftes Echo in der regionalen Presse. Sie waren der Auftakt für weitere Veranstaltungen bis zum Oktober 2009. Vorgesehen sind Buchlesungen, ein Geschichtsseminar und eine Matinee mit Filmen über Max Hoelz. Der Freundeskreis lässt sich von den Worten Frido Seydewitz' leiten: „Wir dürfen seinen hohen Einsatz für soziale Gerechtigkeit nie vergessen, sollten aber auch sein Fehlverhalten stets im Auge behalten. Ihm gebührt ein würdiger Platz in der Geschichte der Kämpfe um soziale Gerechtigkeit.“

Wer war Susanne Leonhard?

Heiner Jestrabek

In den 1960er-Jahren hat Susanne Leonhard den Stuttgarter Freidenker-Verband wiederbelebt und geleitet. Sie hatte damals bereits ein recht bemerkenswertes Leben hinter sich.

Sie wurde als Susanne Köhler am 14. Juni 1895 in Oschatz in Sachsen geboren. Sie studierte von 1915 bis 1919 in Göttingen und Berlin Mathematik und Philosophie. Schon früh orientierte sie sich politisch links, war Mitorganisatorin der sogenannten freien Studentenbewegung und schloss sich 1916 der „Liebknecht-Jugend“ bzw. „Karl Liebknecht-Gruppe“ (Spartakusbund) an. Sie beteiligte sich als Kampfgefährtin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an zahlreichen Aktivitäten und illegalem Literaturvertrieb gegen den imperialistischen Krieg. 1918 wurde die Spartakistin unter Anklage wegen „versuchten Hochverrats“ gestellt und musste ins Gefängnis. Ihr gelang die Flucht über Bayern nach Wien. Sie war Gründungsmitglied der KPD (Spartakusbund). 1918 heiratete sie den expressionistischen Lyriker und Dramatiker Rudolf Leonhard (1889-1953). Schon 1919 wurde die Ehe geschieden. 1920 wurde Susanne Leonhard Leiterin der Presseabteilung der sowjetischen Botschaft in Wien. Hier war sie ab 1921 verheiratet mit dem dortigen sowjetischen Botschafter und engen Vertrauten Lenins Mieczyslaw Broński (1882-1938), der später ein Opfer der stalinistischen Verfolgungen werden sollte. Auch diese Ehe scheiterte. 1921 kam Sohn Vladimir (Volodja) Leonhard zu Welt. Nach 1945 nannte er sich Wolfgang. 1920 erschien Susanne Leonhards wichtiges Buch „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland des Weltkriegs“.¹ 1922, nach der Trennung von Broński, war sie wieder in Berlin und arbeitete als Journalistin. 1925 trat sie wegen ideologischer Differenzen aus der KPD aus. Danach schrieb sie überwiegend für die linksbürgerliche Presse. Anfang der Dreißigerjahre zogen Mutter und Sohn Leonhard in die linke Künstlerkolonie am Breitenbachplatz in Berlin-Wilmersdorf. Dort pflegten sie Umgang mit Axel Eggebrecht, Ernst Busch und Walter Hasenclever. Daneben gehörte Susanne einem von Karl Korsch initiierten, marxistischen Diskussionszirkel an, an welchem u. a. auch Bertolt Brecht und Alfred Döblin teilnahmen. Susanne Leonhard blieb bis Frühsommer 1935 in Deutschland. Als Publizistin hatte sie praktisch Berufsverbot und arbeitete unter anderem als Tänzerin. Daneben war sie aktiv im Widerstand gegen die Nazis und übernahm Kurierdienste für die KPD.

1935 erfuhr sie während eines Aufenthalts in Schweden davon, dass die Gestapo nach ihr suchte. Sie entschloss sich deshalb, mit ihrem Sohn ins Exil in die UdSSR auszureisen. In Moskau arbeitete sie als Sprachlehrerin. Politisch betätigte

¹ Susanne Leonhard: Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920, Frankfurt/Main ²1968.

sich die kritische Sozialistin hier nicht, da sie dem Gastgeberland sehr dankbar für das politische Exil war. Kritisch diskutiert wurde höchstens im privaten Kreis der deutschen Exilanten. Hier besprachen die Flüchtlinge ihre existenziellen Sorgen, gerade auch angesichts der zunehmenden Verfolgungen und Verhaftungen offensichtlich Unschuldiger. Aufgrund einer Denunziation wurde Susanne Leonhard 1936 vom NKVD verhaftet und wegen „konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit“ zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Sie musste über zwölf Jahre in sowjetischer Haft verbringen, zunächst zur eigentlichen Strafverbüßung im nordrussischen Vorkuta (Kochmes, Pečora-Gebiet), dann kam sie in die Verbannung auf das Staatsgut Kubanka (Altai-Gebiet, Sibirien). Dort lebte und arbeitete sie zusammen mit zwangsumgesiedelten Russlanddeutschen. Eine Schilderung dieser dramatischen Jahre wurde dann ihr Buch „Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion“.²

Ihr Sohn Volodja wurde von seiner Mutter getrennt.³ Nach dem Krieg bemühte er sich, seine Mutter aus Sibirien in die DDR zurückzuholen. Im August 1948 kehrte Susanne Leonhard nach Deutschland zurück und verbrachte sechs Monate in Ost-Berlin. Der Konflikt ihres Sohns mit der SED begann sich abzuzeichnen. Deshalb übersiedelte sie im Frühjahr 1949 nach West-Deutschland, wo sie von der amerikanischen Spionageabwehr CIA verhaftet und bis April 1950 eingesperrt wurde. Eine „Zusammenarbeit“ mit der US-Spionage lehnte sie ab.

Nach ihrer Entlassung übersiedelte Susanne Leonhard nach Stuttgart. Dort zählte sie zum engeren „Funken-Kreis“ und stand in Kontakt u. a. mit Fritz Lamm,

2 Susanne Leonhard: *Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion*, Frankfurt/Main 1956, 21959, 51968; dies.: *Fahrt ins Verhängnis. Als Sozialistin in Stalins Gulag*, Freiburg/Breisgau 1983 [gekürzte Fassung von „Gestohlenes Leben“].

3 Volodja kam in das „Kinderheim Nr. 6“ für die Kinder deutscher und österreichischer Kommunisten. Ab 1937 besuchte er die deutschsprachige „Karl-Liebnecht-Schule“. Nach deren Schließung - die meisten Lehrkräfte waren schon verhaftet - besuchte er die russische 93. Schule in Moskau. 1940 begann er ein Studium an der „Moskauer Staatlichen Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen“. 1941, nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurde er in den Norden Kasachstans zwangsumgesiedelt. Dort besuchte er 1941/42 ein Lehrerinstitut in Karaganda. 1942 wurde er an die Schule der Komintern in Kušnarenkovo (Baškirien) versetzt und dort als Polit-Kommissar ausgebildet. Nach Aktivitäten im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und als Sprecher am Sender „Freies Deutschland“ kehrte der 24-Jährige Anfang Mai 1945 mit der Gruppe um Walter Ulbricht nach Berlin zurück. Hier war er bis September 1947 in der „Abteilung Agitation und Propaganda“ des ZK der KPD bzw. SED tätig und bis 1949 an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“, Fakultät Geschichte, in Kleinmachnow. Spektakulär waren 1949 sein offener Bruch mit der Partei und seine Flucht über Prag nach Jugoslawien. Seit 1950 lebte er in der Bundesrepublik Deutschland und zeitweise in den USA, wo er sich als „Ostexperte“ und zu allen Fragen der Sowjetunion und des Kommunismus einen Namen machte. Sein bekanntestes Buch war „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Köln-Berlin 1955.

Fritz Rück und Erna Blomeyer.⁴ Ab 1950 war sie Mitglied der kurzlebigen linken Unabhängigen Arbeiterpartei. Für deren Organ „Freie Tribüne“ schrieb sie einige Beiträge. Später blieb sie dann politisch ungebunden. Den Idealen der sozialistischen Bewegung blieb sie stets treu. Sie definierte sich nunmehr als antistalinistische Sozialistin.

In den 1960er-Jahren reorganisierte und leitete Susanne Leonhard in Stuttgart den Ortsverein des Deutschen Freidenker-Verbandes, dem auch Fritz Lamm angehörte. 1971 erschien eine Broschüre mit zwei Texten.⁵ In „Karl Liebknechts Nachlaß“ schilderte Susanne Leonhard autobiografisch die abenteuerliche Rettung wichtiger Schriften Karl Liebknechts vor der Vernichtung durch die Nazis. In „Ärger mit Zitaten“ ging sie u. a. der teilweise sinnentstellenden Interpretation von zentralen Zitaten nach, wie etwa „Sozialismus oder Untergang in die Barbarei“ oder „Religion ist Opium des Volkes“.

Am 3. April 1984 verstarb Susanne Leonhard in Stuttgart.

In einem Interview⁶ berichtete Wolfgang Leonhard über das politische Verhältnis zu seiner Mutter: „Wir hatten ein umgekehrtes Generationsverhältnis: Sie war linker als ich. [...] Einmal sagte sie vorwurfsvoll: ‚Ich höre, du bist in einer evangelischen Akademie aufgetreten. Dein moralischer Niedergang ist ja kaum noch zu überbieten.‘ Meine Mutter blieb immer die Revolutionärin der zwanziger Jahre.“

Nun liegt eine Dokumentation über das Leben und Werk Susanne Leonhards vor, auf die mit dieser Information hingewiesen werden soll.

4 Siehe Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm: Jude, Linkssozialist, Emigrant 1911-1977. Eine politische Biographie, Essen 2007, S.264.

5 Susanne Leonhard: „Karl Liebknechts Nachlaß“ und „Ärger mit Zitaten“, Stuttgart 1971.

6 Die Zeit, 12.4.2007.

Susanne Leonhard
Dokumentation



Aus dem Inhalt:

Wer war Susanne Leonhard? Biografisches und Bibliografisches (Heiner Jestrabek)

Erinnerungen aus Stuttgart (Reinhold Settele 2007)

Neue Freundschaften und Susanne Leonhard gestorben (Hermann Weber 1984 und 2006)

Texte von Susanne Leonhard: „Weltanschauungen“ und „Die Kirche und das fünfte Gebot“ aus: „Gestohlenes Leben“ [1956]

Einleitung [1968] zu „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“ [1920]

„Karl Liebknechts Nachlass“ [1971]

„Ärger mit Zitaten“ [1971]

Vorworte aus: „Gestohlenes Leben“ [1956 und 1959]

Die Broschüre hat 40 Seiten DIN A4 und kostet 6 € + Porto. Alternativ wird die Broschüre auch als pdf-Datei verschickt.

*Bestellungen an: DFV Ostwürttemberg e.V. Hellensteinstr. 3, 89518 Heidenheim,
Fax: 07321-42892, eMail: DFV-Ostwuerttemberg@t-online.de*

Buchbesprechungen

Marx-Engels-Jahrbuch 2007. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Akademie Verlag, Berlin 2008, 204 S.

In vertrauter Aufmachung ist dies nun schon der sechste Bd. (und nimmt man, ungeachtet der tiefen Zäsur, die 13 Bd. von 1978 bis 1990 hinzu, wäre im nächsten Jahre der zwanzigste zu erwarten) eines publizistischen Unternehmens, das in guter akademischer Tradition die Herausgabe der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) begleitet. Denn entscheidend für Publikationen dieser Art ist allemal die lebendige Verbindung zur betreffenden Edition, ohne die man sich schnell in unverbindlicher Allgemeinheit verlieren kann.

Äußerlich zeigt sich diese Verbindung vor allem in den Rubriken „Aus der editorischen Arbeit“ und „Nachträge“ (die diesmal fehlt). Von den vier Abteilungen der MEGA ist auf den ersten Blick – der hier glücklicherweise täuscht – nur die erste in der betreffenden Rubrik vertreten. Neben der Mitteilung über einen neu entdeckten Artikel von Engels aus dem Jahre 1885 (der demnächst in Bd. I/30 der MEGA nachzulesen sein wird) findet sich eine glänzende Autorschaftsuntersuchung von Gerald Hubmann zu dem Artikel „Aesthetics“, der 1858 in der „New American Cyclopædia“ erschien. Nach jahrzehntelangen Debatten ist nun für den noch ausstehenden Band I/15 der MEGA endgültig geklärt, dass dieser Artikel nicht von Marx stammte. Noch bis heute wird er gelegentlich als Marx-Beitrag

gewertet, und der Autor dieser Rezension hat es während des Höhepunkts der Debatte im Sommer 1966 in Moskau erlebt, dass der sonst so zurückhaltende Vladimir Brušlinskij ihn mit den Worten begrüßte: „Seid ihr in Berlin denn jetzt auch verrückt geworden?“ (Der damalige Leiter des Marx-Engels-Lektorats im Dietz Verlag hatte wenige Tage zuvor in einem Referat Marx als Autor bezeichnet). Hubmann hat die bis in die 1920er-Jahre zurückreichende Debatte subtil nachgezeichnet, hat die philosophischen Hintergründe aufgeklärt (wobei sich wieder einmal die Größe von Georg Lukács erweist) und in Adolf Douai sogar den vermutlich richtigen Autor ermittelt. Dieser Beitrag eignet sich als Lehrmaterial für das fortgeschrittenste Editoren-Seminar.

Die II. Abteilung der MEGA ist durch den fast 60 Seiten umfassenden Beitrag von Bertram Schefold vertreten: „Die Bedeutung des Problems der Wertformenlehre und der Transformation von Werten in Preise für das Kapital“. Es handelt sich um die durch persönliche Bemerkungen über einen 40-jährigen Erkenntnisweg des Autors sowie durch Rückgriffe bis zum ökonomischen Denken der griechischen Antike angereicherte, mehrfach überarbeitete Fassung der Einleitung zum MEGA-Bd. II/15. Hier deutet sich an, wie nach dem relativen Abschluss der II. Abteilung (es fehlt nur noch der Teilband II/4.3) die wissenschaftliche Debatte über den Gesamtkomplex der Marxschen Politischen Ökonomie auf neuer Grundlage einsetzen kann.

Matthias Bohlender hat unter der Überschrift „Friedrich Engels und die Kritik im Handgemenge“ kenntnisreich untersucht, welch großen Einfluss das Werk Thomas Carlyles auf ihn hatte, als er 1845 die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ schrieb. Diese Darlegungen sind sowohl von Bedeutung für die spätere Bearbeitung der „Lage“ im MEGA-Bd. I/4, aber sie wimmeln auch von (hier nicht ausgeführten) aktuellen Parallelen. Es wird nicht immer klar, dass 1845 nicht *der* Engels, sondern ein junger Mann von 25 Jahren argumentierte, der schon fünf Jahre später (siehe MEGA I/10, S.265-275) seine Einstellung zu Carlyle wesentlich präzisiert hatte.

Allen diesen Fragestellungen übergeordnet geht es Bohlender aber um ein Nachdenken „über Formen und Gestalten des kritischen Denkens, gewissermaßen eine Genealogie der Kritik“ (S.9). Darin habe Marx, auf Hegels Dialektik aufbauend, eine neue Stufe, einen neuen Typus erreicht, von dem Bohlender richtig feststellt, dass er „leichter zu verstehen als durchzuführen ist“ (S.10). Es würde zweifellos lohnen, an diesem Punkt weiter zu diskutieren.

In Matthias Steinbachs Artikel „Das verschlossene Tor der Universität. Zu Karl Korschs akademischer Karriere in Deutschland“ fehlt leider Korschs Befassung mit Marx, die für dieses Jahrbuch doch eigentlich interessiert hätte.

Interessant und bedenkenswert ist der kurze Bericht über „die dritte Marx-Communale 2007 in Seoul“. Diese Veranstaltungen werden seit 2003 von 25 überregionalen Forschungsinstituten durchgeführt. Kyoung Soo Kim

stellt fest: „Während bei den ersten beiden Kongressen noch eine defensive Haltung vorherrschte und gefragt wurde, warum wir uns in unserem Zeitalter noch mit Marx beschäftigen sollten, war die dritte Communale ein offensiver und aktiver Diskurs; es herrschte Einigkeit darüber, dass der Realsozialismus ein gescheiterter Versuch zur Überwindung des Kapitalismus war, der Aufbau einer progressiven Bewegung im neoliberalen Zeitalter aber nicht ohne konkrete Alternative möglich sei.“ (S.170)

Das neue Jahrbuch offenbart allerdings auch eine ungewohnte neue Lockerheit: Da gibt es ein ausführliches Gespräch über die Inszenierung des „Kapitals“ als Theaterstück, einen Bericht über eine „Gruselkabinett des Dr. Erzmarx“-Ausstellung im Karl-Marx-Haus Trier (beide Beiträge erstmals mit farbigen Abbildungen), und beschrieben wird auch ein didaktisches Projekt an der TU Darmstadt, in dem versucht wurde, Leben, Werk und Wirkung von Marx in zeitgemäßer Form für den gegenwärtigen Geschichtsunterricht zu präsentieren. Das setzt sich in gewisser Weise bis in die Rezensionen fort, wo das Handbuch „Media Marx“ (Bielefeld 2006) besprochen wird, und reicht bis in eine recht unerschrockene Polemik (Ingo Elbe versus Michael Krätke im Beitrag: „Die Beharrlichkeit des ‚Engelsismus‘“). Da ist also alle Steifheit, wie man sie früher der Behandlung von „Klassikern“ schuldig zu sein glaubte, abhandengekommen. Der Bd. macht Appetit auf seine Nachfolger.

Martin Hundt

Dagmar Kift/Hanneliese Palm (Hrsg.): Arbeit – Kultur – Identität. Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur. Symposium des Fritz-Hüser-Instituts und des LWL-Industriemuseums, 23.-25.März 2006, Tagungsband (Schriften des Fritz-Hüser-Instituts, Bd.15), Klartext-Verlag, Essen 2007, 228 S., Abb.

Der fundamentale Wandel in den Beschäftigungsverhältnissen – Abbau von Industriearbeitsplätzen, Massenarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsbedingungen und neoliberale Anforderungen an die Arbeitskraft – bildete den Ausgangspunkt für die Fragen, die sich die Teilnehmer obigen Symposiums (vornehmlich Germanisten und Literaturwissenschaftler) stellten. So ging es darum, ob und wie sich die Gegenwartsliteratur mit diesen gesellschaftlichen Umbrüchen auseinandersetzt und wie sie sich von der historischen Arbeiterliteratur bzw. Literatur über die Arbeitswelt unterscheidet. Aber auch die Bedeutung von Literatur und Kunst für die Ausbildung von Gruppenidentitäten wurde problematisiert. Interessant ist, dass in diesem Zusammenhang mehrere Diskutanten Paul Lafargues Schrift „Lob der Faulheit“ wieder in Erinnerung brachten (Fähnders, S.33f., Bertschik, S.77), vielleicht verbunden mit der Hoffnung, sie könnte einen Weg zeigen (Dreistundenarbeitstag!), der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden bzw. ihr angenehme Seiten abzugewinnen. Der Berliner Literaturwissenschaftler Erhard Schütz eröffnete die Tagung unter dem Titel „Literatur – Museum der Arbeit?“ mit einem Streifzug durch die Geschichte der arbeits- und

arbeiterzentrierten Literatur, in welcher er vier inhaltliche Entwicklungsphasen zu erkennen meinte. Er charakterisierte sie dann im Folgenden ausführlicher: Sozialdemokratische Selbstbildproduktion und bürgerliche Einhegungsbewegung (1850-1917); Hegemonialkonkurrenz in der Arbeiterbewegung und technokratische Faszination (1917-1933); Produktionsverherrlichung als politische Systemfeier plus industrietechnische Popularisierung (1933-1961) und schließlich Industrieweltlicher Sozialrealismus und politische Systemagitation (1961-1987).

Im Hinblick auf die aktuelle Literatur resümierte er, dass in 26 Romanen, die die unmittelbare Gegenwart betreffen, der klassische Arbeiter nicht mehr vorkäme, dafür aber Figuren, die das sog. Prekariat repräsentieren: arbeitslose Akademiker, Werbe- und Medienbeurfluher, Bankangestellte. Zudem sei die Arbeitswelt längst diffundiert in die Geldverdienwelt (S.19), und die modernen Autoren seien selbst geradezu Prototypen des vom neuen Kapitalismus geforderten flexiblen Menschen – „mal Stipendiaten, mal Projektanten, mal Partnersversorger, mal Medienarbeiter – Ausgehaltene und Dazuverdiener“ (S.20).

Ausführlicher zu diesen Existenzweisen und ihrer literarischen Entsprechung äußerten sich Julia Bertschik („Junge Talente“. Über Jobs und Müßiggang in der Gegenwartsliteratur) sowie Enno Stahl („Wir schlafen nicht“. New Economy und Literatur). Beschäftigte sich B. vornehmlich mit der Generation Praktikum und dem aus deren prekärer Lage erwachsenden Provokations- und Protestpotenzial, als da sind Arbeitsverweigerung und Oblomowtum (u. a.

exemplifiziert an S. Regener: Herr Lehmann und I. Schulze: Neue Leben. Die Jugend Enrico Türmers in Briefen und Prosa), so fragte S., wie sich „Globalisierung, Deregulierung, Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft“ und deren soziale Begleiterscheinungen in der aktuellen Literatur und ihren Helden aus dem Bereich bestimmter Unternehmens- und Führungsebenen wiederfinden. Nach Analyse einiger weniger, noch dazu kaum sozial- bzw. ökonomiekritischer Romane (E.-W. Händler: Wenn wir sterben; G.M. Oswald: Alles, was zählt; K. Röggla: Wir schlafen nicht) kam er zu dem Ergebnis, dass „der größte Teil der deutschen Gegenwartsliteratur keine Notiz von den gesellschaftlichen Veränderungen“ nimmt (S.97). Wirklich plausible Erklärungen für dieses Desinteresse stehen allerdings noch aus.

Als Vergleichsvorlage dazu bietet sich Thorsten Ungers Beitrag über „Arbeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsverweigerung in der proletarischen Literatur der Weimarer Republik“ an (S.37ff.). Im Zentrum seiner Untersuchungen standen R. Braunes Buch „Der Kampf auf der Kille“ (bekannter ist sein Roman „Das Mädchen an der Orga-Privat“) über einen Ruhrbergarbeiterstreik sowie einige Textbeispiele zeitgenössischer Arbeiterlyrik. Für U. ist Proletariat ein „praktischer Revolutionsbegriff“ (S.37), und er unterscheidet zwischen proletarischer Literatur und Arbeiterliteratur sozialreformerscher Provenienz. Anhand der gewählten Beispiele verdeutlichte er, wie Arbeit und Beruf seinerzeit im Revier identitätsrelevant waren. Arbeit „sorgte für einen sozial anerkannten Sta-

tus“, doch über der Berufsidentität stand „die Klassenidentität, und im Horizont entsprechender Texte“ kam „es entschieden darauf an, das richtige Klassenbewusstsein zu entwickeln.“ (S.41). Zugleich vermittelten diese Texte die Botschaft, dass Arbeit die Produktion von Gütern bedeutete, darüber hinaus aber für das Funktionieren der Gesellschaft insgesamt sorgte, so dass daraus Rechte abgeleitet werden konnten, etwa das Recht auf die Straße und auf Streik. Diese Form der Arbeitsverweigerung hatte mit Müßiggang nichts zu tun, sondern war Kampfmittel für eben diese Rechte. Doch der Kampf gegen Arbeitslosigkeit entsprang nicht einer besonderen Liebe zur Arbeit, sondern dem Wunsch, den Lebensunterhalt verdienen zu können, um die eigene Selbstständigkeit und Selbstachtung aufrechtzuerhalten. Dies weiterdenkend sah Brecht, so Franz-Josef Deiters (Wozu braucht der Intellektuelle das Proletariat?), die Funktion des Intellektuellen darin, dem Proletariat „die ihm aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozess objektiv zukommende gesellschaftliche Subjektposition“ zu verdeutlichen (S.61).

Auf einen wesentlich veränderten gesellschaftlichen Umgang mit Arbeiterliteratur (G. Cepl-Kaufmann, S.99ff.) verweisen die Aufsätze über Arbeiterkultur nach dem Zweiten Weltkrieg. Konstatiert wird, dass die Förderung schreibender, malender und singender Arbeiter in beiden deutschen Staaten einen enormen Aufschwung erfuhr. Im Ruhrgebiet, das im Hinblick auf seine Arbeitergeschichte wissenschaftlich erfreulich gut durchleuchtet ist, entstand (unter aktiver Beteiligung

von F. Hüser) die Gruppe 61, später vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt abgelöst, deren Mitglieder sich nicht nur ernsthaft und ernst nehmend mit Arbeiterdichtung, Arbeiterlebensgeschichten und sozialer Literatur befassten, sondern auch anleitend und anregend tätig waren. Darüber berichtete Ludger Claßen in seinem Beitrag. Dagmar Kift hingegen zeigte, wie sich seit Beginn der 50er-Jahre über Klassengrenzen hinweg eine von Bergarbeitern, Gewerkschaften, Kommunen, Landesregierung und Unternehmern getragene regionale Kulturbewegung entwickelte, die die Menschen im Revier nicht nur als Konsumenten, sondern auch Produzenten von Kultur förderte.

Zur vergleichbaren ostdeutschen Entwicklung in Gestalt des Bitterfelder Weges legte die 2007 verstorbene Literaturwissenschaftlerin Simone Barck einen fundierten, materialreichen Aufsatz vor, in welchem sie die Geschichte der Bitterfelder Bewegung schreibender Arbeiter mit ihren legitimen, aus der sozialistischen Utopie abgeleiteten, aber unerfüllbaren Erwartungen bis in die 70er-Jahre nachzeichnete (Die Chiffre „Bitterfeld“). Zugleich merkte sie an, wie sehr die soziale Kompetenz wichtiger ostdeutscher Autoren auch ihrer Beteiligung an diesem kulturellen Experiment geschuldet ist. Voluntaristische Zielsetzungen benennend, gelangte B. zu der Schlussfolgerung, dass in dieser breit entfalteten Laienbewegung „kultureller Alltagsgebrauch von Kunst deutlich wichtiger war als die von den Beteiligten hervorgebrachte Kunst“ (S.139). Den „Bitterfelder Weg“ als im Grunde interessante Bewegung verstehend,

existierten einige Zirkel sogar bis zum Ende der DDR. Flankierend charakterisierte Daniel Tech Funktion und Bedeutung von Kultur in Eisenhüttenstadt (Ein Unternehmen stiftet „Kultur“) und stellte fest, dass das kulturelle Leben in dieser Kommune trotz großer gesellschaftlicher Verwerfungen noch immer über eine identitätsstiftende Wirkung verfügt.

In den Schlussbeiträgen wurden die Bibliotheksbestände des Hüser-Instituts mit ihren biografischen und autobiografischen Quellen vorgestellt. Außerdem offerierte Ute Gerhard eine Skizze zur Vagabunden- und Migrantenliteratur, einem weiteren Sammlungsschwerpunkt des Instituts. Insgesamt ein inhaltsreicher Bd. mit vielen diskussionswürdigen, auch diskussionsbedürftigen Fragestellungen, auf die hier nur aufmerksam gemacht werden konnte.

Evemarie Badstübner

Philip Yale Nicholson: Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA.

Mit einem Vorwort von Michael Sommer, aus dem Amerikanischen von Michael Haupt, vorwärts buch, Berlin 2006, 415 S.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung besitzt in den USA eine bis in die Kolonialzeit reichende Tradition. Zu den ersten Streiks kam es 1785 und 1786 in Philadelphia. Die eigentlichen Anfänge der organisierten Arbeiterbewegung sieht N. in den Arbeitskämpfen weiblicher Textilarbeiter 1824 und 1825 in Neuengland und New York (S.75). Bemerkenswert ist das erstmalige, kurzfristige Auftreten von Arbeiterparteien in Philadelphia und New York um 1830, deren Forde-

nung nach einer allgemeinen, öffentlich finanzierten Bildung in die Zukunft wies (S.75f.). Im Ergebnis des Bürgerkrieges bestand mit der National Labor Union zeitweilig eine nationale Gewerkschaftsunion, die für den 8-Studentag eintrat (S.118ff.). In der nun einsetzenden Periode, dem „heroischen Zeitalter der Arbeiterbewegung“ (Kap. 4), nahmen die Arbeitskämpfe einen ausgeprägt militanten Charakter an, in denen infolge des Einsatzes von Militär, Miliz und Polizei in den betroffenen Industrie- und Bergbauregionen nicht selten bürgerkriegsähnliche Zustände auftraten. In dieser Zeit und der anschließenden „Progressive Era“ vor dem Ersten Weltkrieg beeinflusste nach N. die Arbeiterklasse das nationale Leben wie nie zuvor in ihrer Geschichte (S.190).

Im Ergebnis des Ersten Weltkriegs und der damit verbundenen nationalistischen Repression und der Verfolgung aller Radikalen im Lande ging der Einfluss der Arbeiterorganisationen spürbar zurück. Erst mit der Great Depression und in der Zeit des Roosevelt'schen New Deal kam es zwischen 1933 und 1941 noch einmal zu einer betont kämpferischen, in vieler Hinsicht erfolgreichen Zeit der Arbeiterkämpfe in den USA (Kap. 7). Mit der neuen, wirkungsvollen Kampfform der Sitzstreiks in der Auto- und Stahlindustrie, durch den Vormarsch der Industriegewerkschaften des Congress of Industrial Organizations (CIO) unter John L. Lewis, unterstützt durch zahlreiche Gesetze des New Deal, gelang vorübergehend eine Ausweitung der Demokratie in den Vereinigten Staaten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Zusammenspiel von Kaltem Krieg, ausuferndem Antikommunismus und einem im Vormarsch befindlichen Wohlstandsdenken der „Überflusgesellschaft“ (John K. Galbraith) der bis dahin kämpferische Geist vieler Arbeiterorganisationen zum Schweigen gebracht. Es setzte ein Rückschlag im Einfluss der Arbeiterbewegung ein, der bis heute anhält (Kap. 8-10). Dies spiegelt sich seither deutlich im sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad wider: Waren 1945 noch 35,5% der Arbeitskräfte (Labor Force) gewerkschaftlich organisiert, sind es heute noch um 13%. Ihr Anteil liegt in der Privatwirtschaft sogar nur bei 9%, im öffentlichen Dienst bei 15% (S.368).

Die mit dem Weg der Arbeiter seit der Kolonialzeit verbundenen vielschichtigen Vorgänge schildert N. in seinem breit angelegten Überblick anhand eines reichhaltigen, mitunter überreichen Tatsachenmaterials auf eindrucksvolle Weise. Seine Sympathien gehören den demokratischen Traditionen der kämpferischen Sektoren amerikanischer Arbeiter in Vergangenheit und Gegenwart, die an das Gedankengut von Thomas Jefferson und Tom Paine anknüpfen.

N. fragt, warum die Gewerkschaften heute „nach zwei Generationen voller Macht und Einfluss politisch im Abseits“ stehen (S.11). Für ihn, den langjährigen Historiker am Nassau Community College, einer Abteilung der State University of New York, bedeutet die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung „die Geschichte der Entwicklung nationaler gesellschaftlicher Werte“ (S.13). Zu seinem

Konzept gehört die Einbeziehung der kulturellen Grundlagen des gewerkschaftlichen Handelns, das für seine Darstellung durchgehend im Mittelpunkt steht.

Die Absicht von N. geht ferner dahin, die Lage und Bestrebungen der schwarzen Amerikaner ebenso wie die Anstrengungen der Frauenbewegung im Ringen um die Gleichberechtigung der Frau mit in den Blick zu nehmen, jedenfalls soweit es in dieser Hinsicht Beziehungen zur organisierten Arbeiterbewegung gab. Angesichts der unterschiedlichen Wege und Interessen von Arbeiterbewegung, Bürgerrechtsbewegung und Frauenrechtsbewegung gelingt dies nicht immer überzeugend.

Die Darstellung konzentriert sich auf die organisationsgeschichtliche Seite der Arbeiterbewegung und auf das Wechselspiel von Kampf und Anpassung im Verhältnis von Arbeitern und Kapital in den verschiedenen Perioden der Geschichte. Die Fragestellungen der *New Labor History* (E.P. Thompson, Herbert Gutman u. a.) nach der Entstehung und Struktur der Arbeiterklasse oder nach der Entwicklung einer spezifischen Arbeiterkultur berücksichtigt N. nur punktuell. Dies gilt besonders für die ersten Kapitel des Buches in Hinblick auf die Entstehung der Arbeiterklasse während der Kolonialzeit und in den Jahren der industriellen Revolution.

So überzeugend dem Autor die insgesamt kritische Bilanz der über zweihundertjährigen Erfahrungen des Kampfes um Arbeiterrechte und Demokratie gelingt, sind doch gelegentlich einseitige Urteile nicht zu übersehen. Das gilt für die Meinung, Präsi-

dent Woodrow Wilson sei den Arbeitern sehr weit entgegen gekommen, „um ihre patriotische Unterstützung für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg zu gewinnen“ (S.154). Tatsächlich setzten Wilsons Reformen schon 1913 ein und lagen in der Mehrzahl in einem Zeitraum, als der Eintritt der USA in den Krieg noch längst nicht beschlossene Sache war. Ähnlich unverständlich ist das Urteil N. zu den New-Deal-Reformen Franklin D. Roosevelts, deren demokratischen, gewerkschaftsfreundlichen Charakter er anerkennt, um schließlich die Meinung zu äußern, Roosevelt könne „als erfolgreichster konservativer Präsident des 20. Jahrhunderts gelten“ (S.272). Tatsächlich erfolgte die Domestizierung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht in der Zeit der Rooseveltischen Präsidentschaft, sondern in den Jahren bzw. Jahrzehnten nach Kriegsende, so etwa durch den Taft-Hartley Act von 1947, wie N. dies selbst beschreibt (S.286-289).

Bereichert wird die deutsche Ausgabe durch zahlreiche Bilder und Fotos, die ihrerseits ein anschauliches Zeugnis von den Kämpfen amerikanischer Arbeiter ablegen. Leider verzichtete der Verlag auf genauere Angaben zur Herkunft der Bilder und verwies nur pauschal auf die Berliner Galerie Bilderwelt.

Insgesamt bietet N. eine informative, lesenswerte Darstellung zu einer wichtigen und aktuellen Seite der amerikanischen Geschichte. Sie ist geeignet, das Wissen des deutschen Lesers vorzuteilhaft zu vertiefen.

Peter Schäfer

Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, vorwärts buch, Berlin 2007, 326 S.

Daniela Münkel (Hrsg.): „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vorwärts buch, Berlin 2007, 438 S.

Grebing hat ihre seit 1966 mehrfach aufgelegte Geschichte vollständig überarbeitet und bis zum Jahre 2000 erweitert. Frühere Ausgaben werden – ein dürftiger Hinweis im Klappentext ausgenommen – mit keinem Wort erwähnt. Es wäre müßig, beckmesserisch zu vergleichen, wie inhaltliche Schwerpunkte verändert wurden, welche Themen nun neu aufgenommen oder ausgeklammert wurden, ob und wie Thesen aus Zeiten des Kalten Kriegs weiterhin vertreten werden. Die Aufmerksamkeit soll dem aktuellen Text gelten.

Der sicher vergeblichen Mühe, auf knapp 240 Textseiten eine Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1848 bis ins 21. Jahrhundert geben zu wollen, unterzieht sich die Autorin klugerweise nicht. Ihr Ziel ist eine „panoramaähnliche Orientierung“ mit „problembezogenen Interpretationen“ (S.13). Was darunter konkret zu verstehen ist, bleibt für den Leser nebulös, gibt der Autorin aber zumindest viel Raum zu Aus- und Weglassungen, um andere Entwicklungslinien relativ detailliert verfolgen zu können. Die elf Kapitel sind bis auf zwei Ausnahmen weitgehend chronologisch angelegt.

Im Anhang finden sich u. a. eine Auswahlbibliografie, eine Zeittafel und Kurzbiografien, die aber bereits einen Mangel des gesamten Werkes andeuten: Sie sind nicht repräsentativ für die *gesamte* Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, repräsentieren vor allem den sozialdemokratischen und den gewerkschaftlichen Strom. So wird man daher im biografischen Teil vergebens bekannte Namen aus der DDR-Geschichte wie F. Ebert jun., R. Herrnstadt, W. Zaisser suchen, aus der KPD ist weder E. Thälmann noch H. Remmele aufgenommen, von sozialdemokratischer Seite fehlen ausgerechnet Linkssozialisten wie S. Aufhäuser oder P. Hertz, auch Gewerkschaftler wie A. Crispian und T. Leipart oder von der bundesdeutschen KPD H. Renner und M. Reimann sind nicht skizziert. Die Literaturangaben bleiben zu dürftig.

Zweifellos liegt mit dem Band ein fundierter Überblick zu Hauptlinien der Geschichte der (organisierten) Arbeiterbewegung aus sozialdemokratischer Sicht vor. Der Leser erhält viele Informationen und Denkanstöße, auch zu sozialen Umschichtungsprozessen und ihren Auswirkungen auf die Arbeitenden und deren Organisationen. Das verdient Respekt und Wertschätzung. Im Vordergrund dieser Betrachtung können nur einige Aspekte und offene Fragen stehen.

Erstens: Der Band erhebt den Anspruch, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im genannten Zeitraum darzustellen. Das hätte erfordert, die verschiedenen Strömungen und deren Organisationen, die Formen und Bereiche ausgewogen zu analysieren und darzustellen. Stattdessen wird

vornehmlich die Entwicklung der Sozialdemokratie reflektiert. Auch werden im 19. Jahrhundert die Gewerkschaften und die Partei als DIE zwei Säulen der Arbeiterbewegung hervorgehoben, dagegen bleibt eine „dritte“ Säule, die Genossenschaften, durchweg missachtet oder unterbelichtet. Die Historie der Sozialdemokratie wird als eine Art Erfolgsgeschichte dargestellt, auch wenn G. deren Irrungen und Wirrungen nicht ausspart. Ihr geht es darum, die Richtigkeit eines Weges von der Arbeiter-Klassen-Partei zur regierungsfähigen Volks- und Staatspartei nachzuzeichnen. Der heutige Charakter der SPD wird etwas umständlich als „keine geschlossene Weltanschauungspartei“, sondern „pluralistisch linke Volkspartei mit Arbeitnehmer-Schwerpunkt“ (S.166) definiert. Zweitens: Die kommunistische Bewegung und die Zwischengruppen zwischen den beiden Hauptströmungen werden über weite Strecken ausgespart oder bleiben zumindest unterproportioniert. Das ist unverständlich, bewertet G. doch die Entstehung der kommunistischen Organisationen als politisch-ideologische und organisatorische Spaltung *innerhalb* der proletarischen Arbeiterbewegung (S.87). KPD/kommunistische Bewegung reduziert sie zudem zu oft auf die Demokratie-Problematik (innerparteilich wie auch im Verhältnis zum parlamentarischen Staat), andere kommunistischen Politikfelder existieren höchstens am Rande. Das Verbot der bundesdeutschen KPD 1956 tangiert G. nur (S.143), die mit dem Verbotsprozess verbundene Problematik thematisiert sie gar nicht erst. Aus ihrer Abneigung gegenüber der KPD, später

dann der SED bis hin zur PDS/Linken macht die Autorin keinen Hehl, dennoch bleibt sie vielfach bei Bewertungen relativ sachlich. Die DDR verbannt sie aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für die Zeit nach 1953, ohne dass ihre Begründung überzeugt: Mit der Niederschlagung des 17. Juni 1953, so G., „endete die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR“; es seien nur noch „bestimmte“ Merkmale, aber keine Arbeiterbewegung selbst mehr erhalten gewesen. (S.138)

Drittens: Zu den Stärken des Bandes gehört, dass die Autorin den Entwicklungsprozessen in der Klassen- und Sozialstruktur, den Veränderungen in der Arbeiterklasse und ihren Milieus, ihrem Wahl- und Arbeitsverhalten, sowie den Auswirkungen auf die Bewegung und Organisationen durchgehend nachspürt. Seit Beginn der 1960er-Jahre sei die Entproletarisierung deutlich geworden, aber Anfang der 70er-Jahre, so konstatiert sie, habe eine Entproletarisierung als „erreichter Zustand“ nicht stattgefunden, mit Ende der 90er-Jahre sei eine Revision erfolgt (S.171). Für die Geschichtsschreibung sei nunmehr die Beschreibung von sozialen Bewegungen, Institutionen und Organisationen „nach der Arbeiterbewegung“, für die die Ideen der Arbeiterbewegung noch Geltung besitzen, der Gegenstand geworden. Mit ihren Thesen vom „Ende der Arbeiterbewegung“, von der „Entproletarisierung“ bzw. ihrer zeitlichen Einordnung, muss man nicht konform gehen, Material für andere Bewertungen findet sich genügend im Band. Dennoch resümiert G., „selbst wenn es die klassische Arbeiterbewegung

nicht mehr gibt, ihre Ziele noch lange nicht erreicht sind,“ solange „Wertorientierungen, Vorstellungshorizonte und Deutungsmuster, die als soziale Ideen dem Sozialismus zugerechnet werden können, noch lebendig sind, werden sie auch das 21. Jahrhundert prägen“ (S.259).

Viertens: Die Darstellung der deutschen ist ungenügend in die internationale Arbeiterbewegung eingeordnet. Die fehlende internationale Einbindung verhindert, dass parallele oder zeitverschobene Entwicklungen in anderen Ländern bzw. in den Internationalen erkennbar sind. Das zeigt sich zum Beispiel an der Entwicklung der ideologischen Positionen und der Programmatik – auf sie wird unten im Zusammenhang mit dem Band von Münkel eingegangen – oder an der in den 20er- und 30er-Jahren in der Sozialdemokratie heftig diskutierten Frage nach Teilnahme an Regierungskoalitionen. Bei der KPD wird die Propagierung der Sozialfaschismusthese dem ZK und der in stalinistischen Strukturen verhafteten Mitgliedschaft angelastet, ohne die KI überhaupt zu erwähnen.

Fünftens: Von den interessanten, aber auch stets kontrovers diskutierten Einschätzungen der Autorin zu einzelnen Ereignissen und Prozessen seien nur herausgegriffen: Die Sozialfaschismusthese wird ausgiebig strapaziert, ohne eine Gleichsetzung von KPD und Faschismus durch die SPD überhaupt zu erwähnen; auch behauptet G., die KPD habe gegen Ende der Weimarer Republik den Bürgerkrieg vorbereitet (S.103). Bemerkenswert dennoch ihr Urteil, dass die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen mitver-

antwortlich für Hitler war, da sie beanspruchte, den Faschismus in Deutschland an der Machtübernahme zu hindern. Sie spricht hier ausdrücklich vom deutschen Faschismus (S.99), im Unterschied zu dem heutzutage dominierenden Begriff „Nationalsozialismus“. Zur Vereinigung von SPD und KPD 1946 im Osten Deutschlands weist die Autorin auf die Schwierigkeit einer exakten Begriffsbestimmung (Vereinigung, Verschmelzung usw.) hin und konstatiert: „Zwangvereinigung trifft in der Tat die Komplexität der Vorgänge, die die Einheitspartei hervorbrachten, nicht“ (S.137). Die Große Koalition 1966 wertet sie als das nach der Revolution von 1918/19 „am stärksten nach links gehende Votum in der deutschen Geschichte – eine ‚nachzuholende Revolution‘“. (S.176), eine Einschätzung, die wohl zu hoch angesetzt ist.

Münkel hat Jahre nach dem Erscheinen der „Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie“ von D. Dowe/K. Klotzbach bzw. der SPD-Geschichte (mit Dokumentpart) von S. Miller und H. Potthoff wieder einen Bd. mit programmatischen Dokumenten vorgelegt. Dem Hauptteil, den auf über 380 Seiten abgedruckten Grundsatz- und Aktionsprogrammen, ist eine Einleitung von M. vorangestellt. Ein Anhang umfasst Abkürzungsverzeichnis, Personenregister, eine etwas knapp geratene Auswahlbibliografie sowie als „editorische Notiz“ das eigentliche Quellenverzeichnis. Die dargebotenen Dokumente – Parteiprogramme und programmatische Dokumente – sind historisch rückläufig angeordnet, zu Beginn steht

das Programm von 1989, am Ende ein Schreiben von Lassalle aus dem Jahre 1863. Das reibt sich mit der chronologisch angelegten Einleitung. Zwischen beiden genannten Dokumenten finden sich Orientierungsrahmen '85 von 1975, Godesberger Programm, Aktionsprogramm von 1952, Heidelberger Programm 1925, Görlitzer Programm 1921, Aktionsprogramm der USPD 1919, das Erfurter, Gothaer und Eisener Programm sowie das Programm des ADAV 1868. Nicht einleuchtend ist die Aufnahme einiger Dokumente (z. B. „Kundgebung“ 1946 und „Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland“ 1942), während wichtige Materialien fehlen (u. a. Kommunistisches Manifest, SPD-Parteitagebeschlüsse 1903/1913, Prager Manifest 1934).

Störend wirken bei den Dokumenten die vorangestellten Einführungen, die bereits in der Einleitung entweder in identischer Fassung gebracht wurden oder aber nur geringfügig gekürzt bzw. erweitert sind. Zwar finden sich differierende Bewertungen, aber da gab es offenbar vor Drucklegung noch Veränderungen, die dann nicht mehr in Übereinstimmung gebracht wurden. M. stützt sich vielfach auf den Bd. von G., der etwas früher erschienen war, dennoch gibt es in einigen Einschätzungen nicht nur in Nuancen Divergenzen.

Vereinfacht erscheint bereits die Wertung von M., die erste selbstständige politische Parteigründung sei 1863 durch Lassalle angeregt worden, wogegen G. differenzierter die Rolle Lassalles herausarbeitet. Auch die Differenzen (S.10) zwischen ADAV

und SDAP sind zu vereinfacht dargestellt. Das Vereinigungsprogramm 1875 in Gotha – das G. vollkommen übergeht – hebt M. als Kompromiss zwischen den programmatischen Positionen beider Parteien hervor, dem jede marxistische Grundlage fehle (S.11). Mit dem Erfurter Programm 1891 sei die marxistische Theorie endgültig als ideologische Grundlage der Sozialdemokratie eingeführt worden. Während M., wie oft üblich, einen Widerspruch zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis hervorhebt, hält G. die Fassung dieses Dualismus als Gegensatz für oberflächlich: Die programmatische Alternative zum kapitalistischen System und die konkrete Alltagsarbeit wären zwei Seiten derselben Sache (S.37).

In der Bewertung des Görlitzer Programms 1921 als Bruch mit dem bisherigen Geschichts- und Gesellschaftsbild der SPD und einer Öffnung gegenüber anderen sozialen Schichten stimmen G. und M. überein. G. betont stärker, das Programm sei kein Abschied von Marx und marxistischen Positionen gewesen. Das Heidelberger Programm 1925 sieht M. v. a. als Zugeständnis an die Linken aus der USPD, sie bedauert, dass die „Wende von Görlitz“ nicht weitergeführt wurde. G. erblickt in ihm zugleich den Versuch, die reformistische Praxis in einem revidierten Marxismus zu reflektieren. Nur im Einleitungstext erwähnt M. das Prager Manifest und schätzt es als klaren Bruch mit der auf Reformismus und Legalität beruhenden Politik der SPD ein (S.24).

G. übergeht das Manifest, obwohl sie eine Fülle von „programmatischen

Entwürfen“ (S.116) für die Exilzeit erwähnt und die „Pläne für Deutschland nach dem Nationalsozialismus“ ausführlicher erörtert. Sie konstatiert in der SPD (von ganz links bis zur Führung) eine Übereinstimmung, dass die Neugestaltung Deutschlands erhebliche Eingriffe in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur erfordere (u. a. Enteignungen, Vergesellschaftungen, Verstaatlichung).

Für die Zeit nach 1945 werden programmatische Aussagen und der Aufruf des SPD-Zentralausschusses vom 15. Juni 1945 ignoriert. Als erstes (Aktions-)Programm der Nachkriegs-SPD wird von M. die „Kundgebung“ der Westzonen-SPD vom Mai 1946 eingeordnet, die auf den Referaten von K. Schumacher und von V. Agartz basierte, abgedruckt ist aber nur Schumachers Rede. Nachdem der Westberliner Parteitag 1954 das Aktionsprogramm von Dortmund („ein Sammelsurium von Forderungen“ S.29/329) erweitert hatte, setzte die SPD eine Programmkommission ein. G. (S.148) stellt am Aktionsprogramm heraus, dass anstelle der Forderung nach Verstaatlichung der Grundstoffwirtschaft nur noch ihre Überführung in Gemeineigentum enthalten war und geistig-sittliche Wurzeln des „sozialistischen Gedankenguts“ betont wurden. Darauf geht M. nicht ein und hebt den Kompromiss zwischen „Reformern und Traditionalisten“ hervor (S.29/240). Das Godesberger Grundsatzzprogramm 1959 wertet M. als Absage an Marx' Vorstellung von einer „zwangsläufigen Entwicklung“ zum Sozialismus und feiert es mit dem Bekenntnis zu einem „freiheitlich-demokratischen Sozialismus“ als dau-

ernder Aufgabe und einer endgültigen Öffnung zur Volkspartei als Erneuerung der SPD (S.31). Unter den Defiziten des Programms nennt G., dass „Marx vergessen“ und aus der Tradition der Sozialdemokratie verdrängt wurde (S.157).

Nach Godesberg traten im Rahmen der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU tagespolitische Forderungen in den Vordergrund, die programmatische Diskussion hingegen in den Hintergrund, um im Zusammenhang mit dem Regierungseintritt Mitte/Ende der 60er-Jahre erneut in Gang zu kommen. Die entstandenen Dokumente „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ und der „Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“ erwiesen sich schnell als überholt. Anfang der 80er-Jahre habe sich angesichts gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Veränderungen eine neue Programmdiskussion notwendig gemacht, wobei neue Frauen-, Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt-Bewegungen und Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle spielten. Der Irseer Programmentwurf von 1986 fand wenig positive Resonanz, aber viel Kritik. (S.86f.) Das dann angenommene Berliner Programm (Dezember 1989) wertet M. als Kontinuität zu Godesberg, da der demokratische Sozialismus als dauernde Aufgabe definiert wäre und die Selbstbeschreibung von SPD als reformorientierte, staatsbejahende und linke Volkspartei fortgeführt worden wäre (S.359). G., die die 60er- und 80er-Jahre nur knapp streift, hebt am Programm von 1989 hervor, dass sich die SPD wieder auf ihre geschichtli-

chen Wurzeln einschließlich Marx bezog und den demokratischen Sozialismus als auf Grundwerten basierenden, in sich geschlossenen Gesellschaftsentswurf präsentierte. Das Defizit liege in der Beschränkung auf Grundsätze und Richtungen, ohne etwas über die konkreten Instrumente der Umsetzung auszusagen (S.194). Die Entwicklungen seit 1989 hatten dann ein neues Grundprogramm notwendig gemacht. *Herbert Mayer*

Judit Pákh: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949. Darstellung und Dokumente. Hrsg. von der IG Metall Hanau/Fulda, CoCon-Verlag, Hanau 2007, 1112 S., Abb.

Diese mit Unterstützung der IG Metall Hanau/Fulda herausgegebene Publikation verdient besondere Aufmerksamkeit. Sie vermittelt sowohl in ihren Schilderungen als auch durch die Dokumente ein konkretes und anschauliches Bild über die traditionsreichen Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen in Hanau Stadt und Land gegen die herrschenden Kräfte in Wirtschaft und Politik. Mit Namen, Mitgliederzahlen, Wählerstimmen, Streiks, Demonstrationen und anderen wichtigen Aktionen wird exakt über die sozialdemokratischen, linkssozialistischen und kommunistischen Parteien sowie über die Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen der unterschiedlichen Entwicklungsetappen der Hanauer Arbeiterbewegung in rund 120 Jahren informiert.

Der Bd. ist in fünf Kapitel untergliedert: „Von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes (1830-1890)“; „Vom Fall des Sozialistengesetzes bis

zum Ende des Ersten Weltkrieges (1890-1918)“; „Von der Novemberrevolution bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur (1918-1933)“; „Von der Errichtung der faschistischen Diktatur bis zur Befreiung vom Faschismus (1933-1945)“; „Von der Befreiung vom Faschismus bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1945-1949)“.

Nicht nur die Einbettung in die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch das Verhältnis von Darstellung und Dokumentationsteil ist in den einzelnen Kapiteln überzeugend gelungen. Beeindruckend ist auch die Auswahl der Vielzahl von unterschiedlichen Dokumenten aus weitgehend allen infrage kommenden Archiven und Bibliotheken. Der Leser erlebt „die Verwandlung einer kleinen, aus fürstlichem Wohlwollen und kameralistischem Kalkül erwachsenen Gewerbestadt in eine Hochburg der bürgerlichen Revolution, in eine Zitadelle der Arbeiterbewegung“ (S.6).

Besonders hervorzuheben ist die ausgezeichnete Orientierungshilfe im Anhang (S.947-1111) mit 30 Tabellen und Abbildungen sowie einer aussagekräftigen Zeittafel von 1806 bis zum Oktober 1949 (S.988-1031). Nicht von ungefähr werden im Zusammenhang mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in München und der Eröffnung des neuen Hanauer Gewerkschaftshauses im Oktober 1949 als zentrale Forderungen kämpferischer Gewerkschaftspolitik die Grundsätze des DGB hervorgehoben: „staatliche Vollbeschäftigung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, Überführung der

Schlüsselindustrie in Gemeineigentum und zentrale wirtschaftliche Planung“ (S.1031)

Des Weiteren befinden sich im Anhang neben einem anerkanntswerten Sachregister (S.1093-1108) ein Verzeichnis der Dokumente, eine Quellenübersicht, ein Personen- und Firmenregister, ein geographisches Register und ein Abkürzungsverzeichnis. Außerdem ist der Band mit interessanten Fotos und Faksimiles ausgestattet. Die vorliegende Publikation ist sowohl eine solid fundierte als auch differenziert geschriebene und gestaltete Rarität im heute nicht mehr reichlichen Literaturangebot zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Mögen sich die Wünsche im Geleitwort von Michael Pilsz, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hanau/Fulda, erfüllen, erstens das Buch „als ein Denkmal für die Generationen selbstbewusster, lebensfroher und, wenn es denn sein musste, opferbereiter Menschen, die früher als andere erkannt haben, dass hinter den Sonderinteressen und eigensinnigen Traditionen der Gewerke und Berufe die Gestalt des Arbeiters steht, deren geschichtliche Mission es war und ist, alle Klassenschranken aufzuheben“. Zweitens soll es als „ein Arbeitsbuch [...] dem Lernen aus der Geschichte als festem Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine sichere Grundlage geben“. Drittens soll es, aus der gewerkschaftlichen Tagesarbeit hervorgegangen, für die heutigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital nützlich sein. Diese Aufgabe ist „nicht die geringste in einer Zeit, wo manchen das Vermögen abhanden gekommen ist, zwischen einer Versicherungsfirma und

einer Gewerkschaft zu unterscheiden. [...] So mag denn dieses Buch am Weltfrauentag, am Maifeiertag, am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, am Antikriegstag und an jedem anderen Tag des gewerkschaftlichen Jahres, bei der Werbung und im Streik vor Augen führen, in welcher Pflicht wir stehen, unseren Mitgliedern gegenüber und ebenso gegenüber den Generationen, die erkämpft haben, was wir heute verteidigen.“ (S.6f.)

Annelies Laschütz

Mario Keßler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998), Böhlau-Verlag Köln 2007, 294 S., Abb.

Der Verfasser dieser politischen Biografie über den vor gut zehn Jahren, am 4. März 1998 gestorbenen Ossip K. Flechtheim – den Politikwissenschaftler, Rechtssoziologen, Historiker und Mitbegründer der deutschen und internationalen Zukunftsforschung – ist den Lesern sicherlich als Autor zahlreicher Beiträge zu Problemen des Stalinismus, zur Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung bekannt. Nicht vergessen werden darf auch seine umfangreiche Biografie über den Historiker Arthur Rosenberg.

Mit diesem Buch über Flechtheim legt der Autor eine weitere Arbeit über einen Querdenker vor, dessen umfangreiches wissenschaftliches und politisches Werk sich mit den wesentlichen Problemen des 20. und des 21. Jahrhunderts beschäftigt: Krieg und Frieden, Demokratie und Diktatur, Faschismus und Antifaschismus, dem Nord-Süd-Konflikt, und vor allem mit

dem Kapitalismus und dem Kommunismus in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Formen.

Im diesem Rahmen ist es nicht möglich, die einzelnen Untersuchungen und Darstellungen der jeweiligen Etappen des Lebensweges von Ossip K. Flechtheim durch K. detailliert und angemessen zu würdigen. Es kann nur darauf hingewiesen werden, dass alle Lebensabschnitte Flechtheims – die wesentlich durch die Brüche und Katastrophen des 20. Jahrhunderts geprägt sind – sehr genau und umfassend behandelt werden: der familiäre Hintergrund und seine Jugend in Deutschland im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mitgliedschaft in der KPD und in der Gruppe Neu Beginnen, das Exil nach 1933 in der Schweiz und in den USA, Rückkehr nach Deutschland Anfang der 50er-Jahre, zunächst Gastprofessur und ab 1952 Professur an der Deutschen Hochschule für Politik und anschließend ab 1959 am Otto-Suhr-Institut in West-Berlin, politische und wissenschaftliche Arbeit zu den Thematiken Futurologie-Ökologie-Sozialismus in den Jahren ab 1970 bis zu seinem Tod im Jahr 1998.

Dennoch bleiben noch immer offene Fragen bestehen. So geht K. z. B. nicht darauf ein, wie und warum es zu dem politischen, wissenschaftlichen und offenbar auch persönlichen Zerwürfnis zwischen Ossip K. Flechtheim und Wolfgang Abendroth kam, die beide doch während langer Jahre sehr eng befreundet waren.

Trotz dieser Kritik an einzelnen Lücken erfährt der Leser durch die Biografie viel Neues über das wissenschaftliche und politische Wirken so-

wie die Persönlichkeit Ossip K. Flechtheims, aber auch über die historischen Verhältnisse und Zusammenhänge.

Von besonderem und aktuellem Interesse sind dabei die Teile des Buches, in denen die Jahre 1985 bis 1998 mit ihren globalen und innerdeutschen Umwälzungen und das Denken und Wirken Flechtheims in dieser Zeit behandelt werden. Während in den Jahren 1985 bis 1989 bei Flechtheim vorsichtige Hoffnungen auf eine positive Entwicklung hin zu einem demokratischen Sozialismus in den staatssozialistischen Ländern überwiegen, versucht er nach 1989 in Deutschland daran mitzuwirken, hier die Reste des demokratisch-sozialistischen Denkens zu erhalten.

Durch diese politische Biografie wird dreierlei deutlich, nämlich erstens, wie Flechtheim die Erschütterungen seiner Zeit wie kaum ein anderer Wissenschaftler durchdacht und reflektiert hatte. Zweitens wird deutlich, dass Flechtheim einer der bedeutendsten Wegbereiter des Faches Politische Wissenschaft in der BRD der 50er- und der 60er-Jahre war und er dabei die Wissenschaft als einen immanenten Teil politischen Handelns verstand, was eine kritische Distanz zu den Akteuren des politischen Geschäftes als eine Notwendigkeit voraussetzte. Und schließlich wird zum Dritten durch das Werk deutlich herausgearbeitet, dass das Engagement um eine friedliche und humane Zukunft mit der Perspektive einer sozialistischen Demokratie das gesamte Handeln, Denken und Schaffen Ossip K. Flechtheims bestimmte, egal ob als Mitglied der KPD, der SPD oder der

– während seiner Mitgliedschaft ansatzweise linken – Grünen.

Komplettiert wird diese sehr verdienstvolle Biografie durch einen umfangreichen Anhang, der neben einer Zeittafel zu dem Leben Flechtheims und einem Personenregister u. a. auch ein Verzeichnis der Archivquellen und der wichtigsten Werke und Schriften Flechtheims enthält. Diese Vorarbeiten von K. sollten dazu anregen, weitere Detailuntersuchungen zum Leben und zum Werk Ossip K. Flechtheims anzufertigen. Dadurch könnte das Werk Flechtheims für die heutigen wissenschaftlichen und politischen Diskurse und Auseinandersetzungen verstärkt fruchtbar gemacht werden.

Andreas Diers

Klaus Meschkat/Michael Buckmiller (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Akademie-Verlag, Berlin 2007, 486 S., CD-ROM

Durch die weitgehende Öffnung des Moskauer Komintern-Archivs und die jahrelange Zusammenarbeit einer Forschungsgruppe der Universität Hannover mit russischen Kollegen wurde möglich, was lange Zeit undenkbar schien: ein umfassendes biographisches Handbuch der Kommunistischen Internationale.

1919 aus den Erfahrungen des Versagens der II. Internationale beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit dem Anspruch, eine zentralisierte Weltpartei des revolutionären Proletariats zu sein, gegründet, fungierte die Komintern anfangs als ein wichtiges

Instrument zur Ausbreitung und Verfestigung der von der Oktoberrevolution ausgehenden revolutionären Welle. Mit der Durchsetzung des Stalinismus in der Sowjetunion wandelte sich ihr Charakter allerdings grundlegend: Sie sank herab zu einer „willkürlich instrumentalisierbaren Agentur außenpolitischer Manöver des sowjetischen Staates“ (S.20), so B. in seinem einleitenden Beitrag. Diese Transformation der Komintern nicht nur ideen- und strukturgeschichtlich, sondern auch auf der Ebene der Biographien ihrer Akteure nachvollziehbarer zu machen – dazu kann dieses Handbuch beitragen.

Wer ein dem von Hermann Weber und Andreas Herbst herausgegebenen biographischen Handbuch „Deutsche Kommunisten“ entsprechendes Werk erwartet, wird allerdings enttäuscht – und muss auch enttäuscht werden: 28.626 Personeneinträge mit 15.815 Biographien lassen sich kaum in Buchform unterbringen. Die Herausgeber haben das Problem durch eine CD-ROM gelöst. Sie enthält die digitalisierten Daten dieser Vielzahl von Personen, die im Komintern-Apparat selbst arbeiteten oder mit der Komintern in Verbindung standen, darunter allein 3.994 deutsche Kommunisten. Fast 6.000 der aufgeführten Personen waren zuvor nicht einmal dem Namen nach bekannt.

Die einzelnen Biographien werden auf der CD-ROM nicht in einem Fließtext aufbereitet. Stattdessen gibt es eine einheitliche Datenmaske, die es erlaubt, auf schnellem Wege Auskunft zu zentralen biographischen Eckdaten zu erhalten. Sie ist in sechs Blöcke aufgeteilt. Der erste enthält „biogra-

phische Grunddaten“ wie Namen, Geburtsjahr, Parteimitgliedschaft und -beitritt und – für viele Forscher sicher besonders wertvoll – die Pseudonyme (so vorhanden in lateinischen und kyrillischen Lettern). In Block 2 erfährt der Nutzer, ob es z. B. eine Personalakte im Moskauer Archiv gibt und mit Hilfe welcher Akten (Signatur) der biographische Datensatz erstellt wurde. Das Handbuch erfüllt somit auch die Funktion eines virtuellen Findbuches und wird für viele Forscher eine wichtige Arbeitserleichterung und Zeitersparnis bedeuten.

Block 3 nennt Beruf, Ausbildung und Funktionen in der Arbeiterbewegung sowie die Repressionen in „Ost“ und „West“, denen die betreffende Person ausgesetzt war. Die weiteren Blöcke zählen auf, ob jemand Delegierter zu Kongressen der Komintern oder angeschlossener Organisationen war, welche Funktionen er im Komintern-Apparat ausübte und nennt weitere wichtige Lebensdaten. Das Handbuch ist kein Buch zum Lesen. Es ist ein Instrument zum Recherchieren und zum Vergleichen von Fakten. Speziell für soziologisch und sozialgeschichtlich ausgerichtete Arbeiten dürfte dies von Interesse sein.

Leider ist die Datenmaske nicht besonders ansprechend gestaltet. Der Umgang mit ihr ist nicht unkompliziert und erfordert eine gewisse Einarbeitungszeit. Aufbau und Benutzung der Datenmaske wird in einem der Beiträge des Begleitbands erklärt.

Dieser Bd. enthält auf ca. 500 Seiten die mit einem wissenschaftlichen Anmerkungsapparat versehenen Vorträge einer internationalen Tagung zur Kommunistischen Internationale in

Hannover im April 2004. Die 20 Beiträge beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten der Komintern- und Biographien-Forschung. Mit Ruth Fischer und Herbert Wehner werden dort zwei bekannte deutsche Kommunisten mit Einzelbiographien vorgestellt. Eine wichtige Rolle spielt in dem Bd. die Auseinandersetzung mit Kollektivbiographien. Feliks Tych steuert – ausgehend von den Erfahrungen bei der Arbeit am „Biographischen Handbuch der polnischen Arbeiterbewegung“ – den „Versuch eines Kollektivportraits polnischer Komintern-Mitarbeiter“ bei. José Gotovich beschreibt seine Erfahrungen bei der Erstellung des 2001 erschienenen biographischen Wörterbuchs der Kommunistischen Internationale für die französischsprachigen Länder, Teil des als „Maitron“ bekannten 44-bändigen und 110.000 biographische Einträge umfassenden französischen biographischen Wörterbuchs der Arbeiterbewegung.

Weitere Artikel befassen sich – z. T. ebenfalls unter Einbeziehung biographischer Gesichtspunkte – mit der Komintern in Lateinamerika oder in Afghanistan. Anhand biographischer Beispiele wird immer wieder deutlich, „wie der Stalinismus das revolutionäre Potential der frühen kommunistischen Bewegung zugrunde gerichtet hat“ (S.126).

Andere Beiträge sind dem Terror und den „Säuberungen“ der 30er-Jahre gewidmet. Fridrich Firsov geht der Frage nach, inwieweit die Komintern in die „Säuberungen“ verwickelt war: Sie war den sowjetischen Repressionsorganen eng verbunden und übergab ihnen wiederholt Informationen über die

Politemigranten, die zu vielfachen Verhaftungen und Hinrichtungen führten. Ihr Apparat half einerseits bei der Entfaltung des stalinschen Massenerrors aktiv mit – und erlitt unter diesem andererseits selbst viele Opfer. Diese „Dialektik von Tätern und Opfern“ wird in einem sehr lesenswerten Beitrag von B. untersucht. Eine klare Abgrenzung zwischen beiden Gruppen lässt sich im Komintern-Apparat kaum vornehmen, häufig wurden die, die den Terror mit entfachten, bald selbst zu seinen Opfern. Den Hrsg. ist die Zusammenstellung eines sehr interessanten Begleitbuches gelungen – und mit dem biographischen Handbuch ein für die künftige Komintern-Forschung wohl unverzichtbares Hilfsmittel. *Florian Wilde*

Ryszard Nazarewicz: Komintern a lewica polska. Wybrane problemy (Die Komintern und die polnische Linke. Ausgewählte Probleme). Instytut Wydawniczy „Książka i Prasa“, Warszawa 2008, 263 S.

Wissenschaftliche Forschungen zu diesem Thema konnten vor 1990 nur in seltenen Ausnahmefällen und bei genehmer politischer Großwetterlage aufgenommen werden. Lediglich selektiv ausgewählte Archivalien der Komintern sowie ihrer angeschlossenen Sektionen standen zur Verfügung. Inzwischen hat sich der Zugang zu den historischen Quellen verbessert. Doch nach wie vor hat die historische Forschung keinen uneingeschränkten Zugriff darauf. Zudem konnte Ryszard Nazarewicz lediglich begrenzte eigene Mittel einsetzen, sodass er sich auf ausgewählte Probleme konzent-

rierte. Ein Druckkostenzuschuss der Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglichte die Veröffentlichung.

Die Tatsachenbasis der Arbeit des durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands und der polnischen Arbeiterbewegung ausgewiesenen polnischen Autors (Jg. 1921) ist beeindruckend. Er erschloss bisher unveröffentlichte Quellen in russischen, belorussischen und polnischen, aber auch in deutschen und tschechischen Archiven, nutzte die Quelleneditionen polnischer und internationaler Provenienz, desgleichen die umfangreiche Memoirenliteratur vor allem polnischer Zeitzeugen sowie die zeitgenössische Publizistik.

So entstand eine in sieben Kapitel klar gegliederte Forschungsarbeit zu Schlüsselproblemen der polnischen und internationalen, vor allem der parteikommunistischen Arbeiterbewegung zwischen 1919 und 1945 sowie punktuell zu den wechselvollen Beziehungen dieses Zweigs der internationalen Arbeiterbewegung zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Schließlich zog der Vf. auch früher publizierte eigene Arbeiten zu den tragischen Geschicken der Kommunistischen Partei Polens (KPP) und polnischer Kommunisten heran.

1924 entzündete sich eine frühe Auseinandersetzung um die Politik der polnischen Kommunisten auf dem V. Kongress der Komintern. Stalin beschuldigte die gewählten Führer der polnischen Kommunisten Maria Koszutska („Wera“ Kostrzewa), Edward Próchniak, Henryk Walecki und Adolf Warski u. a. des Opportunismus sowie der Unterstützung der Kräfte in der

KPD, die gegen den Linksradikalismus von Ruth Fischer & Co. ankämpften. Thema der Auseinandersetzung waren auch die Richtungskämpfe in der bolschewistischen Partei der Sowjetunion. In direkter Auseinandersetzung mit Stalin widersprach „Wera“ Kostrzewa dessen Verurteilung der Politik der polnischen Parteiführung. Unzweideutig wandte sie sich im Zuge dieser Auseinandersetzungen auch gegen Grigorij Zinov’ev, der den polnischen Kommunisten drohte, ihnen „die Knochen zu brechen“, sollten sie die Kritik und die Kritiker zurückweisen. „Genossen“, warnte Maria Koszutska, „in unserer Kommunistischen Internationale können gebrochene Knochen wieder zusammenwachsen. Ich befürchte jedoch etwas anderes, nämlich dass infolge Eurer besonderen Privilegien nicht jene gefährlich sind, denen man aus gleichen Gründen wie uns die Knochen brechen kann, sondern jene, die kein Rückgrat haben.“ (S.34f.) So hatte noch niemand in der Komintern mit Stalin gesprochen und so einen Widerspruch vergaß ein Stalin nicht. Die auf Druck von ihm und Zinov’ev neu installierte linksradikale Führung der KPP distanzierte sich auf dem III. Parteitag Anfang 1925 von den Beschlüssen des vorhergehenden Parteitags, welche die Auseinandersetzung ausgelöst hatten, bezeichnete deren Initiatoren als „rechte Opportunisten“ und beschloss „Die Bolschewisierung der Partei“. Ein Jahrzehnt später, Mitte der 30er-Jahre, fielen die Anhänger der einen wie der anderen Richtung in der KPP, deren Ausstrahlungskraft auf das politische Leben in Polen in Kämpfen

um Demokratie und bei der Verteidigung nationaler Interessen gegenüber dem deutschen Faschismus in der ersten Hälfte der 30er spürbar zunahm, gemeinsam mit der überwiegenden Mehrheit der politischen Emigranten aus Polen in der UdSSR dem „Großen Terror“ zum Opfer (S.43). Der Vf. dokumentiert das Zusammenwirken von Funktionären der Komintern wie Georgi Dimitrov und dessen Stellvertreter Dimitrij Manuiski mit dem NKVD bei der Vernichtung polnischer Kommunisten. So schlug z. B. Manuiski in einem Brief vom 9. Januar 1936 Nikolaj Ežov, der in Führungsfunktionen der Komintern, der KPdSU und des Sowjetstaates die Maschinerie des „Großen Terrors“ bediente, „die gemeinsame Absprache von Maßnahmen“ vor, weil die „KP Polens der Hauptlieferant von Personen ist, die Spionage und Provokationen in der UdSSR betreiben“ (S.49). Schließlich wurde die KPP, einer Forderung Stalins folgend, unter falschen Anschuldigungen aufgelöst. Von 3.817 polnischen Kommunisten, die sich in der UdSSR befanden, überlebten nicht mehr als 100 den Terror und keiner der Funktionäre (S.53). Boleslaw Bierut überstand – wie Alfred Lampe – den „Großen Terror“ in einem polnischen Gefängnis, wurde jedoch, als einer der Vertreter polnischer Kommunisten in der Komintern, 1936 aus der KP Polens ausgeschlossen, 1940 nach Bemühungen Marcelli Nowotkos rehabilitiert.

Die Auflösung der KPP 1938 erfolgte auf Grund einer Entscheidung Stalins, der die Fäden im Hintergrund zog. Unter verleumderischen und jedweder

Grundlage entbehrenden Vorwürfen, unter Missachtung aller Statuten wurden die Partei und ihre Mitglieder pauschal politisch diskriminiert und kriminalisiert. Der Entwurf und der darauf basierende Beschluss (im Anhang als Faksimiledruck Teil der Publikation – S.223-231) tragen die Unterschriften von Dimitrov und Manuiski, von Michail Moskvín, Otto Kuusinen, Wilhelm Florin und Ercoli (d. i. Palmiro Togliatti). Die Liquidierung der KPP an Haupt und Gliedern, die Vernichtung einer kommunistischen Partei, zog sowohl für den politischen Kampf in Polen als auch den internationalen Kampf gegen den Faschismus schwerwiegende Langzeitfolgen nach sich. Anfänge einer Einheitsfront zwischen KPP und PPS zerbrachen an den Auswirkungen der Politik des „Großen Terrors“. Opfer der „polnischen Operation“ in der UdSSR (einer der ersten „nationalen Operationen“ des NKVD), waren über die Verfolgung der polnischen Kommunisten hinaus, den Akten dieser Repressionsbehörde zufolge, in den Jahren 1937/38 mindestens 134.514 Personen (S.54-57).

Auf der Grundlage ebenfalls neu erschlossener Quellen untersuchte der Vf. die z. T. verschlungenen Wege der Neugründung einer kommunistischen Partei unter den schwierigen Rahmenbedingungen wechselnder Interessenlagen der UdSSR und mehrfacher radikaler Wandlungen der strategischen Orientierungen in der Komintern sowie in der KPdSU und in der Staatspolitik der UdSSR zwischen 1934/35 und 1943/44. Neue Wertungen betreffen u. a. das Wirken der bisher wenig erforschten „Pariser

Gruppe“ (1939/40), in der Boleslaw Molojec eine besondere Rolle spielte, ein von Komintern (und NKVD) ausgewählter potenzieller Führer einer kommunistischen Bewegung in Polen. Weiterhin untersuchte der Vf. das wechselnde Verhältnis der UdSSR zu Polen und den polnischen Kommunisten nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September und dem Einmarsch der Roten Armee in Polen am 17. September 1939. Vor einem Vorstoß der Roten Armee in Polen hatten polnische Kommunisten wie z. B. Edward Próchniak unter anderen weltpolitischen Bedingungen bereits 1920 gewarnt, weil sie „einen neuen Sturm des Nationalismus in Polen entfacht, der nicht nur Bourgeoisie und Bauernschaft erfasst, sondern auch einen großen Teil der Arbeiterklasse“ (S.31).

Ungeachtet vielfältiger innerer und äußerer Schwierigkeiten formierte sich 1939/40 antifaschistischer Widerstand in Polen auch von kommunistischer Seite, dem allerdings eine geschlossene und eigenständige politische Führung fehlte. Diese bildete sich in inneren und auch von außen (aus der UdSSR) beeinflussten Auseinandersetzungen. Die Entstehung der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (PPR) wurde von tragischen Ereignissen wie den bis heute nicht vollständig aufgeklärten Morden an Marceli Nowotko, Pawel Finder und von Boleslaw Molojec begleitet. Dazu kamen „erneute strategische Kehrtwendungen der Komintern“ (S.121ff.) und der UdSSR in der Beurteilung des Charakters des Kriegsgeschehens in den Jahren 1939/41 sowie 1941-1943. Der Vf. analysiert u. a. die Ausbildung kom-

munistischer Kader in der UdSSR, die Tätigkeit des Rundfunksenders „Kościuszko“ (einer von 15 Stationen, die vom Boden der UdSSR aus differenzierte Programme in 13 Sprachen gegen die faschistische Eroberungspolitik ausstrahlten), programmatische Kontroversen innerhalb der PPR, zwischen polnischen Kommunisten in der UdSSR und in Polen sowie der PPR und der Komintern sowie deren Nachfolgeorganisationen ab 1943, die Gründung des Verbandes Polnischer Patrioten (ZPP) in der UdSSR sowie schließlich 1944 der Bildung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (PKWN) und des in Moskau und unabhängig von der PPR in Moskau gebildeten Büros Polnischer Kommunisten. Im Zuge wechselnder Interessenlagen der UdSSR unterband die sowjetische Zensur zeitweise u. a. jedweden Hinweis auf die Existenz und die Tätigkeit des von polnischen Kommunisten in Polen initiierten Landesnationalrates (KRN), verhinderte Kontakte zwischen Vertretern des KRN und polnischen Kommunisten in der UdSSR. Die sowjetische Seite bereitete auch Schwierigkeiten bei der Ausrüstung der in Polen operierenden Volksarmee (Armia Ludowa) und suchte die polnische linke Partisanenbewegung dem Kommando des sowjetischen Stabes zur Partisanenkriegsführung unterzuordnen u. a. m. Neue Tatsachen und neue Sichten enthält die Publikation auch zur Problematik der neuen Ost- und Westgrenzen Polens (S.183-188) sowie zu den konzeptionellen Vorstellungen des Zentralbüros Polnischer Kommunisten in Moskau hinsichtlich der Installation militärischer und politisch-

administrativer Organe in befreiten polnischen Landesteilen.

Die in ihrer Tatsachenbasis und Sichtweise beeindruckende Forschungsarbeit schließt mit einem Anhang. Dieser enthält außer den beiden erwähnten Dokumenten Faksimiles und Nachdrucke von Einzeldokumenten oder Dokumentengruppen in polnischer bzw. russischer Sprache aus den Jahren 1936 bis 1943 sowie den Beschluss einer Gruppe kommunistischer Parteien vom 19. Februar 1956, der die KPP pro forma rehabilitierte.

Gerd Kaiser

Eike Stiller: Karl Bühren. Arbeitersportler und Sportfunktionär. Vor Hitler geflohen – unter Stalin getötet, Nora-Verlag, Berlin 2007, 284 S., Abb.

Nach dem Studium der Geschichts- und Sportwissenschaft an der Ruhr Universität Bochum promovierte St. in den Jahren 1988 bis 1991 mit einer Arbeit über die Arbeitersportbewegung in Rheinland-Westfalen zum Dr. phil. Der heute als Schulleiter Tätige ist Mitbegründer des Karl-Bühren-Archiv – Studienarchiv für die Geschichte des internationalen Arbeitersports in Paderborn.

Mit Blick auf die hier angedeutete Vitalität lag es nahe, dass sich St., einmal auf die Bührenfamilie aufmerksam geworden, für das Schicksal dieser Arbeitersportler aus Elberfeld zu interessieren begann. Er wunderte sich, dass in den 1960er-Jahren weder die sozialdemokratischen Genossen in der BRD noch die SED-Genossen in der DDR Interesse an den „prominenten deutschen Opfern der stalinschen Säuberungen“ hatten und davon Abstand nahmen,

dieses Kapitel deutscher Exilgeschichte in sporthistorischen oder parteigeschichtlichen Forschungen zu „thematizieren“. Damals beschäftigte ihn u. a. die Frage, welchen Beitrag die Arbeitersportbewegung zum antifaschistischen Widerstand geleistet hat.

Als in den Jahren der Perestrojka in der UdSSR immer wieder neue Tatsachen über die Vorbereitung und Durchführung des Stalinschen Terrors bekannt wurden und eine Hinwendung zu den Biografien der Opfer des „Großen Terrors“ einsetzte, konnte er mit seinen Recherchen beginnen. Im vorliegenden, zahlreiche Fotos, Faksimiles und Abbildungen enthaltenden Buch hat er alles das zusammengetragen und verarbeitet, was seitdem über die bewegende Lebensgeschichte von Karl Bühren und seiner Familie veröffentlicht worden ist.

Wer bis ins kleinste Detail gehende Informationen über die Organisationsformen, Veranstaltungen und internationalen Verbindungen deutscher Arbeitersportler sucht, wird in der eher als Materialsammlung denn als Lesebuch angelegten Studie fündig werden.

Die in Moskau herausgegebenen Bd. 1 und 6 mit den Listen der im Objekt Butovo bei Moskau Erschossenen, in denen auch die Namen von Vater und Sohn Bühren enthalten sind, erschienen 1997 und 2002. Hier sind die den „Strafakten“ entnommenen Wohnanschriften sowie die Daten der Verhaftung, Verurteilung und Erschießung verzeichnet. Zuerst wurde Karl Robert Bühren verhaftet und erschossen, dann kam sein Vater an die Reihe. Die Geschichte der im NKVD-Apparat erfundenen Organisation „Hitler-Ju-

gend“, der Kinder deutscher Polit- emigranten angehörten, ist dank der Recherchen von Natalia Mussienko und Hans Schafranek bekannt. St. hat es nicht bei der Nacherzählung dieses konstruierten „Falles“ belassen, der unmittelbar auf die deutsche Operation des NKVD folgte. Im Ergebnis seiner Recherchen ist es ihm gelungen, die Ehefrauen und Angehörigen auffindig zu machen, zu befragen und die Familiengeschichte fortzuschreiben.

Es ist bedrückend zu lesen, wie die sowjetischen Behörden 1937 mit den Emigranten umsprangen, die ihre Staatsbürgerschaft verloren, die sowjetische aber nicht erhalten hatten. Weder England noch Schweden, wohin die Bührens abgeschoben werden sollten, erteilten die Einreiseerlaubnis. Mit dem Schiff, das sie außer Landes bringen sollte, kehrte die Familie in die Sowjetunion zurück. Eine „Rückkehr“ nach Deutschland kam für sie nicht infrage.

Nach der Verhaftung und Hinrichtung der Männer, von der die Frauen nicht erfuhren, versuchten die Behörden, sich der lästigen Ehefrauen zu entledigen, die von Gefängnis zu Gefängnis zogen, um etwas über ihre verhafteten Männer zu erfahren. Schließlich ging die Frau von Bühren jun. zur Deutschen Botschaft, wo ihr erklärt wurde, dass sie mit ihrer Tochter und der Schwiegermutter sofort ausreisen könne.

Das Kapitel über „die Familie in Deutschland nach 1940“ setzt mit der Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft im Oktober 1945 ein. Beide Frauen wohnten bis zu ihrem Tod 1977 bzw. 2005 in Leipzig. Eine Antwort auf die Briefe und Eingaben

bezüglich des Schicksals ihrer Männer haben sie weder von sowjetischer noch von DDR-Seite erhalten. Auf ihre beharrlichen Bemühungen reagierte der ZK-Apparat widerwillig und nach langer Prüfung mit der Anerkennung als „Verfolgte des Naziregimes“. Die Verhaltensmuster der in der DDR agierenden Funktionäre, darunter viele ehemalige Kampfgefährten, die die Bührens aus der Moskauer Zeit kannten, unterschieden sich wenig von denen ihrer Kollegen im „Vaterland der Werktätigen“. *Wladislaw Hedeler*

Anika Walke: Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion, Karl Dietz Verlag, Berlin 2007, 189 S.

Die sowjetische Geschichtsschreibung über den Großen Vaterländischen Krieg war lückenhaft. Sie fokussierte auf Helden und Heldentaten, auf die Rolle der Partei und der Militärs – und übersah (oder verschwieg) dabei den Heroismus, den das tägliche Überleben in den von den Deutschen besetzten Gebieten erforderte. W. hat sich den Geschichten zugewandt, die von einer Gruppe Menschen erzählt werden können, die grausamer als andere Bürger der Sowjetunion von den Deutschen verfolgt wurden: Juden. Ihr besonderes Interesse gilt dabei einerseits der speziellen Verfolgung durch die Besatzer aufgrund von Antisemitismus, der auch in der Sowjetunion Motiv genug für Kollaboration war. Andererseits thematisiert W. diejenigen Probleme, die sich besonders für Frauen stellten, wenn sie der Verfolgung durch die Flucht zu Partisaneneinheiten zu entgehen suchten.

Ausgangspunkt für ihre Forschung war ein Foto, das eine junge Frau, eine Partisanin zeigt, die in der sowjetischen Geschichtsschreibung über den Krieg als „Unbekannte“ bezeichnet wird – obwohl sie wiederholt von Freundinnen und Freunden eindeutig identifiziert wurde. Daraufhin suchte W. gezielt nach Jüdinnen, die in Partisaneneinheiten gekämpft hatten und interviewte sie.

Das Buch gliedert sich in sieben Kapitel – jedes ein Interview mit einer Überlebenden. Zuerst schildert die Autorin die individuellen Ausgangssituationen: die Stadt, das Alter, die Familie, wie der Überfall auf die Sowjetunion erlebt wurde. Daran schließt sie das Interview an, das nicht in der Frage-Antwort-Form niedergeschrieben wurde, sondern in Paraphrasierung zu lesen ist. W. bezieht dabei die Umstände des Interviews mit ein: Wo fand es statt, wie erscheint ihr Gegenüber, wie ist die Stimmung, welche Spannungen und Probleme tauchen auf, und wie geht die Interviewpartnerin damit um? Dabei offenbart sie dem Leser ihre grundsätzlichen Überlegungen zur Vorgehensweise: was sie erfahren will und welches Vorgehen sie wählt, wo sie an persönliche Grenzen stößt, wie schwierig es ist, über Traumatisierungen zu berichten und/oder nach ihnen zu fragen, welche Rolle dabei die „große, offizielle, überindividuelle“ Geschichtsschreibung spielt und wie sie subjektives Erleben in der Erinnerung beeinflussen kann. Besonders heikel ist dabei das Thema Sexualität. Immer wieder drängt sich die Frage auf, wie sich die Mädchen und jungen Frauen in der Männerdomäne „Partisaneneinheit“

behaupteten, ob sie gekämpft oder „nur“ frauenspezifische Aufgaben – etwa Verwundetenpflege, Waschen und Kochen – übernommen haben, wie sie sich unter diesen ungewöhnlichen Bedingungen als „Frauen“ entwickelten? Natürlich werden diese Fragen unterschiedlich beantwortet.

Eine besondere Stärke des Buches besteht darin, dass W. die gesamte Nachkriegszeit bis zum Zeitpunkt des Interviews einbezieht. So kann sie die Erfahrungen in der Nachkriegssozialunion – das Verschweigen der Shoah, die teilweise Verleumdung der Partisanen als Gestapospitzel, das Verleugern der Rolle von Frauen in den Partisaneneinheiten und als Folge davon die viele Jahre ausgebliebene Anerkennung als Kämpfer (mit diesem Status verbanden sich einige Privilegien wie besondere medizinische Versorgung und höhere Renten) – sowie die Auflösung der UdSSR mit ihren sozialen Folgen, die Schikanen bei den Entschädigungsverfahren durch deutsche Behörden thematisieren.

Insgesamt gibt das Buch auf einem speziellen Gebiet tiefe Einblicke in die Spannung zwischen individuellem Erleben von Geschichte und gesellschaftlicher Geschichtsschreibung, welche sich gut an marginalisierten Gruppen zeigen lässt. Dabei wird deutlich, welches Verständnis von Kampf und Heldentum in der Sowjetunion herrschte, das sich in erster Linie auf militärischen Kampf und die Rolle der kommunistischen Partei bezog. Geschichte, die sich abseits davon ereignete, hatte in ihr kaum Chancen, aufgezeichnet und gewürdigt zu werden.

Vera Dost

Uran Butka: Lufta Civile në Shqipëri 1943-1945 (Der Bürgerkrieg in Albanien), DRIER, Tirana 2006, 626 S.

Wer vom antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges in Albanien redet, denkt meist an die kommunistisch orientierte und geführte Partisanenbewegung. Dass es neben der Nationalen Befreiungsfront andere Richtungen und Organisationen wie die republikanisch und antikommunistisch ausgerichtete Nationale Front (Balli Kombëtar) und die monarchistische Legalität (Legaliteti) gab, die nach dem Sieg im November 1944 tabuisiert und ausgeblendet worden waren, ist in den letzten Jahren in der historischen Literatur auch außerhalb des Landes thematisiert worden.

B., der unstrittig zu den produktiven Historikern der Nachwendzeit in Albanien gehört und als Hauptvertreter der Balli-Geschichtsschreibung gilt, kommt das Verdienst zu, dem Thema zu der Aufmerksamkeit verholfen zu haben, die ihm zukommt. Zeichnet er doch ein Bild der ganzen verworrenen, gebrochenen und widersprüchlichen Entwicklung jener Jahre, womit die Monografie durchaus einen Beitrag für die Aufarbeitung einer lange verdrängten Geschichte leistet. Allerdings sieht sich der Leser, der von dem Buch eine auf neuen Überlegungen fußende, vor allem sachliche Auseinandersetzung mit der einseitigen sozialistischen Geschichtsschreibung erwartet, enttäuscht. Um das historische Wirken von gesellschaftlichen Gruppen und Personen während des antifaschistischen Widerstandskampfes möglichst

objektiv beurteilen zu können, sind Kriterien erforderlich. Als entscheidend erweist sich dabei, inwieweit die Protagonisten Energien freizusetzen vermochten, die sowohl zur Befreiung von faschistischer Unterdrückung als auch zu gesellschaftlichen Veränderungen und einer wirtschaftlichen und sozialen Weiterentwicklung der Gesellschaft beitragen.

B., dessen Anliegen eine massive Umdeutung der Geschichte des Widerstandes ist, stellt sich dieser Problematik nicht. Er übernimmt die bereits während der faschistischen Besetzung Albaniens von Balli Kombëtar verbreiteten Argumente und unterstellt der KP Albaniens sowie der Nationalen Befreiungsfront, dass deren Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften nicht ehrlich gewesen und nur vorgetäuscht worden sei, um diese für die eigenen Ziele im Kampf für die Übernahme der Macht zu benutzen. In B.s Interpretation wird der Leser Zeuge, wie der zweifellos widersprüchlich verlaufende antifaschistische Befreiungskampf zu einem politischen und letztlich militärischen Konflikt zwischen der „Rechten“ und „Linken“ im Lande mutiert. Schon eingangs betont der Autor, dass der antifaschistische Widerstand nicht sein Anliegen ist, vielmehr ist es der Bürgerkrieg, der durch die ideologischen und machtpolitischen Ambitionen der Kommunisten in Albanien ausgelöst worden sei. Die Gegenwehr gegen die faschistische Okkupation des Landes durch Italien habe zwar anfangs „patriotischen“ Charakter getragen, doch die Albanische KP hätte nach dem Bruch der Vereinbarung mit Balli Kombëtar von

Mukje im August 1943 die nationale Vereinigung aufgegeben und verraten. Die von der KPA und von der jugoslawischen Schwesterpartei, mit der sie eng zusammenwirkte, wie der Komintern vorgegebenen und geforderten Ziele, die kommunistische Macht zu errichten – was auch von den westlichen Alliierten toleriert worden sei –, hätten unvermeidlich zum Bürgerkrieg mit den bürgerlich-liberalen Kräften, die eine nationale und demokratische Plattform verfochten, geführt.

Es erfolgt keine Analyse der komplizierten Sachlage, sondern eine einseitige Schuldzuweisung an die politische Gegenseite. Das von B. angebotene Konzept erscheint zu einfach und widerspricht auch den Quellen. Das Klischee von der Alleinschuld der Kommunisten vermag nicht hinreichend die Entschlossenheit der Partisanenarmee im Vorgehen gegen die faschistischen Eroberer und ihren entscheidenden Beitrag zur Befreiung des Landes zu erklären. Für den Autor ist es vor allem die von ihm verfolgte Ablösung der für den neuen albanischen Staat 1944/45 konstitutiven Tradition des antifaschistischen Kampfes, die das Anliegen der geschichtspolitischen Neuformulierung verdeutlicht. Der damit verknüpfte Absolutheitsanspruch der Wahrheit beeindruckt nicht, sondern macht Angst. Denn dahinter verbirgt sich, dass nicht nur aufrechte Widerstandskämpfer aus dem nichtkommunistischen Lager gewürdigt, sondern auch Kollaborateure als Helden gefeiert werden, wodurch letztlich die faschistischen Besatzer mit ihrer Versklavungs- und Unterdrückungspolitik rehabilitiert werden. Wie es scheint, ist

die albanische Geschichtsschreibung bei allen Vorsätzen noch nicht bei einer sachlich-objektiven Darstellung dieses widersprüchlichen und schmerzvollen Abschnitts der Geschichte der Neuzeit angekommen. *Erwin Levin*

Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2007, 892 S.

K., ein ausgewiesener Spezialist für die NS-Zeit und BRD-Geschichte mit sozialwissenschaftlicher Kompetenz, bis zu seiner Emeritierung von 1993 bis 2004 in Potsdam am Zentrum für Zeithistorische Forschung tätig, davon die letzten acht Jahre dort Direktor, ist wie wenige andere der die ostdeutschen Lehrstühle für DDR-Geschichte okkupierenden Historiker geradezu dazu prädestiniert gewesen, die Nachwende-Deutungshoheit über unsere jüngere Vergangenheit wahrzunehmen. Was aus diesem Zentrum bisher verlautete, unterschied sich allerdings nur punktuell und in Nuancen vom mainstream der De-Legitimierungsliteratur. Das trifft für den nun vorliegenden voluminösen Bd. erfreulicherweise nicht zu. Der Autor war sichtlich bemüht, auf breitester Quellenbasis und ohne Missachtung ostdeutscher Publikationen (allerdings fehlen die wichtigen neueren Arbeiten des DDR-Spezialisten Siegfried Prokop) eine wissenschaftlich seriöse Antwort auf die Frage zu finden, wieso sich dieser Homunkulus „DDR“ solange halten konnte und er im Rückblick von Millionen seiner

BürgerInnen eine – wenn auch sicherlich nostalgisch getrübe – identitätsstiftende Wirkung entfaltet.

Ein unbestrittenes Verdienst des Buches ist das im Titel formulierte Grundproblem jeglicher Geschichtsschreibung über die DDR: Wie stellte sich das Verhältnis von produzierender und Macht ausübender Klasse, zwischen Volksmasse und SED dar und wie entwickelte es sich? Gerade in dieser Konstellation drückte sich der Anspruch für das Neue, gesellschaftlich revolutionäre Wesen dieses Staates aus. K. ahnt das, und so ist das für ihn der entscheidende Konflikt, den die SED allerdings nicht zu lösen vermochte und sie deshalb und mit ihr „ihr Staat“ unterging.

Die zeitliche Begrenzung mit 1971 ist als Einschnitt sicher richtig gewählt (und nicht nur eine Frage der Selbstbeschränkung für ein Buch), begann doch mit Honeckers Inthronisation (der noch einige Jahre verdeckte) Zerfallsprozess von SED und DDR-Gesellschaft. Aber K. vermag bei aller unterstellten Gutwilligkeit die Entwicklung bis dahin nicht wirklich als Aufstieg, als „zweites deutsches Wirtschaftswunder“ zu begreifen. Das liegt an einigen – wie ich meine – weltanschaulichen und weniger methodischen Schwierigkeiten, die wohl auch der gutwilligste Autor aus dem Westen hat.

Zum Ersten ist es keine semantische Frage, den oben genannten Grundkonflikt als „Konflikt“, also als Streit oder Zwiespalt und nicht als einen die Entwicklung bedingenden Widerspruch (der Gegensatz *und* Einheit verkörpert) zu verstehen. Nur ein solches (dialektisches) Verständnis

lässt überhaupt die Möglichkeit seiner Lösung (und jeweiligen Neusetzung auf höherer Stufe) zu. Genau davon ging aber die Ulbrichtsche Konzeption aus und darin bestand der existenziell werdende Gegensatz zur Honeckerschen sozialpolitischen Befriedigungspolitik.

Im Unterschied zu Ulbricht war für Honecker der „Sozialkontrakt“ – wir lassen euch zufrieden und ihr lasst uns regieren – das Nonplusultra seiner Politik.

Zum Zweiten: K. hat verschiedentlich zutreffend manche der äußerst schwierigen und negativen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen (Kriegs- und Spaltungsfolgen, Flüchtlingsintegration und Westfluchten) benannt. Es fehlen allerdings die Reparationszahlungen- und Besatzungskosten sowie die weitgehende Fesselung der DDR-Wirtschaft an die rückständigen und defizitären Volkswirtschaften des nicht funktionierenden RGW. Aber in seinen Urteilen fehlt trotzdem jedes „Zeitgefühl“, jedes Verständnis für die einfache Tatsache, wie lächerlich wenige Jahre für einen unter solchen Bedingungen unternommenen Versuch zur Gestaltung einer ganz anderen Gesellschaft gegeben waren. Im Osten ging es eben nicht einfach um Wiederaufbau und Restauration mithilfe alter Eliten, großzügiger Dollarspritzen, besserer natürlicher Ressourcen usw. wie im dreifach größeren Teil des gespaltenen Landes. Als Maßstab für die Leistungen und Fehlleistungen der SED und die kleinen (und sicher noch dazu ambivalenten) Wandlungen der Arbeiterklasse und erreichten Ansätze dieser neuartigen Gesellschaft wird eine Messlatte von solch histori-

scher Dimension angelegt, nach der das Urteil über die kapitalistische Gesellschaft nach dem erreichten Stand von vor 150 Jahren gefällt werden müsste. Für K. bleibt diese arbeitende Klasse unfähig als Träger einer anderen Gesellschaft. Sie taugt nur als „freiheitliche Arbeiterbewegung“, lediglich als ein Faktor der demokratischen und sozialen Ausgestaltung des bestehenden Systems. Die Sicht der SED unter Ulbricht dagegen, sie „als Trägerin des Fortschritts und der Zukunft“ zu definieren, ist für ihn eine rein parteiische „Stilisierung“ (S.11) bzw. lediglich eine – zwar nicht ganz wirkungslose – „Inszenierung“ von Arbeiterbewegung (S.15), „deren freiheitliche Traditionen (die SED – H. N.) zugleich usurpierte und vernichtete“ (S.12). Das entspricht der Auffassung, dass der zwieträchtige „Konflikt“ nur durch den Sieg der einen über die andere Seite lösbar sei. Was für die Geschichte jeder Klassengesellschaft unbestreitbar ist, dass die jeweils führende Klasse eine herrschende Elite hervorbringt, die die grundlegenden Interessen dieser Klasse definiert und vertritt, lässt K. für die DDR nicht gelten. Hier wurde die Arbeiterbewegung – wenn auch auf andere Weise als unter der Hitler-Diktatur – schlichtweg erneut „Opfer einer Parteidiktatur“ (S.20). Der unbestreitbare Widerspruch wird bei ihm zum „Feind-Feind-Verhältnis“ mit zeitweiliger Verständigung über einen Status quo, einen Waffenstillstand. Diese unzweifelhafte Parteilichkeit wird zusätzlich dadurch verstärkt, weil sich K. niemals von seiner finalistischen Sicht auf die ganzen 45 Jahre mit ihrem schmachvollen Ende freima-

chen kann und dabei manchmal die Chronologie arg durcheinander bringt. Das verstellt dem Autor zusätzlich die Chance, „positive“ Veränderungen im Verhältnis von SED und Arbeiterklasse, ihrer Produktions- und Alltagskultur sowie Alltagsverhaltens zu würdigen, obwohl dies einen Schwerpunkt in allen der drei abschließenden Kapitel zu den Jahren von 1961 bis 1971 bildet. So ist es vielleicht auch kein Versehen, dass das dazu vom Rezensenten vorgelegte Buch „Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR“ mit seinen Dokumenten im Literaturverzeichnis fehlt.

Selbstredend finden sich die meisten Standard-Topoi der herrschenden Geschichtsschreibung im Buch wieder, des Öfteren relativiert wie bei der „Zwangvereinigung“, akzeptiert wie beim „Volksaufstand“ 1953 als „ein im Kern von Arbeitern getragener Volksaufstand mit revolutionären Zügen“ (S.316). Hier fällt wie auch in anderen Zusammenhängen auf, wie K. an anderer Stelle gemachte Aussagen „vergisst“, so seine überzeugende Beschreibung des in fast jeder Hinsicht desolaten Zustandes der „Arbeiterklasse“ nach Faschismus und Krieg. Nicht unzutreffend formuliert K. deshalb: „Der ideologisch aufgeladene politische Oberbegriff ‚Arbeiterklasse‘ deckte sich in keiner Weise mit den realen Arbeitern, die Akteure und Objekte zugleich waren, verschiedene Differenzierungen nach Herkunft und Status aufwiesen und im politischen Verhalten alles andere als homogen waren“ (S.54). Wenig später ist davon keine Rede mehr. Solche Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten schmälern die Genugtuung des ost-

deutschen Rezensenten, wenn er verschiedentlich auf mit seinen Urteilen (und sehr persönlichen Erfahrungen!) übereinstimmende Aussagen stößt. Dies betrifft z. B. die Anstrengungen zu „ökonomisch durchaus gebotenen Normerhöhungen“, die allerdings fast im gleichen Atemzug als Angriff auf die Interessen der Arbeiter desavouiert werden. Genauso zutreffend – wenn auch durchgängig total unterbewertet – empfindet der ostdeutsche Zeitzeuge Verweise, dass manche Zielsetzung „im Fiasko“ endete, weil „viel mit der offenen Grenze und der gegenüber den frühen fünfziger Jahren rasant gestiegenen Attraktivität der Bundesrepublik“ kollidierte (S.378). So wird die Tabelle mit den Fluchtzahlen, auch nach dem 13. August jährlich zwischen fast 17.000 und rund 4.000 schwankend, zwar als „Abstimmung mit den Füßen“ kommentiert, aber zugleich nachgewiesen, dass „wirtschaftliche Gründe die politischen“ eindeutig überwogen und es zudem mehrheitlich Jugendliche bis 25 Jahre waren (S.492ff.). Die Reihe kluger und der historischen Wahrheit nahekommender Sätze ließe sich fortsetzen.

Wenigstens zwei von etlichen Beispielen sollen benannt werden, wo es sicher solange keine Annäherung oder gar Gemeinsamkeit zwischen Historikern aus West und Ost, letztere natürlich nur die mit dem Kainsmal des „Täters“, geben dürfte, solange sie sich auch noch als Geschichtsschreiber *und* Zeitzeugen einschreiben können. Das erste betrifft die Grenzsicherung vom 13. August 1961, ein Akt, der „wie kein anderer zur Diskreditierung des DDR-Sozialismus beigetragen“ habe. Das mag für die westliche

Sicht zutreffend gewesen sein wie für jene Beobachter, die den erreichten Gesellschaftszustand als „Sozialismus“ missverstanden oder sowieso auf anti-sozialistischen Positionen standen. Aber viel wichtiger ist der Streit darüber, ob „der Bau der Mauer der Anfang vom Ende der DDR“ (S.551) gewesen sei, (was ja selbst führende LinkspolitikerInnen mit SED-Partei-hochschuldiplom so sehen). Da verwundert die Verwirrung des Vf. kaum noch, wenn er einerseits dies damit begründet, dass Honecker noch 1989 verkündete, die Mauer werde noch Jahrzehnte bestehen, solange die Gründe für ihre Errichtung weiter bestünden, es aber zu keinem Zeitpunkt die Chance ihrer Überwindung gegeben habe, sich aber im nächsten Satz der von Dietrich Staritz gefundenen Formulierung anschließt, der 13. August sei der eigentliche „heimliche Gründungstag der DDR“ gewesen (S.551). Ein überraschender Widerspruch, denn K. stellt in vieler Hinsicht zutreffend die „besten Jahre der DDR“ nach der Grenzsicherung und bis zum Ende der Ära Ulbricht dar. Vollends unklar wird die Sache, wieso dann der Wechsel von Ulbricht zu Honecker alles in allem zutreffend als „Bruch“, als „eine markante Veränderung in der Gesamtkonstellation“ (S.780) beschrieben wird. Hier folgt er der unter seinem Direktorat verfassten – von einigen verbalen Unterwerfungsritualen abgesehen – ausgezeichneten Monografie der ostdeutschen Historikerin Monika Kaiser „Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker“.

In seinem anregenden wie aufregenden Resümee und Ausblick gibt es neben weiteren zutreffenden Positio-

nen zugleich nochmals Beweise für das totale Unverständnis für das, was der DDR-Versuch darstellte. Unter 3. heißt es da z.B.: „Wie ein roter Faden durchzieht die politische und soziale Geschichte der DDR der Kampf um die höhere Arbeitsproduktivität, den die SED verlor, aber den auch die renitente Arbeiterschaft nicht gewann [...] Das Paradoxon [...] bestand in der politischen Machtlosigkeit ‚der Arbeiterklasse‘ und ihrer gleichzeitigen gesellschaftlichen Stärke“ (S.774f.). Diese Sicht entspricht dem methodologischen Paradigma vom „Konflikt“ und lässt völlig ungeklärt, wie denn ein „Sieg“ der Arbeiterklasse hätte aussehen sollen oder welche Ergebnisse er und für wen er sie gezeitigt hätte.

Alles in allem wird auch durch K. der DDR der historische Platz als antikapitalistischer Modernisierungsversuch in der (zweifellos zwiespältigen) Tradition der Arbeiterbewegung und als radikaler Bruch mit Faschismus und Imperialismus sowie seinen zum Krieg treibenden gesellschaftlichen Grundlagen bestritten, obwohl die SED entscheidende Teile original sozialdemokratischer Programmatik realisiert hat. Der Fortschritt besteht darin, dass wesentliche innere und einige äußere Faktoren ihres Scheiterns benannt werden. Allerdings kann sich K. auch nicht dazu durchringen, dass dieser wahrlich nicht nur an inneren, selbstverschuldeten Ursachen gescheiterte zivilisatorische Anlauf auf Teilgebieten und zeitweilig ein bis dahin und bis heute nicht erreichtes Maß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit durch ein verwirklichtes Recht auf Arbeit, weitgehend gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und zum kostenfreien Ge-

sundheitswesen, bezahlbaren Wohnungen, flächendeckender Kinderbetreuung, Frauenförderung und weitgehender Geschlechtergleichheit, die Bauernbefreiung durch Entmachtung der reaktionären Junkerkaste und Förderung des Genossenschaftswesens, konsequenter Verfolgung von Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus, die Abschaffung des § 218 oder auch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen erbrachte. Millionen DDR-Bürger zweier Generationen bekamen eine Ahnung davon, dass ein Leben ohne Kapitalismus und Kapitalisten, ein nicht nur auf Geld und Gewinn zentriertes gemeinschaftliches und solidarisches Leben möglich sein könnte, dass – anders gesagt – Karl Marx' Annahme, die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse auch die Menschen und ihr Verhalten ändern könne, durchaus realistisch ist.

Eine DDR-Geschichte wird wohl noch lange in Büchern stehen, bei deren Lesen der Fremde meinen könnte, sie handelten von zwei verschiedenen Ländern. K. hat ein wahrlich respektables Buch vorgelegt, an dem keine zukünftige DDR-Geschichtsschreibung vorbeigehen kann. Es ist ein großer Schritt in Richtung zu einer objektiven, d. h. von aktuellen politischen und anderen Interessen weitgehend freien Historiographie über einen nicht-kapitalistischen Gesellschaftsversuch, der über ein frühsozialistisches Stadium nicht hinausgekommen ist. Es zeigt sich jedoch einmal mehr, wie Recht Francis Bacon hatte, als er die Wahrheit als eine Tochter der Zeit definierte. Und die ist noch zu kurz und nicht reif für

mehr. Es bedarf wahrscheinlich eines Beobachters und Schreibers von außerhalb, da die Chance einer gemeinsam von DDR- und BRD-Historikern getragenen Darstellung nach 1990 verspielt wurde. *Heinz Niemann*

Rainer Karlsch: Uran für Moskau. Die Wismut – Eine populäre Geschichte, Ch. Links Verlag, Berlin 2007, 276 S.

Der Autor wendet sich in seinem Buch einem interessanten Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu, der Urangewinnung. Dabei spannt K. einen weiten Bogen von der Vorgeschichte („Pechblende“) bis zur Sanierung (BUGA 2007). Er geht chronologisch vor, wobei die einzelnen Abschnitte bereits in den Kapitelüberschriften charakterisiert werden wie „Ein ‚Staat im Staate‘ entsteht (1947–1953)“ oder „Krise und Ende des Uranbergbaus (1978–1990)“.

Der Autor zeigt, wie die sowjetische Seite relativ schnell und in unmittelbarer zeitlicher Folge der amerikanischen Atombombenabwürfe im August 1945 zielgerichtet die geologische Erkundung des Erzgebirges nach Uran aufgenommen hat, um die eigene „Uranlücke“ zu schließen. K. setzt sich in diesem Zusammenhang auch mit Spekulationen über die Einteilung der Besatzungszonen auseinander. Eine Suche nach „Wismut“ wurde aus Geheimhaltungsgründen propagiert (S.47). Besonders in den ersten Jahren spielte die Spionage eine recht große Rolle. Denn die Amerikaner hatten nach eigenen Einschätzungen nicht mit solchen Vorkommen im Erzgebirge gerechnet. Deshalb interessierten

sich die Geheimdienste für den Umfang der Uranförderung (S.95). K. nennt auch Beispiele für den Propagandakrieg in der damaligen Zeit zwischen West und Ost, so aus westlicher Sicht „Aue“ als Metapher für Zwangsverpflichtungen und schlechte soziale Verhältnisse zu nutzen, während die östliche Seite gerade überdurchschnittliche Löhne und eine zusätzliche Versorgung für die Bergleute herausstellte. Interessant ist bei dieser Auflistung die Gegenüberstellung von „Stalinpaketen“ mit den amerikanischen Carepaketen (S.76).

Auch die sozialen und kulturellen Angebote für die Wismut-Kumpel konnten sich sehen lassen, wobei der Autor betont, dass „eine Sozial- und Kulturgeschichte der Uranbergleute noch zu schreiben“ ist (S.140). Dennoch ist verwunderlich, dass die Förderung von Sportvereinen und speziell von Wismut Aue nur einmal auf S.176 erwähnt wird; immerhin war Wismut die erste DDR-Mannschaft, die ein Fußball-Europapokalspiel der Landesmeister bestritt.

Der Autor verdeutlicht, wie sich die DDR-Regierung in den Anfangsjahren dafür einsetzte, die Erlöse aus der Uranproduktion als Reparationsleistung angerechnet zu bekommen (S.105ff.). Nach dem Verzicht auf weitere Reparationsleistungen wurde die Wismut AG 1954 in eine gemischte Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft, SDAG Wismut, umgewandelt. Dabei baut K. kurze Lebensläufe einzelner Verantwortlicher von deutscher Seite (Fritz Selbmann, Erich Markowitsch) in seine Abhandlung ein.

Besondere Bedeutung erlangte das Regierungsabkommen zwischen DDR

und UdSSR vom 7.12.1962, das auch nach dem Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR (31.8.1990) Bestand hat und belegt, dass die SDAG Wismut einen besonderen Status hatte und nicht dem Treuhandvermögen unterlag (S.202).

Auf die Preisverhandlungen zwischen der DDR und der UdSSR weist K. immer wieder hin, zumal der Aufwand für die Uranproduktion in den 80er-Jahren enorm zugenommen hatte, so dass von sowjetischer Seite Überlegungen zur prinzipiellen Änderung der Lieferbedingungen geäußert wurden. Dazu kam es aber durch die politischen Ereignisse 1989/1990 nicht mehr.

Ein ausführlicher Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Umweltschutz und den Gesundheitsgefährdungen. Dabei nennt der Autor einzelne Maßnahmen, mit denen Umweltbelastungen wenigstens gemindert werden sollten. Aber am Ende wurden die Gefahren heruntergespielt oder gar ignoriert. „Erz für den Frieden“ wurde zu einer Losung, mit der Umweltsünden als „unvermeidliches Übel“ betrachtet wurden (S.196). Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 rief in der DDR verstärkt Umweltschützer auf den Plan, die einen Teil der Öffentlichkeit für diese Probleme sensibilisieren konnten, zumal die DDR auch noch ein eigenes Kernenergieprogramm verfolgte.

Ein wesentlicher Vorzug des Buches ist seine zeitliche Fortführung über 1990 hinaus und die Darlegung der einzelnen Schritte zur Sanierung des Gebietes, was immerhin 2007 die Bundesgartenschau in Gera/Ronneburg ermöglichte. Mit einer eigenen

„Bilanz“ beschließt K. seine inhaltlichen Abhandlungen.

Helmuth (statt Helmut) Lehmann (S.70) sei als Flüchtigkeitsfehler akzeptiert, kritisch angemerkt werden soll, dass manche Begriffe – z. B. Parteichef (S.137) und SED-Chef (S.106) – verwendet werden, die mehr tagesjournalistisch geprägt als wissenschaftlich exakt sind. An manchen Stellen zeigt der Autor eine zu große Detailverliebtheit. Zahlreiche Abbildungen und vereinzelte Tabellen lockern das Buch auf. Allerdings sind zwei, drei Schriftstücke so klein abgedruckt, dass sie wohl nur mit einer Lupe gelesen werden können.

Der recht ausführliche Anhang enthält neben Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln, einem Abkürzungsverzeichnis, einem Personenregister, einem Ortsregister, dem Quellen- und Literaturverzeichnis auch noch weitere Tabellen und Statistiken, so über Förderleistungen, anerkannte Berufskrankheiten und die Namen der Generaldirektoren und Vorstandsvorsitzenden.

Joachim Eichler

Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989

(Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co KG, Paderborn u. a 2007, 446 S.

Mit dem Buchtitel sind tatsächlich die Mitglieder der Sekretariate der Bezirksleitungen der SED und nicht nur deren 1. Sekretäre gemeint. Das ergibt einen Korpus von 514 Sekretären, deren Posten im Laufe der Jahre von 415 Funktionären besetzt wurden. Aus der Analyse solch eines mittleren

Kaders lassen sich Schlüsse ziehen und Erkenntnisse gewinnen, die auch für übergreifende historische Betrachtungen und Bewertungen von Gewicht sind.

Der Autor hat in der Einleitung seines Buches die Methodik seiner Untersuchungen nachvollziehbar erläutert und die Struktur seiner Darstellung begründet. Der Ertrag der 41. Linzer Konferenz der ITH zu kollektivbiografischen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung hat dabei keine Berücksichtigung gefunden; womöglich waren N. bei Niederschrift seiner Arbeit die entsprechenden Publikationen noch nicht zugänglich. Quellenbasis seiner Studie bilden Archivalien, darunter zahlreiche Kaderakten, internes Material der SED sowie eine umfangreiche Sekundärliteratur. Als besonders aufschlussreich erweisen sich Dutzende von Gesprächsprotokollen und schriftliche Mitteilungen, in denen frühere Sekretäre der Bezirksleitungen und Leute aus deren unmittelbaren Umfeld Auskünfte gegeben haben. Das setzte voraus, dass der Autor diesen Personenkreis von der Seriosität seines Unternehmens zu überzeugen vermochte. Im Gegensatz zu so manchem Publizisten hat er das ihm entgegengebrachte Vertrauen nicht missbraucht, sondern ist mit den so gewonnenen Informationen korrekt umgegangen. Auch meidet er weitgehend die ansonsten oft anzutreffende abwertende Terminologie und Vorurteile offenbarende Wortschöpfungen. Der Bd. enthält ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis und ist durch ein Orts- und ein Personenregister erschlossen.

Die zum Darbieten der Forschungsergebnisse gewählte Vorgehensweise ist einleuchtend und zweckmäßig, wenngleich sie auch Wiederholungen mit sich bringt. Ausgehend von der Bildung von Bezirken, der Struktur und den Aufgaben der Bezirksleitungen der SED und deren Veränderungen untersucht N. den Personenkreis der Bezirkssekretäre: die „Gründergeneration“, die Auswirkungen des 17. Juni 1953, Kaderpolitik und Fluktuation (die in den 60er-Jahren spürbar nachließ), parteipolitische und fachliche Ausbildung und Qualifizierung (mit der die fachliche Kompetenz zunehmend stieg), Frauen als Sekretäre und den Stellenwert von Bezirkssekretären in der Hierarchie der Partei. Dem folgt ein Überblick zu Einfluss und Handlungsspielräumen der Bezirksebene, der durch sechs Fallbeispiele unteretzt wird. Letztere sind sehr ausführlich geraten, denn der Autor wollte anscheinend auf keine der mühsam gesammelten Tatsachen und gewonnenen Informationen verzichten. Insgesamt versetzt ihn seine beeindruckende Sach- und Personenkenntnis in die Lage, so manche pauschalisierende oder verabsolutierende Wertung anderer Autoren zu korrigieren oder zumindest zu relativieren. Den Abschluss der Arbeit bildet ein „Abgesang – Die Sekretariate der SED-Bezirksleitungen im Herbst 1989“. Wenn es Funktionäre der SED gab, die dem Desaster der Partei im Herbst 1989 entgegenzusteuern versuchten, so waren dies vor allem einige Funktionäre der Bezirksebene, deren Bemühen geschildert wird. Unerklärlich ist, warum der Arbeitsausschuss, der den Außerordentlichen Parteitag vom De-

zember 1989 vorbereitete, keine Berücksichtigung findet. Denn in ihm waren nicht zuletzt neu gewählte Sekretäre von Bezirksleitungen aktiv. Und wenn die Linke im Osten Deutschlands im Prozess des Anschlusses an die BRD nicht komplett untergegangen ist, so haben sie daran wesentlichen Anteil.

Das von N. gezeichnete Bild des Kaders der SED auf der Bezirksebene ist alles in allem stimmig. Es sollte allerdings beachtet werden, dass sich – vor allem in der Darstellung von Konfliktsituationen – der Blick von unten nach oben richtet, dass Wahrnehmungen und Motivationen der Zentrale nicht gleichermaßen detailliert untersucht werden. Hier wäre wohl im Einzelfall noch manches zu hinterfragen. Die Grundaussagen würde dies sicher nicht beeinträchtigen.

Dank solcher Untersuchungen ergibt sich früher oder später – beim derzeitigen Zustand des deutschen Wissenschaftsbetriebes wohl eher später – die Frage, wann wir vergleichbare Analysen der westdeutschen Eliten zu lesen bekommen. Es wäre doch aufschlussreich zu erfahren, wie es zum Beispiel um die politischen und fachlichen Voraussetzungen und Qualifikationen der Mitglieder der bundesdeutschen Länderkabinette für die übernommenen Ämter bestellt ist, wie deren Handlungsspielräume zwischen Gesetzen und Weisungen des Bundes, Vorgaben ihrer Parteien, Erwartungen mächtiger Lobbys und Rücksichtnahmen auf Wähler beschaffen sind, was hier die Ursachen von Ablösungen, Rücktritten, Fluktuationen und Rotationen sind. Dabei bliebe zu hoffen, dass diese Akteure gleichermaßen

offen und selbstkritisch Auskünfte erteilen, wie dies durch Sekretäre der Bezirksleitungen der SED geschehen ist. Und es gäbe der Felder viele, für die sich solche Wünsche formulieren ließen.

Günter Benser

Boris Spagnol: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Klartext Verlag, Essen 2008, 140 S.

S. legt mit dieser Publikation die überarbeitete Fassung seiner Magisterarbeit an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhruniversität Bochum aus dem Jahre 2002 vor. Er skizziert in vier Kapiteln die Entstehung der Notstandsgesetze sowie den Widerstand gegen deren Annahme. Zur Thematik existieren etliche Titel, doch ist dem Autor zuzustimmen, dass in der heutigen Bundesrepublik die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze zu den „vergessenen Themen“ der Zeitgeschichte gehören (S.109). Neben dem – in der Literatur bereits gut dokumentierten – Entscheidungsprozess für die Notstandsgesetze, stehen im Mittelpunkt seines Interesses die gesellschaftlichen Debatten um diese Gesetze, insbesondere die individuellen Motive und Erwartungen der Gesetz-Gegner. Im Kapitel „Inkubationsphase“ erinnert S. an die heute ebenfalls weitgehend verdrängte Tatsache, dass beim Entstehen des Grundgesetzes erst durch Druck der Alliierten auf die Passagen zu einem „Notverordnungsrecht“ verzichtet worden war. 1955 begannen dann die Vorarbeiten einer Notstandsgesetzgebung, bis dann zum Jahresende 1958

Innenminister Gerhard Schröder konkrete Vorstellungen veröffentlichte, die zunächst auf den Widerstand von SPD und Gewerkschaften, aber auch von FDP stießen. Um 1964/65, bei der Veröffentlichung eines 3. Entwurfs, habe sich dann eine Annäherung zwischen SPD und CDU abgezeichnet, obwohl die SPD-Führung im Mai 1965 den 3. Entwurf noch ablehnte. Zugleich nahm die öffentliche Debatte wieder zu, und es entwickelte sich eine breitere Widerstandsbewegung. Der DGB hatte zwar 1963 in seinem Grundsatzprogramm die Ablehnung der Gesetze verankert, agierte aber zögernd. 1964/65 formierte sich eine breite Protestbewegung, gekennzeichnet durch verschiedene Aufrufe, Foren und Kongresse. Im September 1966 entstand das Kuratorium „Notstand der Demokratie“. Am Beispiel von fünf Persönlichkeiten (Karl-Dietrich Bracher, Eugen Kogon, Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Jürgen Seifert) erörtert S. Argumente, Motive und Agieren von führenden Personen der Notstandsopposition und stellt ihren Protest in Verbindung mit Erfahrungen und mit der Verarbeitung der NS-Zeit.

Abschließend skizziert S., wieder der Chronologie folgend, die Verabschiedung der Gesetze, für die mit der Bildung der Großen Koalition günstige Voraussetzungen entstanden waren. Erst im Mai 1968, so der Autor, entwickelten sich aus dem Protest Massenaaktionen, die Notstands-Gegner agierten nicht einheitlich (äußeres Kennzeichen war am 11.5.1968 ein Sternmarsch auf Bonn, während der DGB in Dortmund eine Protestkundgebung organisierte).

Die Quellenbasis des Bandes ist sehr eingeschränkt: S. stützt sich aus dem Archiv für Soziale Demokratie beim Bestand des Kuratoriums nur auf die Akten Schauer und Benz, aus dem SAPMO auf die Akten KPD sowie an zeitgenössischem Schriftgut v. a. auf die „Blätter für deutsche und internationale Politik“, „Frankfurter Hefte“, „Neue Kritik“ und „Gewerkschaftliche Monatshefte“. Die Darstellung ist weitgehend referierend, weniger analytisch angelegt. *Herbert Mayer*

Patrizia Chwalisz: Die Transformation des polnischen Arbeitsrechts und die Gewerkschaften. Eine Analyse aus dem Blickwinkel des Arbeitsrechts der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland (=Schriften zum deutschen und europäischen Arbeits- und Sozialrecht. Hrsg. von Ulrich Preis, Bd. 8), Peter Lang Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main u. a. 2007, 248 S.

Ch., eine aus Polen stammende, nach Studien in Trier, London und Münster in Deutschland tätige Juristin, wendet sich in dieser Arbeit, ihrer 2006 von der juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommenen Dissertation, der Transformation des polnischen Arbeitsrechts vom „kodeks pracy“ der Volksrepublik in ein den westeuropäischen Normen angepasstes und EU-konformes System zu. Sie vergleicht diesen Vorgang mit der alternativen Variante des DDR-Arbeitsrechts, zu dessen Ende der Transformationsbegriff allerdings nicht so recht passen will. Mit gutem Grund betont die

Autorin auch, dass mit Blick auf die DDR von einer Transformation allenfalls zwischen November 1989 und Oktober 1990 zu sprechen sei, während man es in Polen mit einem längeren Prozess zu tun habe. Diesen beleuchtet sie bis ins Jahr 2005, als sich die arbeitsrechtlich relevanten Auswirkungen des polnischen EU-Beitritts am 1. Mai 2004 und der Parlamentswahlen vom 26. September 2005 abzeichneten. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Anteil der Gewerkschaften sowohl als Akteure bei der Neuordnung der arbeitsrechtlichen Beziehungen als auch bei der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten im Transformationsprozess. Dieser Ansatz führt Ch. auf ein Terrain, das über die arbeitsrechtliche Fragestellung im engeren Sinne hinausreicht und das sie mit der zeithistorischen Forschung wie auch mit der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung teilt. Darin liegt nicht unbedingt ein Nachteil. Teils nimmt die Autorin Fragestellungen der systematischen Transformationsforschung auf, teils tangiert die Untersuchung zeitgeschichtliche Problemfelder, vor allem solche, die sich aus dem Wandel der modernen Arbeitswelt ergeben. Allerdings spiegelt sich auch in diesem Buch jene alte Einsicht, die Werner Sombart vor über einem Jahrhundert auf den Nenner brachte, dass es den Rechtshistorikern vor allem um die Form, den Wirtschaftshistorikern hingegen eher um den Inhalt wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen gehe. Das mag nicht zuletzt auf die Behandlung des Arbeitsrechts zutreffen. Dies ist eine Feststellung, keine Kritik. Auch in anderen

Publikationen, etwa zum Sozialrecht, findet man das bestätigt.

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel. Das erste, überaus knappe, versteht sich lediglich als Einführung in die Thematik und als Wegweiser durch dieses Buch. Im zweiten werden die Grundzüge des sozialistischen Arbeitsrechts in der DDR und in der Volksrepublik Polen dargelegt. Es geht hier vor allem um die spezifischen Funktionen der Gewerkschaften, die Mechanismen der sozialen Sicherung sowie die Kontrollaufgaben des Arbeitsrechts. Wenig überraschend erscheint das Fazit, dass sowohl das kollektive wie auch das Individualarbeitsrecht in diesen beiden Fällen mit marktwirtschaftlichen Systemen nicht kompatibel waren.

Im dritten, wesentlich umfangreicheren, Kapitel untersucht die Autorin zunächst die Entwicklung des Arbeitsrechts in der DDR zwischen November 1989 und Mai 1990, wobei Tarifautonomie und das Recht freier Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielten. Im Weiteren geht sie auf den Adaptionsprozess an das bundesdeutsche Arbeitsrecht ein, wie er sich unter dem Einfluss des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 und des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 vollzog. Richtig ist sicher, dass damit auch einem reformierten Arbeitsrecht der DDR der Boden entzogen war, es galt nunmehr das bundesdeutsche Arbeitsrecht. Diesem Abschnitt folgt eine wesentlich ausführlichere Darstellung der polnischen Entwicklung. Zunächst wird hier die politische Konstellation der Jahre 1990/1991 umrissen. Der Beginn der Dritten Republik Polen stand im Zeichen eines radikalen

Transformationskonzeptes, des Balcerowicz-Planes, bei dem eine Reform des Arbeitsrechtes bis auf kleinere Anpassungen an das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht auf der Agenda stand. Erst 1994 folgte eine Novellierung des kollektiven Arbeitsrechts und 1996 des Individualarbeitsrechts. Dem schlossen sich dann kleinteiligere Änderungen an bis hin zum Arbeitsförderungsgesetz von 2004. In den folgenden Abschnitten wendet sich Ch. relativ ausführlich der Rolle der Gewerkschaften bei der Novellierung arbeitsrechtlicher Organisations- und Schutzbestimmungen zu und geht auf das Verhältnis von Gewerkschaften und Staat ein. Der Dreiparteienkommission, in der die Tarifparteien und die Regierung vertreten waren, erteilt sie im Großen und Ganzen gute Noten, auch unter Hinweis auf das „Bündnis für Arbeit“ in Deutschland. Die Verhandlungsmacht der polnischen Gewerkschaften im Transformationsprozess wird von der Autorin zurückhaltend beurteilt. Nicht nur, dass sie im Spannungsfeld widerstreitender politischer Interessen standen, brachte sie in eine eher schwache Position, ein Übriges taten auch gewerkschaftsinterne Kontroversen. Eine genauere Auskunft darüber, wie weit der Dualismus von NSZZ *Solidarność* (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Solidarność*, dt.: Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität) und OPZZ (*Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych*, dt.: Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften) daran beteiligt war, erhält man allerdings nicht. Auf jeden Fall litten die polnischen Gewerkschaften unter

Mitgliederschwund und waren in der Mehrzahl der Betriebe überhaupt nicht präsent. Im Übrigen ist an dieser Stelle auch zu fragen, ob der Einfluss der katholischen Kirche und ihrer Soziallehre auf die Entwicklung des Arbeitsrechts wirklich so marginal war, dass dem nicht wenigstens ein kurzer Abschnitt hätte gewidmet werden können. Weder Papst Johannes Paul II. noch Primas Glemp sind in diesen Jahren als Protagonisten eines knallharten Neoliberalismus oder als Gegner der Gewerkschaften aufgefallen.

Das vierte Kapitel ist der Übernahme des EG- (später EU-) Gemeinschaftsrechts gewidmet. Das Thema beansprucht für die DDR nur rund eine Seite, geht es doch – mit einigen Übergangsregelungen – in den Bereich der bundesdeutschen Arbeits- und Sozialpolitik über. Mit Blick auf Polen skizziert die Autorin zunächst den Prozess bis zum EU-Beitritt Polens 2004. Im Weiteren werden dann die einzelnen Schwerpunkte des übernommenen Gemeinschaftsrechts beleuchtet, wobei die Arbeitnehmerfreizügigkeit besondere Relevanz erlangte, nicht zuletzt, weil Deutschland einige Übergangsregelungen durchsetzte. Das fünfte Kapitel ist im Grunde keines, es bietet jeweils auf einer halben Seite eine Zusammenfassung in deutscher, polnischer und englischer Sprache.

Dem Bd. ist ein recht informatives Literaturverzeichnis vorangestellt, das allerdings nach 2005 erschienene Titel nicht enthält. Wenn mitunter, so auch im Titel, vom Arbeitsrecht der „ehemaligen“ Deutschen Demokratischen Republik die Rede ist, wird das als lässliche Sünde durchgehen können.

Man weiß, was gemeint ist. Gleichwohl würde wohl niemand auf die Idee kommen, vom Codex Hammurabi des „ehemaligen“ babylonischen Staates zu sprechen oder Sprüche aus der Zeit des „ehemaligen“ Imperium Romanum zu zitieren. Wer sich ab und an mit rechtswissenschaftlicher bzw. rechtshistorischer Literatur zu befassen hat, dürfte eine verständliche Sprache zu schätzen wissen. Hier ist es der Fall. Das Buch bietet keine geschichtswissenschaftliche Darstellung, trotzdem gewährt es Historikern und historisch Interessierten knapp und übersichtlich einen Einblick in den Wandel des Arbeitsrechts während der Transformationsperiode, für Polen mehr, für die DDR und die „neuen Bundesländer“ weniger. *Peter Hübner*

Autorenverzeichnis

Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin

Günter Benser, Prof. Dr., Berlin

Peter Birke, Dr., Historisches Seminar,
Universität Hamburg

Andreas Diers, Dr., Frankfurt am Main

Vera Dost, Studentin, Universität
Potsdam

Joachim Eichler, Dr., Berlin

Benjamin Franz, B. A., Technische
Universität Braunschweig

Peter Giersch, Vorsitzender des
„Freundeskreises Max Hoelz“ e. V.,
Auerbach/Vogtland

Arno Gräf, Dr., Berlin

Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin

Christa Hinckel, Berlin

*Rainer Holz*e, Dr., Berlin

Peter Hübner, Dr. sc., Projektbereichs-
leiter, Zentrum für Zeithistorische
Forschung, Potsdam

Martin Hundt, Prof. Dr., Potsdam

Heiner Jestrabek, Vorsitzender des
Freidenker-Verbandes Ostwürttemberg,
Heidenheim

Gerd Kaiser, Dr., Berlin

Manfred Lachmann, Dr.,
Obermuseumsrat, Dresden

Annelies Laschütza, Prof. Dr., Berlin

Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin

Ottokar Luban, Berlin

Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin

Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde

Peter Schäfer, Prof. Dr., Jena

Florian Wilde, Promotionsstipendiat
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn,
Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny,
Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher
Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke
Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178
Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
[redaktion@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:
[red-kon@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de](mailto:red-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal
jährlich (Januar, Mai, September) in
der NDZ GmbH, Weydingerstraße
14-16, D-10178 Berlin, im Gesamt-
umfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die nicht bereits
anderweitig erschienen sind. Manu-
skripte können per e-mail oder auf
Diskette, vorzugsweise als word-Datei,

eingesandt werden. Beiträge sollten
40.000, Berichte 10.000, Rezensionen
6.000 und Annotationen 2.000 Zei-
chen nicht überschreiten. Bitte reichen
Sie stets die letzte Fassung des Beitrags
ein und beachten Sie die im
„JahrBuch“ übliche äußere Manu-
skriptgestaltung. Die Redaktionsricht-
linien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a
Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Föde-
rative Verlags-, Consulting- und Han-
delsgesellschaft mbH – FEVAC –,
Gesellschafter der FEVAC GmbH:
Uwe Hobler, Diplomagraringenieur,
Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechts-
anwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim
Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie
Kouřil

Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodoni.org

Die Typowerkstätten des Giambat-
tista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf
Wunsch Sonderdrucke der im Jahr-
Buch veröffentlichten Beiträge – mit
und ohne Umschlag – an. Die Kondi-
tionen sind zu erfragen unter der
Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 8.12.2008

Unbeirrbar Rot

Stefan und Witold Leder

Mein Bruder und ich hatten es am einfachsten. Wir waren in einer Familie aufgewachsen, in der sowohl Vater wie Mutter in der revolutionären Arbeiterbewegung aufs aktivste engagiert waren. Wir hatten also den Kommunismus buchstäblich mit der Muttermilch eingesogen. Wir wuchsen in der Überzeugung auf, die Welt sei schlecht eingerichtet, Ausbeutung und Unterdrückung seien die Grundübel, welche man bekämpfen müsse und könne, und jeder von uns hätte die Pflicht, sich dafür einzusetzen. Und das war unser sehr einfacher Weg zum Kommunismus.

Stefan und Witold Leder: Unbeirrbar Rot.

*Zeugen und Zeugnisse einer Familie. Hrsg. v. Gerd Kaiser
350 S., zahlreiche hist. Fotos, ausschlagn. Familienlebensbaum
29 x 20 cm, 26,00 € · ISBN 13: 978-3-929390-62-9*

edition bodoni · Linienstraße 71 · 10119 Berlin

Telefon: 030-2 82 51 37 · info@bodoni.org

